

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 1. September 1975, Nr. 201 D

Herausgegeben von Bruno Dechamps, Jürgen Eick, Fritz Ullrich Fack, Joachim Fest, Johann Georg Reißmüller, Erich Welter

D 2954 A
0,60 DM | 1.80 FF | 15.00 bfr | 1.00 hfl | 8.00 SS | 8.00 Din
0,20 \$ | 30.00 Pts | 300 Lit | 1,20 sfr | 13.00 Esc

Interesse für Firmen der Bundesrepublik in Leipzig

GZ. LEIPZIG, 31. August. DDR-Außenminister Sölle hat am Sonntagmorgen in Gegenwart der fast vollständig vertretenen Staats- und Parteispitze der DDR die diesjährige Leipziger Herbstmesse eröffnet. Auf Seiten der Aussteller aus der Bundesrepublik wurde mit großer Aufmerksamkeit registriert, daß die Führungsspitze mit dem Staatsratsvorsitzenden Stoph, SED-Chef Honecker und Ministerpräsident Siedemann und etwa zwei Dritt-

Sport auf den Seiten 10, 11, 12

tel des Politbüros in den Ständen der Chemiekonzerne BASF und Hoechst, in Anwesenheit von Staatssekretär Gaus, mit den Vorstandsmitgliedern der Firmen die vorher angekündigten längeren Gespräche geführt hat. Die Atmosphäre dieser Gespräche war entspannt, sogar heiter. Die SED-Führung wollte mit diesem Besuch ihr Interesse an einer Intensivierung des Handelsaustausches zwischen der Bundesrepublik und der DDR sichtbar machen. (Siehe auch Wirtschaftsteil.)

Perus neuer Staatschef will „Revolutionskurs“ fortsetzen

LIMA, 31. August (dpa). Der neue peruanische Präsident General Francisco Morales Bermúdez, will den bisherigen „Revolutionskurs“ fortsetzen, allerdings ohne die „Einmannpolitik“ seines Vorgängers General Juan Velasco Alvarado. Bei seiner offiziellen Amtseinführung in der Nacht zum Sonntag sagte Morales Bermúdez: „Die Revolutionsregierung der Streitkräfte setzt ihr Programm mit den gleichen Grundprinzipien fort. Die SED-Führung wollte mit diesem Besuch ihr Interesse an einer Intensivierung des Handelsaustausches zwischen der Bundesrepublik und der DDR sichtbar machen. (Siehe auch Wirtschaftsteil.)

Kairo: Schwierigkeiten mit den militärtechnischen Abmachungen

E. H. KAIRO, 31. August. Außenminister Kissinger ist am Wochenende zweimal zwischen der ägyptischen Stadt Alexandria und Israel hin- und hergefliegen. Nach Angaben von ägyptischer und amerikanischer Seite liegen die letzten Schwierigkeiten für das Sinai-Abkommen in dem militärischen Anhang der Übereinkunft. Bei den Verhandlungen über den Verlauf der Demarkationslinien, der Einrichtung und Bemannung elektronischer Überwachungsstationen und der militärischen Qualität der „verdünnten“ Zonen spricht die Generalität ein gewichtiges Wort mit. Um diese Einwände beseitigen zu können und die Paraphierung des Abkommens noch vor seiner Abreise zu erreichen, hat Kissinger seine Ansprache vor den Vereinten Nationen abgesagt. Die Paraphierung, die seit der vergangenen Woche täglich neu angekündigt wird, soll nach den Kairoer Zeitungen Anfang oder Mitte dieser Woche erfolgen. Die Kritik der Moskauer Parteizeitung „Pravda“ an dem Sinai-Abkommen wird in Kairo nicht registriert. Die ägyptische Zeitschrift „Rose el Jussuf“ berichtete, Kairo habe Moskau über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten. Außenminister Fahmy habe mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko ständigen Kontakt gehalten. Die Zeitschrift behauptete auch, daß die Grundlagen eines Abkommens zwischen Israel und Syrien auf den Golan-Höhen „als Ergebnis ägyptischen Beharens“ bereits ausgearbeitet seien. (Siehe auch Seite 2.)

Kongreß der Vereinten Nationen über Verbrechenverhütung

GENÈVE, 31. August (Reuters). In Genf beginnt am Montag der fünfte Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechenverhütung und Behandlung Straftäter. Etwa 1000 Regierungsvertreter, Kriminologen, Wissenschaftler, Juristen und Polizeibeamte werden auf der zweiwöchigen Tagung die Zunahme der Verbrechen in aller Welt erörtern. Themen werden unter anderem internationaler Terrorismus, Gewalt, Kunststahl, Delikte im Zusammenhang mit Drogen- und Alkoholkonsum sowie Wirtschaftsvergehen sein. Die Delegation der Bundesrepublik wird vom parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hans de Wit, geleitet. Bereits vor Beginn des Kongresses, der alle fünf Jahre stattfindet, kündigte Israel sein Fernbleiben an, da die Vereinten Nationen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Beobachter eingeladen haben.

Demonstrationen: Spanische Urteile und Weltkrieg-Gedenken

F.A.Z. FRANKFURT, 31. August. Die beiden Todesurteile im spanischen Burgos stießen am Wochenende in mehreren Städten der Bundesrepublik auf Protest. In West-Berlin überreichten 30 Demonstranten dem spanischen Generalkonsul, nachdem sie in das Konsulat eingedrungen waren, ein Protestschreiben an den spanischen Staatschef

Die Bundesregierung ist überrascht von der Kritik an den Steuerbeschlüssen

Opposition: Nicht mit uns / Loderer: Zu Lasten der Arbeitnehmer / Apel will die Gewerkschaften umstimmen

Ho. BONN, 31. August. Die Bundesregierung zeigt sich über die heftige Kritik, die die Sparbeschlüsse und insbesondere die Steuererhöhungen in weiten Teilen der Öffentlichkeit ausgelöst haben, beunruhigt. So will Bundesfinanzminister Apel bereits an diesem Montag vorzeitig von der Jahresagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aus Washington nach Bonn zurückkehren. Er müsse schon am ersten Tag der auf fünf Tage anberaumten Konferenz in die Bundeshauptstadt zurückfliegen, um „meinen Teil der Prügel“ an den Haushaltsbeschlüssen zu beziehen, sagte Apel in Washington.

Angesichts der lebhaften Diskussion sowohl über die Steuererhöhungen als auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern will sich der Finanzminister der Kritik stellen und die Kabinettsbeschlüsse, insbesondere auch gegenüber den Gewerkschaften, verteidigen. Wie präkar kurz vor der mühsam zustande gekommenen Einigung die Situation im Kabinet bei

den Beratungen war lassen Berichte erkennen, denen zufolge Bundesernährungsminister Ertl in der Nacht zum Freitag unverhohlen mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Er wurde aber vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner an den Tisch der Koalition zurückgeholt.

Unterdessen konzentriert man sich in Bonn auf die Frage, welche Taktik die Opposition einschlagen wird. Nach Artikel 105 des Grundgesetzes hängt die Inkraftsetzung der Mehrwertsteuererhöhung von der Zustimmung der unionsgeführten Länder im Bundesrat ab. Am Sonntag kündigte Oppositionsführer Carstens an, daß die CDU/CSU bei den Steuererhöhungen nicht mitmachen werde. Im Bundestag, so sagte Carstens, wolle die Opposition „unter gar keinen Umständen“ dem Wunsch der Koalition zustimmen. Ob sich die unionsgeführten Länder dabei dem Votum anschließen werden, muß abgewartet werden.

Carstens zufolge ist die CDU/CSU bereit, die Sparbeschlüsse der Regie-

rung gründlich zu überprüfen. Die Notwendigkeit zur sparsamen Haushaltsführung sei schließlich von den Oppositionsparteien seit Jahren vertreten worden. Mit der Bemerkung, bei den Plänen der Regierung sei eine „langfristige Perspektive“ zu vermissen, deutete Carstens entsprechende Überlegungen der Opposition an. Man könne nicht hier und da ein paar hundert Millionen streichen und dann glauben, die Finanzen seien saniert.

Damit der aufgeblähte Staatsapparat wirksam bekämpft werden könne, sei eine andere Art der Gesetzgebung nötig. Die bisherigen Reformgesetze hätten jedesmal einen neuen Verwaltungsapparat installiert, sagte Carstens.

Nach Ansicht des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg sind die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen kein Sparprogramm, sondern ein „Programm zur Erhöhung der Steuern und Abgaben“. (Fortsetzung Seite 2.)

Unmut in der CDU über fehlendes Gegenkonzept

Bedauern über Verzicht auf eigene Vorschläge zur Überwindung der Krise

rnc. BONN, 31. August. In den Ortsverbänden der Union wächst die Mißstimmung über die angeblich offensichtlich gewordene Führungsschwäche der CDU. Nach Beobachtungen zahlreicher CDU-Abgeordneter mehrten sich in vielen Ortsvereinen die Äußerungen des Unverständnisses darüber, daß die Partei und Fraktion die nicht mehr zu vertuschende Krise der Bonner Koalition nicht dazu nutzen, der Öffentlichkeit überzeugende Vorschläge zur Abwendung der immer größer werdenden Verschuldung des Staates und zur Behebung der nicht in Gang kommenden Wirtschaft vorzulegen. Mit Ungeduld schaut das weiter wachsende Heer der CDU-Mitglieder auf Bonn, wo an diesem Montag die Führungsgrößen der CDU zum ersten Mal nach der Sommerpause zu Beratungen zusammengetreten. Die Mitglieder wünschen sich, so urteilen Unionsabgeordnete, klare Leitlinien zur Meisterung der Krise.

Nach den bisher in der Führungsspitze der CDU abgehaltenen Beratungen ist durchaus offen, ob die Mitgliedschaft der Partei durch das befriedigt werden kann, was Präsidium und Vorstand der CDU an diesem Montag nach

eingehender Diskussion als programmatische Aussage verabschieden werden. Zwar ließ ein Parteisprecher zum Wochenende verlauten, beide Gremien würden sich mit der „aktuellen politischen Lage“ befassen. Er kündigte aber nicht an, ob von dieser Seite auch mit Initiativen zu rechnen sei. Auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet ist mit Sicherheit nichts Substantielles von den an diesem Montag anstehenden Beratungen zu erwarten. Bisher zeichnet sich noch nicht einmal ab, welche Marschroute die Mehrheit der Union angesichts der Schwierigkeiten der Bundesregierung und der Finanzkrise einschlagen gedenkt.

Erst zum Ende der Woche wird die Union wahrscheinlich mit etwas mehr als nur kurzzeitigen Erklärungen hervortreten. Für Donnerstag ist eine Zusammenkunft zwischen Kohl, Strauß und Carstens geplant, in der ausschließlich wirtschafts- und finanzpolitische Fragen erörtert werden sollen. Tags darauf trifft sich in Bonn eine Anzahl von Fachleuten der Partei aus den Regionen. Danach dürfte feststehen, ob die Erklärung von Carstens, die Union werde Steuererhöhungen un-

ter keinen Umständen zustimmen, von der Mehrheit der Partei getragen wird.

CDU-Sprecher Weiskirch bestätigte am Wochenende, daß die Mannheimer Erklärung der CDU im Herbst noch einmal redaktionell überarbeitet werden soll. Kohl habe dies vor allem aus politischen Gründen angekündigt. Weiskirch nahm damit zu Berichten über zwei Briefe des früheren CDU-Vorsitzenden Erhard an Kohl Stellung. In ihnen hatte Erhard Bedenken gegen die gesellschaftspolitischen Aussagen der Mannheimer Erklärung erhoben, weil durch sie erhebliche Belastungen der öffentlichen Haushalte drohten. Zu einem Hinweis Erhards, daß Kohl auf seine Briefe nicht persönlich geantwortet, sondern CDU-Generalsekretär Biedenkopf mit der Beantwortung beauftragt habe, erklärte Weiskirch, daß Kohl bei der Rheinfahrt aus Anlaß des Bonn-Besuchs von Präsident Ford auf dem Schiff mit Erhard über dessen Schreiben gesprochen habe. Wie am Samstag in Bonn verlautete, wird sich der CDU-Bundevorstand voraussichtlich am 20. Oktober noch einmal mit der Mannheimer Erklärung beschäftigen.

Starker Widerstand gegen Ministerpräsident Pinheiro de Azevedo

„Ernennung Gonçalves“ zum portugiesischen Generalstabschef illegal“ / Soares: Krise hat sich verschärft

wha. MADRID, 31. August. Die Ablösung des portugiesischen Regierungschefs Vasco Gonçalves durch den Stabschef der Marine, Vizeadmiral Pinheiro de Azevedo, und die Ernennung von Gonçalves zum Generalstabschef aller Waffengattungen ist nur von einem kleinen Teil der portugiesischen Militärs und nur von einem Teil der Bevölkerung begrüßt worden.

Die Oberbefehlshaber der Militärregion Mitte und Süd, die Generale Charras und Pizarro Correia, haben die Ernennung von Gonçalves zum Generalstabschef scharf kritisiert. Der Oberbefehlshaber der Militärregion Lissabon, Otelo de Carvalho, ist inzwischen zu einem Gegner von Gonçalves geworden; lediglich der prokommunistische, zeitweise suspendierte Oberbefehlshaber des Bezirks Nord, Brigadegeneral Corvacho, unterstützt den Generalstabschef.

Die Gerüchte über gegen Gonçalves und Corvacho gerichtete militärische Erhebungen in der Nordregion wurden

dementiert. Doch haben einige Kommandeure im Norden Portugals erklärt, nicht mehr dem Befehl des Oberbefehlshabers Corvacho zu gehorchen, sondern sich dem Oberbefehlshaber Mitte mit Sitz in Coimbra, Brigadegeneral Charras, zu unterstellen. Charras hatte – wie berichtet – bereits gedroht, nach Lissabon zu marschieren, wenn Gonçalves nicht als Ministerpräsident abgelöst würde.

Der Oberkommandierende des Bezirks Süd, Correia, erklärte, er sei als Mitglied des Revolutionsrates nicht über die Ernennung Gonçalves' zum Generalstabschef befragt worden, deshalb sei diese Ernennung illegal und werde von ihm nicht anerkannt. Auch der Stabschef des Heeres, Pabão, und selbst der Stabschef der Luftwaffe, der kommunistischfreundliche Morais e Silva, sind wenig angetan über die Ernennung von Gonçalves, zumal dieser bereits „grundliche Umstrukturierung der Streitkräfte“ angekündigt hat.

Die neun „Unterzeichner“ des „Dokuments Melo Antunes“ sprachen sich „im Namen von achtzig Prozent der Streitkräfte“ gegen Gonçalves aus. Alle Neun waren wieder als Mitglieder des Revolutionsrates zugelassen worden, hatten es aber abgelehnt, mitzuarbeiten, solange nicht Gonçalves als Ministerpräsident abgesetzt und die Vollversammlung der Bewegung der Streitkräfte (MFA) umstrukturiert werde. Die neun Demokratischen Sozialisten erklärten jetzt alle letzten Entscheidungen des Revolutionsrates für illegal, weil diese in ihrer Abwesenheit getroffen wurden.

Für Mário Soares, den Führer der Sozialistischen Partei, hat sich die Krise jetzt noch verschärft. Die Sozialisten begrüßen ebenso wie die Demokratische Volkspartei (PPD) zwar die Ablösung von Gonçalves als Ministerpräsident, protestieren aber gegen seine Ernennung zum Generalstabschef. (Fortsetzung Seite 2.)

Der Flughafen Tegel ersetzt Berlin-Tempelhof

WS. BERLIN, 31. August. Seit diesem Montag wird der gesamte zivile Luftverkehr in West-Berlin vom neuen Flughafen Tegel aus abgewickelt. Der 1923 in Betrieb genommene Zentralflughafen Tempelhof wird für den zivilen Flugverkehr geschlossen, bleibt aber als amerikanischer Militärflughafen in Betrieb und soll auch als Verkehrsflughafen für den Zivilluftverkehr erhalten bleiben. In der Nacht zum Montag sind die beiden Luftverkehrsgesellschaften PanAm und British Airways mit allen Einrichtungen, darunter zwei Werften, nach Tegel umgezogen. Vom 1. September an werden auf dem in fünfjähriger Bauzeit errichteten Flughafen Tegel täglich mehr als 80 Starts stattfinden. Der Berliner Verkehrssenator Liehr erklärte anläßlich des Umzugs nach Tegel, der unkontrollierte, freie Zugang nach Berlin über die drei Luftkorridore habe vor dem Hintergrund der Vereinbarungen mit der DDR über Verkehrsvereinfachungen nicht das geringste seines herausragenden Wertes für die Stadt verloren und bleibe der wichtigste Verkehrsweg. Daran ändere auch nichts, daß gegenwärtig im Berlin-Verkehr eine gewisse Verlagerung von der Luft auf Straße und Schiene zu beobachten sei. Liehr sprach sich abermals für eine stärkere Einbeziehung West-Berlins in den internationalen Luftverkehr aus. Die Stadt dürfe nicht Endstation sein, sondern müsse Knotenpunkt werden.

Entscheidung verzögert

wha. Der portugiesische Staatspräsident Costa Gomes hat nach langem Zögern den unpopulären Regierungschef Gonçalves abgelöst. Doch die politische und militärische Krise ist damit nicht beendet worden. Der neue Regierungschef Pinheiro de Azevedo wird von der Mehrheit im Volk und in den Streitkräften höchstens toleriert; Costa Gomes wagte es nicht, den populären General Babião zum Ministerpräsidenten zu ernennen, aus Furcht vor dem Widerstand und möglicherweise vor bewaffneten Aktionen der Kommunisten.

Auf stärkeren Widerspruch stößt die Ernennung des abgelösten Ministerpräsidenten zum Generalstabschef der Streitkräfte. Dem alten Generalstabschef Costa Gomes dürfte es nicht leichtfallen sein, Gonçalves, der weit mehr Politiker als Militär ist, dieses höchste militärische Amt zu geben. Doch wohin sonst mit Gonçalves? Die führenden portugiesischen Militärs wollen Blutvergießen um fast jeden Preis vermeiden. Aber eine solche zögernde Haltung an der Spitze des Staates bringt gut organisierten, entschlossenen und disziplinierten Gruppen wie den Kommunisten und ihren Satellitenparteien große Vorteile. Sie wissen genau, was sie wollen; ihre Drohungen werden

ernstgenommen. Auch so kann eine Minderheitsgruppe mit der Zeit die Macht übernehmen.

Sollte sich Gonçalves als Generalstabschef halten können, haben die Kommunisten in einer wichtigen Schlacht, die schon für sie verloren schien, zumindest ein Unentschieden erreichen können. Gewiß sind die direkten Befugnisse des Generalstabschefs nicht sehr groß. Er übt nicht den Oberbefehl über die Streitkräfte aus, und er selbst kann allein weder die Stabschefs der einzelnen Teilstreitkräfte noch die Befehlshaber der vier Militärregionen entlassen. Doch könnte er manche anderen Gewichte in den Streitkräften zugunsten der Kommunisten verändern.

Die Gegner der Kommunisten, die demokratischen Sozialisten im Militär und die beiden großen Parteien, sind sich politisch immer noch nicht recht einig; utopische Sozialisten wie Otelo de Carvalho sind recht unsichere Verbündete. Sie alle fürchten einen Bürgerkrieg, spüren aber, daß, je länger die Zeit der ständigen Kompromisse andauert, sie desto mehr Einfluß verlieren. Sollte der Wille der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aber weiterhin grob mißachtet werden, dann gibt es nur noch zwei Lösungen: Bürgerkrieg, den fast jeder zu vermeiden trachtet, oder die Diktatur einer Minderheit.

Die Wahrheit in Raten

Von Walter Kannengießer

Bundeskanzler Schmidt und die führenden Politiker der Koalition bescheinen sich in diesen Tagen immer wieder selbst, politischen Mut bewiesen zu haben. So wird aus der Not, Ausgaben zu kürzen und Steuern erhöhen zu müssen, eine Tugend gemacht. Zuzugeben ist, daß die Beschlüsse des Kabinetts für Bonner Verhältnisse ziemlich rasch zustande kamen. Immerhin handelt es sich um die einschneidendsten finanzpolitischen Beschlüsse in der Geschichte der Bundesrepublik. Das Haushaltssicherungsgesetz, mit dem die Regierung Erhard nach der Wahl des Jahres 1965 die vorher zu üppig verteilten Wahlgeschenke wieder kassierte, und das Finanzänderungsgesetz von 1967, von der Großen Koalition zur Sanierung der Staatsfinanzen beschlossen, bleiben in ihrem finanziellen Gewicht hinter dem zurück, was nun passieren soll.

Zwischen den Beschlüssen des Jahres 1967 und denen dieses Jahres gibt es freilich einen entscheidenden Unterschied. Damals wurden die Finanzen des Staates und der Sozialversicherung tatsächlich für eine überschaubare Zeit saniert. Heute ist dies nicht der Fall.

Die Finanzpolitiker der Koalition haben jahrelang den Bürgern eingeredet, daß die Staatsfinanzen in Ordnung seien. Allmählich kommt die Wahrheit, wenn auch in Raten, ans Licht. Die Finanzpolitik der letzten Jahre beruhte auf der Annahme eines sich stetig beschleunigenden inflationären Prozesses. Jede Unterbrechung dieser Entwicklung mußte damit zu finanziellen Katastrophen führen. Wenn die Koalitionspolitiker nun ihren Mut preisen, so ist das zu vergleichen mit dem Mut des Nichtschwimmers, der vom brennenden Schiff ins Meer springt in der Hoffnung, dort eine rettende Hand zu finden.

Daß nicht politischer Mut die Triebfeder der Kabinettsentscheidungen war, läßt sich unter verschiedenen Gesichtspunkten zeigen. Da ist zunächst die Verfassungsnorm des Artikel 115. Dieser schreibt vor, daß Kredite nur bis zur Höhe der investiven Ausgaben zur Deckung des Bundeshaushalts aufgenommen werden dürfen. Die Investitionen dürften 1976 und 1977 mit etwa 25 Milliarden Mark zu beziffern sein. Diese Grenze darf nur in der Rezession überschritten werden, um die Konjunktur anzukurbeln. Dies bedeutet, daß die Verschuldensgrenze im laufenden Jahr ignoriert werden kann. 1976 sieht dies vielleicht schon anders aus. Jedenfalls muß der Artikel 115 wieder beachtet werden, wenn der Aufschwung kommt. Die Regierung will sich mit einem Winkelzug über die rechtliche Klippe hinweghehlen.

Soll es zum Aufschwung kommen, so setzt dies voraus, daß die Unternehmen mehr investieren und die Verbraucher mehr Geld ausgeben. Die Unternehmen brauchen also

Kapital; die Sparneigung müßte sinken. Der Kapitalmarkt würde von zwei Seiten her eingengt: Einem wachsenden Kapitalbedarf stünde ein sinkendes Kapitalangebot gegenüber. Schon jetzt bereitet es dem Staat große Mühe, seinen gewaltigen Kapitalbedarf zu den heutigen Zinsen zu decken. Doch die Kreditnachfrage des Staates wird durch die Kabinettsbeschlüsse für 1976 nicht verringert, trotz des unterstellten Wirtschaftsaufschwungs.

Das Staatsdefizit ist damit 1976 zu Zinssätzen, die den privaten Unternehmen einen Anreiz zum Investieren geben, nicht zu finanzieren. Daran kann es kaum einen Zweifel geben. Die Konsequenzen für die Konjunktur wären fatal. Von der Bundesbank wäre daher ein klärendes Wort zu erwarten. In Bonn wird gerne so getan, als seien die Frankfurter Währungshüter mit allem einverstanden. Dabei wären die im Etat ausgewiesenen Defizite von annähernd 40 Milliarden Mark allenfalls bei anhaltender Rezession zu vertreten. Aber bliebe es bei der Rezession, so fiel das Defizit noch weit höher aus; es könnte dann rasch auf über 50 Milliarden Mark wachsen. Man mag es drehen und wenden, wie man will, die Regierung hat für 1976 kein tragfähiges Finanzierungskonzept entwickelt.

Die unpopulären Steuerbeschlüsse, die auf die Zeit nach den Wahlen, also erst auf 1977 zielen, ergeben sich zwangsläufig aus dem Verzicht, schon 1976 die laufenden Leistungsverpflichtungen des Staates ausreichend zu kürzen. Trotz der drastischen Erhöhung der Abgabebelastungen um rund 17 Milliarden Mark im Jahre 1977 soll beim Bund noch immer ein Defizit von 22 Milliarden Mark bleiben.

Aber selbst dieses Ergebnis wird nur mit einem Trick erreicht. Der Rechnung wird einfach eine Zuwachsrate bei den Ausgaben von nur 3 Prozent unterstellt. Aber die Regierung sagt nicht, wie sie das erreichen will. Dazu hätte sie tatsächlich Mut gebraucht. Denn ohne neue gesetzliche Eingriffe geht dies nicht. Im Bundeshaushalt steigen zahlreiche Etatpositionen, zum Teil auf Grund gesetzlicher Vorschriften, automatisch an.

Es kann also keinen Zweifel geben: Jede Regierung, die nach der Wahl im Herbst 1976 den Etatentwurf für 1977 vorzulegen hat, wird mehr Mut beweisen müssen, als die Regierung Schmidt/Genscher in der letzten Woche aufgebracht hat. Die Koalition will den Bürgern die Wahrheit und die Medizin in kleinen Dosen verabreichen. Aber diese Therapie ist dem Zustand des Patienten nicht angemessen. Ihm hätte schon jetzt mehr an Kürzungen zugemutet werden können und zugemutet werden müssen.

Weitere Kommentare Seite 6

In dieser Zeitung

- 3 Verschleppte Reform des Beamtenrechts
- Eppler wird Landespolitiker
- 4 Australien für eine Intervention Indonesiens auf Timor
- 5 Die Ureinwohner Australiens erhalten Land zurück
- Bei „Unanbringlichkeit“ hört das Postgeheimnis auf
- 6 Im Guillaume-Prozess beginnt der zweite Verhandlungsabschnitt
- Peru steuert weiter sozialistischen Kurs
- Wirtschaft
- 7 Korrektur eines Zerrbildes
- Erfolgreicher Auftakt der Währungskonferenz
- Honnecker: Auch gute Geschäfte / Leipziger Herbstmesse-Eröffnung
- Berliner Funkausstellung

- 8 Karamanlis kündigt Wirtschafts-Entwicklungsprogramm an
- Vor Frankreichs größtem Konjunkturprogramm
- Sport
- 10/12 Der Bundesliga-Kommentar / Weltmeisterschaften im Rudern und im Radsport / Baden-Badener Rennwoche / Präsidentschaftsversammlung des Deutschen Sportbundes
- Feuilleton
- 13 Götzendämmerung im Führerbunker: Hartmut Langes Hitler-Stück wurde in Hamburg uraufgeführt
- Das neue Theater in Karlsruhe mit der „Zauberflöte“ eröffnet
- 15 Briefe an die Herausgeber
- 16 Das aktualisierte Fernsehprogramm; das Wetter

Außenminister beenden Konferenz von Lima

Blockfreie Staaten gegen UN-Ausschluss Israels

LIMA, 31. August (Reuters). Mit der Verabschiedung einer programmatischen Deklaration ist am Samstag die Konferenz der Außenminister von 82 blockfreien Staaten in der peruanischen Hauptstadt Lima beendet worden. In dem 35 Seiten umfassenden Dokument verzichten die Delegierten, in deren Heimatländern mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung lebt, auf die Forderung nach dem Ausschluss Israels aus den Vereinten Nationen. Die Anträge Syriens und der in der Gruppe der Blockfreien aufgenommenen palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, die Suspendierung Israels von der bevorstehenden UN-Vollversammlung zu betreiben, wurden abgelehnt.

Die Außenminister verurteilten jedoch den Zionismus als Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Welt.

Kritik richtete sich ferner gegen den „amerikanischen Imperialismus“, der in Kambodscha und Vietnam besiegt worden sei.

In der Deklaration wurde außerdem die Forderung nach Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und Blockfreiheit Zyperns sowie nach dem unverzüglichen und bedingungslosen Abzug aller ausländischen Truppen von der Mittelmeerinsel bekräftigt. Die Delegierten setzten sich auch für die Fortsetzung der Verhandlungen der griechischen und türkischen Volksgruppen unter der Schirmherrschaft von UN-Generalsekretär Waldheim ein. Der Anspruch Panamas auf Gebietsfreiheit über die von den Vereinigten Staaten kontrollierte Panama-Kanalzone wurde ebenso unterstützt wie die Forderung nach Unabhängigkeit Puerto Ricos von den Vereinigten Staaten.

Fortsetzung von Seite 1

Bonn von der Kritik überrascht

Eine Analyse der Beschlüsse habe ergeben, daß die Steuern und Abgaben in zwei Stufen um jährlich 18 Milliarden Mark angehoben werden sollten. In diesem Zusammenhang wies die Bundesregierung deutscher Arbeitgeberverbände darauf hin, daß die höheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung die Unternehmen rund zwei Milliarden Mark jährlich mehr kosten würden. Diese zusätzlichen Belastungen erschwerten den dringend notwendigen Investitionswillen der Firmen, erklärte der Vorsitzende der Bundesvereinigung, Schleyer.

Demgegenüber hat der SPD-Vorsitzende Brandt Bundeskanzler Schmidt die Unterstützung seiner Partei bei der Durchsetzung der Konjunktur- und Sparbeschlüsse zugesagt. Gleichzeitig trat Brandt dem Eindruck entgegen, die Einheitsbeschlüsse hätten zu inneren Auseinandersetzungen in der SPD geführt. Der Kanzler könne sich bei seinen Bemühungen um die Konsolidierung der Staatsfinanzen auf die „vertrauensvolle Unterstützung“ durch die SPD verlassen.

Am Sonntag versuchte die Führungsspitze der FDP dem Eindruck entgegenzutreten, als sei bei den Koalitionsberatungen zu „unerträglichen Spannungen“ zwischen den Koalitionspartnern gekommen. Die Haushaltsberatungen seien zwar eine „Kraftprobe“ für die SPD/FDP-Koalition gewesen, schließlich habe man sich jedoch auf einen tragfähigen Kompromiß geeinigt, hieß es aus maßgebenden Kreisen der Freien Demokraten.

Außerdem hat die FDP noch einmal darauf hingewiesen, daß nach ihrer Ansicht weiterhin mittelfristige Investitionsanreize dringend nötig seien, die möglichst noch vor der Bundestagswahl in die Tat umgesetzt werden müßten. Die SPD prüfe die Frage noch. Offenbar werden nun Erleichterungen für Unternehmen bei nicht ausgeschütteten Gewinnen in Erwägung gezogen, die mit entsprechenden vermögensbildenden Maßnahmen kombiniert werden könnten. Diese neue Variante der „mittelfristigen Investitionsanreize“ habe, so hört man aus der FDP, für den großen Koalitionspartner den Vorteil einer

„besseren Optik“; im Hinblick auf den Mannheimer Parteitag der SPD im Herbst seien generelle steuerliche Erleichterungen für Unternehmer politisch nicht durchsetzbar.

Der Deutsche Beamtenbund will nicht beim Bundesverfassungsgericht gegen die Kabinettsbeschlüsse wegen Beschränkung der Beamtenrenten klagen. Dies erklärte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Krause, in einem Interview. Auf die Frage, ob der Beamtenbund ein „zähneknirschendes Ja“ zu den Sparbeschlüssen sage, antwortete Krause: „Ich kann das so verallgemeinern nicht sagen. Aber wir sagen ja zu Sparmaßnahmen, die in einem Gesamtzusammenhang deutlich machen, daß alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen in etwa gleichrangig herangezogen werden. Davon schließen wir uns nicht aus.“

Das Institut der Deutschen Wirtschaft erklärte, die Regierung habe nicht den Mut, zu den notwendigen harten Entscheidungen aufgebracht und statt mit einer überzeugenden Lösung nur mit Flickwerk aufgewartet. Durch eine auf Nahziele ausgerichtete Politik drohe sie, mittel- und langfristige notwendige Lösungen im öffentlichen Dienst und im Steuerrecht zu verbauen. Die soeben verkündeten Einsparungsmaßnahmen enttäuschten in zweierlei Hinsicht: Einmal bürdeten sie der Wirtschaft, die ohnehin eine Steuerentlastung nötig habe, neue Lasten auf, zum anderen habe das Kabinett den Weg des geringsten Widerstandes beschritten und, statt die öffentlichen Ausgaben gründlich zu durchforsten, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in 1977 beschlossen. Dies werde den privaten Verbrauch um mindestens 1,5 Prozentpunkte verteuern und damit gegen die angestrebte Stabilitätspolitik wirken.

Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer kritisierte die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Statt die Aufwendungen für Arbeitslosengeld durch ein großzügigeres Konjunkturprogramm und den Abbau der Arbeitslosigkeit zu senken, wie es die Gewerkschaften gefordert hätten, würden nun die Kosten der Rezession auf die Arbeitnehmer abgewälzt.

Fortsetzung von Seite 1

Widerstand gegen Pinheiro de Azevedo

Außer von Madeira kommen jetzt auch von den Azoren Proteste gegen die Ernennung des früheren Ministerpräsidenten zum Generalstaabschef. Mit dem Verbleiben von Gonçalves auf einem wichtigen Posten, heißt es in den Protesten, werde die Gefahr einer Sezession der nur von Portugiesen bewohnten Atlantikinsel größer. Begrüßt wurde die Ernennung Gonçalves dagegen von den Kommunisten und kommunistenfreundlichen Gruppen.

Hingegen scheint das Bündnis der Kommunisten und ihrer Satellitenpartei (MDP/CDE) mit den linksradikalen Gruppen schon wenige Tage nach dem Abschied auseinanderzubrechen. Die Trotzkisten sowie die anarchistischen Linkssozialisten und die „Revolutionären Brigaden“ haben die kommunistische Partei bereits wieder scharf attackiert.

Der Oberbefehl über die Streitkräfte sowie über die militärische Sicherheitsgruppe Copcon hat nicht der Generalstaabschef Gonçalves, sondern Staatspräsident Costa Gomes inne. Das hat

Costa Gomes nach Trennung der beiden von ihm bisher in Personalunion besetzten Ämter (Generalstab und Präsidentschaft) ausdrücklich feststellen lassen.

Der neue Regierungschef Pinheiro de Azevedo hat sich in der Nacht zum Sonntag mit Vasco Gonçalves und den Mitgliedern seiner fünften provisorischen Regierung getroffen. Einer der Stellvertreter des früheren Regierungschefs Gonçalves, der alte Professor Teixeira Ribeiro, meinte, man brauche kaum etwas an der Zusammensetzung der Regierung zu ändern. Man erwartet aber, daß zumindest zwei kommunistenfreundliche Offiziere, die Minister Jesuino (Information) und Costa Martins (Arbeit), ausscheiden. Sollte Pinheiro de Azevedo die meisten Minister des prokommunistischen fünften Kabinetts übernehmen, dann wäre der Widerstand in der Bevölkerung und bei der Mehrheit der Streitkräfte gegen die neue Regierung kaum geringer als die Opposition gegen das letzte Kabinett.

Kissinger: Das gute Ende ist bereits in Sicht

Paraphierung des Sinai-Abkommens vor Zustimmung des Kongresses

m. t. JERUSALEM, 31. August. Der Zeitplan des amerikanischen Außenministers Kissinger bei seinen Bemühungen um ein Abkommen zwischen Israel und Ägypten ist an diesem Wochenende durcheinandergeraten. Das Programm für die nächsten Tage konnte wegen der unvorhergesehenen Schwierigkeiten noch nicht endgültig festgelegt werden. Kissinger mußte deshalb seinen Aufenthalt im Nahen Osten verlängern und die Eröffnungsrede in der außerordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Problemen der Entwicklungsländer gewidmet ist, absagen. Den von Kissinger verfaßten Text wird der amerikanische Chefdelegierte Moynihan verlesen.

Über die Art der unvermutet aufgetauchten Hindernisse, die von allen Seiten, Kissinger eingeschlossen, als nicht überwindbar dargestellt werden, läßt sich nichts Genaues in Erfahrung bringen. Kissinger sagte am Sonntagmittag vor seinem neuerlichen Abflug nach Alexandria den Journalisten, man habe einen Berg von Dokumenten zu bewältigen, die Verträge selber und die vielen Anhänge Wort für Wort zu prüfen. Dennoch sei das gute Ende bereits in Sicht. Der amerikanische Außenminister fügte hinzu, es handle sich um die kompliziertesten Verhandlungen seiner Karriere.

Eine der strittigen Fragen ist angeblich die ägyptische Forderung, die Truppenstärke in der verdünnten Zone, deren Ausmaß im Verhältnis zum im ersten Entflechtungsabkommen festgelegten Fläche wuchs, von bisher 7000 Mann auf 15000 erhöhen zu dürfen. Israel soll eine Kompromißzahl von 10000 vorgeschlagen haben. Die für Sonntag anberaumte Sitzung des Jerusalemer Kabinetts ist vorläufig auf den Montag in der Erwartung verschoben worden.

ben worden, Kissinger werde in Alexandria die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen können. Darüber wird erst in der Nacht von Sonntag auf Montag, nach der Rückkehr Kissingers aus Ägypten, einigermaßen Klarheit herrschen. Sollten sich die optimistischen Voraussagen erfüllen und weitere Pendelflüge Kissingers nicht mehr nötig sein, würde die Übereinkunft noch am Montag vom israelischen Kabinett bestätigt und nachher von beiden Parteien paraphiert werden. Am Dienstag hätte das Zentralkomitee der Arbeiterpartei das Abkommen zu billigen. Am Mittwoch soll die Knesset zu einer Sondersitzung zusammengetreten und über den paraphierten Vertragsentwurf debattieren und abstimmen. Doch auch dieses Programm ist noch unverbindlich und kann leicht geändert werden. Wenn Kissinger am Montag abends von Jerusalem nach Alexandria zu fliegen hätte, würde sich alles mindestens um einen zusätzlichen Tag verschieben.

Nach Äußerungen amerikanischer Beobachter ist an die endgültige Unterzeichnung des Abkommens sofort nach Erledigung der prozeduralen Vorbereitungen in Israel und Ägypten und noch vor den Beratungen im Washingtoner Kongreß über die Präsenz amerikanischer ziviler Techniker an den Trennungslinien auf der Sinai-Halbinsel gedacht. Schon ein paar Tage nach der Paraphierung soll die Zeremonie der Signierung in Genf stattfinden, wobei dem Vernehmen nach auch die Sowjetunion ihr Recht auf Anwesenheit wahrnehmen will. Die Frage des Termins für die Schlussunterschriften scheint jedoch noch offen zu sein. Auf alle Fälle werden nicht lange nach der Paraphierung ägyptische und israelische Offiziere in Genf die Militär-

technischen Einzelheiten aushandeln. Im direkten Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abschluß des Entflechtungsvertrages steht zweifelsohne die erhöhte Aktivität arabischer Fedajin-Verbände, die über die libanesischen Grenze in israelisches Territorium eindringen und Sabotageakte verüben wollen. Die Versuche konnten im Keim erstickt werden, zuletzt in der Nacht vom Samstag zum Sonntag. Das Fedajin-Kommando wurde am Grenzzaun abgefangen. Zwei Mitglieder der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) wurden dabei getötet. Auf israelischer Seite gab es zwei Verwundete.

Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) beharrte in einer in Beirut veröffentlichten Mitteilung darauf, daß ein Fedajin-Kommando über die libanesisch-israelische Grenze nach Nordgaliläa eingedrungen sei und in dem Kibbuz Kefar Gil Adi eine Reihe von Geiseln genommen habe. Dagegen bezeichneten amtliche Stellen in Jerusalem diese Meldung als freie Erfindung.

Kritik Moskau

MOSKAU, 31. August (Reuters). Die seit dem Ende des arabisch-israelischen Krieges im vergangenen Oktober laufenden Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Kissinger sind am Wochenende in der sowjetischen Parteizeitung „Pravda“ zum ersten Mal direkt kritisiert worden. Besonders hervorgehoben wurde die im Rahmen des angestrebten zweiten Teilabkommens zwischen Ägypten und Israel geplante Stationierung ziviler amerikanischer Techniker auf der Halbinsel Sinai, die als Verletzung der Geflohenheiten der internationalen Nahost-Politik bezeichnet wurde.

Die Rektoren stellen sich dem Wissenschaftsminister entgegen

Ein umstrittener Gesetzentwurf für die Hochschulreform in Niedersachsen / Von Wolfgang Tersteegen

Niedersachsens Wissenschaftsminister Grolle (SPD) wird seine Vorstellungen darüber, wie die Rechtsverhältnisse der Hochschulen im Lande erstmals „einheitlich und umfassend“ geregelt werden könnten, revidieren müssen. Denn die letzte, wichtigste Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Hochschulgesetz, die ihm jetzt von der Landesrektorenkonferenz zugegangen ist, schließt sich den bisherigen, überwiegend negativen Äußerungen der betroffenen Hochschulen und Verbände an. Das Konzept Grolles sei nur als ein „Beginn der Diskussion über die Hochschulgesetzgebung“ zu betrachten und dürfe, da es in wesentlichen Punkten erheblichen Bedenken begegne, „in dieser Form nicht Gesetz werden“, stellt die Landesrektorenkonferenz fest. Zugleich spricht sie die Erwartung aus, daß das SPD/FDP-Kabinett den noch zu formulierenden, eigentlichen Gesetzentwurf erst dann in den Landtag einbringe, wenn die kritischen Hinweise der Hochschulen „sorgfältig geprüft und in ihren Argumenten gewichtet worden sind“.

Die Landesrektorenkonferenz wendet sich gegen die „schamlose Umverteilung“ zwischen dem durchgängig bekannten Bemühen um die längst fällige Vereinheitlichung des niedersächsi-

schen Hochschulwesens. Es müßte beachtet werden, daß die organisatorische Struktur einer voll ausgebildeten, älteren Tradition verpflichteten Hochschule — etwa derjenigen der Universität Göttingen — „nicht in allen Einzelheiten“ der Struktur neugegründeter Hochschulen — wie den Universitäten Oldenburg und Osnabrück — zu gleichen brauche. Die Rektoren stoßen sich an der geplanten Institutsumformung, die die Leistungsfähigkeit der vorhandenen, selbständigen und eigenverantwortlichen Institute als den bedeutendsten Grundeinheiten der Forschung in Frage zu stellen.

Die vorgesehene Einheitsverwaltung der Hochschule mit einem Präsidenten an der Spitze — anstelle von Rektor und Kurator beziehungsweise Kanzler — erscheint besonders problematisch: die Hochschulleitung dürfe heute „weniger denn je als verlängertes Arm der staatlichen Bürokratie wirken“, weshalb klarer abgegrenzte Kompetenz-Verhältnisse erreicht werden müßten; schon um den gegebenen Strukturen der einzelnen Hochschulen Rechnung zu tragen, sollten verschiedene Formen der Hochschulleitung zugelassen werden — auch solche einer kollegialen Leitung, in der Präsident, Vizepräsident und Kanzler auf der Basis einer klaren Ressortverteilung zusammenarbeiten.

Angesichts der im Entwurf erkennbaren „Überstrukturierung der Selbstverwaltung“ bestünde die Gefahr, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Hochschulen überschritten würden und die Bereitschaft der Hochschulangehörigen, Verantwortung in den Kollegialorganen zu übernehmen, schwinde. Die beabsichtigte veränderte Zusammensetzung der Kollegialorgane ist nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz „nicht befriedigend“. Zu bestanden heißt es, seien vor allem die Uneinheitlichkeit und Kompliziertheit des Paritätsprinzips, der unzureichende Stimmenanteil der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter (die beispielsweise im Senat und im Fachbereichsrat weniger Stimmen haben sollen als die Studenten) und schließlich der für bestimmte Beratungsangelegenheiten vorgesehene Wechsel des Stimmrechts zwischen wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern.

Keine prinzipiellen Einwände erhebt die Landesrektorenkonferenz gegen die Absicht Grolles, mit dem künftigen Hochschulgesetz auch den Weg zur Entwicklung von Gesamthochschulen freizumachen. Auch die endgültige Auflösung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen mit der Integration ihrer meisten Abteilungen in die Universitäten wird befürwortet.

Südafrika sucht verschollene Angola-Flüchtlinge

Vor der Skelettküste verschwunden / Auch Moskau bietet Hilfe an / Bonn wartet auf Ersuchen Portugals

JOHANNESBURG, 31. August (dpa). Die Hoffnung auf die Rettung schiffsbrüchiger Angola-Flüchtlinge vor der berüchtigten „Skelettküste“ Südafrikas war am Sonntag fast völlig gesunken. Bisher wurde keine Spur von den seit acht Tagen vermissten und angeblich mit Flüchtlingen überladenen beiden Fischkuttern entdeckt. Allein an Bord der „Santo Christo“ sollen über vierzig Tote und Verwundete sein. Zur Suche nach eventuellen Booten sind zwei südafrikanische Minenräuberboote aus dem Kriegshafen Simonstown bei Kapstadt aufgesenken. Innen folgt die Fregatte „President Kruger“. Zusammen mit dem Küstenschutzkommando der Luftwaffe werden die Schiffe den bei Seefahrern gefürchteten rund 750 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Walvisbucht und der Flußmündung des Cunene an der Grenze Angolas abfahren.

Fast dreitausend Angola-Flüchtlinge werden im September mit dem Passagierschiff „Oceanic Endeavour“ von Walvisbucht nach Lissabon gebracht.

Die südafrikanische Regierung hat das sonst für Kreuzfahrten nach Südafrika und Fernost eingesetzte Schiff gechartert, um die Repatriierung der Flüchtlinge zu beschleunigen. Nach Meldungen aus Windhoek wälzt sich schon ein neuer Flüchtlingsstrom aus Südafrika auf Südwesafrika zu. „Die Fahrzeuge kriechen wie Ameisen über das wilde Land“, berichteten die Grenzpolizeinheiten in Rundu. Viele Lastautos sollen im Sand steckengeblieben oder zusammengebrochen sein. Andere sind mit leeren Benzin tanks stehengeblieben. Beladen mit ihrem Fluchtgepäck versuchen viele unter ungeheuren Strapazen, zu Fuß die Grenze zu erreichen.

Nach den Vereinigten Staaten haben jetzt auch Schweden, die DDR und die Sowjetunion Hilfe für die angolischen Flüchtlinge zugesagt. Die Botschafter der drei Länder waren von Ruivo getrennt empfangen worden. Der sowjetische Botschafter hatte dabei Unterstützung beim Transport der Flüchtlinge versprochen. Sie soll durch

Kontakte zwischen Technikern beider Länder eingeleitet werden. Die schwedische Regierung hat fünf Millionen schwedische Kronen (rund drei Millionen Mark) als Hilfe angeboten, und die DDR will ein Transportflugzeug zur Verfügung stellen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn sagte laut Reuter auf Anfrage, die Bundesregierung habe keine Hilfe angeboten. Im Falle eines Hilferufsens sei die Bundesrepublik jedoch darauf eingestellt, dies „sehr wohlwollend“ zu prüfen.

Heftige Kritik an der „sowjetischen Intervention in Angola“ hat laut AFP die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua geübt. Sie beschuldigt die Sowjetunion kolonialistischer Bestrebungen. Die Versuche Moskaus, Uneinigkeit zwischen den drei angolischen Unabhängigkeitsbewegungen zu provozieren, seien das Vorspiel zum Bürgerkrieg, heißt es in dem Kommentar. Die Sowjetunion wolle den Platz der abziehenden portugiesischen Kolonialisten einnehmen und gefährde ernsthaft die Unabhängigkeit Angolas

Syrien will angeblich auf sowjetische Experten verzichten

BEIRUT, 31. August (Reuters). Syrien plant nach einem Bericht der Beiruter Wochenzeitung „ad Destur“ den Einsatz sowjetischer technischer Experten auslaufen zu lassen. Die Zeitung meldete am Samstag ohne Angabe von Quellen, diese Absicht sei erstes Ergebnis eines bislang öffentlich nicht bekanntgewordenen Konflikts zwischen den syrischen Kommunisten und der regierenden sozialistischen arabischen Baath-Partei. Die Auseinandersetzung habe vor drei Monaten begonnen, als die Baath-Partei die Kommunisten zur Auflösung einer Studentenvereinigung und anderer Organisationen aufgefordert habe.

Vier spanische Wochenschriften verboten

wha. MADRID, 31. August. Vier spanische Wochenschriften sind in den beiden ersten Tagen nach Erlass des neuen Antiterrorismusesetzes verboten worden. Die Polizei beschlagnahmte in den Druckereien die jeweils letzte Nummer der ältesten „Destino“, der auflagenstärksten („Cambio 16“) und der mutigsten („Posible“) der politischen Wochenschriften; dazu noch das politisch-wirtschaftliche Magazin „Doblon“. Die monarchistische Zeitschrift „Blanco y negro“ mußte ihr Erscheinen um einen Tag verschieben und einen Vorbericht über den Basenprozeß in Burgos entfernen. Die spanischen Berichterstattungen bei diesem Prozeß erhielten von einem Vertreter des Informationsministeriums einen Zettel mit den neuen „Ratschlägen“.

Zusammenarbeit auf dem Balkan soll verstärkt werden

V. M. WIEN, 31. August. In einem Kommuniqué über den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Demirel in Bukarest vom 27. bis 29. August, sprechen sich Rumänien und die Türkei für eine Stärkung und Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Balkan aus. Konkret wird die Gründung einer „interbalkanischen Handelskammer“ und anderer ständiger Einrichtungen dieser Art vorgeschlagen. Nach dem vor zwei Wochen bekanntgewordenen Vorstoß des griechischen Premiers Karamanlis für eine Balkan-Konferenz der Staatssekretäre für wirtschaftliche Planung ist dies der zweite Vorschlag innerhalb kurzer Zeit zur multilateralen Zusammenarbeit in dieser Region. Demirel und Ceausescu nahmen nicht direkt zum Vorschlag von Karamanlis Stellung, doch ist bekannt, daß dieser in fast allen Balkanhauptstädten auf Sympathie stieß. Er war übrigens bereits abgesprochen worden, als Karamanlis in diesem Sommer die Hauptstädte der nördlichen Nachbarn Griechenlands besuchte. Neben der Annäherung Rumäniens an die blockfreien Staaten, die sich in der Teilnahme als „Gast“ beim Außenministertreffen in Lima äußerte, erweist sich der Balkan immer deutlicher als eines der Felder, wo Rumänien nach der Gipfelkonferenz in Helsinki vermehrt eigenen Spielraum suchen will.

Serie von Terroranschlägen in England und Nordirland

uw. LONDON, 31. August. Die Serie der Bombenanschläge in England, die in der Nacht zum Donnerstag mit einer Explosion in einem Wirtshaus in der Grafschaft Surrey begann, ist über das Wochenende in London fortgesetzt worden und hat dort ein Todesopfer gefordert. Bis zum Sonntag wurden bei insgesamt vier Anschlägen vierzig Menschen verletzt. Die Anschläge folgten einander im Abstand von 24 Stunden jeweils zwischen 22 und 23 Uhr. Der Tote war ein Sprengstoffexperte der Polizei, der versucht hatte, die von einem anonymen Anrufer mit irischem Akzent angekündigte Bombe zu entschärfen. Die Polizei hat nach Angabe eines ihrer Kommandeure bisher keinen direkten Beweis dafür, daß die Provisorische Irisch-Republikanische Armee (IRA) mit den Anschlägen etwas zu tun hat, die sich seit der Verkündung ihres „Waffenstillstands“ im Februar zwar nicht in der Provinz Ulster, wohl aber in England ruhig verhalten hat. Die Sprengkörper ähneln jedoch jenen Bomben, die IRA-Terroristen vor dem „Waffenstillstand“ in England explodieren ließen. Es wird vermutet, daß eine Splittergruppe der Untergrundarmee, die jüngsten Anschläge verübt hat, auch in Nordirland über das Wochenende wieder Menschen zu Terroropfern geworden. Eine Bombe, die in der Nacht zum Sonntag in eine überwiegend von Katholiken besuchte Belfaster Bar geworfen wurde, tötete einen Mann und verletzte sechs weitere Gäste. Etwa zur gleichen Zeit wurde in der Grafschaft Antrim ein protestantischer Vater von 10 Kindern auf dem Heimfahrt angehalten und von einem maskierten Terroristen mit dem Gewehrkolben getötet.

Stimmen der Anderen

Der eiserne Schmidt?

Die britische Wochenzeitung „The Economist“ meint zum Bonner Sparprogramm:

„Die Sozialdemokraten haben es nicht gern, daß sie den Wohlfahrtsstaat beschneiden müssen, besonders, da sie in wenig mehr als einem Jahr eine Wahl bestehen müssen. Sie haben ein tadellos etabliertes Wohlfahrtsystem von den Christlichen Demokraten geerbt, doch haben sie inzwischen viel getan, um es noch zu verbessern. Sie haben die Kinderzuschläge erheblich angehoben und die Arbeitslosengelder ebenso erhöht wie die Mietsubventionen. Jetzt ist der Tag der Abrechnung gekommen. Er bietet Schmidt seine bisher größte Gelegenheit, zu zeigen, ob er wirklich ein eiserner Kanzler ist.“

Misere nicht behoben

Der Zürcher „Tagesanzeiger“ vermißt wirksame strukturelle Eingriffe in den Bundeshaushalt:

„Den politischen Mut wird man dem Kanzler nicht absprechen können, doch fragt es sich, ob dieses Programm die

eigentliche Misere, die schlechende Krise, bewältigen kann. Angesichts der vorgeschlagenen Maßnahmen gewinnt man eher den Eindruck, daß sich die Regierung noch einmal an wirksamen strukturellen Eingriffen vorbeigedrückt habe. In der Tat bedeutet aber schon dieses Sparprogramm, daß es mit einer auch nur im Ansatz „linken“ Politik in der Bundesrepublik auf absehbare Zeit hinaus vorüber ist. Vor allem die SPD steht vor der für sie betrüblichen Tatsache, daß die von ihr vorangetriebene Reformpolitik offensichtlich viel stärker von der Konjunktur abhängig ist, als sie sich selbst eingestehen wollte.“

Der Admiral von Lissabon

Der Londoner „Guardian“ wägt die Bedeutung der Ablösung des portugiesischen Regierungschefs Gonçalves:

„Noch ist nicht genug über die Ansichten von Admiral Azevedo und über die ihm gewährte Bewegungsfreiheit bekannt, um zu wissen, ob er in der Lage sein wird, zwischen den sozialdemokratischen Parteien und den Streitkräften zu vermitteln. Er ist radikal genug, um für den Rat der Streitkräfte akzeptabel zu sein, er wei-

gerte sich, mit den neun Offizieren mitzumachen, die kürzlich ein Manifest für die politische Mäßigung vorlegten, und er wollte nicht zulassen, daß dieses Dokument in der Marine verteilt würde, der man den stärksten kommunistischen Anteil in den Streitkräften zuschreibt. Freude über den Sturz von Gonçalves könnte daher verfrüht sein. Es gibt aber einigen Grund zur Hoffnung, da der neue Mann sich der kommunistischen Partei gegenüber nicht in dem Maße verpflichtet hat wie sein Vorgänger.“

Skandal in Burgos

Mit dem Abschluß des jüngsten spanischen Gerichtsverfahrens gegen Basen beschäftigt sich „Le Figaro“ (Paris):

„Die beiden Todesurteile, die in Burgos ausgesprochen wurden, sind in der verschärften Unterdrückungsatmosphäre, die gegenwärtig in Spanien herrscht, an sich keine Überraschung. Die Vollstreckung der Strafen würde keine größere Überraschung sein. Der wahre Skandal besteht nicht darin, daß Todesstrafen ausgesprochen wurden. Jeder Staat ist berechtigt, sich gegen die Wühlertätigkeit, die ihn bedroht, zu wehren. Der Skandal besteht in

der Art des Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens bei diesem neuen Prozeß von Burgos. Die Regime haben die Gerichte, die sie verdienen.“

Morales Bermudez

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bewertet den Wechsel in Peru:

„Morales Bermudez dürfte keine radikale Schwenkung der peruanischen Politik herbeiführen. Er ist ein überzeugter Anhänger des im Regierungsplan vorgezeichneten Revolutionskurses und hat als Wirtschafts- und Finanzminister und auch als Ministerpräsident seinen Nationalismus oft bewiesen. Trotzdem gilt er unter den peruanischen Generalen als Führer des gemäßigten Flügels und dürfte in bezug auf Kritik am Revolutionskurs viel weniger empfindlich sein als Velasco, der offenbar für die in letzter Zeit erfolgten massenweisen Landesverweisungen von links- und rechtsgerichteten Oppositionspolitikern verantwortlich ist und sich dadurch viele Feinde geschaffen hat. Ein erstes Ziel von Morales Bermudez dürfte sein, eine nationale Versöhnung herbeizuführen und das peruanische Volk hinter der Regierung zu vereinen.“

Die Langsamkeit öffentlicher Reformer schützt den Besitzstand der Beamten

Seit zwei Jahren schlummert Kommissionsbericht / Von Peter Beckert

Eine Entlastung der Personalhaushalte in Bund, Ländern und Gemeinden wird nur dann zu erreichen sein, wenn der Bundesbank und dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium gefolgt und lineare Erhöhungen der Bezüge im öffentlichen Dienst vorerst ausgesetzt oder auf ein Minimum beschränkt werden. Aber solche Vorschläge, wie sie auch SPD-Bundesgeschäftsführer Börner als Studie vorlegte oder die Junge Union und für die FDP der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Jung, machten, haben keine Aussicht, schnell Gesetz zu werden. Denn diese Ratschläge stammen aus dem Bericht der Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts. Dieses Gutachten lag dem Bundestag zu dem von ihm gewünschten Termin halbwegs pünktlich vor, es schmort aber seit nunmehr zwei Jahren in Bonn, ohne daß eine gesetzliche Änderung des Besoldungsrechts angepackt worden wäre.

Die Kommission will den Aufstieg im Gehalt beibehalten, ihn aber begrenzen. Sie will ein Grundgehalt, das ausschließlich nach der Wertigkeit der Funktion bestimmt ist und nicht mehr nach abstraktem Amtsinhalt. Dazu aber müßten die Arbeitsanforderungen der Funktionen festgelegt und je nach Schwierigkeit den Besoldungsgruppen zugeordnet werden. Die Mehrheit will das durch analytische Bewertung ermitteln, die Minderheit in summarischen Verfahren, bei dem die „gewachsenen Besoldungsordnungen“ zu berücksichtigen wären — wie der Vorsitzende des Beamtenbundes, Krause, sagen würde, das „Eingemachte“. Die Kommission sieht vor, daß Bedienstete wegen ungenügender Leistungen auf einen geringeren Stellenwert versetzt werden können. Diesen mutigen Vorstoß paralytisierte sie durch die Forderung einer Ausgleichszulage in Höhe der Differenz zwischen beiden Besoldungsgruppen. Eine Minderheit war dafür, daß Spitzenpositionen auf Zeit — etwa sechs Jahre — besetzt werden können und die Differenz zum höheren Gehalt als Zulage gewährt

wird, die mit dem höheren Amt zugleich wegfällt. Sie schlägt auch bestellte Leistungszulagen vor.

Daß die Vorschläge der Kommission milde ausfielen, wenn sie an heute populären Vorstellungen gemessen werden, hat mit der Ausgangslage zu tun. Als sich die Kommission Ende 1970 beim Bundesinnenminister konstituierte, war von Konjunkturreinbruch, Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefiziten nicht die Rede. Die öffentliche Hand mußte auf dem Arbeitsmarkt mit einer prosperierenden Wirtschaft konkurrieren, wenn sie gute Leute haben wollte. Nicht zuletzt deshalb waren Bemühungen des Landes Hessen, durch Dienstpostenbewertung eine Bezahlung nach Leistung zu erreichen, gescheitert. Hamburg hat das hessische System — modifiziert — 1968 übernommen und zunächst vier Millionen mehr ausgegeben müssen.

Ein Arbeitskreis der Innenminister der Länder hatte schon 1970 einen Vorschlag für ein einheitliches Verfahren zur analytischen Bewertung der Dienstposten vorgelegt; aber die Bundesregierung hatte im November 1972 daran herumgemäkelt. Der Vorschlag sei nur durch Zentralisierung der Bewertung in wenigen Kommissionen zu realisieren und er führe nicht zu objektiven Ermittlung der Werte. Der Bund wollte, wenigstens für den Anfang, die bestehenden Bewertungen als Grundlage erhalten wissen.

Damit ist der Kern des Problems berührt: Jede Neuerung mit dem Ziel, im öffentlichen Dienst nach Leistung zu bezahlen, müßte, um Gerechtigkeit zu üben, Bedienstete in Funktion und Bezügen heruntersetzen. Diesen Weg versperrt — sofern nicht äußerste Not eine Regelung nach Art der Brüningschen Notverordnung erzwingt — der Grundsatz von der Wahrung wohlverordneter Rechte. Deshalb hätten Bundesregierung und Bundestag schnell handeln müssen. Wenn der Aufbau einer neuen Gehaltsstruktur nach Leistung vor der spektakulären Zuwendung von 12 Prozent für den öffentlichen Dienst erfolgt wäre, stünde es erheblich besser um die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.

Junge Union bei Spaniens Christdemokraten

Zusammenarbeit mit Assoziationen entschieden abgelehnt

MADRID, 31. August. Eine Zusammenarbeit mit in Spanien erlaubten politischen Assoziationen ist für den Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Wissmann, ausgeschlossen. Dagegen tritt Wissmann für eine enge Zusammenarbeit der deutschen Christdemokraten mit den vom Franco-Regime nicht anerkannten spanischen christlich-demokratischen Gruppen, wie der „Christlich-DEMokratischen Linken“ von Ruiz-Giménez, der Gruppe von Gil Robles oder den regionalen Parteien (Katalen, Basken, Valencianer) ein. Alle diese Parteien sind in der „Christlich-DEMokratischen Equipe Spaniens“ zusammengeschlossen und Mitglied der Europäischen Union Christlicher Demokraten.

Wissmann, der auch Mitglied des CDU-Bundesvorstandes ist, war zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union, Ursula Männle (auch Mitglied des CSU-Vorstandes) und Elmar Brok, sowie dem Vorsitzenden des Bezirks Osnabrück der Jungen Union, Brickwedde, in Madrid und Barcelona. Dort trafen sie mit Politikern der illegalen spanischen christlich-demokratischen Parteien wie Jaime Gil Robles, Carlos Bru, Anton Canellas (Chef der katalanischen Christdemokraten) zusammen. In Barcelona kamen die deutschen Politiker mit dem gesamten Vorstand der Christlich-DEMokratischen Partei Kataloniens zusammen. Alle Vorstandsmitglieder waren schon aus politischen Gründen im Gefängnis.

Wissmann glaubt, daß in Spanien die christliche Demokratie in der Zukunft eine große Chance hat und eine der beiden stärksten, wenn nicht die stärkste Partei werden könnte. Darauf deuteten auch die letzten Meinungsumfragen hin. Doch müßten die christlichen

Demokraten Spaniens von ihren europäischen Bruderparteien unterstützt werden. Die Spanier seien sehr daran interessiert, Organisationsfragen einer modernen demokratischen Partei, Wahlkampfarbeit und die Tätigkeit der CDU-Sozialausschüsse in der Bundesrepublik kennenzulernen. Daher setzt der Vorstand der Jungen Union dafür ein, spanische Parteifreunde in die Bundesrepublik einzuladen und Informationsveranstaltungen mit ihnen zu veranstalten. Die Möglichkeit, den Vorstand der „Europäischen Union Junger Christdemokraten“ einmal in Madrid oder Barcelona tagen zu lassen, wird erwogen.

Die Politiker, die jetzt in Spanien in den von Franco anerkannten politischen Assoziationen innerhalb der nationalen Bewegung arbeiteten, sind nach Ansicht von Wissmann sicher teilweise politisch ehrenwerte Leute, doch durch ihre jetzige Kollaboration mit dem Regime in einem zukünftigen demokratischen Spanien kompromittiert. Zudem hätten die Ereignisse der letzten Tage (Antiterrorismusdekret, Verbot von Zeitungen) gezeigt, daß der von Ministerpräsident Arias begonnene Liberalisierungsprozeß nicht fortgesetzt werde. Das Antiterrorismusgesetz ist nach Meinung Wissmanns keineswegs einzuordnen in die allgemeine Terrorismusbekämpfung in Europa, denn es richte sich vielmehr vor allem gegen die bisher beschränkt geduldeten demokratische Opposition in Spanien. Wissmann, Ursula Männle, Brok und Brickwedde hatten neben ihren Begegnungen mit spanischen Christdemokraten auch Gespräche mit Vertretern anderer demokratischer spanischer Parteien (Sozialdemokraten und Sozialisten). Vorher hatten sie in Lissabon Gespräche mit Repräsentanten verschiedener demokratischer Parteien Portugals.

Bonn dementiert israelischen Protest

F.A.Z. FRANKFURT, 31. August. Der israelische Botschafter in Bonn hat nach einer dpa-Meldung bei der Bundesregierung Beschwerde gegen ein Treffen des Staatsministers im auswärtigen Amt, Moersch, und einem führenden Mitglied der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, al Hout, geführt. Moersch hatte am vergangenen Donnerstag in der Residenz des deutschen Botschafters in Beirut mit dem PLO-Vertreter konferiert, die erste Begegnung eines Mitglieds der Bundesregierung mit einem PLO-Führer. Ein Sprecher des israelischen

Außenministeriums erläuterte dazu, der israelische Botschafter in Bonn habe „sein Erstaunen darüber ausgedrückt“ und „um Aufklärungen von der deutschen Regierung“ gebeten; der deutsche Botschafter in Israel werde von Jerusalem „zu einer Erklärung über den Schritt seiner Regierung“ aufgefordert. Demgegenüber erklärte laut dpa ein Sprecher des auswärtigen Amtes am Sonntag in Bonn, es sei von einem Protest Israels gegen das Treffen nichts bekannt. Moersch selbst verteidigte in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk die Zusammenkunft mit dem Hinweis, die Lösung des Nahost-Konfliktes sei nur möglich, wenn man sich von allen Seiten informieren ließe.



Seilschaft Kissinger am Sinai-Massiv (oder: Der Mont Blanc wäre leichter...)

Eppler will Filbinger aus dem Sattel heben

Der ehemalige Bundesminister wird Landespolitiker / SPD-Parteitag zur baden-württembergischen Wahl

Freiburg, 31. August. Sieben Monate vor den Landtagswahlen hat die baden-württembergische SPD den ehemaligen Entwicklungshilfenminister Erhard Eppler zu ihrem Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten gewählt und in seinem Amt als Landesvorsitzender für weitere zwei Jahre bestätigt. Eppler kündigte erstmals an, er werde sein Landtagsmandat, um das er sich mit guten Aussichten im Wahlkreis Rottweil bewirbt, in jedem Fall annehmen und dann 1976 nicht wieder für den Bundestag kandidieren. Es gilt als sicher, daß Eppler als Landtagsabgeordneter die SPD-Opposition im Landtag anführen wird, wenn der Wahlausgang und die Entscheidung der FDP eine sozial-liberale Koalition nicht ermöglichen. „Wir haben keine Chance, in diesem Land eine absolute Mehrheit zu erreichen“, erklärte Eppler am Wochenende auf dem SPD-Landesparteitag in Freiburg. An die Adresse des möglichen Koalitionspartners FDP gerichtet, sagte der SPD-Politiker, man dränge die FDP nicht und habe ihr auch keinen Nachhilfeunterricht über ihre eigenen Interessen zu geben.

Der SPD-Bundesvorsitzende Brandt bezeichnete Eppler als „den richtigen Spitzenkandidaten der SPD“ in Baden-Württemberg. Dieser sei kein gelackter Dressman, sondern passe gut zu einem Land, „das sonst stolz ist auf seine Dichter und Denker, und er will nicht, daß daraus eine Gesellschaft von Klugscheißern und Bananen wird“. Sein Entschluß, sich auf Baden-Württemberg zu konzentrieren, verdiene den

Respekt der ganzen Partei. Diese habe im Südwesten die Jahre ihrer großen Chancen jetzt noch vor sich.

Bei der Wahl des Spitzenkandidaten erhielt Eppler, dessen Reden und Auftritte in Freiburg ungewöhnlich starken Beifall fanden, am Samstag 297 von 313 Stimmen. 290 von 309 Delegierten sprachen sich am Sonntag für ihn als Landesvorsitzenden aus. Damit verbesserte er seinen Stimmenanteil gegenüber der Wahl 1973 in Offenburg etwa von 80 auf 95 Prozent. Auch sein für Organisationsfragen zuständiger Stellvertreter, der 43jährige Horst Krautter, fand bei der Wahl des gesamten Landesvorstands erheblich stärkere Unterstützung als vor zwei Jahren. Ähnliches gilt auch für den 47jährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag, Rudolf Schieler, der in der Partei als ehemaliger Justizminister der Großen Koalition ziemlich umstritten war. Mit der nach Eppler höchsten Stimmenzahl wählte der Parteitag den 38jährigen Bezirksleiter der IG Metall Nord-Württemberg/Nord-Baden, Franz Steinkühler, erstmals zu einem der drei gleichberechtigten Stellvertreter.

Zum Abschluß des Parteitages hielt Eppler als Gegenspieler zum CDU-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Filbinger eine landespolitisch programmatische Grundsatzrede, in deren Verlauf er seine eckförmige Mannschaft für den Wahlkampf vorstellte. An erster Stelle nannte er den einstigen Innenminister und Spitzenkandidaten der Landtagswahl 1972, Walter Krause, bei der SPD 37,5 Prozent der Stimmen

erzielt hatte. Als Verwaltungsfachmann und ehemaliger Kulturdezernent von Mannheim soll Krause den Kulturbereich abdecken. Der Fraktionsvorsitzende Schieler, bis 1972 Justizminister, vertritt den Bereich des Innenministeriums. Ferner bilden die Mannschaft, die bei Koalitionsverhandlungen zur Disposition steht, die Landtagsabgeordneten Elisabeth Nill (Schule), Heinz Dühringer (Wirtschaft), Claus Weyrosta (Umwelt und Landesplanung), die Bundestagsabgeordneten Hertha Deubler-Gmelin (Justiz), Gunther Huonker (Bundesrat) sowie die Staatssekretäre Ernst Haar (Arbeit und Soziales) und Rainer Offergeld (Finanzen). Der „bislang politisch wenig hervorgetretene“ Geschäftsführer der Baden-Württembergischen Landsiedlung, Helmut Nolda, ist für die Landwirtschaftspolitik und der Geschäftsführer der Kommunalentwicklungsgesellschaft Horst Krautter, für das Staatsministerium (Behörde des Ministerpräsidenten) vorgesehen.

Eppler richtete scharfe Angriffe gegen die Landes-CDU und die Regierung Filbinger, der er „behäbig selbstzufriedene Provinzialität“ und „einen bodenlosen Opportunismus“ vorwarf, der unentwegt Vorurteile bestätige und alte Ressentiments wecke. Was die SPD von Filbinger trenne, sei dessen „Strukturalismus, der zerstören muß, was zu erhalten wäre“. Die SPD werde in Baden-Württemberg, auf dessen liberale Tradition sich der SPD-Vorsitzende mehrfach berief, „ändern, um zu bewahren“.

Südbayerns SPD für Vogel als Spitzenkandidaten

Der Bundesminister soll in den Landtag / Bemühungen um Geschlossenheit

Fin. MÜNCHEN, 31. August. Der Bezirksausschuß und die Kreisverbandsvorsitzenden der südbayerischen SPD haben in München über ein Positionspapier ihres Parteibezirks diskutiert, das am kommenden Wochenende den Landesparteitag der gesamt-bayerischen SPD beschäftigen wird. Dieses Positionspapier wird vom rechten Flügel kritisiert, weil es das Ausmaß der innerparteilichen Spannungen vertuscht oder beschönigt. Da es eine einzige sozialdemokratische Position auch in Bayern schon lange nicht mehr gibt — der Bezirksvorstand es jedoch für inopportun hielt, dies schriftlich zuzugeben und durch einen eindeutigen politischen Vorschlag eine Kampfabstimmung heraufzubeschwören —, hat sich der Vorstand darauf verlegt, die „Grundsätze“ und sogar Themen wie die „Demokratisierung von wirtschaftlicher Macht“ so vage und unpräzise wie nur möglich zu behandeln. Dem Bezirksvorsitzenden Alfons Bayerl geht es im Augenblick vor allem darum, den Eindruck zu vermitteln, daß die Partei als „eine geschlossene politische Kraft auftritt“. Entsprechend setzte sich der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Grotz für „eine vernünftige Zusammenarbeit der großen Strömungen in der SPD“ ein.

Der linke Flügel, dessen Taktik zur Zeit die ist, in der Rolle des Angegriffenen aufzutreten und gleichzeitig das Terrain stillschweigend und unauffällig zu vergrößern, unterstützt das Positionspapier, das ihn zu keinerlei Korrekturen seines Kurses verpflichtet. Der rechte Flügel hingegen bezweifelt nicht nur die Möglichkeit, mit allen Strömungen zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu gelangen, sondern befürchtet vor allem weitere Einbußen an Wählergunst. Während sich nämlich die bayerische SPD von rechts bis

4300 Doktorarbeiten über Kommunalwissenschaften

BERLIN, 31. August (AP). In den letzten 14 Jahren sind 4300 kommunalwissenschaftliche Dissertationen in deutscher Sprache geschrieben worden. Das deutsche Institut für Urbanistik in Berlin teilte dazu jetzt mit, der „Verein für Kommunalwissenschaften“, Rechtsträger des Instituts, führe seit 1961 ein Verzeichnis über kommunalwissenschaftliche Doktorarbeiten, auch Habilitationsschriften, Diplom- und Magisterarbeiten. „Nach Möglichkeit“ führt das Register auch Titel aus der DDR, Österreich und der Schweiz auf.

links darin einig ist, daß die Landtagswahl vom Herbst 1974 ein Fiasco war und in München ein besonders großes, glaubt nur der rechte Flügel, daß die Niederlage dem Linksextremismus innerhalb der SPD zuzuschreiben ist. Demgegenüber behaupteten die dort Beschuldigten, wenn etwas schuld sei an den Stimmenverlusten, dann nicht der Linksextremismus, sondern die ständige, die Wähler kopscheu machende und außerdem falsche Behauptung, es gäbe einen sehen innerhalb der südbayerischen SPD.

Der Verlauf der Bezirksausschufung selber lieferte dem linken Flügel den Vorwand, sich über Angriffe von rechten Störern zu beklagen, sah sich doch der rechte Flügel durch das Positionspapier herausgefordert.

Die südbayerische SPD wird zwar für eine Bestätigung von Bundesjustizminister Vogel im Amt des bayerischen Landesvorsitzenden plädieren, sah aber jetzt davon ab, sich mit seiner Person näher zu befassen. Bayerl forderte allerdings unter starkem Beifall, den Spitzenkandidat für die Landtagswahl, wie immer er heißen möge, habe sich dann auch in den Landtag zu setzen, um dort sozialdemokratische Politik zu treiben. Dies hatte Vogel als Spitzenkandidat, freilich im Einverständnis mit seiner Partei, unterlassen.

Frankfurter SPD tadelt Landesregierung

FRANKFURT, 31. August (dpa). Die Frankfurter SPD hat die Vereinbarung der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers gegen die Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst kritisiert und die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, „darüber zu wachen, daß die zuständigen hessischen Landesbehörden die Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens strikt einhalten“. Der Parteitag des SPD-Unterbezirks stimmte einem entsprechenden Antrag am Freitagabend allerdings nur mit knapper Mehrheit zu, nachdem der Frankfurter Oberbürgermeister Arndt dagegen polemisiert hatte, daß Kultusminister Hans Krollmann (SPD) in dem Antrag namentlich genannt und aufgefordert wird, sich in der Radikalen-Frage an einen Parteitagbeschuß zu halten. Nach Ansicht Arndts betrifft der Antrag das gesamte Kabinett und nicht nur den Kultusminister. Zuvor hatte Arndt sich in einer von starkem Beifall begleiteten Rede nachdrücklich von der Praxis der DKP distanziert, deren Programm er vor einigen Monaten als verfassungskonform bezeichnet hatte. Wer die Verfassung der DDR als verbindlich bezeichne und sie auch hier einführen wolle, wer den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR und das Vorgehen der Kommunisten in Portugal gutheiße, der trete nicht für die Grundordnung des Grundgesetzes ein, meinte Arndt.

Staatsanwalt ermittelt wegen Hubschrauber-Fluchthilfe

MÜNCHEN, 31. August. Die Traunsteiner Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen den Rechtsanwalt Heinrich aus München, der als „Hintermann“ und Organisator von drei Fluchthilfe-Flügen gilt, bei denen der amerikanische Pilot Barry W. Meeker elf DDR-Flüchtlinge mit einem Hubschrauber aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik geholt hatte. Rechtsanwalt Heinrich soll bei zwei Flügen selbst dabei gewesen und gegen das Luftverkehrsgesetz verstoßen haben. Möglicherweise, so sagte Rechtsanwalt Göbel aus München, der Anwalt des Piloten Meeker, wolle man Heinrich auch wegen Beihilfedelikten anklagen. Gegen Meeker wird in Traunstein ebenfalls wegen Verstößen gegen das Luftverkehrsgesetz und das Paßgesetz ermittelt. Göbel hat in einem Schreiben an den bayerischen Staatssekretär im Innenministerium, Erich Kiesel, sein Befremden über das Vorgehen der Behörden in diesem Zusammenhang ausgedrückt und nach den Rechtsgrundlagen der behördlichen Einvernehmen auch der DDR-Flüchtlinge gefragt, die Meeker in die Bundesrepublik brachte.

Europäische Kommission weist Haftbeschwerden zurück

BONN, 31. August. Die Europäische Kommission für Menschenrechte vertritt die Meinung, daß die gegen die Untersuchungshäftlinge Baader, Meinhof und Grundmann verhängten Haftbeschränkungen nicht einer sogenannten Isolationsfolter ähnlich seien, und hat deshalb deren Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen. Zu den Beschwerdeführern gehörte auch Holger Meins, der während der Beratungen der Menschenrechtskommission in der Strafvollzugsanstalt Wittlich starb. Die Beschwerden waren im Juni 1973 beim Europarat eingegangen und wurden in einem zeitraubenden Verfahren, in dem die Kommission dazu Stellungnahmen der Bundesregierung eingeholt und die Beschwerdeführer um Gegenäußerungen ersucht hatte, am 30. Mai dieses Jahres beschieden.

Brandt kritisiert Zögern der EG mit Hilfe für Portugal

BONN, 31. August. Offene Kritik hat der SPD-Vorsitzende Brandt an der Europäischen Gemeinschaft geübt. Er warf ihr vor, sich beim Bemühen, Portugal wirtschaftlich zu helfen, „seit dem vorigen Frühjahr viel Zeit gelassen“ zu haben. Das zeuge weder von Weiblichkeit noch von bürokratischer Effizienz. Kritisch wandte sich Brandt am Sonntag in Bonn vor einem Kreis in- und ausländischer Sozialdemokraten auch gegen die Kommunisten. Ihren Vorwurf, die Länder Westeuropas betrieben gegenüber Lissabon Wirtschaftsblockade, nannte Brandt absurd. Investitionen für das Land seien bisher ausgeblieben, weil die Rechtsicherheit erforderlich sei. Genau so abwegig sei der kommunistische Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals. Er rechnete dem Osten vor, die portugiesischen Sozialisten hätten von westeuropäischen Sozialdemokraten „nur einen Bruchteil der Unterstützung erhalten können“, die der portugiesischen KP aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der DDR zugeflossen sei. Brandt kündigte an, er werde am Freitag in London mit anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteiführern über „konkrete Hilfe“ für die portugiesischen Sozialisten sprechen. Wie ein SPD-Sprecher mitteilte, wollen an dem Treffen Premierminister Wilson und der schwedische Ministerpräsident Palme teilnehmen.

Bitte ein Bit!



Das Zeichen für gepflegtes Bit vom Faß

ik g s

Bitburger Pils
Bittburg/Eifel

MANAGER-STRATEGIEN

Das Konjunktur-Programm des Marketing Management Institutes für die deutsche Wirtschaft

Das Strategie-Programm und das MMI-Konzept des Strategie-Managements schaffen Kunden, Investitionen und Arbeitsplätze. Es hilft, die Wirtschaft anzukurbeln

1. Strategien im Umbruch

Unternehmensgespräch mit führenden Experten
10. 9. 75

Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 590,—
PROF. D. MEADOWS, MIT, CLUB OF ROME
PROF. D. BELL, HARVARD, FÜHRENDER SOZIOLOGE
PROF. W. LEONHARD, FÜHRENDER OST-EXPERTE
DR. H. EHRENBURG, MdB-SPD, Bonn
DR. G. GÄLWEILER, GENERALBEVOLLM., BBC
DR. G. LEHMANN, UNIVERSITÄT MANNHEIM

Länder-Seminare in Zusammenarbeit mit Lufthansa Business Service

2. Strategien für Iran

IRAN-SEMINAR, 8. 9. 75, DM 390,—, Ffm., Sheraton-Hotel
IRAN-REISE, 15. bis 22. 11. 75, DM 2980,—

Spezialseminar

3. Steuer-, Recht-, Finanz-Strategien für Brasilien

6. 10. 75
mit MR. CHATWIN, SAO PAULO
W. HAAGEN, RIO DE JANEIRO u. a.
Frankfurt, Sheraton-Hotel, DM 550,—
Teilnehmerzahl begrenzt

4. Strategien für Saudi-Arabien, Kuwait und Emirate

27. 10. 75
Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 390,—

Spezialseminar

5. Steuer-, Recht-, Finanz-Strategien

für Saudi-Arabien, Kuwait und Emirate
28. 10. 75

Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 550,—
mit J. Abushar, Jeddah, A. Strover, Kuwait
Mr. Ballantine, London, Arab. Golf u. a.
Teilnehmerzahl begrenzt

6. Strategien für Ägypten, Irak, Syrien

13. 11. 75
Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 390,—

Spezialseminar

7. Steuer-, Recht-, Finanz-Strategien

für Ägypten, Irak, Syrien
14. 11. 75

Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 550,—
mit A. Hassan, Kairo, Dr. Lotz,
Peat Marwick, Mitchell Co.
Teilnehmerzahl begrenzt

8. Vorwärts-Strategie für Unternehmer

Konfrontation oder Kompromiß zwischen kapitalist. und marxist. Wirtschaftssystem
27. 11. 75

Praktisch angewandte Dialektik und Rhetorik mit den führenden Experten

PROF. ERNST HAENSLE S. J., SCHWEIZ
PROF. PETER EHLEN S. J., Leiter des Ost-Institutes,
Hochsch. f. Philosophie, München
Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 450,—

9. Strategie-Management für die Investitionsgüter-Industrie

Chef-Seminar 11. 12. 75

Wie Sie Rationalisierungs- und Leistungsreserven bis zu 50% freisetzen und im Management neue Maßstäbe setzen.

Mit Dr. R. Mathes u. a.
Frankfurt, Sheraton Hotel, DM 450,—

Information und Anmeldung:

Marketing Management Institut, 6083 Frankfurt-Walldorf
Zeisigweg 9, Tel. (061 05) 7 40 71

Rumänische Industriespionage in Nord- und Westeuropa

C. G. STOCKHOLM, 31. August. Das norwegische Außenministerium hat am Wochenende Berichte bestätigt, nach denen ein Netz von rumänischen Industriespionen in Nordeuropa durch den Abstieg eines rumänischen Diplomaten in Oslo aufgedeckt worden sei. Der 37 Jahre alte dritte Sekretär an der Botschaft, Tipanur, ist demnach mit Frau und zwei Kindern vom rumänischen Dienst abgesprungen und hat am 16. Juni der norwegischen Polizei rund 40 Namen rumänischer Agenten mitgeteilt, die sich fast alle auf Industriespionage konzentriert und den Botschaften in den skandinavischen Ländern, der Bundesrepublik und England zugeordnet seien sollen.

Daraufhin haben bereits der erste Sekretär an der Botschaft in Oslo, Zeides, und der dortige Handelsattaché Tarnicaru in aller Hast Norwegen verlassen. Der 32 Jahre alte rumänische Mathematikstudent Pertila an der Technischen Hochschule in Trondheim wurde festgenommen. Er kam im Januar als Forschungsstipendiat nach Norwegen und soll gestanden haben, beauftragt zu sein, Näheres über norwegische Werften und Munitionsfabriken auszukundschaften. Es heißt, auch der gleichzeitig in Oslo akkreditierte rumänische Militärattaché in Stockholm, Barac, werde dieser Tage Skandinavien verlassen; ein Mitglied der Botschaft in Kopenhagen sei ihm bereits vorausgefahren. Das norwegische Außenministerium ist mit dem Studium des Polizeiberichts beschäftigt und hat über einen offiziellen Protest noch nicht entschieden.

Die schwedische Sicherheitspolizei bestätigte am Wochenende, aus Oslo „gewisse Informationen“ über den Fall bekommen zu haben und nun Untersuchungen durchzuführen. Die Spionage in Schweden soll vor allem der petrochemischen Industrie gegolten haben. Der abgesprungene Diplomat, der sich jetzt in London aufhalten und dort gemeinsam mit den britischen Behörden seine Kenntnisse auswerten soll, hat als Motiv für seinen Entschluß Verweiflung über die verbreitete Korruption in Rumänien und den Personenkult um den Präsidenten und Parteichef Ceausescu angegeben.

Nervenkrieg zwischen Indien und Pakistan

Wieder gegenseitige Beschuldigungen / Lage in Bangladesh

W. A. NEU-DELHI, 31. August. Zwischen Indien und Pakistan ist nach Monaten relativer Ruhe ein neuer Nervenkrieg entbrannt, der den Subkontinent vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Bangladesh ein weiteres Mal in eine Krise zu stürzen droht. Unter Hinweis auf pakistanische Befürchtungen vor einem indischen „Ablenkungsmanöver“ militärischer Art wurde Pakistan am Wochenende von Neu-Delhi beschuldigt, eine Verleumdungskampagne mit dem Ziel gestartet zu haben, Indien zu diskreditieren und die Welt glauben zu machen, selbst Bangladesh könne das Opfer einer Attacke von seinen des großen Nachbarlandes werden.

An diesem Montag wird der pakistanische Ministerpräsident Bhutto nach Saudi-Arabien reisen, um seine dortigen Gäste nach einer Ankündigung des Außenministeriums in Islamabad über die „weitreichenden Veränderungen in der südasianischen Region“ zu informieren. Bhutto dürfte bei dieser Gelegenheit vor allem klarzustellen versuchen, daß nicht er es war, der Bangladesh unmittelbar nach dem Sturz des Präsidenten Mujibur Rah-

man als „islamische Republik“ apostrophierte — und damit Saudi-Arabien veranlaßte, das neue Regime in Dacca umgehend anzuerkennen —, sondern daß eine entsprechende Erklärung von einem der jungen Putschoffiziere abgegeben und erst zwei Tage später offiziell demontiert wurde.

Trotz der Tatsache, daß sich Bangladesh weiterhin als „Volksrepublik“ verstanden wissen möchte, kann der pakistanische Premier bei seinen Gesprächen in Saudi-Arabien freilich auf die Versicherungen des neuen bangladeschen Staatschefs Khondakar Mushtaq Ahmed verweisen, sich um besonders enge Beziehungen zur islamischen Welt bemühen zu wollen.

In Bangladesh selbst wurde unterdessen die zu Beginn dieses Jahres von Mujibur Rahman gegründete Einheitspartei Bangladesh Krishak Shramik Awami League (BKSAL) verboten und darüber hinaus jegliche politische Aktivität unter Strafe gestellt. In einer am Wochenende erlassenen Verfügung hieß es dazu, wer immer „öffentliche Meinung zu propagieren“ trachte, könne mit Zuchthaus bis zu sieben Jahren bestraft werden.

Widerstand gegen Labours Lohnpolitik

Gegensatz zwischen Gewerkschaften und britischer Regierung

u.w. BLACKPOOL, 31. August. Gegensätze zwischen der britischen Labour-Regierung und dem Gewerkschaftsbund über das vom Parlament verabschiedete Programm zur Bekämpfung der Inflation sind am Vorabend des 10. Jahreskongresses der britischen Gewerkschaften deutlich geworden, der an diesem Montag in Blackpool beginnt. Es gilt zwar als sicher, daß die Mehrzahl der rund tausend Delegierten, von denen ein großer Teil bereits am Sonntagabend eingetroffen war, dem Verlangen zustrebt, die Lohnforderungen auf sechs Pfund (etwa 33 Mark) in der Woche zu begrenzen.

Doch während die Regierung diesen Betrag als Höchstgrenze festgelegt hat, den nach ihrem Urteil keineswegs alle

Unternehmen zugestehen können, sprechen mächtige Gewerkschaftsführer von einem „Anspruch“. Sie treten dafür ein, daß die sechs Pfund jedem Arbeiter gezahlt werden sollten. Außerdem verlangen die Gewerkschaften höhere öffentliche Ausgaben für den Wohnungsbau, um damit das Anwachsen der Arbeitslosen einzudämmen.

Auch das würde dem Ziel der Regierung zuwiderlaufen, die Inflationsrate innerhalb eines Jahres von gegenwärtig 16 Prozent auf zehn Prozent heruntersinken zu lassen. Schließlich wollen viele Delegierte der Regierung keinen „Blankoscheck“ für zwölf Monate geben für jene Frist, innerhalb der die Lohnsteigerungen begrenzt werden sollen.

Wucher-Kauttionen in Bulgarien und Rumänien

Opposition fragt nach Verhaftungen von Geschäftsleuten / Bonn verweist auf sieben Fälle

Die BONN, 31. August. Nach der Sommerpause will die CDU/CSU-Opposition den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages mit der Frage befassen, ob die Bundesregierung in der Vergangenheit gegenüber ihren osteuropäischen Vertragspartnern die Belange der Staatsbürger der verurteilten deutscher Staatsbürger deutlich genug vertreten hat. Das teilte der Fraktionsgeschäftsführer der Union, Reddemann, mit. Reddemann zeigte sich über Meldungen beunruhigt, nach denen es in letzter Zeit in größerem Umfang zu Festnahmen deutscher Geschäftsleute in Osteuropa gekommen sein soll. Er bezeichnete eine umfassende Untersuchung des Auswärtigen Ausschusses über diese Vorgänge als notwendig.

Auf Seiten der Regierung verlautete, daß sich alle in den vergangenen Jahren wegen Bestechung, Devisenvergehen und ähnlicher Delikte in diesem Zusammenhang am häufigsten genannten Ländern Rumänien und Bulgarien verurteilten und inhaftierten Bürger der Bundesrepublik wieder in Freiheit befinden. Von „zahlreichen Verurteilungen“ deutscher Geschäftsleute in diesen beiden Ländern sowie deren Freikauf zu hohen Lösegeldern könne nicht die Rede sein, hieß es weiter. Nach im Auswärtigen Amt vorliegenden Informationen hat es im Verlauf der letzten zwei Jahre in Rumänien drei und in Bulgarien vier Fälle gegeben, die sich in die angesprochene Kategorie einordnen ließen. Im übrigen sei es ein deutlicher Beweis für den Fortschritt in den Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, daß sich die Bundesregierung für dort verhaftete deutsche Staatsangehörige jetzt mit Nachdruck und auch mit Erfolg einsetzen könne, während es noch Mitte der sechziger Jahre keinerlei Eindruck ge-

macht habe, ob Bonn sich beschwerte oder nicht.

Der spektakulärste der drei aus Rumänien bekanntgewordenen Fälle — die Frankenthaler Pumpenfabrik Klein, Schanzlin & Becker hatte den Rumänen für die Freilassung eines Mitarbeiters eine Kauttion von 1,8 Millionen Mark gezahlt — war vor einigen Monaten zu einer Belastung der ohnehin anfälligen deutsch-rumänischen Beziehungen geworden. Das Bonner Auswärtige Amt hatte sich offiziell mit dem Außenministerium in Bukarest in Verbindung gesetzt und darauf hingewiesen, daß die geforderte Summe in keinem Verhältnis zu dem — im übrigen unbestrittenen — Vergehen des Betroffenen stehe. Auch Bundeswirtschaftsminister Friederichs hatte in diesem Sinne interveniert. In einem anderen Fall hatte eine deutsche Firma, die auf dem Gebiet des Verkehrswesens tätig ist, 100 000 Mark Kauttion gezahlt, um ihren Geschäftsführer freizubekommen, der angeblich seinen rumänischen Partner bestochen haben sollte.

Von den vier aus Bulgarien gemeldeten Fällen hatte vor allem der des deutschen Firmenvorstehers Jacoby Aufsehen erregt. Er war Ende August 1974 wegen Spionage, Bestechung und Devisenvergehen zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und Anfang Juni dieses Jahres freigelassen worden, nachdem er 250 000 Mark gezahlt hatte. In diesem Prozeß wurde der bulgarische Hauptangeklagte zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Jacoby sollte ursprünglich sogar eine halbe Million Mark, dann die Hälfte seines beweglichen Vermögens für die Freilassung zahlen. Bemühungen der Deutschen Botschaft in Sofia und der

Bundesregierung bewirkten schließlich die „Ermäßigung“ auf 250 000 Mark.

In den meisten dieser bulgarischen Bestechungsprozesse — Österreicher und Italiener sind darin wahrscheinlich wesentlich häufiger verwickelt als Deutsche — stehen in erster Linie bulgarische Staatsbürger vor Gericht. Die hier geforderten Kautionsbeträge liegen normalerweise niedriger als in Rumänien. Immerhin aber zahlte der Vertreter einer deutschen Autofirma, der Anfang April 1975 verhaftet und später zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, 100 000 Mark, und ein anderer Deutscher erkaufte seine Freilassung nach einem Gefängnisurteil von zwölf Jahren mit 150 000 Mark Kauttion sowie weiteren 20 000 Mark „Bußgeld“. Auch der vierte Betroffene, Vertreter einer Glühbirnenfirma, der wegen Bestechung, Wirtschaftsspionage und Devisenvergehen fünf Jahre ins Gefängnis sollte, ist inzwischen wieder frei.

Im Bonner Auswärtigen Amt wird die Berechtigung der Strafen gegen diese deutschen Staatsbürger nicht in Zweifel gezogen. Man will jedoch erreichen, daß sich bei möglicherweise in Zukunft auftretenden neuen Fällen die Kauttionen im vertretbaren Rahmen halten, und daß die Forderungen nicht an Erpressung grenzen. Ferner ist man darum bemüht, daß die Prozesse rasch abgewickelt werden und daß den Betroffenen aus humanitären Gründen möglichst schnell zur Ausreise verholfen wird. Im Gegensatz zur DDR ist es in den osteuropäischen Ländern durchaus möglich, daß die Vertretungen der Bundesrepublik Prozesse, an denen eigene Staatsangehörige beteiligt sind, durch Botschaftsangehörige oder andere Beauftragte beobachten lassen.

Australien für indonesische Intervention in Timor

Gemeinsame Verwaltung durch vier Staaten? / Flüchtlinge wollen nicht nach Portugal zurück

E. V. CANBERRA, 31. August. Australien sei mit einer militärischen Intervention Indonesiens zur Beendigung des Bürgerkrieges in Portugiesisch-Timor einverstanden, wenn Portugal zustimmt, verlautet in Canberra. Bei Verhandlungen in Djakarta sollen Indonesien und Portugal am Wochenende in diesem Sinne eingeworben sein, doch wollte der portugiesische Übersee-Minister Almeida Santos keine bindende Zusage ohne vorherige Besprechung mit Australien geben. Santos, der von Lissabon ermächtigt wurde, den Konflikt an Ort und Stelle beizulegen, wird an diesem Montag in Canberra mit dem australischen Ministerpräsidenten Whitlam sprechen.

Die Beilegung des Konfliktes soll nach den bisherigen Verhandlungen in drei Phasen erfolgen. Zunächst soll Indonesien militärisch intervenieren, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Danach soll ein internationales Gremium, dem Portugal, Indonesien, Australien und, auf Vorschlag Portugals, Malaysia angehören sollen, die Verwaltung und Entkolonisierung Portugiesisch-Timors übernehmen. Der australische Botschafter in Indonesien, Woolcott, sagte vor Journalisten in Djakarta, die Krise in Timor habe womöglich einen Punkt erreicht, an dem nur noch Indonesien die Ruhe wiederherstellen könnte. Canberra hat auch in Lissabon protestiert, weil Portugal den Abzug eines indonesischen Zerstörers verlangte, der vor Timors Hauptstadt Dili bereitlag, um Flüchtlinge an Bord zu nehmen. Portugal, heißt es in dem Protest, habe damit einen Waffenstillstand verhindert, der vom indonesischen Konsul in Dili und dem Kommandanten des Zerstörers arrangiert worden war.

Die australische Bereitwilligkeit, einer indonesischen Intervention nicht im Wege zu stehen, hat rapid zugenommen, seit offenbar wurde, daß die linksradikale „Fretelin“-Gruppe auf Timor die Oberhand hat. Sprecher der australischen Opposition, die noch vor zwei Wochen Whitlam eine zu weiche Haltung gegenüber Indonesien vorwarfen, sagten jetzt, eine indonesische Intervention sei einem Sieg von „Fretelin“ vorzuziehen, der Timor zu einem sowjetischen oder chinesischen Stützpunkt machen könnte.

Auch die Aussagen der zweitausend Flüchtlinge in Australien bestärken den Wunsch Canberras, schon aus humanitären Gründen dem Gemetzel auf Timor so bald wie möglich ein Ende zu setzen. Am Wochenende wurden mehrere hundert Flüchtlinge, die in Darwin eingetroffen waren, nach Sydney, Melbourne und Perth gewandert. Sie werden vorläufig in Einwanderheimen untergebracht, die wegen der Beschneidung des australischen Einwanderungsprogramms viel Platz aufweisen. Bei der Ankunft im wintrigen Melbourne bekam jeder Flüchtling zunächst eine Woldecke. Die meisten hatten nicht mehr als das nackte Leben retten können.

Die 29 Jahre alte Silvana Reis dos Santos, Mutter von sechs Kindern, sagte: „Die Leute in den Straßen waren einfach wahnsinnig... Sie töteten alles, was sich bewegte.“ Eine andere Mutter sagte, sie wüßte nicht, ob ihre vier Kinder noch am Leben seien. Sie wurden, als die Flüchtlinge zur Einschiffung auf eine Barkasse liefen, mit Mörsern beschossen. Virgilio Gutierrez berichtete: „Ich sah, wie eine schwangere Frau, die ein Baby trug, in

der Hauptstraße von Dili von einem Geschloß in Stücke gerissen wurde.“ In Gesprächen mit Flüchtlingen stellte sich heraus, daß fast alle von ihnen nicht nach Portugal zurückkehren, sondern in Australien bleiben wollen. Ihnen ist zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für sechs Monate bewilligt worden.

Der portugiesische Arzt Ruiivo de Silva sagte in Darwin, die „Fretelin“-hätte sich dreimal geweigert, die Krankenhäuser in Dili zu neutralisieren. „Fretelin“-Angehörige hätten zwei seiner Patienten aus dem Krankenhaus geholt und getötet. In den ersten Tagen nach dem Putsch habe er täglich etwa fünfzig schwere Operationen vorgenommen. „Einige der Verletzungen waren grauhaft. Ein vierzehnjähriges Mädchen hatte 14 Messerwunden im Gesicht“, sagte er. Die „Fretelin“-attakkiere besonders die zahlreichen Mischlinge. Nach seiner Abreise gibt es keinen Arzt mehr in Dili.

Die aus Dili zurückgekehrte australische Anthropologin Sue Ingram beschrieb die Kämpfe zwischen UDT und „Fretelin“ als eine Vendetta, in der jeder jeden kennt. „Man weiß, der Nachbar gehört zur UDT — und erledigt ihn, bevor man selber erledigt wird. Im Moment hacken sich diese Leute in Stücke.“

In Australien ist man unzufrieden wegen des Zauderns der Regierung, die so oft ihre Entschlossenheit bekundet hat, in diesem Gebiet eine führende Rolle zu spielen. Die Stimmung wird in dem Stützpunkt eines australischen Luftwaffenoffiziers deutlich: „Wenn man uns vor zwei Wochen befohlen hätte loszugehen, dann hätten wir heute schon einen verdammten Flüchtling rausgeholt.“

Personalien

Günther Harkort siezbis

Günther Harkort, bis 1970 Staatssekretär im Auswärtigen Amt für auswärtige Handels-, Entwicklungs- und EWG-Politik, wird an diesem Montag siebzig Jahre alt. Harkort gehörte dem Auswärtigen Amt sozusagen schon vor seiner Gründung an, nämlich dem „Büro für Friedensfragen“, das in der Besatzungszeit der Keim des auswärtigen Ressorts der deutschen Verwaltung in der vereinigten britischen und amerikanischen Zone gewesen war. Seit seinen Studienzeiten war Harkort mit auswärtiger Handels- und Wirtschaftspolitik beschäftigt, die er als Beamter nach liberalen Grundsätzen auszurichten suchte. Einem weiteren Kreise wurde er bekannt, als er, aus der Zentrale kommend, 1961 deutscher Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel wurde und dort bald den Ruf eines besonders kenntnisreichen, zuverlässigen, aber auch eines zu jedermann liebenswürdigen, unbefangenen und unprätentiösen Botschafters genoß. Zweimal war er in der Bonner Zentrale Leiter der Handelspolitischen Abteilung, von 1958 bis 1961 und wieder von 1965 bis 1969. Dann wurde er Staatssekretär Lahrs Nachfolger, als dieser als Botschafter nach Rom ging. (g-n)

Fritz Burgbacher 75

Professor Fritz Burgbacher vollendet an diesem Montag sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist Burgbacher sowohl als Unternehmer wie auch als Wissenschaftler und Politiker hervorgetreten. In den zwanziger Jahren war er als Wirtschafts- und Steuerberater, später im Vorstand der Rheingau Rheinische Energie AG in Köln tätig. 1943 gründete er zusammen mit Professor Th. Wessels das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln, das erste in Europa. Burgbacher war im Rahmen dieses Instituts und seiner Förderungsgesellschaft mehr als dreißig Jahre lang tätig. 1957 war Burgbacher Bundestagsabgeordneter der CDU geworden. Hier sah er den Schwerpunkt seiner Arbeit in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Der Vermögenspolitik der CDU hat er wichtige Impulse gegeben. Der „Burgbacher-Plan“ ist ein Dokument für seine vielfältigen Initiativen. (P. O.)

Strauß von Peking bis Bonn

Die Terminpläne des CSU-Vorsitzenden Strauß mühten im Kalender ihres Chefs zahlreiche Empänge zu seinem 60. Geburtstag am 6. September einordnen. Das Feiern hat am Vorabend mit einem Empfang des Wirtschaftsrates der Union in München mit 300 Gästen an. Das Wiegenselbst wird Strauß mit Familie und Freunden in seinem Haus in Rottach verbringen. Der große Empfang der CSU ist für den 14. September nach ihrem Parteitag angesetzt. 1500 Gäste sind geladen. In der darauffolgenden Woche fliegt Strauß abermals in die Volksrepublik China. Er will in Peking den Abschluß der deutschen Industrieausstellung besuchen. Strauß war schon im Januar in Peking mit Parteichef Mao Tse-tung zusammengekommen. Nach der Rückkehr geht das Geburtstagsfest in Bonn mit einem Empfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für 600 Gäste weiter. (dpa)

Kleine Meldungen

Hans Filbinger (CDU), der baden-württembergische Ministerpräsident, ist zu einem neuntägigen Besuch in die Republik Südafrika gereist. Er will insbesondere Wirtschafts- und Handelsfragen erörtern.

15 jüdische Naturwissenschaftler warten in Moskau seit drei Jahren vergebens darauf, daß die sowjetischen Behörden ihnen die erwünschte Ausreise nach Israel gestatten. Das berichtete der Rektor der Bochumer Ruhr-Universität, Ewald, nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er an einer Tagung der internationalen Hochschullehrer-vereinigung teilgenommen hatte. (dpa)

Eine westdeutsche Sportmaschine vom Typ „Cessna“ ist auf dem West-Berliner Flughafen Tempelhof gelandet. Westdeutsche Flugzeuge dürfen nach altem Recht in Berlin nicht landen. Der Pilot sagte, er habe auf dem Flug von Ludwigslburg nach Hamburg die Orientierung verloren. (Reuter)

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Zeitung

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Redaktionelle Koordination: Holcz Stadmann. Verantwortliche Redakteure: für Außenpolitik: Dr. Günther Gillissen; für Innenpolitik: Dr. Friedrich Karl Fromme; für Nachrichten: Dieter Eckart; für Deutschland und die Welt: Claus Lafranz; für Feuilleton: Dr. Günther Rühle; für Sport: Karlheinz Vogel; für Unternehmenswirtschaft: Dr. Max Kruek; für Wirtschaftspolitik: Dr. Hans Roper; für Zeitung für Frankfurt: I. V. Heinz Stadmann; für Kommunalwirtschaft: Rudolf Reinhardt; für Motor: Dr. Gerold Lingnau. Chefredakteur und Ständiger Berater der Herausgeberkonferenz: Dr. Robert Held. Chef vom Dienst: Dietrich H. Ratke; Stellvertreter: Carlo Wilhelm Nüssig. Verantwortlich für Anzeigen: Günter Lüders. Sämtlich in Frankfurt am Main. Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. August 1974. Monatsbezugspreis 14,70 DM durch Träger oder durch die Post einschließlich Zustell- und Versandgebühren (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer - 0,76 DM), im Streifband 13,50 DM (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer - 1,02 DM), Ausland 19,50 DM einschließlich Porto. Frankfurter Allgemeine Zeitung D 2954 A und D 2955 A. Wöchentlich sechs Ausgaben. Gerichtsstand: Frankfurt a. M. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. — Anschrift für Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 2901, und Hellerhofstraße 2-4, Postcheckkonto Frankfurt 91393-604. Telegramm: EFAZET Frankfurt. Fernschreiber: 04-1223. Telefon Frankfurt am Main (06 11) 7 59 11, © F.A.Z. GmbH, Frankfurt/Main 1975.

Deutsches Ehepaar im Tessin ermordet

LUGANO, 31. August (dpa). Aus nächster Nähe haben offenbar berufsmäßige Killer ein Industriellen-Ehepaar aus Baden-Baden im Tessin mit zahlreichen Schüssen ermordet und im Luganer See versenkt. Die Polizei in Como vermutete am Sonntag, daß der Mord im Auftrag Dritter begangen wurde. Die an einen mit Steinen gefüllten Kanister gebundenen Leichen waren bei Campione d'Italia aus dem See gezogen worden. Die ermordete 50 Jahre alte Ehefrau trug noch ihren gesamten wertvollen Schmuck; die Polizei schloß deshalb einen Raubmord aus. Der 60 Jahre alte Ermordete war Chemie-Fabrikant. Über das Tatmotiv herrschte bis zum Sonntag Rätselraten. Erste Hinweise auf das Verbrechen hatten zwei junge Jugendliche geliefert, die in der Nähe von Ascona im Tessin einen Mann beobachteten, der einen Körper zu einem Auto schleifte und schnell davonbrauste. Die Jugendlichen hatten sich die Autonummer gemerkt, worauf die Polizei den Wagen in einem Parkhochhaus in Lugano fand. Es war der Wagen der Ermordeten, den der oder die Täter benutzt hatten.

Zehn Tote bei Flugzeugabsturz

GAMBELL, 31. August (AP). Beim Absturz eines mit 31 Personen besetzten Flugzeuges auf der Alaska-Insel St. Lawrence sind am Samstag zehn Personen ums Leben gekommen. Die Maschine vom Typ F-27 b der "Wien Air Alaska" befand sich im Anflug auf den Flughafen Gambell, als sie aus noch nicht geklärter Ursache in einem Bergelände verunglückte. Nach Angaben eines Sprechers der Fluggesellschaft handelte es sich bei den Toten um die Piloten und zwei Besatzungsmitglieder sowie sieben Passagiere. Die Überlebenden, zum Teil schwer verletzt, wurden von einer Maschine der amerikanischen Küstenwache in die rund 1100 Kilometer östlich der Unglücksstelle gelegene Stadt Anchorage geflogen.

Gericht entschied für Theologie-Professor

AMSTERDAM, 31. August (dpa). Ein Gericht in Amsterdam hat die katholische theologische Hochschule Amsterdam dazu verurteilt, noch zwei Jahre lang dem wegen seiner Heirat entlassenen Hochschullehrer Professor Henk van Luijk das Gehalt zu zahlen. Der 45 Jahre alte frühere Jesuit, Mitbegründer der Hochschule und deren einziger Rektor, ist auf Forderung des Rotterdamer Bischofs Simonis aus dem Amt entlassen worden. Vor Gericht forderte er zweieinhalb Jahre Gehaltszahlung. Als der Professor im Juni vergangenen Jahres seine Hochzeit angekündigt hatte, hatten die Hochschulgremien zunächst keine Maßnahmen gegen ihn erwogen, zumal an der Hochschule noch vier verheiratete Erzieher als Dozenten tätig waren. Bischof Simonis aber sah damals „das Maß erreicht“ und drohte, die Amsterdamer Hochschule nicht mehr als Priester-Ausbildungsstätte des Bistums anzuerkennen. Darauf sprach das Kuratorium der Hochschule die Entlassung aus.

Kleine Meldungen

Ein Schaden von fünfzehn Millionen Mark ist bei einem Brand in einem Kunststoffspritzwerk im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld entstanden. Das Feuer war aus unbekannter Ursache in einer Werkhalle der Fabrik ausgebrochen. (dpa)

Tausende von Bienen haben am Samstag die Rettungsarbeiten nach einem Verkehrsunfall in der Türkei behindert. In der Nähe von Erzurum im Osten der Türkei war ein Lastwagen mit einer Ladung von 115 Bienenstöcken umgestürzt. Fahrer und Beifahrer sowie zwei Polizeibeamte wurden durch zahlreiche Bienenstiche schwer verletzt. (Reuters)

Schwere Regenfälle haben am Wochenende in der Zentralschweiz zu ausgedehnten Überschwemmungen geführt. Nach Mitteilung der Polizei entstanden Sachschäden in Höhe von rund 30 Millionen Franken. (AP)

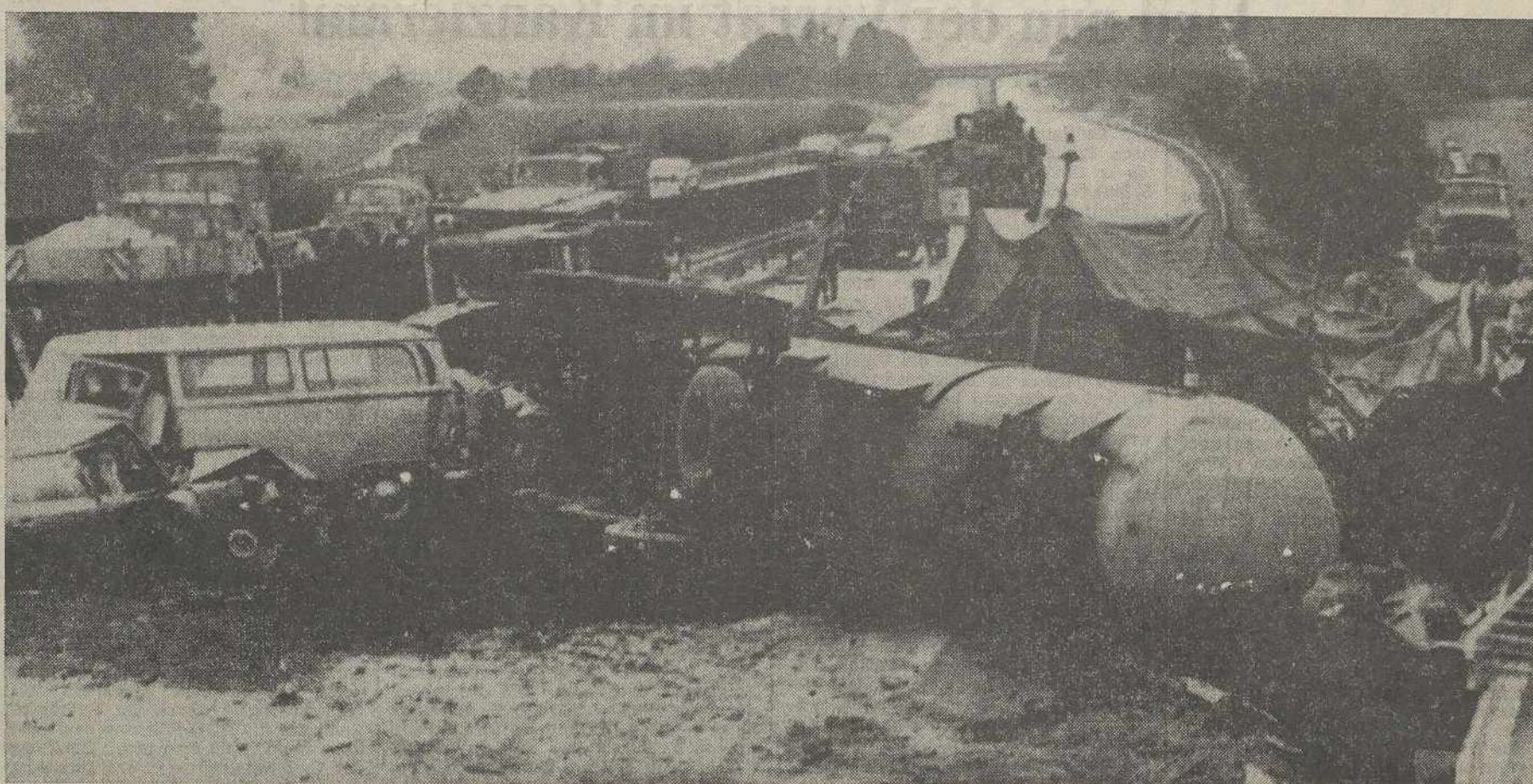
Etwa 50 000 Autofahrer begehen nach Darstellung des ADAC jährlich in der Bundesrepublik Unfallflucht. Dies bedeute, daß fünf Prozent aller Unfallgeschädigten nicht zu ihrem Geld kommen. (AP)

Überraschend hat der Schwede Andersson beim internationalen Schachturnier von Mailand den bisher ungeschlagenen sowjetischen Weltmeister Karpow matt gesetzt. Andersson lag bis dahin in der Wertung der zwölf beteiligten Weltanglistenspieler an letzter Stelle. (dpa)

Auf dem Heimweg von einer Ferienkolonie in Südwestfrankreich ist in der Nacht zum Samstag bei Chartres ein mit Pariser Kindern besetzter Omnibus verunglückt. Drei Kinder kamen ums Leben, 40 weitere wurden verletzt. Der Omnibus war aus unbekannter Ursache in einen Straßengraben gestürzt. (dpa)

Russische Ikonen im Wert von etwa 270 000 Mark sind am Samstag in einer Düsseldorfer Kunstgalerie geraubt worden. Ein etwa 40 bis 50 Jahre alter Mann zwang eine 32 Jahre alte Angestellte der Galerie mit einer Pistole, die Sicherungsalarm für die Ikonen auszuschalten. Anschließend fesselte und knielte der Täter die Frau und nahm in aller Seelenruhe vierzehn Ikonen von der Wand.

Einen zähen Kampf, der aber bisher ohne Ergebnis blieb, führt das Münchner Baureferat gegen Kaugummi-Rückstände in der Fußgängerzone zwischen Stachus und Marienplatz. Auch der jüngste Versuch, der Kaumasse mit Flammenwerfern zu Leibe zu rücken, brachte nicht den erhofften Erfolg. Jetzt bleibt nur die Hoffnung auf einen strengen Winter: die Kaugummis platzen, sobald sie vereisen, vom Boden ab, ohne Spuren zu hinterlassen.



Zu einer Massenkarambolage ist es auf der Autobahn Stuttgart-Karlsruhe bei Stuttgart gekommen. Ein Lastwagenfahrer kam ums Leben, sechs Personen wurden schwer verletzt. Aus einem beteiligten Tanklastzug liefen 50 000 Liter Schweröl aus. Foto AP

Den Fortschritt ins Nichts soll es nicht mehr geben

Ureinwohner Australiens erhalten ihr Land zurück / Noch Platz für ein nomadenartiges Leben im Stammesverband / Von Egon Varro

DARWIN, 31. August. Sechshundert Kilometer südlich von Darwin ließ Premierminister Whitlam eine Handvoll rötliche Erde in die Hand des Stammeshäuptlings rieseln und sagte: „Vincent Lingiari, ich überreiche Ihnen feierlich diese Urkunde als Beweis nach australischem Recht, daß dieses Land dem Stamm der Gurindji gehört und ich gebe in Ihre Hand einen Teil der Erde als ein Zeichen, daß dieses Land im Besitz von euch und ewigen Kindern auf ewig ist.“ Die Urkunde verbriefte die Rechte von 250 Gurindjis auf ein Gebiet von 3250 Quadratkilometern (etwa Saarland und Hamburg zusammen). Sie bedeutet das Ende eines neunjährigen Kampfes jenes Stammes und seiner australischen Fürsprecher. Mit ihr wird zugleich eine Entscheidung eines Obergerichts ignoriert, das zu diesem semantisch komplizierten Schluß kam: „Die Eingeborenen gehören zwar zum Land, aber daraus kann nicht gefolgert werden, daß ihnen das Land gehört.“ Es ging um wasserarmes, spärliches Land, in dem der Lebensraum für Mensch und Vieh nach Quadratkilometern bemessen werden muß. Das Gebiet gehörte der britischen Viehzuchtfirma Vestey; sie hat es nach langen Verhandlungen an die Regierung abgetreten. Die Gurindjis arbeiten meistens als Stockmen (Cowboys) für Vestey.

Alle Versuche, diesem Stamm mit den Dingen der Zivilisation die Lebensweise des weißen Mannes annehmbar zu machen, sind gescheitert. In ihrem Dorf Wattie Creek baute man, genau wie in den Vororten von Melbourne oder Sydney, zwanzig schmutzige Ziegelhäuser, die natürlich in der glühenden Tageshitze zu Backöfen wurden — die Gurindjis zogen zurück in ihre Wellblechhütten. Später fragten enthusiastische Architekten die Leute, was sie sich unter einem annehmbaren Haus vorstellten. Von Schlafzimmern halten sie nichts; ihre Idee: ein Gemeinschaftsraum, umgeben von einer breiten, schattigen Veranda, auf der sie dösen und im „Traumland“ mit ihren Urahnen Rücksprache halten können. Für den Ureinwohner, der sich noch gegen die Lebensweise des Weißen sträubt, gibt es nichts Wertvolleres als das „Land mit seinen Kultstätten und Pelsenzeichnungen“, die, so die Ethnologen, bis zu 30 000 Jahre alt sind.

Die störrischen Gurindjis haben jetzt die allgemeine Anerkennung der Auffassung erreicht, daß jeder wohlwollende Versuch einer „Gleichschaltung“ der noch in Stämmen lebenden Urvölker nur zu dem führt, was der deutsche Ethnologe Lommel „Fortschritt ins Nichts“ nennt, zum Untergang. Auch die Gewährung von Reservaten — wie großräumig auch immer — ist keine Lösung, da die Stämme auf eigenes Land pochen. Die Zahl der australischen „Aboriginals“ wird auf 140 000 geschätzt; von ihnen leben etwa 45 000 in Gruppen, die einen deprimierenden Kompromiß zwischen Stammestradition und weißer Zivilisation geschlossen haben, bei dem aber allen Erziehungsbemühungen von Staat und Kirchen zum Trotz meistens nur die Laster des weißen Mannes sichtbar werden; Berge von Bierflaschen und Konserveneinbehalten, Schmutz und Prostitution. Fehlgeschlagen sind alle Versuche, mit Belohnungen ein Arbeitsethos nach der Art der Weißen zu entwickeln. Der Aboriginal, auch in den Metropolen, arbeitet grundsätzlich nur, um zu leben, und er wird nach kurzem Aufenthalt von einer unbezahlbaren Wanderlust ergriffen, die er „go walkabout“ nennt. Dann wirft er einen gutbezahlten Job hin, packt den Ranzen und macht sich auf den Weg. Der Rang zum Nomadentum muß als vererbbar erscheinen, doch er erfährt auch solche, die scheinbar die Seßhaftigkeit der Weißen akzeptiert haben.

Nur verschwindend wenige aber sind noch immer echte Nomaden, die sich von Eidechsen, Holzwürmern und den mit dem Speer erlegten Kängurus ernähren. Es ist keineswegs daran gedacht, die anderen Aboriginals zu diesem Lebensstil zurückzuführen. Die Regierung will ihnen prinzipiell das Recht einräumen, nach ihrer Fassung zu leben. Und das heißt: Rückgabe der Ländereien und Kultstätten an einen Kern gebildeter Aboriginals, die entschlossen sind, neue Lebensformen zu finden, die endlich Tradition und materiellen Fortschritt einigermaßen harmonisch verbinden sollen.

Vielleicht zum Beispiel einigt man sich auf einen Arbeitstag von drei Stunden, oder aber auf ein Kollektiv, in dem nicht mehr die Uhr der Herr des Tages ist. Die Gurindjis etwa sind an der Ziegenzucht interessiert; wenn sie dabei nur so viel Milch erhalten, wie sie trinken können, wird es ihre Sache sein. Allein dort, wo die Ländereien Rohstoffe bergen, werden die dünnen Gebiete noch ein Zankapfel der Politik bleiben, wie im Arnhem-Land mit seinen Uranerzlagern. Australien aber hat grundsätzlich entschieden, daß die kulturellen Reichtümer der Aboriginals erhalten werden müssen.

Die Stadtmitte Bonns wird sich ändern. Mitten in der Stadt, am Sternplatz, wird der Hochbau des neuen Stadthauses selbst alle Kirchen überragen; er soll wirklich, wie im Regierungsviertel der „Lange Eugen“, die „Wolken kratzen“. Bürgerinitiativen, von denen man weiß, daß sie kaum Unheil anrichten, aber auch kaum abwenden können, tun wie auch die lokale Presse ihre Pflicht, Verdacht zu hegen und verdächtige Sprüche gegen manche Pläne zu äußern. Abwechselnd dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor in den Mund gelegt: „Man würde viel darum geben, wenn die Besserverwister und Rechthaber, die sich darüber ärgern, es

wirklich besser wüßten oder wirklich recht hätten.“ (Reger im „Wachsamem Hähnchen“)

Ob das Stadthaus, dieser Koloß, schon wirken wird, läßt sich erst später beurteilen. Jedenfalls liegt es zentral, und es könnte integriert werden. In keiner Stadtilhouette sind es heute die Kirchtürme mehr, die die Skyline bestimmen. (Staatssekretär a.D. Hermann Wandersleb, Ehrenbürger von Bonn, am vorigen Freitag an seinem 80. Geburtstag zum Reporter des Bonner General-Anzeigers)

Die Hauptstadt sucht offenbar immer noch ihren Schwerpunkt. Schief und ungeheuer lustig sitzt Bonn der Hut auf dem Kopf, wobei man noch nicht weiß, ob das neue Stadthaus oder der „Lange Eugen“ der Kopf sein wird. Vielleicht entdeckt Bonn einen „Stadt-Schreiber“, der ein neues „Wachsamem Hähnchen“ schreiben würde.

Abwechselnd dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor in den Mund gelegt: „Man würde viel darum geben, wenn die Besserverwister und Rechthaber, die sich darüber ärgern, es

Ist Bonn vielleicht „Wahnstadt“?

Die Skyline ändert sich / Rheinländer als Zeuge / Ein Buch, Stadtvätern empfohlen

w. h. BONN, 31. August. Sein Name steht im Brockhaus. Regierungssprecher Bölling nennt ihn, den aufklärten preußischen Konservativen, seinen Ziehvater, er wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Lizenzträger des Berliner „Tagesspiegel“ und hat mehrere stark polemische Schlüsselromane geschrieben, von denen einer, „Das wachsame Hähnchen“, 1932 herauskam und 1950 (bei Rowohlt) neu aufgelegt wurde: Der Mann war gebürtiger Rheinländer, kannte was vom rheinischen Klüngel, wie es ihn in allen Rathäusern gibt, und starb im Jahre 1954. Er hieß Hermann Dannenberger, nannte sich Erik Reger und stammte aus dem Rhein-Städtchen Bendorf bei Neuwied, wo er 1893 geboren worden war. In jenem Roman zeigte er die Breite und Fülle der Kommunalpolitik in ihren geistigen Zustand. Es war, wie gesagt, ein polemischer Roman, er sei allen Stadtvätern der siebziger Jahre ans Herz

gelegt und ist wahrscheinlich in Büchereien noch zu bekommen.

Wahnstadt, so hieß der Schauplatz des Romans, könnte Bonn sein, auch Köln oder Koblenz, oder Düsseldorf oder Aachen. Kommunalpolitik kann Selbstzweck sein, wie in Bonn in diesen Tagen, wo sich die drei Rathausparteien bei schlimmster Finanzlage zu sieben Fraktionsassistenten hinzu noch die Mittel für fünf weitere Assistenten mit 187 000 Mark bewilligten. Dieser Schluß ist nicht von der Hand zu weisen: wenn die Fraktionen im Bundestag Assistenten haben, sollten auch Stadtratsfraktionen welche haben.

In Bonn sitzen im Rat der Stadt allein fünf Architekten, und der Ernst legt den Scherz nahe: In welchen Ausschüssen werden sie wohl sitzen? Dreizehn Leute im Rat der Stadt nennen sich „Beamtet“, und man weiß von ihnen nicht, ob sie Postbetriebsassistenten oder Ministerialdirek-

toren sind. Ob sie es in ihrer Verlegenheit als Unterstatement ansehen? Erik Reger, lebte er noch, müßte ein neues „Wachsamem Hähnchen“ schreiben. Es bleibt ein ungelöstes Rest.

Die Stadtmitte Bonns wird sich ändern. Mitten in der Stadt, am Sternplatz, wird der Hochbau des neuen Stadthauses selbst alle Kirchen überragen; er soll wirklich, wie im Regierungsviertel der „Lange Eugen“, die „Wolken kratzen“. Bürgerinitiativen, von denen man weiß, daß sie kaum Unheil anrichten, aber auch kaum abwenden können, tun wie auch die lokale Presse ihre Pflicht, Verdacht zu hegen und verdächtige Sprüche gegen manche Pläne zu äußern.

Abwechselnd dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor in den Mund gelegt: „Man würde viel darum geben, wenn die Besserverwister und Rechthaber, die sich darüber ärgern, es

wirklich besser wüßten oder wirklich recht hätten.“ (Reger im „Wachsamem Hähnchen“)

Ob das Stadthaus, dieser Koloß, schon wirken wird, läßt sich erst später beurteilen. Jedenfalls liegt es zentral, und es könnte integriert werden. In keiner Stadtilhouette sind es heute die Kirchtürme mehr, die die Skyline bestimmen. (Staatssekretär a.D. Hermann Wandersleb, Ehrenbürger von Bonn, am vorigen Freitag an seinem 80. Geburtstag zum Reporter des Bonner General-Anzeigers)

Die Hauptstadt sucht offenbar immer noch ihren Schwerpunkt. Schief und ungeheuer lustig sitzt Bonn der Hut auf dem Kopf, wobei man noch nicht weiß, ob das neue Stadthaus oder der „Lange Eugen“ der Kopf sein wird. Vielleicht entdeckt Bonn einen „Stadt-Schreiber“, der ein neues „Wachsamem Hähnchen“ schreiben würde.

Bei „unanbringlich“ hört das Postgeheimnis auf

Wie man Briefe doch noch an den Mann bringt / Postbeamte mit detektivischem Spürsinn / „Höhen und Tiefen des Lebens“

spi. FRANKFURT, 31. August. Wo das Postgeheimnis aufhört, ist der Zutritt streng verboten. Nur auf Klingelzeichen und Knopfdruck öffnet sich in der Frankfurter Oberpostdirektion die Tür, hinter der vier Postbeamte täglich 40 bis 500 Briefe öffnen, die nicht an die Post gerichtet sind. Würden die vier jedoch das Briefgeheimnis nicht verletzen, kämen diese Briefe nie an. Denn es sind Briefe ohne Absender oder erreichbaren Empfänger, Briefe, die im eigentlichen korrekten Postdeutsch „unanbringlich“ genannt werden, und das ist etwas anderes als „unzustellbar“. Ein unzustellbarer oder vom Empfänger verweigert Brief geht an den Absender zurück. Ist aber auch der Absender nicht festzustellen, dann wird der Brief unanbringlich, landet er bei der Ermittlungsstelle der Oberpostdirektion. Hier laufen die unanbringlichen Briefe eines Bundeslandes zusammen. Demnächst werden solche Briefe aus dem ganzen Bundesgebiet zentral bearbeitet werden, die dafür vorgesehene Ermittlungsstelle wird 1977 in Marburg ihren Betrieb aufnehmen. Unanbringliche Pakete werden schon jetzt zentral in Bamberg bearbeitet.

Gemessen am täglichen Millionenaufkommen und dank den Bemühungen in den Ermittlungsstellen der Postämter, wo unerleichte oder ungenaue Anschriften zum größten Teil „entziffert“ werden, ist der Anteil der unan-

bringlichen Briefe gering. Doch summieren sie sich in Hessen immerhin auf 8000 bis 10 000 Sendungen im Monat. Die Briefe müssen geöffnet werden, will man versuchen, sie zu befördern. Das ist ein schwerwiegender, aber gesetzlicher Eingriff in das Postgeheimnis — ein Hoheitsakt, der besonderen Maßstäben unterliegt.

So sind die Beamten gehalten, das optische und fast intellektuelle Kunststück fertigzubringen, von dem Inhalt des Briefes nur das zu lesen, was auf die Herkunft schließen läßt. Die Augen sind auf Telefonnummern und Ortsnamen dressiert. Außerdem soll der Ermittlungsaufwand die Bedeutung des Briefes nicht übersteigen. Urlaubsgrüße enden schneller im Zerfärbnis als eine Todesnachricht.

Die Routine überwiegt: Firmenpost mit Briefkopf, Fensterumschläge mit falsch eingelegetem Bogen, postlagernde Sendungen, die nicht abgehängt wurden. Das erklärt die hohe Erfolgsquote: schätzungsweise 90 Prozent aller unanbringlichen Briefe aus Hessen werden in der Frankfurter Ermittlungsstelle enträtselt, mit einem Spezialband verschlossen und ohne zusätzliche Gebühr wiedergefunden.

Manchmal spielen die Ermittlungsbeamten Schicksal. Wie bei jener zerstreuten Großmutter, die aus einem Altersheim ihrer Enkelin einen Brief und einen Scheck schickte und auf den Umschlag lediglich Vor- und Zunamen

der jungen Dame schrieb. Der Poststempel verriet glücklicherweise eine Kleinstadt, so daß die Postdetektive nur wenige Altersheime anrufen mußten, um die Absenderin ausfindig zu machen.

Intime Mitteilungen und Erlebnisse allerdings lassen sich manchmal bei der Suche nach einer Zustelladresse einfach nicht übersehen. Er habe in den fünfzehn Jahren seiner Tätigkeit „alle Höhen und Tiefen menschlichen Lebens“ kennengelernt, sagt Artur Wiesberg, der Leiter der Ermittlungsstelle. Oft enthalten die unanbringlichen Briefe sogar Urkunden, Geld oder Wertpapiere. Dann schütteln die Beamten zwar den Kopf über solch Leichtsinns, aber sie suchen um so eifriger.

Kann trotz aller Anstrengungen ein Absender nicht gefunden werden, wird eine Mitteilung beim Einlieferungspostamt ausgehängt. Bleibt auch das ohne Erfolg, schickt die Ermittlungsstelle Urkunden an die ausstellende Behörde zurück, Geldbeträge werden der Postunterstützungskasse zugewiesen. Manchmal klärt sich das Schicksal eines Briefes auch noch während der vierteljährlichen Lagerfrist durch den Nachforschungsauftrag des Absenders auf. Hoffnungslos Fälle werden allmonatlich unter Zeugen von einer Schnittzelmachine „erledigt“.

Die Frankfurter Ermittlungsstelle ist über ihren hessischen Einzugsbereich

hinaus bundesweit zuständig für alle bei der Post anfallenden herrenlosen Foto-, Film- und Tonbandsendungen. Einzelne Filmrollen oder Kassetten — oft nicht sachgemäß verpackt — machen sich auf dem Postweg zum Entwickeln oder Kopieren immer wieder selbständig. Auch hier geben Inhalt oder Motive Aufschluß über den Absender. Belichtetes, aber noch nicht entwickeltes Film- und Fotomaterial wird der Post zuliebe von den Firmen kostenlos entwickelt. In „Tagebüchern“ werden dann die Einzelstücke — monatlich etwa 800 Filme und 120 Tonbänder — nach Fundort, Aussehen, Herstellermarke und Inhalt registriert. Wenn die Beamten Glück haben, dann kommt eines Tages ein Nachforschungsauftrag des Eigentümers herein. Oft weisen die Aufnahmen selbst schon den Weg. Besonders Autokennzeichen auf Filmen und Dias sind hilfreich. Einmal gelang es, Gruppenaufnahmen von einem Firmenjubiläum mit der Hilfe eines Meisterbriefes, der im Hintergrund sichtbar war, an die richtige Adresse zu bringen. In einem Aktenordner häufen sich Dankeschreiben aus aller Welt. Für die Eigentümer haben die Fundstücke oft unersetzlichen Wert. Es müssen ja nicht gleich Luftaufnahmen von der Konkurrenz sein, die kürzlich einem Industrieunternehmen verloren gingen und peinlicherweise in der Ermittlungsstelle ans Tageslicht kamen.

Auf je 100 Ehen 52 Scheidungen

Ws. BERLIN, 31. August. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Ehescheidungen in West-Berlin einen neuen Höchststand seit 1951 erreicht. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden 1974 insgesamt 7119 Ehescheidungen ausgesprochen, sieben Prozent mehr als 1973. Damit entfielen auf je 100 Eheschließungen im vergangenen Jahr 52 Scheidungen. Eine solche Ziffer wurde in West-Berlin bisher noch nicht registriert. Nur siebzehn wurden wegen Ehebruchs geschieden, 6881 dagegen wegen anderer Eheverfehlungen. Hierbei trug in 3734 Fällen der Mann und in 1138 Fällen die Frau die Alleinschuld. Wegen Verschuldens beider Ehegatten wurden 2026 Ehen geschieden. Allein 8,7 Prozent der 1974 geschiedenen Ehen waren nach einer Ehedauer von weniger als zwei Jahren, 24,3 Prozent nach einer Ehedauer von zwei bis unter fünf Jahren gelöst worden. Bei 54,7 Prozent der geschiedenen Ehen waren noch minderjährige Kinder vorhanden.

Explosion in Ölraffinerie: Sechs Tote

MITSUYAMA, 31. August (AFP). Bei einer Explosion in einer japanischen Ölraffinerie in Toyo auf Shikoku sind sechs Arbeiter ums Leben gekommen. Vier Personen wurden bei dem Unglück schwer und drei leicht verletzt. Polizei und Feuerwehr halten ausströmendes Gas für die Ursache der Explosion.

Start von Viking 2 verschoben

CAPE CANAVERAL, 31. August (dpa). Die Startvorbereitungen für den Doppellug amerikanischer Raumsonden zum Mars bleiben vom Pech verfolgt. Die Sonde Viking 2, deren Start schon einmal wegen des verspäteten Abfluges ihrer Schwestersonde verzögert worden war, kann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, an diesem Montag starten. Ein Antennenproblem in dem Teil der Sonde, der nach Absetzen eines Landegeräts weiter den Mars umfliegen soll, veranlaßt am Sonntag einen Startaufschub von wenigstens einer Woche.

Auf Bahnübergang von Lok erfaßt: Vier Tote

DIEPHOLZ, 31. August (dpa). Auf einem Bahnübergang, dessen Schranken nicht geschlossen waren, ist am Samstag im niedersächsischen Kreis Diepholz ein Personenzug von einer E-Lokomotive erfaßt worden. Die vier Insassen kamen ums Leben. Am Sonntag war noch nicht geklärt, weshalb der Schrankenwärter die Schranken nicht geschlossen hatte, obwohl die Lokomotive angekündigt war. Bei der Kollision verklebte sich der vordere Teil des Wagens unter der Lokomotive und wurde noch 1000 Meter weit mitgeschleift.

„Jüdische Bevölkerung ist aufgebracht“

KARLSRUHE, 31. August (dpa). Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, hat sich wegen der Vorgänge beim Bensheimer Prozeß gegen den Rechtsanwalt Manfred Roeder in einem Brief an den hessischen Justizminister gewandt. Nachmann schrieb, die jüdische Bevölkerung sei darüber sehr aufgebraut, daß Roeder und seine Gruppe Erinnerungen an die nazistische Vergangenheit in der Öffentlichkeit öffentlich zum Judenmord aufforderten.

DDR-Mediziner bezeichnen Akupunktur als „völlig okkult“

BERLIN, 31. August (AP). Zwei Ost-Berliner Professoren — der Geriatrie- und Neurologe Prokop und der Neurologe Seidel — haben die Akupunktur als „völlig okkult“ verurteilt. Im DDR-Medizin-Report ordnen sie, „ohne auf die kausalen Theorien der Akupunkturssysteme einzugehen“, das Problem dieser Therapie „in das Koordinatensystem von Hysterie und Suggestion“ ein. Es sei der kritischen Naturwissenschaft bis heute nicht gelungen, die Existenz verschiedener Akupunkturpunkte mit spezifischen Wirkungen nachzuweisen. Die ganze Angelegenheit bleibe also „nach wie vor dem Magischen verhaftet“. Allerdings sprechen Prokop und Seidel der Akupunktur Erfolge „natürlich“ nicht ab.

Brandanschläge auf Bars in italienischem Ferienort

ROM, 31. August (dpa). Auf zwei Nachtlöke in dem an der Riviera gelegenen italienischen Ferienort Allassio sind am frühen Sonntagmorgen Brandanschläge verübt worden. Das Hotel Mirafiori, in dessen Erdgeschoß eine der Bars liegt, stand sofort in Flammen. Eine Karabinieri-Streife, die zufällig vorbeifuhr, brach die Haustür des Hotels auf, schlug in alle Stockwerke Alarm und barg ältere Gäste, die vor Schreck wie gelähmt waren. Andere Gäste ließen sich an zusammengeknüpften Laken und Decken auf die Straße herunter. Niemand wurde erheblich verletzt. Ein Augenzeuge berichtete, daß die Brände in der Bar „Tabu“ und in einem anderen, etwa hundert Meter entfernten Nachtlöke durch Gegenstände — vermutlich Brandkanister oder Molotow-Cocktails — entfacht wurden, die aus einem schnell fahrenden Auto geworfen worden waren. Die Polizei ist sicher, daß die Brandstiftungen im Zusammenhang mit dem Kleinkrieg stehen, den die Mafia an der Riviera entfesselt hat. Die Mafia verübt derartige Anschläge auf Nachtklubbesitzer, die eine aufgezogene „Protektion“ ablehnen.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Warnschuß

ein. Auch diese Nachricht scheint die Nato-Verwaltung in Brüssel nicht aus ihrem Sommerschlaf geschreckt zu haben: Die Kubaner sollen ihre Freunde in der portugiesischen Armee gebeten haben, ihnen geheimes Material über die atlantische Allianz zur Verfügung zu stellen. Die Quelle der Information ist ein bekannter Journalist in Washington, der immer mehr weiß, als dem Pentagon lieb ist. Die Zeitung, die die Unterrichtung weitergab, ist wegen ihrer Sorgfalt bekannt und wegen ihrer politischen Durchschlagskraft gefürchtet. Grund genug für die Nato, beunruhigt zu sein. Denn Portugal erhält nach wie vor Nato-Material. Nach diesem Warnschuß aus Washington müßte nun auch dem einflussreichsten Gemüt die Erkenntnis dämmern, daß die revolutionären Offiziere in Lissabon das ihnen anvertraute atlantische Wissen nicht unbedingt nur für Zwecke der Allianz nutzen. Doch übernatürliche Organisationen sind schwerfällige. Sie sind auch mißmutig, wenn irgendein Ereignis die Routine stört. So wird dann noch einige Zeit vergehen, bis durch einen gemeinsamen politischen Entschluß den Portugiesen der Informationshahn abgedreht wird. Bis dahin wird Kuba wohl (und damit auch die Sowjetunion) die Manöverpläne der amerikanischen und atlantischen Seeverbände im karibischen Raum kennen.

Schulstreiks

Reu. An der Gesamtschule Bruchköbel bei Hanau haben die Schüler gestreikt. Im Verein mit dem Elternbeirat fordern sie mehr Lehrer. Auch in Berlin ist es zu solchen Streiks gekommen, die sich vor allem gegen Klassenzusammenlegungen richteten. Das wichtigste Ziel der Bildungspolitik sind kleine Klassen, also genug Lehrer. Daß Eltern, die sich über den Ausfall von Unterricht ärgern, die Einstellung von mehr Lehrern erstreben möchten, ist so unverständlich nicht. Die Sparkommissionen beschneiden den Bildungsetat zu eifrig, weil die Kinder angeblich keine Lobby haben, meinen sie, und nun wollen sie den Politikern einmal zeigen, welche starke Gruppe die Eltern sind. In der Tat, das sind sie — aber auch ohne Streiks. Mit Streiks setzen sie sich nur ins Unrecht. Sogar Lehrer ein Recht haben, die Schule zu bestreiken oder ein Streikrecht zu erstreiken, so wenig haben es auch Schüler und Eltern. Streiks bewirken nur, daß noch mehr Unterricht ausfällt.

Normalisierung

N. B. Nur pro memoria, wenn von der Normalisierung der Beziehungen mit der DDR die Rede ist, ein Hinweis auf eine kleine Dokumentation: Sie findet sich in dem amtlichen „Postgebührenheft“, das an jedem Postschalter erhältlich ist und den Stand vom 1. Januar dieses Jahres anzeigt. Da heißt es zunächst im zweiten, eigens der DDR gewidmeten Abschnitt, daß die (Tarif-)Angaben für den Inlandverkehr entsprechend gelten; aber dann klingt es von „2,1“ bis „2,12“ wie eine Litanei: Antwortkarten — sind nicht zugelassen. Büchersendungen — sind nicht zugelassen. Massendrucke — sind nicht zugelassen. Wurfendungen — sind nicht zugelassen. Warenendungen — sind nicht zugelassen. Postgut — ist nicht zugelassen. Postanweisungen — sind nicht zugelassen. Nachnahme — ist nicht zugelassen... Und so geht es weiter mit „nicht zugelassen“, oder „Der Dienst wird nicht wahrgenommen“. Das alles ist nichts Neues, und vor allem die Leute, die eventuell an solchen Diensten interessiert wären, wissen Bescheid. Aber es ist doch eindrucksvoll, in der nüchternen Form eines Gebührenentwerfers zu lesen, was es alles an Normalem nicht gibt; und dagegen beim Weiterblättern unter Ziffer 3 zu sehen, was es im „Verkehr mit dem Ausland“ alles gibt.

DÜSSELDORF, 31. August

Die Bundesregierung hat derzeit andere Sorgen, als sich noch einmal dem Thema Günter Guillaume zu widmen, das im vergangenen Jahr die Bonner politische Szene überschattete und mit dem Rücktritt des Kanzlers Brandt erhebliche innen- und außenpolitische Wirkungen hervorbrachte. Etliche Repräsentanten des sozialliberalen Bündnisses werden sich aber in der beginnenden Woche gerade wegen dieses aufsehenerregenden Spionagefalls wohl häufiger in den schuß- und abhörsicheren Saal A 01 des Oberlandesgerichts Düsseldorf bemühen müssen, wo der IV. Senat, der sogenannte Staatsschutzsenat, an diesem Montag den zweiten Verhandlungsabschnitt im Landesverratsverfahren gegen das Ehepaar Günter und Christel Guillaume eröffnet. Einer der ersten prominenten Politiker, die nach der vierwöchigen Prozeßpause jetzt in den Zeugenstuhl gerufen werden, wird Verteidigungsminister Leber sein, dessen richtungweisendes Empfehlungsschreiben über Guillaume an Kanzleramtsminister Ehnke Anfang 1970 so verhängnisvoll dazu beitrug, daß der Spitzenpolitiker der DDR im Zentrum der Bonner Politik platziert werden konnte.

Zur Halbzeit des Düsseldorf-Strafverfahrens besteht schon kein Zweifel mehr daran, daß Guillaume von 1970 bis zu seiner Festnahme im April 1974 überaus intensiv im Kanzleramt für seine Auftraggeber aus dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit arbeiten konnte. Selbst der Verdacht,

daß Guillaume im Ost-Berliner Sinne noch erfolgreich tätig bleiben konnte, als er schon unter dem Verdacht der Spionage stand, hat sich fast zur Gewißheit verstärkt. Die Beobachtung des Ehepaares, die im Sommer 1973 begann, nachdem Verfassungsschutzpräsident Nollau den damaligen Innenminister Genscher und dieser wiederum den Kanzler informiert hatte, war keineswegs so lückelos, wie man sich das von Abwehrprofis erhoffen müßte. Es sind gerade die Inhalte des Verrats in diesen Jahren im Kanzleramt, die das Gericht in der nun beginnenden zweiten Verhandlungshälfte beschäftigen werden. Von der Aufklärung über das Ausmaß des Verratsgeschehens, über seine Schwere und seine Folgen wird es abhängen, ob die von der Bundesanwaltschaft gegen Guillaume formulierte Anklage auf „schweren Landesverrat“ aufrechterhalten werden kann — ein Delikt, das mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht ist.

Der Düsseldorf-Senat hat — in kluger methodischer Aufteilung — sich in den ersten Verhandlungsmontagen im Juni und Juli vor allem Klarheit darüber zu verschaffen versucht, wie die Spionagefälle entstehen konnten, welcher operativen Techniken man sich bediente und wieviel professionelles Gewicht dem Agenten Guillaume beigemessen werden muß.

Guillaume hat in Bonn mit drei Techniken gearbeitet. Er empfing seine Weisungen im Codeverkehr über Radiokurzwelle, später wahrscheinlich sogar im direkten Telefonver-

kehr mit der DDR. Er besaß daheim eine perfekte Ausrüstung für Dokumentenaufnahmen und hatte als gelernter Fotograf auch keine Schwierigkeiten im Umgang mit Mikrofilmen. Er übergab sein „Material“ an Kuriere, die in Bonn regelmäßig angemeldet wurden, hatte aber auch eine Anlaufadresse in Ost-Berlin. Die Kuriere des Staatssicherheitsdienstes bevorzugten zuletzt Treffen mit Frau Guillaume, weil Zusammenkünfte mit dem Kanzlerreferenten wegen des hohen Sicherheitsrisikos als zu gefährlich erschienen. Daß zeitweise, wenn der Kanzler auf Wahlreisen oder politischen Informationsreisen im Lande war, Guillaume als einziger „die Verbindung zum Kanzleramt hielt“, muß für das Spionageschehen besonders förderlich gewesen sein. Denn dann lief der gesamte Informationsfluß durch die Hände des Agenten, was während des Norwegen-Urlaubs des Ehepaares Brandt im Herbst 1973 sicherheitspolitisch beträchtliche Folgen gehabt zu haben scheint.

Bei der nun bevorstehenden Prüfung der Inhalte dieses Verrats wird der Senat öfter zu entscheiden haben, ob Staatsschutzinteressen den Ausschluß der Öffentlichkeit von der Beweiserhebung gebieten. Andere als fortgeltende Staatsschutzinteressen dürfen freilich dabei nicht geltend gemacht werden. Halbsidene Geschichten, die es in diesem Bereich geben könnte, sind kein Ausschlussgrund, denn sie gehören nicht zum Beweisthema. Es ist ohnehin, folgt man der Anklageschrift, ernst genug. Die Bundesanwaltschaft

hat den „schweren Landesverrat“, das schwerste Delikt im Staatsschutzkapitel des Strafgesetzbuches überhaupt, nur anklagen können, weil sie es für beweisbar hält, daß Guillaume „militärpolitische Probleme des westlichen Bündnisses sowie Stellungnahmen und Weisungen des Bundeskanzlers“ verraten hat. Er hat es dadurch den Ostblockregierungen ermöglicht, „Ansatze für eine Störung der westlichen Allianz zu finden und damit deren Verteidigungskraft zu beeinträchtigen“. Somit müssen schwere Nachteile für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik entstanden sein, wenn die lebenslange Strafandrohung des Paragraphen 94 des Strafgesetzbuches gerechtfertigt werden soll.

Aufklärungshilfe wird man von den Angeklagten auch im zweiten Teil des Verfahrens nicht erwarten dürfen. Beide machen von ihrem Schweigerecht Gebrauch, folgen aber dem Prozeß, in dem der formale Beweis des Verrats schon vielfach geführt worden ist, längst nicht mehr so amüsiert wie in den ersten Tagen. Gewiß hoffen Günter und Christel Guillaume immer noch auf baldigen Austausch nach rechtskräftigem Urteil im Spätherbst. Doch wie die DDR-Führung heute darüber denkt, weiß man nicht. Die Presse des Ostblocks schweigt das Düsseldorf-Verfahren tot. Dennoch hat auch die andere Seite ihre Prozeßbeobachter im Saal. Es sind unauffällige Herren, die sich gegenüber den Justizbeamten als Zuschauer legitimieren, zuweilen wie Führer wirken.



José PINHEIRO DE AZEVEDO
Foto Barbara Klemm

Der Unbekannte

Als in der vorletzten Woche das Pendel der Macht in Portugal heftig in Richtung des demokratischen Heeresstabschefs Fabiao ausschlug, brachte die kommunistenfreundliche Morgenzeitung „O Século“ fast täglich ein Foto des Stabschefs der Marine, Pinheiro de Azevedo. Der Vizeadmiral mit den buschigen Brauen und den vollen Haaren, so sah es aus, würde für die kommunistische Partei, nachdem Ministerpräsident Goncalves nicht mehr zu halten war, die am ehesten zu akzeptierende Figur an der Spitze der Regierung sein. José Baptista Pinheiro de Azevedo ist seit langem der große Unbekannte in der politischen und militärischen Führung Portugals. Dabei ist er einer der wenigen, die von Anfang an dabei waren und immer ganz oben standen. In der Nacht des 25. April 1974, als sich die erste Junta zur nationalen Rettung vorstellte, wurde Pinheiro de Azevedo nach Spina und Gosta Gomes an dritter Stelle genannt. Doch ist der Vizeadmiral ein sehr zurückhaltender, aller Öffentlichkeit abhold Mann — darin der direkte Gegensatz des anderen Vertreters der Marine in der ersten und zweiten Junta, des Vizeadmirals Rosa Coutinho.

Der neue Regierungschef hat sich kaum zu grundsätzlichen politischen Fragen geäußert. Ende Mai erklärte er in der Wochenzeitung „Expresso“: „Die derzeitige politische Situation Portugals kann nach Meinung Westeuropas zu guten und zu schlechten Lösungen führen: eine gute Lösung wäre ein pluralistischer Sozialismus, schlechte Lösungen: der Faschismus oder ein mit diktatorischen Mitteln errichteter Sozialismus. Ich selbst bin für einen pluralistischen Sozialismus, der sich aber nicht auf die Struktur einer bürgerlichen Demokratie stützen darf.“

Die politische Persönlichkeit Pinheiro de Azevedos bleibt danach immer noch rätselhaft. So etwa hat Azevedo gerade in der letzten Woche auch öfter die Partei des kommunistenfreundlichen Goncalves ergriffen; er stimmte auch gegen dessen Ablösung durch den gemäßigten General Fabiao. Man erinnert sich jetzt auch wieder, daß in den ersten Tagen nach dem Sturz des Caetano-Regimes, als die Junta mit den Politikern über die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Rückkehr des kommunistenfreundlichen Cunha war, Pinheiro de Azevedo unter den Militärs am entschiedensten für die schnelle Rückkehr plädierte: „Ich habe keine Angst vor den Kommunisten. Wir können viel von ihnen lernen und sie auch viel von uns.“ Vieles spricht dafür, daß bis jetzt Pinheiro de Azevedo mehr Schüler als Lehrmeister Cunha war.

Ob Pinheiro de Azevedo nun der Mann von Goncalves oder von Costa Gomes ist, bleibt vorläufig weiter unstritten. Staatspräsident Costa Gomes hat offenbar unbeschränktes Vertrauen in den neuen Regierungschef. Immer wenn Costa Gomes im Ausland war, ließ er sich in Portugal durch Pinheiro de Azevedo vertreten. Freunde von Vasco Goncalves und alle kommunistischen Gruppen zeigen sich allerdings äußerst zufrieden über die Ernennung des Vizeadmirals. Bestimmt jedoch ist er weniger dogmatisch als sein Vorgänger Goncalves. Seine früheren Mitarbeiter bezeichnen ihn als einen recht autoritären Mann und einen begeisterten Offizier.

José Baptista Pinheiro de Azevedo wurde 1917 in Luanda, der Hauptstadt Angolas, geboren. Mit 17 Jahren besuchte er die Schule für Marineoffiziere, wurde 1944 zum Kapitän und im April 1974 zum Vizeadmiral befördert. Zehn Jahre lang war er Lehrer an Marineschulen, von 1968 bis 1971 Militärrat in London. Mehrere Jahre war er auch in den Kolonialkriegen Nordangola abkommandiert.

WALTER HAUBRICH

Und nun der Verrat im Kanzleramt

Im Guillaume-Prozeß beginnt der zweite Verhandlungsabschnitt / Von Lothar Bewerunge

Peru hält weiter sozialistischen Kurs

Mit Morales Bermudez hat sich allerdings die gemäßigte Linie durchgesetzt / Von Eckhart Kauntz

Die Ergebnissadresse, die der peruanische General Juan Velasco Alvarado wenige Stunden nach seiner Vertreibung aus dem Amt des Staatspräsidenten an seine revolutionären Kameraden gerichtet hat, bedeutet mehr als eine Geste der Resignation oder Unterwerfung. Der im Jahr 1909 in ärmlischen Verhältnissen im nordperuanischen Piura geborene Velasco, der es vom einfachen Soldaten zum General und zur Symbolfigur der Revolution vom 5. Oktober 1968 gebracht hatte, mußte in den letzten Monaten seiner Amtszeit miterleben, wie die in Fraktionen auseinandergebrochenen Militärs sich in heftige, aber verborgene gegenseitige Auseinandersetzungen verstrickten. Von einer schweren Krankheit immer zu monatelangen Arbeitspausen gezwungen, mag ihn das durch den Putsch vom Freitag bewirkte Ende seiner politischen Laufbahn eher erleichtern als bedrücken.

Der jetzt auf den Sessel des Staatsschefs vorgerückte Francisco Morales Bermudez war erst Anfang Februar von Velasco Alvarado zum Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt worden. Der 53 Jahre alte General und Wirtschaftsfachmann gilt als einer der brillantesten Köpfe unter den peruanischen Offizieren. Bereits vor dem Oktober 1968 hatte er in einem zivilen Kabinett des damaligen Präsidenten Belaunde Terry für einige Zeit das Amt des Wirtschaftsministers inne. Von 1969 bis 1973 war er unter der Präsidentschaft Velascos im Kabinett mit dem Finanzressort betraut.

Der Übergang der Macht von Velasco Alvarado auf Morales Bermudez signalisiert nicht einen radikalen Kurswechsel der auf die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ausgerichteten peruanischen Politik. Unter Morales Bermudez ist nicht mit einer Radikalisierung des revolutionären Prozesses zu rechnen, der in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts auf die Enteignung ausländischer Großunternehmen, auf Landreform und auf die schrittweise Einführung einer Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben ausgerichtet war.

Es gelang der peruanischen Regierung, im Konzert der Länder der dritten Welt eine der ersten Geigen zu spielen. Aber im eigenen Land wuch-

sen die Schwierigkeiten. Unruhen im Februar, die nach offiziellen Angaben 86, Gerichten nach aber mehreren hundert Menschen das Leben gekostet hatten, waren nicht das Werk von Politabruken — Velasco nannte sie „Lumpenproletariat“ —, sondern Ausdruck der Unruhe gerade in den bürgerlichen Vierteln Limas. Die Inflationsrate von fast fünfzig Prozent, die durch die Enteignung von Landgütern hervorgerufenen Produktionsstößen, die Weigerung der Regierung, die Löhne zu erhöhen — alle diese Entwicklungen führten zu Protesten der Bevölkerung.

Zeitweilig wurden allein in der Hauptstadt mehr als fünfzig größere oder kleinere Ausstände gleichzeitig gezählt. Als Anfang Juli in der südperuanischen Stadt Arequipa der Generalstreik ausgerufen wurde, sahen sich die Militärs genötigt, den Notstand über die Stadt und die ganze Provinz zu verhängen. Die Arbeiter haben Lohnforderungen, die Senkung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel, die Übernahme einer Zeitungsredaktion in Arequipa durch die Gewerkschaften und das Einfrieren der Preise für die Güter des Grundbedarfs

gefordert. Die Regierung sagte, sie könne dem Verlangen der Streikenden aus wirtschaftlichen Gründen nicht nachkommen, und ließ eine Reihe von Gewerkschaftsführern festnehmen.

Die Dissonanzen innerhalb des Militärs und die Krankheit Velasco Alvarados hatten schon seit Monaten zu Spekulationen über die Nachfolge im Amt des Staatspräsidenten geführt. Während man Morales Bermudez die Unterstützung der eher konservativen Marine und der Luftwaffe sowie seiner Untergebenen im Heer nachsagte und auch auf sein Ansehen in der Wirtschaft hinwies, galt der erste Berater des abgesetzten Präsidenten, General José Graham Hurtado, als Kandidat der Anhänger einer „harten Linie“, der auch den Kommunisten Moskauer oder kubanischen Modells genehm sei. Eine Vorentscheidung in dieser Auseinandersetzung war offenbar schon Anfang August gefallen: Aus Quito, der Hauptstadt Ecuadors, verläutete Graham dort um politisches Asyl gebeten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß er vergeblich versucht hatte, was Morales Bermudez jetzt ohne Blutvergießen gelang: sich an die Spitze des Staates zu stellen.

In Indonesien bleibt die Masse arm

Nach 30 Jahren Unabhängigkeit profitieren vom Aufschwung nur wenige / Von Christel Pilz

DJAKARTA, 31. August

Eine Atmosphäre von Stolz und besorgter Nachdenklichkeit kennzeichnete die offiziellen Feiern zum 30. Jahrestag der am 17. August 1945 proklamierten Unabhängigkeit Indonesiens nach über 300 Jahren holländischer Kolonialherrschaft. Vor dem Parlament wies Präsident Suharto auf die wirtschaftlichen Fortschritte hin, die während seiner achtjährigen Amtszeit erreicht worden seien. Zugleich aber warnte er vor äußeren wie inneren Gefahren. Suharto appellierte an sein 130-Millionen-Volk, Widerstandsfähigkeit zu entwickeln.

Der heute 54 Jahre alte Suharto und seine Mannschaft von Militärs und Technokraten können auf beachtliche Erfolge zurückblicken. Aus dem politischen Chaos der Sukarno-Zeit haben sie Indonesien herausgeführt und zu einem geachteten Staat gemacht. Sie haben das mit einem auf die indonesischen Verhältnisse zugeschnittenen System geschafft, das sie als „gesteuerte Demokratie“ bezeichnen. Die Hauptstütze der „Neuen Ordnung“ sind die Militärs. Allerdings sollen die Soldaten ausschneiden, sobald der zivile Apparat in der Lage ist, den Staat allein zu führen. Doch die Sicherheit noch immer oder aufs neue gefährdet ist, zum anderen die zivilen Beamten nicht schnell genug quali-

ziertes Personal hervorbringen können, scheint auf absehbare Zeit die politische Aufgabe der Militärs noch nicht erfüllt zu sein.

Die Fähigkeit Suhartos, die politische Stabilität nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch der kommunistischen Partei im September 1965 wiederherzustellen, sowie das Bekenntnis zu einer prowestlich orientierten „Politik der aktiven Ungebundenheit“ wurden mit reichlicher Auslandshilfe belohnt. Sie ermöglicht ihm die Anknüpfung der heruntergekommenen Wirtschaft des rohstoffreichen Inselstaates. Ausländische Geschäftsleute kamen alsbald in großer Zahl in die Hauptstadt Djakarta, gründeten Firmenniederlassungen, Handelsbüros, entschieden sich für Investitionen. Heute gilt Indonesien als das für die Auslandswirtschaft zukunftsreichste Entwicklungsland der südostasiatischen Region. Seit 1967 haben ausländische Investoren Projekte im Werte von insgesamt fast vier Milliarden Dollar zur Genehmigung angemeldet und davon schätzungsweise ein Drittel bereits realisiert. Einheimische Geschäftsleute zogen nach und investierten inzwischen fast ebensoviel.

Dieser Aufschwung spiegelt sich wider in der Steigerung des Volkseinkommens, das sich von 1966 bis 1973 um 70 Prozent auf 15,9 Milliarden Dol-

lar erhöhte. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen hingegen konnte sich wegen des Bevölkerungswachstums von 2,5 Prozent pro Jahr nur geringfügig auf 127 Dollar verbessern. Dennoch ist heute in ländlichen Gegenden eine Steigerung des Lebensstandards sichtbar. Für viele Menschen aber wurde der Fortschritt zu einem Synonym für soziale Ungerechtigkeit, der keine Besserung, sondern Elend schuf.

Bevölkerungszuwachs und soziale Diskrepanzen sind besonders auf Java, der kleinsten der fünf großen Inseln, bedrohlich. Im fruchtbaren Reisgebiet der Insel drängen sich 70 Millionen Menschen. Sie suchen Land und Arbeitsmöglichkeiten. Während 1963 die durchschnittliche Ackergröße des bodenbesitzenden Bauern 1,6 Hektar betrug, ist sie inzwischen auf 0,4 Hektar gesunken. Das reicht nur noch zu einem mageren Jahreseinkommen. Wie viele Menschen haben in den letzten Jahren ihr Land verloren? Zahlen darüber scheint es nicht zu geben. Die Schwierigkeiten sind jedoch offenkundig und verschärfen sich zudem durch die staatliche Kampagne zur Modernisierung und Ertragssteigerung des Reisbaus. Schon die Einführung einfacher Geräte bringt Tausende von Landarbeitern um Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten.

Die Regierung bemüht sich, die ländlichen Proletarier auf unterbevolkerte Inseln umzusiedeln und ihnen dort eine neue Existenz zu verschaffen. Doch auch auf diesen Inseln ist das durchbare Land bereits bebaut.

Einstweilen suchen die Menschen Zuflucht in den Städten, besonders in Djakarta. Aus der ehemals provinziell amutenden Gartenstadt ist eine Metropole internationalen Stils geworden. Auf breiten, gepflegten Boulevards fahren Autos aller Marken und Klassen, vorbei an riesigen Luxushotels, Bürokomplexen und stählernen Hochbauten. Hinter dieser Fassade des Fortschritts aber befindet sich das Djakarta von gestern, ein Meer von ziegeldachbedeckten Häusern oder primitiven Hütten. Hier lebt die Masse jener, die den Fortschritt nur sehen, nicht aber an ihm teilhaben können, die sich in ihren Hoffnungen immer wieder enttäuscht sehen, die nach sozialer Gerechtigkeit rufen, sich über den aufwendigen Lebenswandel der neuen Elite empören und sie der Korruption bezichtigen. „Unter Präsident Sukarno“, erklärte ein junger Wissenschaftler der politischen Wissenschaften, „waren wir alle arm. Heute ist die Masse arm, aber einige sind sehr reich. Und zum Erstaunen der Armen gehören die teuren Autos und die Luxusvillen nicht mehr nur den Fremden, sondern auch den Indonesiern.“

Mit einem GEFA-Kredit können Sie alles finanzieren, was nicht niet- und nagelfest ist.

Zum Beispiel: Werkzeugmaschinen aller Art, Baumaschinen und Gabelstapler, Container und Transporteinrichtungen, Omnibusse und Lastkraftwagen, Druckmaschinen und Laboreinrichtungen, Sportflugzeuge und Reisejets, Motorboote und Segelyachten, Computer und vieles andere mehr. Wir sind eine Spezialbank für mittelfristige Kredite zur Finanzierung des beweglichen Anlagevermögens.

Unsere Leistung - Ihr Vorteil:

- Schnell** - Unser Kreditberater kommt zu Ihnen.
- Einfach** - Keine unnötigen Formalitäten bei Antrag und Abwicklung.
- Flexibel** - Mit unserer langjährigen Erfahrung lösen wir auch Ihre speziellen Finanzierungsprobleme.

Als Sicherheit genügt fast immer das Objekt, das Sie mit dem Kredit anschaffen. Dadurch erweitern Sie Ihren Kreditspielraum und verbessern Ihre Liquidität. Schreiben Sie uns oder fordern Sie unseren Spezialprospekt über Investitionsfinanzierung an.



GEFA

Tochtergesellschaft der Deutschen Bank

56 Wuppertal 1, Laurentiusstraße 19/21, Fernruf: 0202/382-1 • 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 20, Fernruf 030/310231 • 6 Frankfurt (Main) 1, Goethestraße 20, Fernruf: 0611/292071/72 • 2 Hamburg 50, Mökenstraße 12, Fernruf: 040/381926 • 3 Hannover 1, Georgstraße 8A, Fernruf: 0511/327409 • 8 München 2, Tal 48, Fernruf: 089/223911 • 85 Nürnberg 1, Breite Gasse 3, Fernruf: 0911/204076 • 7 Stuttgart 1, Werastraße 17, Fernruf: 0711/241650 und 241659 • 79 Ulm (Donau), Essingerstraße 4, Fernruf: 0731/61591

GEFA Kredit

Zuspruch verschlafen

Sch. Die Anker-Werke, einst eine der besten Adressen in der deutschen Büromaschinenindustrie, suchen einen neuen starken Partner. Dem Bielefelder Unternehmen fehlt es dabei nicht so sehr an der notwendigen Finanzkraft, vielmehr an dem für das Überleben in dieser Branche unabdingbaren Know-how. Geradezu sträflich lange hat das ehemalige Management an der feinechanischen Tradition der Branche festgehalten. Während sich die Wettbewerber bereits mit Verve den neuen Möglichkeiten, die die Elektronik der Büromaschinenindustrie bietet, zuwandten, wurde in Bielefeld weiter brav und bieder eine breitgestreute Palette hochwertiger feinmechanischer Anlagen produziert. Zwar hat man nach und nach auch Erzeugnisse der Elektronik in das Angebot aufgenommen, aber dies waren überwiegend fremde Produkte. Den Anschluß an die technische Entwicklung hat das alte Management schlicht verschlafen. Das Unternehmen kann nur hoffen, daß es ihm jetzt gelingt, einen Weg zu finden, um die über 2000 Arbeitsplätze in Bielefeld und die mehreren tausend in der

Außenorganisation zu erhalten. Schließlich wäre es zu bedauern, wenn dieser einst glanzvolle Name in der deutschen Industrie ganz von der Bildfläche verschwände.

Dankeschön

Klr. Wir wollten es genau wissen. Das Ergebnis mühsamen Telefonierens: Der ganze Autoteilehandel in der Großstadt hat das so gefragte Zubehörteil nicht auf Lager. Die meisten Händler boten zwar bereitwillig an, es kurzfristig zu besorgen. Die unverbindlichen Versprechungen differierten aber zwischen drei und vierzehn Tagen, zu spät für den geplanten Urlaubsantritt. Endlich gelang es, auf einer Preisliste den zuständigen Handelsvertreter zu erspähen, dessen Anschrift niemand herausrücken wollte. Und auf einmal ging alles mehr als glatt. Innerhalb von weniger als vierundzwanzig Stunden war das so mühsam gesuchte Stück da, noch dazu vom Vertreter frei Haus geliefert, und — wir waren fast beschämt — sogar auch noch mit einem netten Rabatt. Eine Frage des Selbstverständnisses? Rezension oder Kundendienst? Auf alle Fälle: Dankeschön.

Korrektur eines Zerrbildes

Von Ernst Günter Vetter

Jahrelang sind die Unternehmer Prügelknaben der Nation gewesen. Aus den linken Lagern wurden förmlich Diffamierungskampagnen veranstaltet. Wenn jetzt ihre resignierende Zurückhaltung beklagt wird, so ist daran auch die ständige Verteufelung schuld. Doch nun scheint sich einiges zu ändern. Zumindest die wirtschaftspolitischen Sprecher der großen Parteien bemühen sich um Klimaverbesserung. So verlangt in den Reihen der CDU der Generalsekretär, die Unternehmer müßten damit rechnen können, daß ihnen auch nach ihrem Wiederaufschwung Ertragskraft bleibe. Sein Parteifreund Gaddum fordert als Voraussetzung größerer Investitionsfreude „Verbesserung der Rahmenbedingungen“. Der Bundeswirtschaftsminister wünscht massive Erleichterungen für die Unternehmen, und sein Parteivorsitzender Genscher sieht in ideologischen Forderungen einen wesentlichen Grund für die mangelnde Investitionsfreude.

Nun haben die Unionsparteien die Bedeutung der Unternehmer schon lange erkannt. Das hat ihnen oft die Verleumdung „Unternehmerpartei“ eingebracht. Bemerkenswert ist daher eher, daß die Bekenntnisse der FDP-Prominenz in Vorstand und Präsidium dieser Partei keinen nennenswerten Widerspruch mehr finden. So hat denn auch der Wirtschaftssprecher der CDU, Stoltenberg, die Forderung Genschers nach „Ruhe an der Ideologie- und Experimentierfront“ zitiert und dabei festgestellt, daß damit erstmals Argumente einer jahrelangen Kritik der Opposition übernommen worden seien. In der Tat ist offenbar eine Annäherung von liberalen Gedanken bei Persönlichkeiten im Gange, die im Augenblick in politisch verschiedenen Lagern stehen. Unter der Decke eines gezielten Wohlwollens für die Unternehmer vollzieht sich eine Art politischen Harmonisierungsvorgangs.

Doch diese Klammer reicht noch weiter. Kein Geringerer als der Bundeskanzler hat auf dem letzten Parteitag der SPD im Jahre 1973 die Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit der Unternehmer mannhafte verteidigt. Helmut Schmidt, sein Finanzminister und einige Wirtschaftsexperten der Partei sehen vor allem jetzt deutlich den Schaden, den die ideologische Verunsicherung der Unternehmer und die ständige Überforderung der Wirtschaft insgesamt angerichtet haben. Doch hier taucht sofort die Frage auf, mit welchem Echo die Wirtschaftsexperten der SPD in ihrer Partei rechnen können. Die Verhältnisse in FDP und CDU sind von denen in der SPD recht verschieden.

Der linke Flügel der Sozialdemokraten strahlt sehr weit in die Mitte der Partei hinein. Mit der sozialistischen Ideologie ist ein Wall aufgebaut, der für eine liberale Wirtschaftsauffassung kaum zu überwinden ist. 1973 jedenfalls hatte sich die Mehrheit des Parteitag mit einem antiliberalen sozialistischen Konzept durchgesetzt. Und auf dem bevorstehenden Parteitag in Mannheim wird der linke Heerhaufen selbst mit dem taktischen Hinweis auf die Bundestagswahl nicht zu beschwichtigen sein. So hat sich zwar eine über einzelne Parteien hinausreichende Koalition der Wirtschaftspolitiker gebildet, deren gemeinsames Urteil auf der Einsicht in die funktionale Bedeutung des Unternehmers in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung beruht. Ihre Durchsetzungsmöglichkeiten in den einzelnen Parteien sind jedoch recht verschieden.

Die Position der Experten gegenüber den linken Ideologen ist deswegen so schwierig, weil die Funktion der Unternehmer schwer zu erläutern ist. Wenn freie Märkte und Preise in einer freien Ordnung als Lenkungsinstrumente einen Sinn haben sollen, dann doch nur, wenn es Schaltstellen gibt, die die vielfältigen Signale auch in ökonomische Aktionen umsetzen. Diese unersetzbaren Transformatoren sind

die Unternehmer. Sie treffen ihre Dispositionen nach den Chancen, die sie sich für die Zukunft ausrechnen können. Sie investieren in Produkten, deren Wachstumsschancen nach den Zeichen der Märkte noch groß zu sein scheinen, und sie ziehen sich dort zurück, wo Bedürfnisse ausreichend befriedigt sind. Ohne diese unternehmerischen Entscheidungen gibt es keine Investitionen, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten, gibt es keine Produktionen, die Knappheit mit möglichst geringem Aufwand überwinden.

Die Rentabilität ist für den Unternehmer der Maßstab seines Erfolges, nach dem er sich richtet. Ohne Rentabilität keine Aktivität der Unternehmer auf dem entsprechenden Gebiet. Sinken die Ertragschancen aber in der gesamten Wirtschaft, verkümmern zwangsläufig auch die Aktionen der Unternehmer. Das heißt aber, daß der Wirtschaft alle die Impulse fehlen, die sie für ihre weitere Entwicklung so dringend braucht. In dieser Lage sind wir im Augenblick. Eine andere Institution kann die Aufgabe der Unternehmer nicht übernehmen. Wir kämen zu einer staatlich verwalteten Wirtschaft ohne Effizienz, in der auch den Konsumenten die Freiheit der Entscheidung genommen wäre. Mit dieser Erkenntnis der unternehmerischen Funktionen in einer freiheitlichen Wirtschaft sind die Bemühungen der Politiker zu erklären, die Aktivitäten der Unternehmer wieder zu beleben.

Damit wird diese Krise zu einer einzigartigen Chance, nicht nur die Leistungskraft der freien Wirtschaftsordnung in besonders schwieriger Zeit unter Beweis zu stellen; zugleich kann die Bedeutung des Unternehmers — praktisch seine Unersetzbarkeit — auch denen am aktuellen Beispiel erläutert werden, die bislang Adressaten einer marxistischen Unternehmerverleumdungskampagne gewesen sind. Notwendig ist allerdings, daß die Unternehmer selbst diese Chance erkennen. Es wäre schlimm, wenn sie die sich abzeichnenden Klimaänderungen dazu benutzen, bei der im Augenblick besonders schwierigen Sozialpolitik, zum Beispiel bei Kurzarbeit oder Personalabbau, nun allzu gedankenlos oder gar selbstherrlich zu verfahren. Das wäre das beste Mittel, die eben eröffnete Aussicht auf mehr Anerkennung sofort wieder zu verschütten.

Ähnlich verhängnisvoll müßte es sich auswirken, wenn die Unternehmer ausgerechnet in diesem Augenblick Pessimismus wie eine Modekrankheit pflegten und sich diejenigen als Meinungsführer aussuchten, die in den trüben Farben malen. Unternehmer müssen beweisen, daß ihre große Stunde in der Zeit der Not schlägt. Professor Biedenkopf hat schon 1973 festgestellt, daß die Bereitschaft der Gesellschaft von morgen, die Chance zu unternehmerischer Tätigkeit zu gewähren, vor allem von dem Beitrag abhängen wird, den der Unternehmer zur Lösung der Probleme der Gesellschaft erbringt.

Genau darum geht es jetzt. Keiner wird von dem Unternehmer unbefangene Investitionsentscheidungen verlangen. Versäumt er jedoch die späte Sternstunde, die ihm in diesem Staate schlägt, vermag er seine Rolle eines kompetenten Krisenbewältigers nicht auszufüllen, werden jene Diffamierungen nur zu schnell wieder die Oberhand gewinnen können, die ihn und die freie Ordnung schon lange als überflüssig, ja gar als parasitär betrachten. Der Unternehmer muß daher den deutlichen Hinweis auf seine unersetzbare Funktion durch Politiker aller Parteien nicht als einen längst fälligen Applaus huldvoll entgegennehmen; er muß vielmehr jetzt den Auftrag erkennen, seine Unentbehrlichkeit bei der Bewältigung unerwarteter Aufgaben zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu beweisen.

Erfolgreicher Auftakt zur Währungskonferenz

Die „Großen Fünf“ in wichtigen Punkten einig / Goldfrage gelöst / Meinungsunterschiede über Wechselkurse

C. K. WASHINGTON, 31. August. Der Erfolg der am heutigen Montag in Washington beginnenden Jahrestagung der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds scheint durch vier Kompromißentscheidungen der Finanzminister der sogenannten „Fünfergruppe“ — Frankreich, Großbritannien, Japan, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik — endgültig gesichert. Während einer mittäglichen Yachtfahrt auf dem Pontomac haben sich die fünf Finanzminister über die Verwendung des Goldes beim Währungsfonds, über die Goldtransaktionen zwischen den Notenbanken selbst sowie über die Verteilung ihrer Quoten im Rahmen der sechsten Quotenrevision im Währungsfonds auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Sie haben ferner beschlossen, die schwierigste Frage, das Wechselkursystem, zunächst auszuklammern.

Wie Finanzminister Apel vor Journalisten anschließend mitgeteilt hat, soll bald und unabhängig von den Satzungsänderungen ein Sechstes des Währungsfondsgoldes zu Marktpreisen verkauft und der Erlös — etwa 4,5 Milliarden Dollar — in einen Trustfonds beim Währungsfonds eingebracht werden. Dieser Fonds, der voraussichtlich als Ersatz für die im Dezember

auslaufenden besonderen Ölkredite („Oilfacilities“) dienen wird, soll den Entwicklungsländern Zahlungsbilanzkredite zur Verfügung stellen. Womöglich wird er auch zur Erlosabstimmung der Rohstoffländer herangezogen.

Für die künftigen Goldtransaktionen zwischen den Zentralbanken soll während einer zweijährigen Übergangsphase die Verpflichtung bestehen, daß sich die Summe des Goldbestandes des Währungsfonds und der teilnehmenden Zentralbanken nicht erhöhen darf. Diese Verpflichtung, die die Baseler Bank für Zahlungsbilanzausgleich überwachen soll, schließt ein, daß die Zentralbanken nur untereinander oder mit dem Währungsfonds Goldtransaktionen vornehmen können, nicht aber am freien Markt als Käufer auftreten dürfen.

Über die Verteilung der Quoten beim Währungsfonds haben sich die Finanzminister zwar noch nicht festgelegt, aber aus Apels Ausführungen ist herauszuhören, daß die Vereinigten Staaten von ihren bisher als äußerster Grenze angesehenen 21,9 Prozent auf etwa 20 Prozent zurückgehen werden, zumal da sie durch die Änderung der Abstimmungsregelung in allen wichtigen Währungsfragen die Sperrminorität

behalten. Gleichsam als vermittelnde Geste scheint die Bundesrepublik bereit, sich mit einer Quote von etwa 6 Prozent zufriedenzugeben, obwohl sie bis zu 9 Prozent fordern könnte.

Wenn auch im sogenannten Interimsschaubild diese auch von der Zehnergruppe akzeptierten Beschlüsse noch geändert werden können, garantieren sie doch den Erfolg, den der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds Witteveen, für die Tagung erhofft. Beobachter weisen allerdings darauf hin, daß mit dem Fortschritt in Teilaspekten noch keine Garantie für die erfolgreiche Satzungsänderung des Währungsfonds gegeben ist, denn nach wie vor beständen die Vereinigten Staaten auf der Pakettierung. Sie stimmten ohne den letzten Teil des Pakets, ohne eine Einigung in der Wechselkursfrage, keiner Ratifizierung der Satzungsänderungen zu. Sowohl Apel als auch Witteveen haben aber durchblicken lassen, daß bis zum Januar in vorbereitenden Gesprächen, vor allem aber auf der wohl doch zustande kommenden Wirtschaftsgipfelkonferenz, die tiefe Kluft in der Wechselkursfrage zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten überwunden werden könnte.

Honecker: Auf gute Geschäfte

DDR-Spitze bei BASF und Hoechst / Leipziger Messe eröffnet

Gz. LEIPZIG, 31. August. Die Leipziger Herbstmesse ist bei drückend heißem Sommerwetter am Sonntagmorgen von DDR-Außenhandelsminister Sölle eröffnet worden. Mehr als 6000 Aussteller aus 46 Ländern zeigen ihre Produkte; 26 westliche Industrieländer, sämtliche elf Mitgliedstaaten des Comecon und die neun Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Die Zahl der Aussteller aus der Bundesrepublik ist gegenüber dem Vorjahr von 593 auf 601 gestiegen. Dazu kommen 76 Unternehmen aus West-Berlin, die erstmals in der Messestatistik getrennt ausgewiesen sind. Nach der DDR und der Sowjetunion ist die Bundesrepublik auf der Messe der größte Aussteller.

Der Schwerpunkt dieser Herbstmesse liegt auf der Chemie-Industrie. Die Staatsführung der DDR hat ihren Rundgang daher auch in der Chemie-Halle begonnen. Ständige Besucher der Messe haben mit Überraschung beobachtet, daß die Führungsspitze der DDR etwa zwei Drittel des sechzehnköpfigen Politbüros, an der Spitze SED-Chef Honecker, Staatsratsvorsitzender Stoph und Ministerpräsident Siedermann, in Gegenwart von Staatssekretär Gaus aus der Bundesrepublik, den Unternehmen BASF und Hoechst längere Besuche abgestattet haben. Die Gespräche sind in geladener Atmosphäre, mitunter heiter geführt worden. SED-Chef Honecker, der eigentliche Gesprächspartner, hat

am Ende sein Sektglas mit den Worten gehoben: „Auf gute Geschäfte.“

Im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der BASF, Professor Seefelder, sind die bestehenden Schwierigkeiten im Handelsaustausch behutsam aber doch deutlich angesprochen worden. Die DDR hat die BASF ermuntert, mit der DDR Verträge über die Lieferung von Industrieanlagen abzuschließen; Honecker hatte Seefelder extra darauf angesprochen.

Die BASF hat 1974 für 32 Millionen Mark Waren aus der DDR gekauft: keineswegs nur Rohstoffe, sondern auch pharmazeutische Zwischenprodukte. Das Unternehmen hat jedoch für 82 Millionen Mark geliefert. Die Einzelverträge zwischen Hoechst und der DDR, die den im Mai vereinbarten Gesamtverträgen für Anlagebauten von 600 Millionen DM ausfüllen sollen, sind noch nicht unterschrieben.

Während innerhalb des Comecon Kooperationsabkommen offensichtlich zunehmen — zu Messebeginn ist ausdrücklich auf diese Zusammenarbeit hingewiesen worden —, weist beispielsweise der Deutsche Industrie- und Handelstag darauf hin, daß von Kooperationsabkommen zwischen westlichen und östlichen Partnern noch keine rasche Verbesserung der Handelsstruktur und noch keine wirkliche Erleichterung des durch Preissteigerungen zur Zeit etwas aufgetauten innerdeutschen Handels erwartet werden kann.

Nachdispositionen auf der Funkausstellung

Farbfernsehpreise nicht unter Druck / Vereinfachter Service

K.B. BERLIN, 31. August. Auf der mit viel Zweckoptimismus eröffneten Internationalen Funkausstellung rechnen die Funk-, Fernseh- und Phonogerätehersteller mit einer deutlichen Geschäftsbelebung für den Rest des Jahres. Die Branche berichtet bereits übereinstimmend von einem erfreulichen Nachdispositions-Klima des Einzelhandels, der keine großen Lagerverräte hat. Bisher hat in Berlin vor allem der gut sortierte Großhandel zuzüglich bestellt. Er bemüht sich um Nachlässe für auslaufende Farbfernsehmodelle. Die Lager sind unterschiedlich hoch; sie werden im Großhandel aber insgesamt als normal bezeichnet.

Mitte des Jahres haben mehr als 400 000 Farbgeräte auf Lager gelegen. Nach den Betriebsferien und weiterer Kurzarbeit werden die Vorräte jetzt auf 240 000 bis 280 000 geschätzt. Daher, heißt es, gerieten die Preise nicht mehr stark unter Druck. Die Preise der Hersteller gelten, vor allem für die neuen und fortgeführten Produkte, als verhältnismäßig fest. Höhere Durchschnittserlöse werden über neue Preislisten, Rabattdabbau, Streichung von Werbekostenzuschüssen und über eine Normalisierung der im „Sommerloch“ teils verlängerten Zahlungsziele angestrebt.

Fast ebenso lebhaft wie über Preise und Konjunktur wird zwischen Industrie und Handel über die Vereinfachung und Kostensenkung im Kundendienst für Farbgeräte gesprochen. Der sich jetzt auch für große Sechszehnzentimeter-Geräte vollziehende Wechsel in der Farbbildröhrentechnik (von der Delta- zur Inline-Anordnung) soll in erster Linie den Einstellauwand vorteilhaft sein. Der Fachverband Rundfunk und Fernsehen versichert, daß die Bilder beider Röhrensysteme gleichwertig seien. Nüchtern wird in der Branche aber gesehen, daß durch die erleichterte Aufstellung der Colorapparate nicht nur die Servicekosten des Fachhandels gesenkt werden, sondern daß sich dadurch auch das Geschäft für die Außenseiter erleichtert, die keinen Kundendienst bieten.

Entscheidend vereinfacht wird der Kundendienst für Farbgeräte durch die jetzt allgemein verwendeten „Bausteine“, in denen bestimmte Funktionen zusammengefaßt sind. Durch den Austausch dieser Module, die in der Branche nicht vereinheitlicht werden, beschleunigt sich die Reparaturarbeit erheblich. Trotz steigender Kosten soll teils der Kundendienstpreise damit, besser unter Kontrolle gehalten werden.

Die Industrieländer wollen die Konfrontation vermeiden

Entwicklungsländer fordern „Neuordnung der Weltwirtschaft“ / UN-Sondersitzung in New York

Js. NEW YORK, 31. August. Eine Neuorientierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern ist das Thema der siebten Sondersitzung der UN, die vom 1. bis 12. September in New York stattfindet. Mehr als fünfzig Mitgliedsländer der Weltorganisation werden durch ihre Außenminister repräsentiert werden. Für die Bundesrepublik wird am Dienstag Bundesaußenminister Genscher sprechen. Die amerikanische Haltung wird ebenfalls am Dienstag Außenminister Kissinger erläutern.

Nach der Verabschiedung des Aktionsprogramms zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der damit weitgehend identischen „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ durch die sechste UN-Sondersitzung im Mai 1974 und die 29. Generalversammlung einige Monate später, wird sich die siebte Sondersitzung auf Wunsch der Länder der dritten Welt auf der Basis der früheren Beschlüsse mit „Fragen von besonderer Dringlichkeit“ befassen. Als besonders wichtig sehen die Entwicklungsländer die Schaffung einer umfassenden Marktordnung für Rohstoffe (nicht einzelne Rohstoffabkommen), die Indexierung der Rohstoffpreise (Orientierung der Rohstoffpreise an den Preisen der Industriegüter), die Öffnung der Märkte für Importe aus den Entwicklungsländern, eine verstärkte finanzielle, technische und wissen-

schaftliche Hilfe für die Entwicklungsländer und eine Reform der für Wirtschafts- und Sozialfragen zuständigen UN-Institutionen im Geiste der neuen Ordnungsvorstellungen an. Ein von den Ländern der dritten Welt vorgelegtes „Positionspapier“, das vermutlich als Verhandlungsgrundlage angenommen werden wird, enthält wieder eine Fülle von meist schon bekannten Wünschen und Forderungen, denen die Mehrzahl der Industrieländer nur mit Einschränkung oder gar nicht zustimmen wird.

Trotz dieser bekannten Meinungsunterschiede, die sich auf die knappe Formel „Fortentwicklung der bestehenden Weltwirtschaftsordnung oder Schaffung einer neuen Ordnung“ bringen lassen, wollen die Industrieländer eine Konfrontation mit den Entwicklungsländern vermeiden. Dieser Wunsch wird sowohl in der gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaft, die vom italienischen Außenminister Rumor vorgelesen werden wird, als auch in den Reden der Außenminister Kissinger und Genscher zum Ausdruck kommen. Wie aus Washington zu hören ist, möchte sich der amerikanische Außenminister nicht in eine permanente Opposition zu den Ländern der dritten Welt drängen lassen, die den amerikanischen Interessen abträglich werden könnte. Ohne seine Opposition gegen bestimmte ideologi-

sche Positionen der Drittländer aufzugeben, werde Kissinger konkrete Vorschläge zur Schaffung einer Nahrungsmittelreserve, zum Abbau von Handelsbeschränkungen zugunsten der Entwicklungsländer und zur Verstärkung der finanziellen Hilfe besonders für die Ärmsten unter den Entwicklungsländern machen.

In ähnlicher Weise werden auch Außenminister Genscher und der Sprecher der Europäischen Gemeinschaft zum Ausdruck bringen, so ist aus Kreisen der deutschen Delegation zu hören. Sowohl Amerika als auch die Mehrzahl der übrigen Industrieländer lehnen jedoch nach wie vor alle Vorschläge der Entwicklungsländer ab, die auf eine Abschaffung oder wesentliche Lähmung der freien Märkte hinauslaufen würden. Sie bejahen eine Verstärkung der Entwicklungshilfe und eine Stabilisierung der Rohstoffpreise, eine verstärkte Hilfe für die Ärmsten der Entwicklungsländer, den Abbau von Handelsbeschränkungen gegenüber Niedrigpreis-Importen aus Entwicklungsländern, mehr finanzielle und technische Hilfe für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und den Aufbau von weiterverarbeitenden Industrien in den Entwicklungsländern. Sie sind jedoch unverändert gegen ein globales System von Rohstoffabkommen und eine Indexierung der Rohstoffpreise.

Große Reisewelle im Winter?

P.O. DUSSELDORF, 31. August. Allem Anschein nach werden die Reiseveranstalter der Bundesrepublik in der bevorstehenden Wintersaison 1975/76 erhebliche Zuwachsraten erzielen. Wie gegenwärtig aus der Branche zu hören ist, sind fast überall die Kapazitäten im Vergleich zum vergangenen Winter kräftig aufgestockt worden. In der dominierenden Flugtouristik schwanken die Aufstockraten zwischen 10 und 20 Prozent. Lediglich in der „Schienentouristik“, schon seit längerem ein Sorgenkind der meisten Veranstalter, wird äußerst zurückhaltend geplant. Im Ferienwohnungsgeschäft ist dagegen alles auf einen wiederum hohen Zuwachs eingestellt. Ähnliches gilt auch für die von den Veranstaltern angebotenen Autofahrerprogramme. Die Zuwachsraten im Angebot betreffen sowohl die Schneegebiete, die Sonnenziele und die Ferntouristik. Wie aus dem Reisebürogewerbe zu erfahren ist, liegt die Nachfrage — gemessen sowohl in unveränderten Anfragen als auch in festen Buchungen — bisher deutlich über dem Vorjahr. Es wird nicht daran gezweifelt, daß sich das höhere Angebot auch tatsächlich absetzen lassen wird.

Noch mehr Magermilchpulver

BRÜSSEL, 31. August (vwd). Die Magermilchpulver-Bestände in der Europäischen Gemeinschaft haben Ende August knapp 960 000 Tonnen erreicht. Bis zum Weideabtrieb dürften sie nach den Berechnungen der Kommission in Brüssel die Millionen-Tonnen-Marke überschreiten. Am höchsten sind die Bestände in Frankreich mit 330 000 Tonnen und in der Bundesrepublik mit 310 000 Tonnen. Demgegenüber sind die Butter-Interventionslager mit knapp 60 000 Tonnen zur Zeit schwach bestückt.

Ford will um Ölpreisstopp bitten

TOKIO, 31. August (Reuter). Der amerikanische Präsident Ford und der japanische Regierungschef Miki wollen die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) bitten, den Ölpreis in den nächsten 18 Monaten nicht zu erhöhen, um eine Erholung der Weltwirtschaft zu ermöglichen. Das hat die japanische Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai Shimbun“ am Sonntag unter Berufung auf Regierungskreise in Tokio gemeldet. Eine entsprechende Übereinkunft sollen Ford und Miki bei ihrer jüngsten Begegnung in Washington getroffen haben.

OECD: Dänemark vor Aufschwung

PARIS, 31. August (vwd). — Die wirtschaftliche Entwicklung Dänemarks in den ersten Monaten dieses Jahres läßt nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) darauf schließen, daß das wirtschaftliche Tief durch den Ölpreisanstieg überwunden ist. Der dänische Länderbericht schreibt die OECD, die expansive Budgetpolitik der dänischen Regierung und die zu erwartende Belebung des Welthandels nach vor Ende dieses Jahres werde einen Aufschwung in der dänischen Wirtschaft herbeiführen. Es sei damit zu rechnen, daß die Vermögenswerte der Inflation im Verbrauch anregen werden. Unter der Annahme einer 5 Prozent nicht übersteigenden Inflationsrate könnten die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr zu laufenden Preisen um 18 Prozent, real um 8 Prozent steigen. Die OECD rechnet weiter, daß die Krediterleichterungen, die Stabilisierung in der Lohnentwicklung, die Zollsensungen vom 1. April 1975, die Zunahme der öffentlichen Darlehen für die regionale Entwicklung und die allmähliche zeitlich befristete verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten die Investitionslust der Unternehmer anregen werden.

Palme verspricht Abhilfe

C. G. STOCKHOLM, 31. August. Schwedens Ministerpräsident Palme hat am Wochenende auf einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Malmö angekündigt, daß Löcher in der Steuergesetzgebung im Elfvorjahr gestopft werden sollen. Damit sollen steuersparende Gewinnüberführungen zwischen firmierten Unternehmen unmöglich gemacht werden. Das System der steuerlichen Absetzbarkeitsmöglichkeiten werde vereinfacht. Palme reagiert damit auf die von einer Boulevardzeitung ausgelöste Debatte über angebliche Manipulationen mit der Einkommensteuer. Auf dem Finanzminister Sträng war angegriffen worden. Der Minister hatte durch den rechtlich einwandfreien Abzug der Renovierungskosten für ein Mietshaus sein Bruttoeinkommen auf eine bescheidene Höhe als Besteuerungsgrundlage drücken können. Palme hat die Ehrenhaftigkeit Strängs beteuert. Er verwahrte sich gegen eine „Beschmutzungskampagne gegen diesen Mann“, den Schweden für seine Verdienste in der Politik gehört seit 30 Jahren zur Regierung — und lenkte die Debatte auf Mißbräuche des Steuerrechts durch private Geschäftslleute. Die regierenden Sozialdemokraten haben das Steuersystem, dessen Progressionswirkung immer breitere Schichten erfaßt und zu wachsender Unzufriedenheit führt, bereits provisorisch korrigieren müssen.

Exportpreise schwächer gestiegen

WASHINGTON, 31. August (vwd). Die Exportpreise der Industriestaaten haben sich nach Ermittlungen des Internationalen Währungsfonds im 2. Quartal des laufenden Jahres abgeschwächt. Sie sind im Berichtsjahr um rund 0,5 Prozent gesunken. Allerdings liegen sie noch 13,5 Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Im 1. Quartal 1975 waren die Exportpreise noch um 6 Prozent gestiegen. Sie lagen gegenüber dem 1. Vorjahresquartal 26,8 Prozent höher. Den Zahlen des Internationalen Währungsfonds zufolge sind die Importpreise im 2. Quartal 1975 um rund 1,8 Prozent gesunken; im 1. Quartal waren sie noch um 5,2 Prozent gestiegen. Auch im Jahresvergleich ergibt sich ein deutlicher Rückgang. Im 1. Quartal ist das Vorjahresniveau noch um 27,4 Prozent übertroffen worden, im 2. Quartal nur noch um 9,5 Prozent.

Verkaufspreise des Handels für extra leichtes
Heizöl in DM je 100 Liter frei Verwendungs-
ort Köln im Bereich von 20 Straßenkilometern
abgabemäßig, Mehrwertsteuer, nach Ab-
gaben der Kölner Warenbörsen (29. August):

400 bis	750 Liter	35,50—39,50	(34,70—38,70)
1 000 bis	1 500 Liter	33,00—34,30	(32,20—33,50)
2 000 bis	3 000 Liter	30,10—30,70	(29,30—29,90)
4 000 bis	6 000 Liter	29,10—29,90	(28,30—29,10)
8 000 bis	10 000 Liter	28,50—29,10	(27,70—28,30)
12 000 bis	15 000 Liter	28,40—28,90	(27,60—28,10)

Im Kleinvertrieb: Basis des Heizölpreises

Dr. Heinrich Troeger

Am Wochenende ist Dr. Heinrich Troeger, ehemaliger hessischer Finanzminister und Vizepräsident der Bundesbank, im Alter von 74 Jahren gestorben. Sein Leben spiegelt die Vielfalt und den Wechsel, dem eine Generation unterworfen war, die Kaiserreich, Weimar, Diktatur und den neuen Aufbruch in der Bundesrepublik miterlebt hat. Er wurde als Sohn eines Arztes in Zeit (Sachsen) geboren. Seine Laufbahn als Verwaltungsbeamter führte ihn bereits mit 25 Jahren auf den Posten des Bürgermeisters in Neusalz an der Oder. Damit war er jüngerer preußischer Bürgermeister. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er kurze Zeit Oberbürgermeister in Jena.

Heute im

„Blick durch die Wirtschaft“

- 1 Wo Kleckern mehr bringt als Klotzen
- 2 Australier ziehen importierte Kraftfahrzeuge vor
- 3 Serie: Strategie der mageren Jahre (XII): Stimmt die Philosophie der Größe noch?
- 4 Harte Sanktionen bei Heizöl-Mißbrauch
- 4 „Joint Venture“: Modewort oder Rechtsform internationaler Kooperationen?
- 5 Brief aus Glückstadt: Ein unbequemer „Zwitter“ — Fischer

Doch ebenso wenig wie die Nationalsozialisten den Sozialdemokraten duldeten, war er auch den Kommunisten zu unheimlich. 1947 begann eine neue Laufbahn als Ministerialdirektor im hessischen Finanzministerium, 1951 wurde er Finanzminister dieses Landes und blieb es bis 1958. Zwei Jahre war er dann der Präsident der Hessischen Landesbank. Als 1958 die Bank Deutscher Länder zur Deutschen Bundesbank wurde, war er unter Blessing deren erster Vizepräsident. Ebenfalls zusammen mit Blessing ging er 1969 in den Ruhestand, nach einer Zeit, oft Blessing-Ära genannt, die durch eine aus heutiger Sicht sagenhafte Stabilität von Wirtschaft und Geldwert gekennzeichnet war. Daran hat Troeger als ein mutiger und unabhängiger Mann mitgeholfen. Als Vorsitzender der Gutachterkommission für die Finanzreform wie auch bei vielen anderen Gelegenheiten hat er wiederholt für eine Begrenzung der Verschuldungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand plädiert. Ihm wird das Bonmot „Kasse macht sinnlich“ zugeschrieben.

Troeger war Ehrenbürger der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt und Inhaber der Goethe-Plakette dieser Stadt. Der von preußischer Bescheidenheit geprägte Mann hat sich seit seines politischen Wirkens durch eine aktive, engagierte Förderung der Künste hervorgetan. Speziell in Frankfurt machte sich immer wieder sein Interesse für die Lokalpolitik bemerkbar. V.

Der Krach blieb aus

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (Adca), Berlin/Frankfurt. Wider erwarten ruhig ging die Hauptversammlung der Adca in Berlin über die Bühne, der Unmut der Aktionäre über den Dividendenausfall für 1974 wurde lediglich an den zahlreichen Gegenstimmen und Stimmhaltungen bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat deutlich. Großen Raum nahmen dagegen in der Diskussion die Themen Personal, Kostensteigerungen und Belastungen aus der Fusion mit der Norddeutschen Kreditbank ein, deren Rationalisierungserfolge erst nach der Einführung eines einheitlichen Rechnungswesens zum Ende dieses Jahres voll zum Tragen kommen würden, meinte Vorstandssprecher Ernst C. Krienke. Zum laufenden Geschäftsjahr erklärte der Vorstandssprecher, das Bilanzergebnis habe man in den ersten sieben Monaten unter Einschluss der Kursgewinne aus Devisen- und Wertpapierhandel um 5 Prozent steigern können. Bauplänen, in die die Adca verwickelt werden könnte, sehe man nicht. Z

Personalien

Dr. Ernst Hoppe, früherer Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsche Kleiderwerke GmbH in Frankfurt, vollendet am 2. September sein 80. Lebensjahr.

Professor Werner Sell, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Die Moderne Küche seit der Gründung im Jahre 1956, vollendet am 1. September sein 75. Lebensjahr.

Dr. Dr. h. c. Theodor Sonnemann, Staatssekretär i. R., Ehrenpräsident des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes, des Bundesverbandes der Raiffeisen-Waifgenossenschaften und des Deutschen Raiffeisenverbandes, vollendet am 2. September sein 75. Lebensjahr. Dr. Sonnemann ist unter anderem Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Genossenschaftskasse.

Dr. Adolf Störke, Ehrenmitglied des Vorstandes der Waggonindustrie in Frankfurt, vollendet am 31. August sein 75. Lebensjahr.

Adam Gahn, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Schering AG, vollendet am 1. September sein 75. Lebensjahr.

Fritz Peters, Gründer der Wellstein- und Papierfabrik Fritz Peters & Co. KG in Moers-Kapellen, vollendet am 31. August sein 70. Lebensjahr.

Carl Heinz Kellner, Begründer der Taunus-Elektro-Bau GmbH in Flörsheim-Weilbach, vollendet am 31. August sein 70. Lebensjahr.

Erwin Freiherr Treusch von Buttlar-Brandenfels, Generalvollmächtigter der Handelsbank Heilbronn AG, Leiter der Zweigniederlassung Stuttgart, des Bankhauses H. Anselm & Co., vollendet am 2. September sein 60. Lebensjahr.

Karl-Bernhard Grautoff, der langjährige Vorstandsvorsitzende der Gildemeister AG in Bielefeld, wurde nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Unternehmensleitung zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft gewählt. Neues Aufsichtsratsmitglied wurde außerdem das bisherige Vorstandsmitglied Dr.-Ing. Max Müller aus Hannover. Ausgeschieden aus dem Aufsichtsrat sind Dr. Hermann Janssen und Anton Hellbach. Neuer Vorstandsvorsitzender der Gildemeister AG ist jetzt Hans Adolf Barthelme.

Billige Importe stören die Mineralölindustrie

Mobil Oil: Ertragslage ist weiter unbefriedigend / „Wir brauchen 3 bis 4 Pfennig mehr je Liter“

Mobil Oil AG, Hamburg. Gestiegene Kosten, erheblich niedrigere Nachfrage und sich ankündigende weitere Preissteigerungen durch die Opec-Länder belasten die Entwicklung der Gesellschaft, die inzwischen einen Marktanteil von 5,8 (Vorjahr: 5,4) Prozent in der Bundesrepublik erreicht hat. Die daraus resultierende unbefriedigende Ertragslage drückt sich nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Paul J. Hoemmans vor allem in der Unterdeckung je Tonne Mineralölprodukt aus. Im vergangenen Geschäftsjahr habe die Unterdeckung unter Einschluss des relativ kostengünstigen deutschen Erdöls 24 DM pro Tonne betragen. Die geringfügige Verbesserung im ersten Halbjahr 1975 auf rund 20 DM je Tonne sei auf die in den letzten Monaten vorgenommene Benzinpreisanhebung und durch die Erhöhung der Preise für leichtes Heizöl zurückzuführen. Allerdings hätten die sehr schwachen Preise und stark gesunkene Nachfrage nach schwerem Heizöl verhindert, daß sich die Erlössituation im Mineralölbereich grundlegend verbessern konnte. Deshalb müßten die Preise für Mineralölprodukte im zweiten Halbjahr 1975 um durchschnittlich 3 bis 4 Pfennig je Liter angehoben werden. Nur so sei für das laufende Jahr noch ein ausgeglichenes Ergebnis im Mineralölbereich zu erreichen. Eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals und mögliche Preiserhöhungen bei den Rohölkosten ab Herbst dieses Jahres seien hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Nach Angaben von Hoemmans wird es 1975 im Gegensatz zum Vorjahr nur noch geringe Bestandsgewinne geben, so daß Verluste aus dem Ölgeschäft entsprechend stärker in der Bilanz zum Ausdruck kommen werden.

Sorgen bereitet der Mobil Oil ge-

nauso wie den anderen Markenunternehmen der Branche, daß Überschüssmengen auf den Weltmarkt gelangen, die auf der Basis von Grenzkosten verkauft werden. Ein erheblicher Teil fließe auf den liberalen Markt der Bundesrepublik und würde die Preise der im Inland hergestellten Produkte beeinflussen. Hierin liege ein wesentlicher Grund für die unbefriedigende Gewinnssituation der bundesdeutschen Mineralölindustrie. Hinzu kämen „hausgemachte“ Faktoren wie das Benzin-Blei-Gesetz, wodurch sich die Produktionskosten für Benzin um 2 bis 3 Pfennig je Liter erhöhen würden. Außerdem belasten die ungenügenden Absatzmöglichkeiten für schweres Heizöl, denn die energiepolitischen Maßnahmen zur Begrenzung des Mineralölanteils am Primärenergieverbrauch würden sich besonders auf schweres Heizöl auswirken. Aufgrund der Kuppelproduktion bedeute ein rückläufiger Absatz zugleich weniger Herstellung von Benzin und leichtem Heizöl. Eine Änderung der Verarbeitungskapazitäten sei aus Kostengründen gegenwärtig nicht möglich. Niedrigere Auslastung der Raffinerien bei Mobil Oil durchschnittlich 75 Prozent — hat einen erheblichen Einfluß auf die Verarbeitungskosten, da etwa 85 Prozent der gesamten Kosten von der Verarbeitungsmenge abhängen.

Trotz aller gegenwärtig belastenden Einflüsse will sich das Unternehmen jedoch nicht entmutigen lassen. Für das laufende Jahr werden sich die Investitionen für die Suche und Erschließung von Öl- und Erdgaslagerstätten gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Bis 1980 sind hierfür allein in Deutschland rund 700 Millionen DM vorgesehen. Neben den Bohrungen im Inland wird jetzt auch die Suche im deutschen Nordsee-Gebiet nach Erdgas aufge-

nommen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft Konzessionen in Ägypten und Tunesien gekauft und dort mit der Ölsuche begonnen. Der Neubau der Raffinerie in Wilhelmshaven mit 8 Millionen Tonnen Verarbeitungskapazität jährlich fällt auch in die Kategorie „Hoffnung auf die Zukunft“. Der Produktionsbetrieb, der zur Winter-Saison 1975 beginnen soll, ersetzt die Raffinerie in Bremen, die zum Tanklager umgebaut wird, und ermöglicht es, daß 1 Million Tonnen weniger importiert werden müssen. Es ergibt sich somit eine zusätzliche Menge von 5,5 Millionen Tonnen, wobei die Raffinerie jedoch nur mit 60 Prozent Auslastung gefahren werden soll. Für die erheblichen Investitionen seien Gewinne erforderlich, die sich im laufenden Jahr nur spärlich ankündigen. Für das erste Halbjahr werden 30 Millionen DM Gewinn angegeben, die sich bis Jahresende etwas mehr verdoppeln dürften: Bei einem verbesserten Preisniveau sei mit 95 Millionen DM Gewinn für 1975 zu rechnen. Das vergangene Geschäftsjahr brachte dem Unternehmen zwar eine Steigerung der Umsatzerlöse um fast 50 Prozent auf 3,93 Milliarden DM, was jedoch allein auf die erhöhten Rohölkosten zurückzuführen ist. Die Steigerung des Jahresüberschusses von 158 auf 189,5 Millionen DM ist dagegen auf die daraus resultierenden Bestandsgewinne zurückzuführen. Die Gesellschaft hat 9,5 Millionen DM in die gesetzliche Rücklage gestellt und will 145 Millionen DM als Dividende ausschütten. Zur Vermeidung von Substanzverlusten und wegen des hohen Investitionsniveaus der Gesellschaft wird darüber hinaus ein Bonus von 35 Millionen DM ausgeschüttet, der in vollem Umfang zur Aufstockung des Grundkapitals auf 760 Millionen DM zurückfließen soll. hjs.

Anker sucht nach einem Partner

„Möglichst mit zusätzlichem Know-how / Hohe Lagerbestände / Mechanische Produktion zu spät gedrosselt“

Anker-Werke AG, Bielefeld. Während in der Öffentlichkeit noch geräuselt wird, wie hoch der „erheblich über dem Grundkapital“ liegende Verlust ist, mit dem der Anker-Vorstand die zum 22. September einberufene außerordentliche Hauptversammlung konfrontieren wird, und auf welche Weise das Kapital wieder aufgestockt werden soll, läßt der Vorstand des Bielefelder Unternehmens keinen Zweifel daran, daß nach einem Partner Ausschau gehalten wird, „möglichst mit zusätzlichem Know-how“. Bis jetzt haben aber offenbar die Fühlungenahmen noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Die Verwaltung sieht sich ohnehin nicht unter akutem Zeitdruck; die zu Beginn dieses Jahres gewährte Landesbürgschaft (in Höhe von 50 Millionen DM) und der kräftige Abbau des drückenden Überbestandes an mechanischen Registrierkassen im Verlauf der letzten Monate haben Bewegungsspielraum und ausreichende Handlungsfreiheit geschaffen. „Vor uns tut sich jetzt nicht etwa ein Abgrund auf“, wird vom Vorstand zu der Verlustanzeige erklärt, „vielmehr schaffen wir mit der realistischen Bewertung der Bilanzansätze die notwendige Voraussetzung für Gespräche mit möglichen Interessenten. Wir bringen jetzt zunächst das eigene Haus in Ordnung.“

Daß überhaupt eine außerordentliche Hauptversammlung gemäß Paragraph 92 des Aktiengesetzes („Verlust in Höhe der Hälfte des Grundkapitals“) einberufen werden mußte, sei nicht zu letzt Folge des in der Vergangenheit bewußt niedrig gehaltenen Grundkapitals von 12,96 Millionen DM. Akkumuliert worden sei der Ertrag in Tochtergesellschaften, degressiven Abschreibungen auf das Grundvermögen und

besonders auch im Unterstützungsfonds der Belegschaft (gegenüber dem in Bilanz 1973 Verbindlichkeiten von 52 Millionen DM bestanden haben). Das Kapital liegt zwischen 90 und 95 Prozent in Händen der Familien Kramer und zur Nieden (Dr. Heinz zur Nieden war bis Ende letzten Jahres Vorstandsvorsitzender).

Der nach dem amerikanischen NCR-Konzern zweitgrößte Registrierkassen-Anbieter auf dem europäischen Markt kann sich insbesondere auf eine beachtliche — 3000 Mann starke — Kundendienst- und Vertriebsorganisation stützen. In Europa sind allein zwischen 300 000 und 400 000 Anker-Registrierkassen installiert, die regelmäßig betreut werden und jährlich rund 100 Millionen DM Kundendienst-Erlöse — ein Drittel des Gesamtumsatzes — einbringen. Als besondere Pluspunkte wertet man in Bielefeld außerdem das erhebliche Spezial-Know-how für Kassensysteme, insbesondere auch als Software für die an Marktwert gewinnenden elektronischen Kassensysteme und letztlich das noch wie vor erhebliche Potential in der Produktion mechanischer Kassensysteme. Man habe für eine Ehe als durchaus etwas zu bieten.

Zu den in diesem Jahr offenkundig gewordenen Schwierigkeiten des Unternehmens hat zweifellos wesentlich beigetragen, daß das Tempo der Hinwendung des Marktes zu elektronischen Kassensystemen und die Zurückhaltung gegenüber mechanischen Registrierkassen unterschätzt worden sind. Die mechanische Produktion wurde in Bielefeld zu spät gedrosselt. In der Spitze standen 24 000, zu Beginn dieses Jahres immer noch 22 000 mechanische Registrierkassen bei Anker auf Lager. Nach

einschneidender Produktionsrücknahme — mit Belegschaftsvermindern innerhalb eines Jahres um 1300 Mann (plus 200 Mann in Graz) — sind diese Bestände im laufenden Jahr bei wieder flüssigerem Absatz kräftig abgebaut worden; bei einem Absatz von etwa 26 000 mechanischen Anker-Kassen in diesem Jahr werden nur 10 000 produziert, so daß am Jahresende noch ein Bestand von 7000 Stück bleiben wird. Wegen dieses erheblichen Liquiditätszuflusses hat Anker die Landesbürgschaft bislang nur zu einem Teil in Anspruch zu nehmen brauchen. „Erfreuliche“ Aufträge verzeichnen man im Elektronik-Bereich, in dem Anker in diesem Jahr etwa 2500 Einheiten verkaufen will. Bei den programmierbaren (elektronischen) Datenkassen, Preisklasse etwa 15 000 bis 20 000 DM, bezieht Anker den eigenen Marktanteil bei den bisher in Europa installierten 4000 bis 5000 Einheiten auf 20 Prozent (1200 Stück). Bei den Kassenterminalsystemen, die an zentrale Computer angehängt werden, sieht sich das Bielefelder Unternehmen zumindest in der Bundesrepublik mit „einigen hundert“ installierten Anlagen sogar als Marktführer. Wg

Gerling-Konzern wird „transparent“

KÖLN, 31. August (dpa). Die Gerling Versicherungs-Beteiligungs-Gruppe in Köln soll künftig straff geführt und „transparent“ werden, wie das die Aktionäre wiederholt gefordert haben. Nach einer außerordentlichen Hauptversammlung wurde jetzt mitgeteilt, daß der künftige Konzern-Holding die jetzigen, ziemlich eigenständigen Gesellschaften (rund 8000 Mitarbeiter) unmittelbar oder mittelbar unterstellt werden. Die Privatgesellschaften des Aktionärs Dr. Hans Gerling sollen ausgelagert werden. Für die Auslandsgesellschaften wird die Gerling Welt-Versicherungspool AG als Zwischenholding zuständig. Wie es hieß, sollte die neue Struktur „eine kontinuierliche Weiterführung der bisher erfolgreichen Geschäftspolitik gewährleisten“. Auf der außerordentlichen Hauptversammlung wurde ein fünfzehnköpfiger Aufsichtsrat gewählt, dem unter anderem Dr. Otto Wolf von Amerongen (Vorsitzender), Fritz Gerber und Dr. Hans Gerling (stellvertretender Vorsitzende) und der Chef der Westdeutschen Landesbank, Dr. Ludwig Poullart (Mitglied), angehören. Den Holding-Vorstand bilden Erhard Böhm, Dr. Rolf Gampert und Dr. Heinz Reichmann.

Schering: 1975 wird schlechter

Schering AG, Berlin/Bergkamen. Ergebnis und Umsatzrendite der Schering AG lagen im ersten Halbjahr 1975 unter den Werten des entsprechenden Vorjahreszeitraums, schreibt der Vorstand in einem am Wochenende veröffentlichten Zwischenbericht an die Aktionäre. Ursache dafür seien die Kostensteigerungen, die durch die nur geringe Umsatzsteigerung nicht voll gedeckt werden konnten. Auch für das gesamte Jahr erwarte man ein niedrigeres Ergebnis, wobei das Ergebnis nach Steuern, soweit bisher erkennbar, die negative Tendenz infolge der Auswirkung von Sondererträgen nicht voll wiedergeben werde. Bei Schering stieg der Umsatz um 2,7 Prozent auf 613 (Vorjahr 597) Millionen DM. In der Gruppe ergab sich ein Zuwachs von 2,3 Prozent auf 919 (898) Millionen DM. vwd.

Jetzt Anschlusskonkurs

Schäferkordt KG, Dörentrup. Über das Vermögen der Stammesgesellschaft der Schäferkordt-Möbelgruppe ist jetzt vom Amtsgericht Detmold das Anschlusskonkursverfahren eröffnet worden; Mitte letzten Jahres war der Vergleich beantragt worden. Die Schäferkordt-Gruppe hatte nach früheren Angaben 1973 rund 20 Millionen DM umgesetzt. Im letzten Jahr war der Betrieb der Gruppenfirma Franke KG in Lemgo abgebrannt und nicht wieder aufgebaut worden; die Einkaufs- und Vertriebsgesellschaft „Redi“ (früher „Interkordt“) wurde im Sommer letzten Jahres liquidiert. Auch die Produktion der Schäferkordt KG, mit zuletzt 100 Beschäftigten ist bereits vor einigen Monaten eingestellt worden. Wg



Aus gutem Grund hat Bayern viel zu bieten

Viele Gründe sprechen dafür, Ihr Unternehmen in Bayern anzusiedeln. Zum Beispiel in Oberfranken, dem Gebiet zwischen Hof, Coburg und Bayreuth, zwischen Fichtelgebirge und Fränkischer Schweiz. Ein traditionelles Industriegebiet mit zuverlässiger und industrieerfahrener Bevölkerung (Industriedichte in Oberfranken: 170, Bund: 138). Mit gut ausgebauter technischer und sozialer Infrastruktur. Mit ausgedehnten Erholungsgebieten und mit neuem Auftrieb. Haben Sie schon etwas von der Universität Bayreuth gehört, die im Wintersemester 1975/76 ihren Lehrbetrieb aufnehmen wird? Oder vom regelmäßigen Luftverkehr, der Hof und Bayreuth mit Frankfurt, Stuttgart und München verbindet? Oder von der staatlichen Investitionsförderung im Zonenrandgebiet? Das sind die höchsten Finanzierungshilfen, die in der Bundesrepublik gewährt werden können! Zum Beispiel: Subventionen bis zu 25 % der Investitionskosten, Sonderabschreibungen bis zu 50 % der Anschaffungskosten, Befreiung von der Grundvermögenssteuer.



Bayern bietet Business.

Coupon Bitte senden an: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, 8000 München 22, Postfach, Telefon 089/216 26 46

Wir möchten über den/die Standort(e) ausführlich informiert werden.

Name _____
Firma _____
Ort _____
Straße _____

Fußball-Bundesliga

Eintracht Frankfurt — FC Schalke 04	2:1
VfL Bochum — Kickers Offenbach	5:1
FC Bayern München — Fortuna Düsseldorf	5:0
Rot-Weiß Essen — Borussia Mönchengladbach	5:0
Hamburger SV — 1. FC Kaiserslautern	2:0
Hertha BSC Berlin — Bayer Uerdingen	5:0
MSV Duisburg — Hannover 96	4:3
Eintracht Braunschweig — Werder Bremen	3:2
Karlsruher SC — 1. FC Köln	3:1

Verein	Sp.	g.	u.	v.	Tore	Pkt.	Heim	Auswärts
1. Borussia Mönchengladbach	5	3	2	0	12:4	8:2	6:0	4:0
2. Eintracht Braunschweig	5	3	2	0	13:4	7:3	6:4	5:1
3. Bayern München	5	3	2	0	13:4	7:3	10:1	5:1
4. Eintracht Frankfurt	5	3	1	1	8:6	7:5	5:4	4:2
5. Fortuna Düsseldorf	5	3	1	1	9:10	6:4	6:3	3:1
6. Hamburger SV	5	2	2	1	8:5	5:5	6:1	5:1
7. Hertha BSC Berlin	5	2	2	1	12:10	5:5	8:2	5:1
8. Karlsruher SC	5	2	2	1	7:6	5:5	4:5	6:4
9. Rot-Weiß Essen	5	2	2	1	9:9	5:5	3:4	3:3
10. MSV Duisburg	5	2	2	1	13:15	5:5	12:7	5:1
11. Schalke 04	5	2	2	1	8:8	4:6	6:5	2:6
12. VfL Bochum	5	2	1	2	6:8	4:6	5:2	3:4
13. Hannover 96	5	1	2	2	10:11	4:6	4:3	3:1
14. Werder Bremen	5	1	2	2	9:11	4:6	4:4	2:2
15. 1. FC Köln	5	1	2	2	5:7	4:6	3:2	2:5
16. 1. FC Kaiserslautern	5	0	3	2	5:10	3:7	4:4	2:2
17. Bayer Uerdingen	5	1	2	2	4:11	3:7	2:1	3:1
18. Kickers Offenbach	5	1	2	2	3:19	3:7	2:2	1:5

Am nächsten Samstag spielen: Borussia Mönchengladbach — VfL Bochum, Fortuna Düsseldorf — Hertha BSC Berlin, Kickers Offenbach — Eintracht Frankfurt, FC Schalke 04 — Bayern München, Hannover 96 — Rot-Weiß Essen, Bayer Uerdingen — Eintracht Braunschweig, 1. FC Kaiserslautern — MSV Duisburg, Werder Bremen — Karlsruher SC, 1. FC Köln — Hamburger SV.

Zweite Liga Süd

VfB Stuttgart — 1860 München	1:1
1. FC Nürnberg — FC Augsburg	2:1
Eintracht Bad Kreuznach — Mainz 05	3:1
SSV Reutlingen — Spvgg. Bayreuth	1:3
FC Schweinfurt — Spvgg. Fürth	2:0
Darmstadt 98 — Stuttgarter Kickers	4:0
SV Waldhof — Röchling Völklingen	1:4
FK Pirmasens — Jahn Regensburg	2:1
1. FC Saarbrücken — FSV Frankfurt	3:0
Bayern Hof — FC Homburg	3:2

Verein	Sp.	g.	u.	v.	Tore	Pkt.
1. VfB Stuttgart	5	4	1	0	14:2	9:1
2. 1860 München	5	3	2	0	10:2	8:2
3. Völklingen	5	4	0	1	10:5	8:2
4. 1. FC Saarbrücken	5	4	0	1	8:3	8:2
5. SV Darmstadt 98	5	3	1	1	11:6	7:3
6. Spvgg. Bayreuth	5	2	3	0	9:4	7:3
7. 1. FC Nürnberg	5	3	1	1	10:6	7:3
8. FC Schweinfurt	5	3	1	1	6:4	7:3
9. FSV Mainz 05	5	3	0	2	12:8	6:4
10. Eintr. Kreuznach	5	2	1	2	9:9	5:5
11. Stuttg. Kickers	5	2	1	2	9:10	5:5
12. FC Homburg	5	1	2	2	9:8	4:6
13. FK Pirmasens	5	2	0	3	9:10	4:6
14. FC Augsburg	5	2	0	3	8:10	4:6
15. Bayern Hof	5	2	0	3	8:8	4:6
16. SV Waldhof	5	1	1	3	7:13	3:7
17. FSV Frankfurt	5	1	1	3	3:12	3:7
18. Jahn Regensburg	5	0	1	4	3:11	1:9
19. Spvgg. Fürth	5	0	0	5	2:11	0:10
20. SSV Reutlingen	5	0	0	5	3:16	0:10

Am nächsten Wochenende spielen: FC Augsburg — VfB Stuttgart, Stuttgarter Kickers — Schweinfurt 05, 1860 München — 1. FC Saarbrücken, Jahn Regensburg — Bayern Hof, Röchling Völklingen — Darmstadt 98, Spvgg. Bayreuth — Eintracht Bad Kreuznach, FSV Frankfurt — FK Pirmasens, FC Homburg — SV Waldhof, Spvgg. Fürth — SSV Reutlingen, Mainz 05 — 1. FC Nürnberg.

Jugend-Länderspiel

Frankreich — BR Deutschland	2:1
-----------------------------	-----

Privatspiele

Spartak Trnava — Dozsa Ujpest Budapest	1:1
Bellis Sevilla — Ferencváros Budapest	2:0
FC Malaga — Sporting Olhanense	2:0
Bor. Neunkirchen — 1. FC Saarbrücken	2:0
Real Madrid — Dynamo Moskau	2:1

Elferwette: 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 0.
 Lotto: 8, 12, 27, 32, 38, 39; Zusatzzahl: 4.
 Rennquintett: Pferdetoilette: 13, 17, 5, 1, 12.
 — Pferdetoilette: 5, 14, 18, 8, 16.

Die Zweite Liga in Zahlen

Gruppe Süd

SSV Reutlingen — Spvgg. Bayreuth 1:3
Tore: 1:0 Laudage (39), 1:1 Heidenreich (44), 1:2 Fink (50), 1:3 Grossler (54), Foulelmeter, Zuschauer: 3000.

Bayern Hof — FC Homburg 3:2

Tore: 0:1 Lenz (9), 1:1 Werner (39), 1:2 Diener (55), 2:2 Dürschmidt (56), Foulelmeter, 3:2 Feulner (77), Zuschauer: 4000.
--

SV Waldhof — SV Völklingen 1:4

Tore: 0:1 Spohr (15), 0:2 Schmitt (30), 1:2 Adler (32), 1:3 Spohr (73), 1:4 Granitz (88), Zuschauer: 3500.
--

SV 98 Darmstadt — Stuttgarter Kickers 4:0

Tore: 1:0 Müller (13, Eigentor), 2:0 Kunkel (34), 3:0 Pommeroy (52), 4:0 Kunkel (70), Zuschauer: 7000.
--

FK Pirmasens — Jahn Regensburg 2:1

Tore: 1:0 Ehrhardt (33), 1:1 Mahes (45), 2:1 Gentes (73), Zuschauer: 2500.
--

1. FC Saarbrücken — FSV Frankfurt 3:0

Tore: 1:0 E. Traser (15), 2:0 Fazlic (41), 3:0 Grell (65), Zuschauer: 10 000.

1. FC Nürnberg — FC Augsburg 3:1

Tore: 1:0 Pechthold (3), 1:1 Jorg (28), 2:1 Meining (28), Zuschauer: 20 000.
--

Eintr. Bad Kreuznach — FSV Mainz 05 3:1

Tore: 1:0 Velp (15), 1:1 Klier (18), 2:1 Velp (48), 3:1 Velp (62), Zuschauer: 8000.

Mit vier Neulingen zum Länderspiel nach Wien

FRANKFURT (sid). Nur fünf Spieler aus der Weltmeisterelf, aber vier Neulinge, stehen in Helmut Schön's endgültigem Aufgebot für das Fußball-Länderspiel gegen Österreich am Mittwoch in Wien. Neben den drei zurückgetretenen „Weltmeistern“, Müller, Grabowski und Overath, stehen Bretner Hoefel und Bonhof nicht zur Verfügung, so daß lediglich Maier, Vogts, Beckenbauer, Schwarzenbeck und Hölzenbein bleiben. Als Neuling berief der Bundestrainer den Hamburger Kitz, den Braunschweiger Gersdorff, den Düsseldorfer Zimmermann und den Mönchengladbacher Stiellke in den Kreis seiner 16 Spieler.

Mit Nigbur (Schalke), Klemann (Hertha BSC Berlin), Dietz (MSV Duisburg) und dem Frankfurter Nickel stehen fünf A-Nationalspieler im endgültigen Aufgebot der deutschen B-Nationalmannschaft für das Länderspiel am Dienstag (19.30 Uhr) in Augsburg gegen Österreich.

A-Aufgebot: Tor: Maier (Bayern München), Franke (Eintracht Braunschweig); Abwehrspieler: Kitz (Hamburger SV), Vogts (Borussia Mönchengladbach), Beckenbauer (Bayern München), Körbel (Eintracht Frankfurt), Schwarzenbeck (Bayern München), Gerd Zimmermann (Fortuna Düsseldorf), Mittelfeld und Angriff: Gey (Fortuna Düsseldorf), Wimmer, Danner, Stiellke (alle Borussia Mönchengladbach), Gersdorff (Eintracht Braunschweig), Hölzenbein (Eintracht Frankfurt), Seel (Fortuna Düsseldorf), Beer (Hertha BSC Berlin).

Zweite Liga Nord

Alemannia Aachen — Wuppertaler SV	1:1
Fortuna Köln — Arminia Bielefeld	1:2
Bor. Dortmund — Tennis Borussia Berlin	4:0
Preußen Münster — FC St. Pauli	2:2
Union Solingen — Bayer Leverkusen	1:1
Göttingen 05 — 1. FC Mülheim	0:1
Walterscheid 09 — Wacker 04 Berlin	0:2
Spvgg. Erkenschwick — Westfalia Herne	0:4

Verein	Sp.	g.	u.	v.	Tore	Pkt.
1. Solingen	5	3	2	0	12:5	8:2
2. Fortuna Köln	5	3	1	1	8:5	7:3
3. Arminia Bielefeld	5	3	0	2	6:3	7:3
4. VfL Osnabrück	5	3	1	1	9:7	7:3
5. Bor. Dortmund	5	2	2	1	12:5	6:4
6. Wuppertaler SV	5	2	2	1	9:6	6:4
7. Walterscheid 09	5	2	2	1	6:4	6:4
8. Tennis Borussia	5	3	0	2	10:8	6:4
9. Wacker 04 Berlin	5	2	2	1	8:8	6:4
10. Pr. Münster	5	2	1	2	1:4	5:5
11. FC St. Pauli	5	2	1	2	11:8	5:5
12. SV Essen	4	2	0	2	7:7	4:4
13. Erkenschwick	5	2	0	3	8:9	4:6
14. DJK Gütersloh	5	2	0	3	8:9	4:6
15. Westfalia Herne	5	2	0	3	7:9	4:6
16. Bayer Leverkusen	5	1	2	2	4:9	4:6
17. Göttingen 05	5	1	1	3	5:6	3:7
18. 1. FC Mülheim	5	1	1	3	6:10	3:7
19. Alemannia Aachen	5	0	3	2	2:9	3:7
20. Spandauer SV	4	0	0	4	4:21	0:8

Am nächsten Wochenende spielen: Wacker 04 Berlin — DJK Gütersloh, Arminia Bielefeld — Spvgg. Erkenschwick, Westfalia Herne — Spandauer SV, FC St. Pauli — Göttingen 05, 1. FC Mülheim — Alemannia Aachen, Wuppertaler SV — Borussia Dortmund, VfL Osnabrück — Fortuna Köln, Bayer Leverkusen — Preußen Münster, Schwarz-Weiß Essen — Union Solingen, Tennis Borussia Berlin — Walterscheid 09.

DDR-Oberliga

Dynamo Dresden — Dynamo Berlin	5:1
Energie Cottbus — Vorwärts Frankfurt/Oder	2:2
Chemie Leipzig — Sachsenring Zwickau	0:0
1. FC Magdeburg — Rot-Weiß Erfurt	3:1
Wismut Aue — 1. FC Lok Leipzig	1:1
FC Karl-Marx-Stadt — Stahl Riesa	1:2
Chemie Halle — Carl Zeiss Jena	2:1

Verein	Sp.	g.	u.	v.	Tore	Pkt.
1. Dynamo Dresden	3	2	1	0	9:3	5:1
2. Chemie Halle	3	2	1	0	6:3	5:1
3. 1. FC Lok Leipzig	3	2	1	0	4:4	5:1
4. FC Dynamo Berlin	3	2	0	1	14:7	4:2
5. FC Carl Zeiss Jena	3	2	0	1	9:2	4:2
6. FC Magdeburg	3	2	0	1	2:4	4:2
7. Sachsenring Zwickau	3	0	3	0	2:3	3:3
8. Stahl Riesa	3	1	1	1	4:7	3:3
9. FC Rot-Weiß Erfurt	3	1	0	2	6:7	2:4
10. Wismut Aue	3	1	0	2	1:5	2:4
11. Energie Cottbus	3	0	2	1	5:11	2:4
12. Vorwärts Frankfurt/O.	3	0	2	1	2:7	1:5
13. Chemie Leipzig	3	0	0	3	1:9	0:6
14. FC Karl-Marx-Stadt	3	0	0	3	1:9	0:6

VfB Stuttgart — TSV 1860 München 1:1

Tore: 0:1 Lubanski (30), 1:1 Hitzfeld (57), Zuschauer: 60 000.
--

Gruppe Nord

DJK Gütersloh — VfL Osnabrück 4:2
Tore: 1:0 Füllbier (15), 2:0 Roggensack (34), 3:1 Baumanns (37), 4:2 Mühlenberg (64), 3:2 Füllbier (86), 4:2 Nonnenbruch (89), Foulelmeter, Zuschauer: 8000.

Göttingen 05 — 1. FC Mülheim 0:1
Tore: 0:1 Bone (80), Zuschauer: 1000.

Union Solingen — Bayer Leverkusen 1:1
Tore: 0:1 Ziegler (77), 1:1 Goldbach (38), Zuschauer: 10 000.

Borussia Dortmund — Tennis Borussia 4:0
Tore: 1:0 Schildt (2), 2:0 Kasperski (4), 3:0 Wagner (18), 4:0 Geyer (63), Zuschauer: 27 000.

Preußen Münster — FC St. Pauli 2:2
Tore: 1:0 Milosincic (8), 2:0 Blau (43), 2:1 Hansen (46), 2:2 Demuth (68), Zuschauer: 7000.

Fortuna Köln — Arminia Bielefeld 1:2
Tore: 1:0 Struth (20, Foulelmeter), 1:1 Graul (24), 1:2 Hey (82), Zuschauer: 6000.

Alemannia Aachen — Wuppertaler SV 1:1
Tore: 1:0 Kucharski (14), 1:1 Budde (33), Zuschauer: 10 000.

B-Aufgebot: Tor: Kargus (Hamburger SV), Nigbur (Schalke 04); Abwehr: Hahn (Bayer Uerdingen), Klemann (Hertha BSC Berlin), Dümberger (Bayern München), Dietz (MSV Duisburg), Baltes (Fortuna Düsseldorf), Mittelfeld und Angriff: Rummennigge (Bayern München), Kapellmann (Bayern München), Memering (Hamburger SV), Worm, Thies (beide MSV Duisburg), Nickel (Eintracht Frankfurt), Neumann (1. FC Köln), Dremmler (Eintracht Braunschweig), Keller (1860 München).

Wieder Ausschreitungen im englischen Fußball

LONDON (sid). Von neuen schweren Zuschauer-Ausschreitungen wurde am Wochenende der fünfte Spieltag im englischen Profifußball überschattet. Im Zweitliga-Spiel Luton Town gegen Chelsea London stürmten zahlreiche Chelsea-Anhänger beim Stande von 3:0 für Luton den Platz. Der Schiedsrichter mußte die Begegnung für mehrere Minuten unterbrechen, ehe die Polizei wieder für Ordnung gesorgt hatte. Nach dem Spiel beschädigte die Meute Autos, überfiel einen Supermarkt und verwüstete auf der Rückfahrt zwei Eisenbahn-Waggons. Beim Punktspiel der ersten Division zwischen Stoke City und Manchester United (0:1) nahm die Polizei fünfzig Personen vorläufig fest, dreißig Personen erlitten bei Schlägereien zum Teil schwere Verletzungen. Achtzig Verletzte registrierte die Polizei in Glasgow beim Lokalderby zwischen den Rangers und Celtic (2:1), wo es zu Schlägereien zwischen Anhängern beider Vereine kam. Sechzig Personen wurden festgenommen.



Die an und für sich heimstarken Essener standen gegen die nicht aufzuhaltenden Gladbacher auf verlorenem Posten. Wimmer brachte seine Borussia denart auf Trab, daß den Essenern mitunter

Hören und Sehen verging. Vogts und Bonhof sowie die beiden Dänen Simonsen (links im Bild gegen Wiczoroski) und Jensen leisteten ebenfalls ein Riesenspensum. Frohgestimmt trat

Udo Lattek nach dem 3:1-Sieg seiner Borussia die Heimreise von Essen aus an. Zu deutlich hatte sich gezeigt, daß er mit dem kurzfristigen Wechsel von Rot-Weiß Essen zum Meister Mönchengladbach im Frühjahr den richtigen Schritt getan hatte. Zu seiner Erleichterung trugen ihm das die Rot-Weiß Verantwortlichen und auch die Essener Fans nicht mehr nach. Foto Simon

Bundesliga-Kommentar:

Muß sich Schön einen Bart ankleben?

F.A.Z. FRANKFURT. Die Bundesligasaison scheint sich allmählich zu normalisieren. Jedenfalls kamen nach dem Drunter und Drüber der ersten vier Spieltage am fünften keine bemerkenswerten Überraschungen mehr vor. Wer sich von den verrückten Anfangsrunden nicht irritieren ließ, dürfte die Sieger der neuen Spiele richtig getippt haben. Nur die Höhe einzelner Ergebnisse überrascht. Niemand hätte den Münchner Bayern nach dem Reinfall von Uerdingen einen 5:0-Sieg über Fortuna Düsseldorf zugetraut. Umgekehrt wiederum war von den Uerdingern in Berlin erfolgreicher Widerstand zu erwarten als jener, den den angeschlagenen Berlinern ebenfalls einen 5:0-Sieg erlaubte. Und schließlich hatte man sich das Aufbäumen der Offenbacher gegen die Krise leidenschaftlicher vorgestellt, als es in Bochum geschah, wo die Gastgeber plötzlich mit fünf Treffern Aufsehen erregten; in den vier Spielen davor war ihnen insgesamt nur ein Treffer gelungen.

Doch abgesehen von diesen Exaltationen blieb alles im Rahmen des Vorhersehbaren. Auch die Niederlage der vier ersten Wochen noch so hoch eingestuftem Kölner beim Neuling in Karlsruhe kann den regelmäßigen Beobachter der Szene kaum noch erstaunen.

Ob das Feld damit wirklich auf Normalkurs gegangen ist, bedarf freilich

nach einiger Proben aufs Exempel. Außer dem stetigen Voranschreiten des Spitzenreiters Mönchengladbach und dem rapiden Niedergang des Tabellenletzten aus Offenbach zeichnen sich nirgends verlässliche Kontinuitäten ab. Könnte man sich bisher auf Fortuna Düsseldorf noch einigermaßen verlassen, bleibt nach dem Einbruch von München zunächst nur ein Kopfschütteln. Als ruhende Pole in der Erscheinungen Flucht lassen sich in dem Gerangel an der Spitze neben den führenden Mönchengladbachern vorerst nur die beiden Eintracht-Mannschaften aus Braunschweig und Frankfurt ausmachen. Aber auch hier ist Vorsicht am Platze. Beide hatten in ihren letzten Heimspielen, in denen sie als Favoriten galten, zu lange zu tun, um die Punkte unter Dach und Fach zu bringen; die Braunschweiger gegen den krassen Außenseiter aus Bremen noch zehn Minuten länger als die Frankfurter, denen immerhin die Schalker gegenüberstanden. Von Souveränität war da wenig zu spüren.

Die Frankfurter spielten außerdem mit zwölf Mann. Das ist etwas salopp ausgedrückt, hat aber einiges für sich. Bei dem zwölften Mann handelt es sich um Helmut Schön. Jedemal wenn der Bundestrainer im Vorfeld von Länderspielen im Frankfurter Waldstadion

posto bezieht — und das kommt schon wegen der Nähe seines Wohnortes Wiesbaden häufig vor —, scheint sich bei den Spielern mit Nationalmannschaftsansprüchen der Ansporn zu verdoppeln. Die Frankfurter sahen im Spiel ihrer Eintracht gegen die Schalker einen Hölzenbein, wie sie ihn lange nicht mehr gesehen hatten. Kein Wunder, daß die Hölzenbeins Formsteigerung damit in Zusammenhang brachten, daß er im ersten Aufgebot für das bevorstehende Länderspiel in Wien nicht zu finden war. Dieser Schock ging offenbar nicht spurlos an dem 29-jährigen Linksaßen des Weltmeisterteams vorüber. Er hat seinen Platz im Schön-Kreis durch die starke Leistung im Spiel gegen die Schalker prompt zurückerobert. Nun könnte man einwenden, daß Hölzenbein bereits eine halbe Woche vorher beim 1:1 seiner Mannschaft in Düsseldorf nach einer ausgedehnten Phase der Erschlaffung plötzlich wieder an seine Glanzzeiten erinnerte. Die Antwort fällt leicht: Auch in Düsseldorf saß Schön auf dem Auszug.

Natürlich kann die Regenerierung des „Weltmeisters“ genauso gut andere Gründe haben. Natürlich ist es sicher nicht nur auf den einen Grund zurückzuführen. Aber der Eindruck, daß Schöns Anwesenheit bei einigen Spielen

lern leistungssteigernde Impulse auslöst, ist nicht neu. Mit Hölzenbein trug zum Sieg der Frankfurter auch Vorstopper Körbel Ausschlaggebendes bei, indem er Schalkes gefährlichen Mittelstürmer Fischer weitgehend unter seine Kontrolle brachte. Körbel hatte nach einem Zusammenprall schon in der ersten Halbzeit unter heftigen Hüftschmerzen zu leiden. Daß er bis zum Schluß durchhielt, ist neben seinem ausgeprägten Pflichtbewußtsein mit einiger Sicherheit dem Bestreben zuzuschreiben, vor Wien nicht aus dem Blickfeld Helmut Schöns zu verschwinden. Auch die Schalker haben offensichtlich von der stimulierenden Wirkung des Bundestrainers profitiert. Jedenfalls war Erwin Kremers in Frankfurt angesichts eines möglichen Länderspiel-Comebacks einer der „Lauffreudigsten“. So bot sich Schön ein Vergleich zwischen zwei Linksaußen, die beide ihre derzeitige Optimalform boten. Der Vergleich fiel deutlich zugunsten des Frankfurters aus, da die größere Gefährlichkeit ausstrahlte.

Verfälscht Schön, weil er nicht überall gleichzeitig sein kann, die Chancengleichheit in der Bundesliga? Muß er sich vor Betreten der Stadien einen Bart ankleben? Das kann ihm niemand zumuten.

Spieler — Tore — Zuschauer

Bayern München — Fortuna Düsseldorf 5:0

Deutscher Motorradfahrer tödlich verunglückt

HAVIROV (dpa). Das Training zu den internationalen Motorradrennen in Havirov (CSSR) wurde am Samstag durch den tödlichen Unfall eines deutschen Nachwuchsfahrers überschattet. Der 22 Jahre alte Mannheimer Hans Rudolph stürzte bereits in der ersten Runde und verstarb noch am Unfallort.

Schwimmen in Osaka: 23 Siege der Amerikaner

OSAKA (sid). Olympiasieger Nobu-taka Taguchi stand bei den internationalen japanischen Schwimm-Meisterschaften in Osaka allein auf weiter Flur gegen die Gäste aus den USA. Die Amerikaner gewannen 23 der 24 Wettbewerbe. Taguchi schwamm die 100 Meter Brust in 1:05,00 Minuten, der zweitbesten Zeit in diesem Jahr. Zu den besten Leistungen von Osaka zählten die 2:02,76 Minuten von John Naber über 200 Meter Rücken, der jedoch wie alle seine Kameraden bei Weltrekordversuchen scheiterte. Am letzten Tag unterlag Weltrekordler Bruce Furniss mit 2:09,41 zu 2:08,46 von Mike Currington über 200 Meter Lagen.

Knapper Erfolg der Leichtathletinnen

HEIDENHEIM (sid). Bis zum letzten Wettbewerb mußten die deutschen Frauen um den Sieg im achten Leichtathletik-Länderkampf gegen Rumänien bangen. Dann setzte sich Rita Wilden in der 4x400-Meter-Staffel als Schlussläuferin gegen die 800-Meter-Siegerin Mariana Suman durch. Bei sieben Siegen für die Bundesrepublik und für Rumänien sorgten die drei DLV-Doppel-siegerinnen für den 74:72-Endstand und den liebsten Sieg gegen Rumänien. Für die besten Leistungen ge-ehrt wurden Annegret Richter als Doppelsiegerin in 11,2 Sekunden über 100 Meter und 22,9 Sekunden (DLV-Jahresbestzeit) über 200 Meter sowie als beste Rumänin Iona Stanou, die im Speerwurf mit 60,98 Meter Landesrekord warf. Ihr stand Mihaela Loghin im Kugelstoßen mit dem Landesrekord von 19,15 Meter kaum nach.

Noch drei Deutsche in Forest Hills

FOREST HILLS (sid). Katja Ebbinghaus (München), Karl Meier (Amberg) und Hans-Jürgen Pohmann (Berlin) stehen als letzte deutsche Tennisspieler in der dritten Runde der internationalen amerikanischen Meisterschaften in Forest Hills. Katja Ebbinghaus schaltete die Australierin Helen Gourlay mit 6:4, 7:5 aus. Pohmann hatte gegen den Argentinier Lito Alvarez mit 6:1, 6:1 wenig Mühe, und Meier schlug den amerikanischen Doppel-Weltmeister Brian Gottfried mit 6:4, 6:3. Pohmann steht jetzt allerdings in der nächsten Runde gegen den an Nummer 3 gesetzten Spanier Manuel Orantes vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Hier kommt es zwischen Borg (Schweden) und Laver (Australien) zum ersten großen Knüller in Forest Hills. Allerdings waren bereits vorher einige "Gesetzte" gestrauchelt: Okker (Niederlande), Roche (Australien), Alexander (Australien), Gerulaitis (USA), Richey (USA) bei den Herren sowie Francoise Durr (Frankreich) und Julie Heldman (USA) bei den Damen sind bereits ausgeschieden.

Sport in Ergebnissen

Radsport

Straßenweltmeisterschaft der Amateure in Mettet (Belgien), 182 km: 1. Gevers (Niederlande) 4:18,01 Stunden, 2. Nilsson (Schweden) 0:02 Min. zurück, 3. Cerutti (Italien) 0:57, 4. Clively (Australien), 5. Inaudi (Frankreich), 6. Algeri (Italien), 7. Hansson (Schweden) alle gleiche Zeit, 8. Vandenberghe (Belgien) 1:06, 9. Biers (DDR), 10. Lololette (Frankreich) beide gleiche Zeit, 11. 46. Trott (Radevormwald) 7:47, 54. Thaler (Siegburg) gleiche Zeit, 57. Jakt (Bremen) eine Runde zurück.



Die Freude des Weltmeisters: Adrianus Gevers aus Holland im Ziel des Amateurs-Straßenrennens bei den Weltmeisterschaften in Belgien. Foto: Wercel

Rudern

Weltmeisterschaften in Nottingham, England: Vierer mit Steuermann: 1. UdSSR 6:31,46 Min., 2. DDR 6:36,47, 3. Bundesrepublik Deutschland (Ruderzentrum Berlin) mit Färber, Kubacki, Knieß, Niederhausen, Sim, Wenzel 6:40,93, 4. Großbritannien 6:41,96, 5. CSSR 6:46,21, 6. Rumänien 6:59,04. Doppel-Zweier: 1. Frank Hansen/Alf Hansen (Norwegen) 6:34,49, 2. Dreilke/Bertow (DDR) 6:35,10, 3. Baillieu/Hart (Großbritannien) 6:39,61, 4. Strake/Lacina (CSSR) 6:40,23, 5. Koth/Wolber (Köln) 6:43,60, 6. Timoschuk/Korschikow (UdSSR) 6:49,15. Zweier ohne Steuermann: 1. Bernd Landvoigt/Jörg Landvoigt (DDR) 7:05,40, 2. Gouguen/Stoev (Bulgarien) 7:10,81, 3. van der Horst/Boeschoten (Niederlande) 7:11,49, 4. Ahonen/Hanska (Finnland) 7:13,57, 5. Slusarski/Broniec (Polen) 7:19,15, 6. Oantur/Grumezescu (Rumänien). Kleines Finale (Rang 7 bis 12): 1. 6. und damit Zweite in der Gesamtwertung: Ringwald/Görzt (Ludwigshafen/Berlin) 7:22,50. Zweier mit Steuermann: 1. Lucke/Gunkel (DDR) 7:16,24, 2. Stadnik/Stellak (Polen) 7:19,43, 3. Hitzbleck/Jäger, Sim, Fekter (Ruderzentrum Berlin) 7:20,13, 4. Bekterow/Schurkalow (UdSSR) 7:20,41, 5. Mathews/Vreugdenhil (USA) 7:22,86, 6. Pavel und Oldrich Svojanovskij (CSSR) 7:22,93. Einer: 1. Kolbe (Hamburg) 7:10,08 Min., 2. Drea (Irland) 7:12,50, 3. Winter (DDR) 7:13,83, 4. Karpinen (Finnland) 7:16,38, 5. Ibarra (Argentinien) 7:16,97, 6. Dowgan (UdSSR) 7:27,93.

Reiten

CsIO in Ostende, SA-Springen: 1. Wilt-haker (Großbritannien) auf Xanthos 0 Feh-ler/46,5 Sek., 2. Musgrave (Australien) Hoss 0/47,4, 3. von Buchwaldt (Verden) La Sagna 0/51,4. Großer Preis: Jürgen Ernst (DDR) Gerry 0/36,4, 2. Bruyninckx (Belgien) Balilli 0/40,5, 3. Welsch (Großbritannien) Anton 4/35,1, 4. Mahy (Belgien) Diamant 4/36,9, 5. Merkel (Vermold) auf Salvaro 4/36,8, alle im Stechen. — Preis der Nationa-les: Deutschland 23½ Fehlerpunkte, 3. Ernst auf Gerry, Merkel auf Salvaro, Schirde/Meisendorff auf West Point, Winkler/Warendorf auf Grande Giso, 2. Groß-britannien 28, 3. Belgien 32.

Tennis

Internationale amerikanische Meister-schaften in Forest Hills: Herren: dritte Run-de: Ashe (USA) — Franulovic (Jugosla-wien) 6:2, 6:0, Solomon (USA) — Fibak (Po-len) 4:6, 6:0, 7:6, Hewitt (Südafrika) — Ta-roczy (Ungarn) 6:2, 6:1, Dubs (USA) — Hi-roguas (Spanien) 6:3, 6:0, Borg (Schweden) — Case (Australien) 6:3, 6:3, Laver (Austra-lien) — Andrews (USA) 6:2, 6:3; Damen: zweite Runde: Ebbinghaus (München) — Goulay (Australien) 6:4, 7:5, Teeguarden (USA) — Morawowa (UdSSR) 4:6, 6:2, 7:6, Evert (USA) — Chmyreva (UdSSR) 6:0, 6:3; dritte Runde: Evert — Doerner (Australien) 6:1, 6:1, Wade (Großbritannien) — Kras-china (UdSSR) 6:1, 6:3. — Bundesliga: Gruppe 1: Palmengarten Frankfurt — Klip-per Hamburg 9:0, Blau-Weiß Krefeld — Blau-Weiß Berlin 6:3; Gruppe 2: HTV Han-nover — Luitpoldpark München 9:0, Wald-au Stuttgart — TuF Essen 3:6, Schwarz-Weiß Bonn — Grün-Weiß Mannheim 2:7.

Moderner Fünfkampf

Internationales Turnier in Budapest. Mannschaftswertung: 1. BR Deutschland 15 268, 2. Ungarn (Csepel Budapest) 15 170, 3. UdSSR 14 856, 4. Honvéd Budapest 14 785, 5. Dosza Ujpest 14 696, 6. Csepel Budapest Junioren 14 448; Einzelwertung: 1. Marecsko (Ungarn) 5352, 2. Kühn (Darmstadt) 5240, 3. Swatenko (UdSSR) 5238, 4. Bako 5196, 5. Magyar (beide Ungarn) 5049, 6. Riech (Freckenstein) 5024, 7. Stemann (Berlin) 5004, 8. 31. Esser (Neuss) 3831 Punkte.

Segeln

Weltmeisterschaft der Starboot-Klasse auf dem Michigansee, Endstand: 1. Schoon-maker 357 Pkt., 2. Blackcliff 352, 3. Wright (alle USA) 348, 4. 18. Nixdorf/Pieper (Pa-dertown) 270.

Internationale deutsche Meisterschaft der 505er-Klasse von Kiel-Wik, Endstand: 1. Hampe/Jenssen (Essen) 13,8 Pkt., 2. We-ber/Jenssen (Mühlheim) 14,8 Pkt., 3. Beck-mann/Tiedemann (Kiel) 19,0.

Motorsport

1000-Seen-Rallye in Finnland, siebenter von zehn WM-Läufen, 1335 km, 42 Sander-prüfung (278 km), 98 Starter aus neun Län-dern, 60 im Ziel, acht Wertkassen am Start, offiziell 280 000 Zuschauer: 1. Mikko/Aho (Finnland) Toyota Corolla 2:52,33 Stunden, 2. Lampinen/Markkanen (Finnland) Saab 2:55,47, 3. Mäkinen/Liddon (Finnland) Eng-land Ford Escort II 2:54,35, 4. Eklund/Söder-berg (Schweden) Saab 2:54,36, 5. Kuläng/Andersson (Schweden) Opel Ascona 2:57,29, 6. Salonen/Markkula (Finnland) Datsun 2:58,17, ... 42. Kirchof/Schweidhelm (Hildes-heim/Aachen) BMW 2002 Ti; WM-Stand: 1. Larve 55 Pkt., 2. Schmitt 53, 3. Opel 41, 4. Peugeot 40, 5. Toyota 32.

Automobil-Rennsportmeisterschaft, ach-ter und vorletzter Lauf in Hockenheim, 20 000 Zuschauer, Klasse über 2000 cm (20 Runden = 135,7 km): 1. Ludwig (Bonn) Ford Capri 45:04,4, 2. Fitzpatrick (England) Gelo-Porsche Carrera 45:42,4, 3. Schom-mers (Remscheid) Ford Capri 45:52,7, 4. Wolke (Frankreich) Kremer-Porsche Carrera 46:04,3, 5. Krebs (Hanau) Schnitzer-BMW 46:23,4, 6. Kelleners (Mörs) Porsche Carrera 46:33,2; Klasse bis 2000 cm (20 Runden): 1. Heyer (Wegberg) Zakspeed-Escort 47:55,3, 2. Obermoser (Bruchsal) GS-BMW 47:56,3, 3. Hennige (Gießen) Ford Escort 49:47,0, 4. Schürill (Lichtenstein) Toyota 50:18,6; Meisterschaftsstand vor dem Finale am 28. September in Hockenheim: 1. Krebs 102 Punkte, 2. Heyer 100, 3. Lud-wig 92, 4. Obermoser 80, 5. Grahns 75, 6. Kelleners 73.

Wettkampfstadium der Damen in Edin-burgh: Irland — Österreich 7:2, Holland ge-gen Trinidad 4:0, England — Malaysia 7:0, Wales — Jamaika 5:0, Argentinien — Ber-muda 5:0, Schottland — Kanada 5:0, Bel-gien — Dänemark 7:0 (die deutsche Mann-schaft nimmt nicht teil).

Hockey

Weltmeisterschaft der Damen in Edin-burgh: Irland — Österreich 7:2, Holland ge-gen Trinidad 4:0, England — Malaysia 7:0, Wales — Jamaika 5:0, Argentinien — Ber-muda 5:0, Schottland — Kanada 5:0, Bel-gien — Dänemark 7:0 (die deutsche Mann-schaft nimmt nicht teil).

Fechten

In Montreal: Florett: 1. Jurka (CSSR), 2. Noel (Frankreich), 3. Denissov (UdSSR), 4. Matthias Behr (Tauberbischofsheim).

Hallenhandball

Pokal der Damen, Vorschau-Runde: Guts Muts Berlin — Rot-Weiß Kiebitzreihe 16:10, Bayern München — Rot-Weiß Auerbach 8:10; Berlin und Auerbach im Endspiel. — Privatspiel der Männer: OSC Rheinhausen — SG Rietzenbach 18:15.

Volleyball

Länderspiel der Frauen in Bad Soden: BR Deutschland — Belgien 3:2 (15:2, 16:18, 7:15, 15:12, 15:8).

Schießsport

Kleinkaliber, Standardgewehr, 50 m, 1. Klingner (Bremervörde) 580 von 600 Ringen, 2. Wolff (Kumbach) 577, 3. Rühle (Wiesba-den-Bleibich) 576; Mannschaftswertung: 1. SG Pforzheim 2260, 2. SG Wiesbaden-Bleib-ich 2255, 3. HSG München 2253, — Scheib-engewehr, 100 m: 1. Klingner 292 von 300, 2. Hamm (München) 291, 3. Jansohn (Fürth) 289; Mannschaft: 1. HSG München 1152, 2. SG Bremervörde 1145, 3. SG Fürth 1142, — Freie Pistole, 50 m: 1. Labenski (Wilhelmshe-ven) 553 von 600, 2. Dille (Fürth) 553, 3. Meyer (Düsseldorfer) 551; Mannschaft: 1. SV Hegels-berg Kassel 2151, 2. SV 1861 Wilhelmshaven 2149, 3. SG Ludwigshafen 2134.

Deutsche Meisterschaften in München, Männer: Zimmerstutz (15 m): 1. Mattheis (Ulm-Wiblingen) 285 (deutscher Rekord), 2. Lind (Heilbronn) 276, 3. Ramms (Pforz-heim) 276; Mannschaftswertung: 1. Ulm-Wiblingen 1075 (deutscher Rekord), 2. Gilde Odernhardt 1092, 3. SG Alach 1085; Schnellfeuerpistole (25 m): 1. Radke (Ber-lin) 596, 2. Glock (Heidelberg) und Blösch (Fürth) je 539; Mannschaftswertung: 1. SG Heidelberg 2344 (2400), 2. NSG Stuttgart 2335, 3. TuS Linlich; Luftpistole (10 m): 1. Orth (Aachen) 385 (400), 2. Peter (Kassel) 385, 3. Labenski (Wilhelmsheven) 383; Mannschaftswertung: 1. SV Hegelsberg-Kassel 1519 (1600), 2. SG Heidelberg 1502, 3. SV Wilhelmshaven 1498; Laufende Kei-ler: 1. Zeisner (Gütersloh) 561 (600), 2. Bennekraft (Rhehu) 546, 3. Chotloffer (Hannover) 545; Mannschaftswertung: 1. SG Kronach 1608 (1800), 2. SG Wismar 1597, 3. BSG Harde 1573; Frauen, Luftpistole (10 m): 1. Weibgen (Offenburg) 368 (400), 2. Rothe (Itzehoe) 367, 3. Ka-sten (Wolfenbüttel) 367; Mannschaftswertung: 1. SG Lindau-Bodensee 1078, 2. SG Wolfenbüttel 1074, 3. Gilde Itzehoe 1064.

Leichtathletik

London, Crystal Palace: Männer, 200 m: 1. Williams (USA) 20,3, 2. Quarrie (Jamaika) 20,6, 3. Riddick (USA) 20,8; 400 m: 1. Jenkins (Großbritannien) 45,6, 2. Bennett (GB) 46,1, 3. Hermann (Levershausen) 46,3; Meile: 1. Walker (Neuseeland) 3:53,6, 2. Bolt (Kenia) 3:54,9, 3. Dixon (Neuseeland) 3:55,5; 10 000 m: 1. Foster (GB) 27:45,4 (Weltjahresbest-zeit), 2. Shorter (USA) 27:45,9, 3. Hermens (Holland) 27:46,5 (Landesrekord), ... 14. Hil-denbrand (Darmstadt) 28:29,0; 400 m Hürden: 1. Pascoe (GB) 48,8, 2. Nusse (Holland) 49,9, 3. Bolding (USA) 50,0; 3000 m Hindernis: 1. Malinowski (Polen) 8:18,1, 2. Korst (Saar-brücken) 8:21,7, 3. Gärderud (Schweden) 8:25,6; Stabhochsprung: 1. Kozakiewicz (Po-len) 5,42 m, 2. Bucarski (Polen) 5,35 m, 3. Baird (Australien) 5,35; Kugelstoßen: 1. Capes (GB) 20,42 m, 2. Feuerbach (USA) 19,78 m; Hammer: 1. Hüning (Rhede) 73,88, 2. Riehm (Trier) 72,66, 3. Black (GB) 70,16; — Frauen, 100 m: 1. Lynch (GB) 11,4, 2. Rot (Israel) 11,6; 400 m: 1. Szwinska (Polen) 50,8, 2. Murray (GB) 51,8, 3. Elder (GB) 52,71.

Frauen-Länderkampf Bundesrepublik Deutschland — Rumänien in Heidenheim: 74:72; die besten Einzelergebnisse: 100 m: 1. Richter (Darmstadt) 11,2, 2. Helten (Dort-mund) 11,3; 400 m: 1. Wilden (Levershausen) 52,5; 800 m: 1. Suman (Rumänien) 2:02,9; Diskuswerfer: 1. Menis (Rumänien) 65,16; Weitsprung: 1. Catinean (Rumänien) 6,36;



Nach 10 000 Metern lächelnd durchs Ziel: Brenda Foster (Großbritannien) gewann im Londoner Crystal Palace in der hervorragenden Zeit von 27:45,4 Minuten. Foto: AP

200 m: 1. Richter 22,9; Speerwerfen: 1. Stancu (Rumänien) 60,98; 3000 m: 1. Andrei (Rumänien) 9:30,8; 100 m Hürden: 1. Ka-schinski (Levershausen) 13,2; Kugelstoßen: 1. Lohin (Rumänien) 19,15; Hochsprung: 1. Joan (Rumänien) 1,84; 4x100-Meter-Staffel: 1. Bundesrepublik (Barth/Weinstein/Hollmann/Wilden) 3:34,5; 4x100-Meter-Staffel: 1. Bundes-republik (Helten/Kroninger/Richter/Wilkes) 43,5; 1500 m: 1. Wellmann (Levershausen) 4:17,5. In Sofia: 4x800 m der Frauen: Bulgarien 8:05,2 Min./Weltrekord, bisher Bulgarien mit 8:08,6. — In Helsinki: Länderkampf Finn-land — Sowjetunion: 10 000 m: 1. Viren (Finnland) 28:11,4, 2. Tuominen (Finnland) 28:30,2; Dis-kus: 1. Tuokko (Finnland) 64,10 m, 2. Kahma (Finnland) 63,18 m; Hammer: 1. Sedych (UdSSR) 71,18 m. — Länderkampf Schweden — CSSR in Göteborg: Männer: Hochsprung: 1. Almen (Schweden) 2,19 m, 2. Moravec (CSSR) 2,19m. — Länderkampf der Frauen: Kanada — DDR (51:83) in Sudbury/Ontario: 200 m: 1. Stecher (DDR) 27,7; 400 m: 1. Streidt (DDR) 51,3; 800 m: 1. Wenzel (Kanada) 2:02,6; 4x100 m: 1. DDR 43,6, 2. Kanada 44,5 (Landesrekord); 4x400 m: 1. DDR 3:29,3; Hochsprung: 1. Walker (Kanada) 1,86 m; Kugelstoßen: 1. Adam (DDR) 20,66 m; Dis-kus: 1. Engel (DDR) 64,56 m; Speerwurf: 1. Fuchs 66,46 m. — Algierspiele in Alger: Männer: 10 000 m: 1. Zeddad (Tunisien) 28:27,0; Weitsprung: 1. Stekic (Jugoslawien) 8,23 m (2,20 m/ssek Rückenwind) EV 54, HC thanlauf von Enschede: 1. Hill (Großbritan-nien) 2:15:59,2 Std. (Streckenrekord), 2. Keith (Großbritannien) 2:18:43,9.

Ringen

Bundesliga, Gruppe West: KSG Ludwigshafen — KSV Witten 07 11:5:28,5 Pkt., ASV Mainz 88 — KSV Effen 28:5:11,5, ASV Heres Dortmund — Einigkeit Aschaffenburg 27:13, KSV Seehelm — VIK Schifferstadt 3:5:36,5; Gruppe Süd: AV Bollenfurt/Rosenburg — AV Freiburg-St. Georgen 20:20, SV Freising — AC Bad Reichenhall 15:22,5, ATSV Kelheim — SV Hallbergmoos 17:5:16,5.

Amateurboxen

Privatkampf, Velberter BC — Chemie Halle 7:15 vor 1200 Zuschauern. Bundesliga: Bavaria Rosenheim — Bayer Leverkusen 9:11.

Berufsboxen

In Anaheim/Kalifornien, Weltmeisterschaft im Bantamgewicht: Zamora (Mexiko) ver-teidigt seinen Titel gegen Sukhotai (Thai-land) durch Abbruchsieg in der 4. Runde.

Eishockey

Hessenpokal: Kölner EC — FBK Karlstad 4:6 (damit steht Karlstad als Sieger fest), VfL Bad Nauheim — Eintracht Kassel 4:4, HC Chamonix — Österreich 5:2 (in Braunlage), Privatspiele: Berliner SC — Tappara Tampere 1:10, EV Füssen — Düsseldorfer EG 4:9.

Turfergebnisse

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. Rennen: 1. Samos (G. De Chevigny), 2. Sir Atkins, 3. Parforce; 12 II.; Toto: 38, 11, 11, 18; EW: 46; Dreierwette: 376. — 2. Rennen: Presse-Preis Rennquintett-Aus-gleich 23 000 DM, 2300 m: 1. Colbus (P. Rem-mer), 2. Celestin, 3. Mexikaner; 16 II.; Toto: 52, 20, 22, 21; EW: 276. — 3. Rennen: 1. Euryble (C. Trampenau), 2. Sloite Dido, 3. Ansicht; 13 II.; Toto: 76, 16, 16, 16; EW: 576; Dreierwette: 376. — 4. Rennen: 1. Forsythia (P. Raabe), 2. Happy Friend, 3. Sela; 9 II.; Toto: 14, 10, 11, 11; EW: 52. — 5. Rennen: 1. Sloite Dida (H. J. Kolb), 2. Lokaido, 3. Atlantikwall; 8 II.; Toto: 64, 16, 22, 14; EW: 576; Dreierwette: 1556. — 6. Rennen: 1. Posticheuse (L. Tranjanowski), 2. Wuthering Heights, 3. Grace; 11 II.; Toto: 37, 26, 19, 16; EW: 240. — 7. Rennen: 1. Filolia (E. Schindler), 2. Regala, 3. Arie; 9 II.; Toto: 95, 22, 13, 15; EW: 840; Dreierwette: 3548. — 8. Rennen: 20 000 Mark, 1200 Meter: 1. Rhanus (M. Horwart), 2. Nult a Venice, 3. Andrang; 11 II.; Toto: 52, 58, 22, 20; EW: 1256. — 9. Rennen, 1800 Meter: 1. Sea Life (L. Jansen), 2. Teasing, 3. Lindbergh; 17 II.; Toto: 80, 34, 174, 30; EW: 10 652; DW: 64 888. — 3. Rennen, 10 000 Mark, 2400 Meter: 1. Arianus (D. Richardson), 2. Kandulus, 3. Un-fug; 15 II.; Toto: 56, 18, 20, 30; EW: 128. — 4. Ren-nen, 1600 Meter: 1. Malspeich (O. Gervail), 2. Canvay, 3. Holdama; 20 II.; Toto: 19, 14, 18, 26; EW: 1592; DW: 4184. — 5. Rennen, 10 000 Mark, 2400 Meter: 1. Friedensbote (P. Alati), 2. Musi-kan, 3. Cheif; 15 II.; Toto: 19, 14, 18, 26; EW: 1792. — 6. Rennen, 60 000 Mark, 1600 Meter: 1. Baly Rockette (G. Doleuze), 2. Garzer, 3. Im-pulsivo; 8 II.; Toto: 23, 12, 11, 15; EW: 1048. — 7. Rennen, 1800 Meter: 1. Mount Cook (J. Koppel), 2. Se-bastian, 3. Manzano; 13 II.; Toto: 72, 26, 18, 50; EW: 392; DW: 9184. — 9. Rennen, 3600 Meter: 1. Drachenfels (G. Rosenbusch), 2. Schwarzwald, 3. Puro Oro; 9 II.; Toto: 32, 14, 14, 17; EW: 92. — 10. Rennen, 1800 Meter: 1. Caline (P. Schade), 2. Tabaco, 3. Winterrose; 17 II.; Toto: 56, 26, 38, 34; EW: 1876; DW: 15 516.

der Frankfurter FINANZBRIEF

■ Informationsdienst für Selbständige und Leitende
■ Geldanlagen — Steuern — Versicherungen
■ Die neuesten Tips und Trends zweimal im Monat
Abonnement mit 21,70 DM, Jahresvorzugspreis 235 DM (inkl. 5,5% MwSt. + Porto). Probierlieferung kostenlos. Bitte unsere Zeile ausfüllen, Anzeigekaufbeleg ein-senden an: „Der Frankfurter Finanzbrief“, 6 Frankfurt 1, Postfach 4266.
Name und Anschrift

Ihr leistungs-starker Partner für Sicherheit, Vorsorge und Vermögens-bildung

Lloyd

in Mio DM
1970 1974

Versicherungs-summe Leben:	631	1191
Neuzugang	2967	6067
Gesamtbestand		
Den Lebensversicherten aus Überschüssen gut-geschrieben od. reserviert	231	329
Beitragsentnahmen insgesamt	212	352
Vermögensanlagen insgesamt für unsere Versicherten	781	1337
Versicherungsleistungen insgesamt	97	134

Deutscher Lloyd Versicherungen
8000 München 2, Karlstraße 10

Höhere Zinsen auf Ihrem Bankbuch

Dänemarks führende Bank für Auslandsanlagen bietet Ihnen eine sichere Geldanlage zu hohen Zinsen.

Verlangen Sie noch heute nähere Auskünfte über die attraktiven Anlagemöglich-keiten.

Bilanzsumme D.Kr. 1.500.000.000
Eigenkapital D.Kr. 136.000.000
43 Filialen in ganz Dänemark

Finansbanken

VESTERBROGADE 9 - POSTFACH 298
DK-1681 KOPENHAGEN V.
TELEFON 00 45 21 22 22

Messestände
s. preisg.
Tel. 0 61 74 / 55 75/6

Immobilien in den USA

Schweizer mit langjähriger Berufserfahrung und Kontak-ten zu renommierten US-Part-nern empfiehlt sich bei Insti-tutionen, Firmen und Privat-leuten zur Recherche, Pro-bierlösungen, Verwaltung und Investition auf diesem lukrativen Markt.

Zuschriften erbeten von Ihnen: Immobilienfachmann, Postfach 184, CH-1211 Genf 2.

Machen die Termine Kummer? Europcar hat diese Nummer:

Berlin: 030/2137097/98 Hamburg: 040/244455 Düsseldorf: 0211/374058 Frankfurt: 0611/252160 München: 089/187074/96 u. in 72 weiteren Städten.

europcar
autovermietung

Württembergische Metallwarenfabrik Geislingen (Steige)

Verkürzte Bilanz zum 31. Dezember 1974

AKTIVA	1974	1973	PASSIVA	1974	1973
	TDM	TDM		TDM	TDM
Sachanlagen	52 599	50 777	Grundkapital	37 500	37 500
Beteiligungen	8 820	3 055	Rücklagen	39 734	38 179
Lang- und mittelfristige Forderungen	2 358	2 365	Sonderposten m. Rücklageanteil	1 588	2 187
Vorräte	110 157	102 318	Wertberichtigungen	1 346	1 404
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33 301	31 091	Pensionsrückstellungen	11 846	8 715
Flüssige Mittel	3 401	4 042	Andere Rückstellungen	23 611	16 979
Forderungen an verbundene Unternehmen	5 175	7 710	Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	43 163	42 698
Sonstige Aktiva	2 375	1 769	Kurzfristige Verbindlichkeiten	52 908	51 440
	<u>218 186</u>	<u>203 127</u>	Bilanzgewinn	6 790	6 025
				<u>218 186</u>	<u>203 127</u>

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1974

	1974	1973
	TDM	TDM
Umsatzerlöse	386 285	344 433
Bestandsänderung der Erzeugnisse	+ 2 774	+ 13 945
Andere aktivierte Eigenleistungen		3 768
Gesamterlöse		362 146
Materialeinsatz		131 109
Rohrertrag		231 037
Erträge aus Gewinhabführungsverträgen und Beteiligungen	217	237
Sonstige Erträge	<u>6 238</u>	<u>5 768</u>
Personal aufwendungen	163 499	152 788
Abschreibungen	16 045	15 487
Zinsaufwand	9 415	8 904
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	16 598	12 783
Sonstige Steuern	77	73
Sonstige Aufwendungen	<u>43 039</u>	<u>41 483</u>
Jahresüberschuß	10 320	7 462
Gewinn aus dem Vorjahr	25	139
Entnahmen aus Rücklagen	10 345	7 589
Einstellung in Rücklagen	445	427
Bilanzgewinn	<u>10 790</u>	<u>8 025</u>
	<u>4 000</u>	<u>2 000</u>
	<u>6 790</u>	<u>6 025</u>

Die ungekürzte Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung ist von der Schlicht Schwäbische Treuhand-Aktiengesellschaft mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sie wurde im Bundesanzeiger Nr. 121 veröffentlicht.

Dividendenbekanntmachung

Die 92. ordentliche Hauptversammlung vom 4. Juli 1975 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1974 von DM 6 790,799,84 eine Dividende von DM 9,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- = DM 6 750,000,- auszuscheiden und den Restbetrag von DM 39 799,84 auf neue Rechnung vorzutragen.

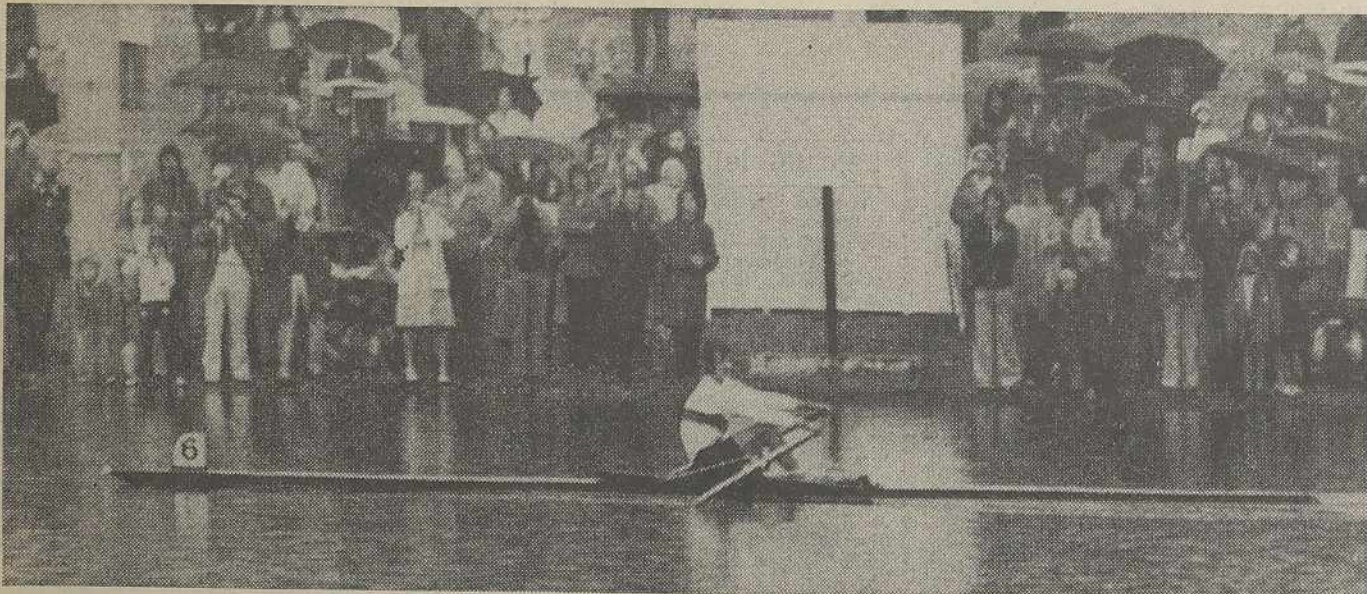
Ab sofort werden die Dividendenscheine Nr. 28 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer für jede Stamm- und Vorzugsaktie

über DM 1 000,- eingelöst mit netto DM 135,-,
über DM 100,- eingelöst mit netto DM 13,50,-
über DM 50,- eingelöst mit netto DM 6,75,-.

Zahlstellen sind unsere Gesellschaftskasse in Geislingen (Steige) sowie in Stuttgart und Frankfurt die Deutsche Bank AG. Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn ein inländischer Aktionär eine Bescheinigung seines Finanzamts nach § 2b KapStDV vorlegt.

Geislingen (Steige), im Juli 1975

DER VORSTAND



Erstmals gewann ein Ruderer aus der Bundesrepublik den Einer bei einer Weltmeisterschaft: Der 22 Jahre alte Hamburger Peter-Michael Kolbe (unser Bild) siegte am Samstag vor 12 000 Zuschauern in Nottingham vor dem Iren Sean Drea und Martin Winter aus Magdeburg, den die DDR für Titelverteidiger Hönig nominiert hatte. Kolbe war bereits 1973 Europameister

dieser Bootsklasse, ruderte jedoch im vergangenen Jahr im Vierer mit Steuermann, der in Luzern Bronze gewann. Der lange Hamburger begann im Endlauf nicht mit voller Schlagzahl und rangierte bis 800 Meter hinter Drea und dem Argentinier Ricardo Daniel Barra, der später Fünfter wurde, auf Platz drei. Mit einem Spurt wollte er jedoch die Spitzengruppe auf-

lieferte sich einige hundert Meter mit dem „Haus-Favoriten“ Drea einen Boot-an-Boot-Kampf und setzte sich dann immer deutlicher ab. Erst auf den letzten Metern ließ Kolbe angesichts des schon sicheren Sieges den Iren noch auf eine halbe Länge herankommen. Martin Winter sicherte sich im Endspurt noch den dritten Platz.

Foto AP

Ruder-Weltmeisterschaften in Nottingham:

Zufriedene Deutsche aus Ost und West

NOTTINGHAM. „Bei uns ist es vorbei“, erklärte der Präsident des Ruderverbandes der DDR, Wilfried Hofmann, nach den ersten vier Rennen des großen Finales der Ruder-Weltmeisterschaften in Nottingham mit saurer Mine. Bis dahin war für die DDR außer dem Titelgewinn im steuermlosen Zweier durch die eineigen Potsdamer Zwillinge Bernd und Jörg Landvoigt „nur“ Silber abgefallen. Aber was zählt schon Silber, wenn man sich in Gold gewogen hat. Später sahen die Funktionäre der DDR am grauerhangelnen regnerischen Himmel wieder strahlendes Licht; in den letzten vier Entscheidungen (Zweier mit Steuermann, Vierer ohne Doppelvierer und Achter) regnete es für sie Gold. Am Ende hatte man immerhin wieder fünf Titel im Netz. Zweimal Silber (Vierer mit Steuermann und Doppelzweier) sowie einmal Bronze durch den in Nottingham entzauberten neunzehnjährigen Magdeburger Martin Winter im Einer, zählen für „drüben“ schon kaum.

Martin Winter übrigens wurde deutlich ein Opfer dummer Isolationspolitik. Man behandelte das neue Skul-

ler-Juwel wie ein Rührmichnichtan. Statt ihn auf große Aufgaben gegen den neuen Weltmeister, das Hamburger Naturalent ohne Nerven Peter Michael Kolbe und gegen dessen Henley-Bezwinger Sean Drea, also gegen die Hauptkonkurrenten im Kampf um WM-Titel und Medaillen zu schicken, ließ man ihn ein einziges Mal im Westen starten, auf der Regatta von Nottingham, wo er keine ernsthaften Gegner vorfand. Auch DDR-Funktionäre sind also nicht unfehlbar. Der Fall Martin Winter aber dürfte ihnen eine Lehre sein, wie falsch es war, vom Achter abgesehen, in diesem Jahr die Rotseeregatta von Luzern zu boykottieren und ebenso, wie schon immer, das Internationale Ruderchampionat von Deutschland.

Noch allerdings kann man sich jenseits der Mauer solche Fehler erlauben. Noch führt man im Medaillenspiegel und in der Nationenpunktwertung deutlich. Stoppzeichen und Achtungssignale aber wurden von anderen Nationen in Nottingham bereits gesetzt: von den Russen im Vierer mit Steuermann und zumindest im Vorlauf auch im Achter, von den neuen Norweger Dop-

pelzweier-Weltmeistern Falk und Alf Hansen und ebenso von Peter Michael Kolbe und Silbermedaillengewinner Drea im Einer.

Die Jagd auf den Erfolgsgiganten DDR hat also begonnen. Wie schwer dies jedoch ist, bewies bei den WM der DDR-Achter. Im Vorlauf deklariert, zu „Strafexerzieren“ im Boot verdonnert, war er im Endlauf wieder unbezwingbar.

„Wir haben den Tiefpunkt jetzt erstaunlich überwunden“, beteuert DRV-Präsident Dr. Claus Hess. Das Abscheiden der Ruderer der Bundesrepublik mit einer Goldmedaille im Einer und zweimal Bronze im Vierer mit Steuermann durch die Färber-Crew sowie durch Thomas Hitzbleck/Klaus Jäger im Zweier mit Steuermann läßt hoffen. „Aber es ist noch ein langer Weg bis zum Gipfel“, schränkte er ein. „Deshalb hatten wir uns das Ziel richtig Platz gesetzt. Das haben wir erreicht. Wichtig aber scheint mir vor allem, daß die Mannschaften, die etwas erreicht haben. Anlaß zu Hoffnungen auf eine gute Platzierung im olympischen Jahr geben.“ KURT NEUFERT

Weltmeisterschaften im Straßenradfahren:

Holländer gewinnen bei Profis und Amateuren

YVOIR (dpa/ea). Das war die Straßen-Weltmeisterschaft der Holländer. 24 Stunden nach dem Sieg von Adrianus Gevers bei den Amateuren streifte sich auch bei den Profis ein Holländer das Regenbogen-Trikot des Straßen-Weltmeisters über: Hennie Kuiper, der Olympiasieger von 1972, fuhr in der vorletzten von 20 Runden, nach rund 240 km, den entscheidenden Vorstoß, ließ sich auch in der letzten Runde seinen Vorsprung nicht mehr abjagen und erreichte als zweiter Holländer seit 1969 (Harm Ottenbros) den höchsten Radsporttitel der Berufssportler.

Eddy Merckx aber, der sich nach seiner Niederlage in der Tour de France unbedingt im eigenen Land die Weltmeisterschaft holen wollte, belegte lediglich den achten Platz. Die Ehre der Belgier rettete ausgerechnet Merckx' Intimfeind Roger de Vlaeminck, der die Verfolgergruppe 13 Sekunden hinter dem Holländer als Zweiter ins Ziel

führte. Dritter wurde der Franzose Jean-Pierre Danguilleaume.

Enttäuschend war einmal mehr das Abscheiden der deutschen Fahrer. Nachdem tags zuvor bei den Amateuren mit Troit und Thaler nur zwei Fahrer an 46. und 54. Stelle das Rennen beendeten, kam bei den Profis nicht ein einziger Deutscher ins Ziel. Dietrich Thraur wurde wegen Radwechsels vom Renngericht disqualifiziert, alle übrigen Fahrer gaben nach und nach das Rennen auf.

Die Tränen kullerten ohne Unterbrechung über das Bubengesicht des Dietrich Thraur, als er ganz allein durch das Spalier der Zuschauer fuhr, Richtung Hotel, wo er sich erst einmal ausweinte. Er wollte es nicht wahr haben, daß man ihn so einfach aus dem Wettbewerb genommen hatte, nachdem das Weltmeisterschaftsrennen von Ivor mit seinen zwanzig Runden gerade erst vier Runden alt war. Das

Reglement befahl es. Nur konnten dieses Reglement weder Dietrich Thraur und sein Teamkamerad und Freund, Günter Haritz, noch sonstwer in der Umgebung des jungen deutschen Profimeisters. Sein holländischer Teamleiter Peter Post hatte gestanden: „Ich habe das nicht gewußt. Ich habe Haritz sogar noch gesagt, er soll Dietrich das Rad geben, wenn etwas passiert.“ Und das tat der Heidelberger denn auch, als Ende der dritten Runde der Hinterradreifen von Thraur Rennrad in Fetzen ging. Dabei war es nicht so dringend nötig, direkt das Rad zu wechseln, denn das Rennen war noch nicht schnell, und ein Ersatzrad wäre schnell gerichtet gewesen. Doch was tut man nicht alles in der Nervosität seiner ersten Weltmeisterschaft bei den Profis, zumal wenn man überzeugt ist, es ebenso tun zu dürfen wie bei den Rundrennfahrern oder bei den klassischen Rennen. Daß es bei den Weltmeisterschaften anders ist, steht im Reglement.

Ratlosigkeit unter den deutschen Amateuren

Die große Ratlosigkeit stand in allen Gesichtern. Was haben wir falsch gemacht? Darüber wird noch eine Zeit diskutiert werden. Seit 1971 waren es die deutschen Amateurstreifenfahrer gewohnt, daß irgendwer von ihnen auch bei der Weltmeisterschaft im Blickfeld blieb. 1971 war der Kölner Koslar Fünfter, 1972 in München Wilfried Troit als Sechster nicht weit von einer Medaille entfernt, 1973 fuhr sogar fünf der sechs in einem guten Finish in Barcelona mit Oleknavics an der Spitze auf die Ränge zwischen 8 und 15, und vor einem Jahr in Mont-real war Peter Weibel Fünfter. Und jetzt in Mettet: 46. Troit, 54. Thaler, 57. Jakst mit Rückständen von fast acht bis zu mehr als 15 Minuten. Das war

nicht nur enttäuschend, das war erschreckend. Nur Erklärungen findet keiner. Auch die Rennfahrer nicht.

Thaler gesteht, daß er sich gern an die Weisungen von Rudi Altig gehalten hätte und im Vorderfeld gefahren wäre, wenn er gekonnt hätte. Er habe durchaus in allen Situationen erkannt, was geschehe und was er dagegen tun müsse. Allein die Erkenntnis sei nicht zu verwirklichen gewesen. Mangels Kraft. Das gilt auch für Troit, gilt erst recht für Weibel und Jakst, die offensichtlich die Plackerei vom Mittwoch im 100-Kilometer-Viererrennen noch nicht verdaut hatten, gilt für den am Mittwoch schon versagenden Singer und gilt auch für Ersatzmann Michal-

ske. Er war nur in Rennen genommen worden, weil Jürgen Kraft am Vortag beim letzten Training von einem Auto umgefahren wurde und mit einer Gehirnerschütterung und mit einem Wadenbeinbruch ins Krankenhaus kam.

Die großen Programmierer im Sport, die Polen, Russen, DDR-Fahrer, waren letztlich auch unter den Geschlagenen von Mettet, wenn auch längst nicht so herb und derb wie die Fahrer von Rudi Altig. Ein Holländer mit Namen Andre Gevers, ein bärenstarker Bursche, der das „Im-Wind-Fahren“ gewohnt ist, und ein Schwede mit Namen Sven Ake Nilsson führen in der Endphase der 182 Kilometer allen anderen unüberwindlich davon. EBERHARD ANDERS

Das Präsidium des Deutschen Sportbundes:

Keine Panik, aber Mobilmachung im Leistungssport

WOCKLUM/WESTFALEN (dpa). Elf Monate vor Beginn der Olympischen Spiele in Montreal hält der Deutsche Sportbund (DSB) eine Art von Mobilmachung im Leistungssport der Bundesrepublik für notwendig. Das DSB-Präsidium beschloß am Wochenende auf seiner Sitzung in Wocklum für den 26. September ein Treffen in Frankfurt mit den Präsidenten der Spitzensportverbände und den jeweils verantwortlichen für den Leistungssport. Dabei soll es zu einer Generalaussprache kommen mit dem Ziel, die letzten Weichenstellungen für Montreal vorzunehmen und eingeschlagene Marschrichtungen, wenn notwendig, zu korrigieren.

„Unser Hochleistungssport befindet sich in einer ähnlichen Situation wie ein Jahr vor München, minus damaligen Heimvorteil.“ Mit dieser Formel beschrieb der Vorsitzende des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), Heinz Fallak, in seinem Referat vor dem Präsidium den gegenwärtigen Zustand des Hochleistungssports in der Bundesrepublik. Auch DSB-Präsident Willi Weyer sah keinen Anlaß für eine Dramatisierung. „Es gibt ernsthafte Mängel. Doch es wäre völlig falsch, wollte man nun in Panik verfallen.“

In der noch verbleibenden Zeit bis zu den Spielen geht es um eine Konzentration der Anstrengungen auf Montreal-Aspiranten, wobei der DSB das Nationale Olympische Komitee (NOK) in seiner Absicht voll unterstützt, nur Sportler mit Aussichten auf einen Finalplatz in die Olympia-Mannschaft aufzunehmen. Der BAL soll in seiner Funktion als Zentrale Koordinierungsstelle aller olympischen Anstrengungen gestärkt werden. Fallak: „Der BAL baut weiterhin auf Partnerschaft mit den Verbänden. Doch er wird sich künftig nicht scheuen, zu kritisieren und notfalls auch an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn von den Verbänden Vereinbarungen nicht eingehalten werden.“

Bei den insgesamt elfstündigen Beratungen, die auf dem Schloß des DSB-Vizepräsidenten Graf Landsberg-Velen abgehalten wurden, bezog der DSB auch Stellung zu sportpolitischen Fragen der Gegenwart. Im Verlauf der öffentlichen Diskussionen, die in den letzten Wochen durch den olympischen Streik-Aufruf von Sporthilfe-Chef Josef Neckermann ausgelöst worden war, entstand, so Weyer, ein „schiefes Bild“ über die staatliche Sportförderung. Um dies zu korrigieren, erkannte das DSB-Präsidium in seinem Ab-

schlußkommuniqué die „großen Leistungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes dankbar an“.

Sollte sich die Sporthilfe aufgrund einiger Initiativen von Bundesländern Hoffnungen gemacht haben, seine leeren Kassen durch direkte Zuwendungen der Länder etwas aufzufüllen, so wäre diese Erwartung seit dem Wochenende unrealistisch. Die angebotenen Länder-Gelder haben den Nachteil, daß sie aus dem Sport-Topf entnommen werden sollen. Ein Mehr für den Spitzensport würde ein Weniger für den Breitensport bedeuten; eine Alternative, die für den DSB nicht in Betracht kommt. Mittelfristig sieht der DSB für die Sporthilfe ohnehin nur eine Hilfe: sie muß von einigen Aufgaben entlastet werden, „die den öffentlichen Händen obliegen“. In einer mittel- und langfristigen „Flurbereinigung“ (DSB-Generalsekretär Gieseler) soll die Sporthilfe ihrer Verpflichtungen im Zusammenhang mit Sportinternen, Trainieranstellungen, Beteiligung an Sportanlagen, Entwicklung von Stützpunkten und „Jugend trainiert für Olympia“ entbunden werden, um sich ganz auf ihre eigentliche soziale Aufgabe der Sportler-Hilfe konzentrieren zu können.

Ruth Fuchs wirft den Speer 66,46 Meter weit

SUDBURY/ONTARIO (sid). Höhepunkt des Leichtathletik-Länderkampfes der Frauen Kanada — DDR war der Speerwurf. Olympiasiegerin Ruth Fuchs (DDR) erzielte mit 66,46 Metern eine neue Welt-Jahresbestleistung. In Sudbury, in der kanadischen Provinz Ontario, siegten die DDR-Frauen eindeutig mit 83:51 Punkten. Neben Ruth Fuchs, die ihren eigenen Weltrekord von Rom 1974 nur um 76 Zentimeter verfehlt, zeigten sich Diskuswerferin Sabine Engel mit 64,56 Meter bei ihrem erneuten Sieg über Gabriele Hinzmann, Marianna Adam im Kugelstoßen mit 20,66 Metern, Ellen Streidt bei ihrer erfolgreichen Meisterschaftsrevanche über 400 Meter an Brigitte Rohde mit 51,3 und Ulrike Klapczynski über 1500 Meter in 4:08,8 noch in hervorragender Form.

Ford-Siege in Hockenheim

HOCKENHEIM (sid). Nach dem achten und vorletzten Lauf vor 20 000 Zuschauern in Hockenheim haben noch drei Fahrer Titelchancen in der spannenden Automobil-Rennsport-Meisterschaft: der Hanauer Albrecht Krebs (Schnitzer-BMW), dessen Führung durch einen fünften Platz in der Klasse über 2000 cm allerdings stark zusammenstumpfte, Tourenwagen-Europameister Hans Heyer (Zakspeed-Escort) aus Wegberg und der Bonner Klaus Ludwig (Ford Capri), die beiden Klassensieger im Motodrom. Krebs führt mit 102 Punkten vor Heyer (100) und Ludwig (92).

In der Division I rehabilitierte sich Klaus Ludwig für seine enttäuschende Vorstellung von Kassel-Calden. Auf dem 458 PS starken früheren Werkes-Capri kontrollierte er nach Trainingsbestzeit souverän das Feld vom Start weg und sicherte sich unangefochten den großen Bilstein-Pokal.

Moderne Fünfkämpfer siegen in Budapest

BUDAPEST (sid). Fast gleichzeitig mit dem Gewinn der Bronzemedaille der Junioren bei der Weltmeisterschaft in Bromont (Kanada) kam auch das deutsche Senioren-Team der modernen Fünfkämpfer zu einem bemerkenswerten Erfolg. Das Team mit Meister Norbert Kühn (Darmstadt), Walter Esser (Neuss), Axel Stamann (Berlin) und Volker Riech (Freckenhorst) gewann in Budapest einen internationalen Vergleich mit 15 268 Punkten vor Ungarn (15 170) und der UdSSR (14 556). In der Einzelwertung gewann Norbert Kühn zudem mit 5240 Punkten hinter dem Ungarn Tibor Maracsó (6352) Zweiter. Volker Riech wurde Sechster (6024), Axel Stamann (5004) Siebter. Walter Esser kam nach einem Sturz beim Reiten (null Punkte) nicht über den 31. Rang (3831 Punkte) hinaus, fiel jedoch für die Mannschaft aus der Wertung.

Bundestrainer Herbert Rieden zeigte sich mit den Leistungen seiner Schützlinge sehr zufrieden: „Wir dürfen diesen Sieg mit Hinblick auf die Weltmeisterschaften im November in Mexiko jedoch nicht überbewerten. Ungarn und Sowjets hatten in ihren Auswahlmannschaften nicht unbedingt alle Leute, die wir auch in Mexiko erwarten.“

Nationenpreis in Ostende an deutsche Reiter

OSTENDE (dpa/sid). Die Springreiter der Bundesrepublik Deutschland eilen von Sieg zu Sieg: zum fünftennmal gewannen sie in dieser Saison einen Nationspreis. Nach den Erfolgen von Genf, Allenstein, Aachen und Rotterdam triumphierten Jürgen Ernst (Verden) mit Gerry, Lutz Merkel (Versmold) mit Salvaro, Hermann Schridde (Metzendorf) mit West Point und Hans Günter Winkler (Warendorf) mit Grande Giso am Samstag beim Turnier in Ostende mit 25½ Punkten vor der britischen Equipe (mit 28) Punkten. Ein anderer Erfolg beim Turnier in der Halle von Ostende war auch gleichzeitig der bedeutendste. Jürgen Ernst holte sich auf Gerry den Großen Preis von Belgien im Stechen in 36,4 Sekunden vor dem ebenfalls fehlerfreien Belgier Guido Bruyninx auf Ballili (40,5). Auf den dritten Rang kam der Britte Freddy Welsh auf Andie falsche Nationalhymne gespielt.“

Rallye der 1000 Seen:

Drei Finnen auf den ersten Plätzen

HELSINKI (sid). Die finnische 1000-Seen-Rallye, die seit 1968 kein Ausländer mehr gewinnen konnte, bleibt weiterhin eine Domäne einheimischer Fahrer. Der 33 Jahre alte Hannu Mikkola gewann auf Toyota-Carolla mit seinem Copiloten Aho bereits zum fünftenmal die wohl schnellste Rallye der Welt. Timo Mäkinen, viermal erfolgreich, mußte sich mit Beifahrer Henry Liddon (England) auf Ford Escort II mit Rang drei begnügen. Simo Lampinen (Saab) machte als zweiter den finnischen Dreifachsieg perfekt.

Bis zur Halbzeit des siebten von zehn WM-Läufen sahen 230 000 Zuschauer, die laut Veranstalter Eintrittspreise von zehn Finnmark (etwa sieben Mark) zahlten, Stig Blomqvist (Saab) in Füh-

rung. Doch der Schwede wurde wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung disqualifiziert. Der Finne Markku Alen, Gewinner der Rallye Portugal, kam im Kampf mit Mikkola von der Strecke und mußte aufgeben.

Mäkinen, der Toyota nach einem vierten Platz bei der englischen Rallye durch Björn Waldegaard und dem dritten Rang von Ove Andersson in Portugal den ersten WM-Erfolg bescherte, untermauerte seinen Ruf als äußerst erfolgreicher Rallye-Fremdenlegionär. Auf Peugeot gewann er in diesem Jahr bereits die Marokko-Rallye und belegte auf Fiat den zweiten Platz in Portugal. In der Weltmeisterschaftswertung führt Lancia mit 55 Punkten vor Fiat (43), Opel (41), Peugeot (40) und Toyota (32).

Hervorragende Läufe in London:

Foster und Walker überzeugen

LONDON (sid). 5000-Meter-Europameister Brendan Foster lief bei seinem diesjährigen Debüt auf der 10 000-Meter-Strecke in London vor 12 000 Zuschauern mit 27:45,4 Minuten eine neue Weltjahresbestzeit und ließ den Marathon-Olympiasieger Frank Shorter (USA) knapp hinter sich. In diesem ausgezeichnet besetzten Lauf wurde Klaus Peter Hildenbrand (Darmstadt) 14. in 29:29 Minuten. Im Hammerwurf gab es eine Überraschung, als Manfred Nünning (Rheide) mit 73,38 Metern erstmals den Trierer Exweltrekordler Karl Hans Riehm schlug, der auf 72,96 kam. Im 3000-Meter-Hindernislauf sah man die drei wohl führenden Läufer der Welt, Europameister Bronislaw Malinowski (Polen) revanchierte sich in 8:18,1 Minuten sowohl an Michael Karst (Saarbrücken), dem Sieger von Nizza, und an dem Weltrekordler Anders Gärderud (Schweden). Karst kam

als zweiter auf 8:21,79, Gärderud wurde dritter in 8:25,6.

Im mit Spannung erwarteten Meilenlauf vertraute der neuseeländische Weltrekordler John Walker diesmal auf seinen Spurt und lief in 3:53,6 Minuten dem 800-Meter-Olympiadritten Mike Boit (Kenia) im Spurt davon. Boit kam auf die persönliche Bestzeit von 3:54,9. Über 400 Meter war erneut David Jenkins (Großbritannien) in 45,6 Sekunden erfolgreich. Der deutsche Meister Bernd Herrmann (Leverkusen) war dritter in 46,3. Ein weiterer britischer Erfolg gelang Geoff Capes im Kugelstoßen mit 20,42 Meter vor dem amerikanischen Weltrekordmann Al Feuerbach (19,78). Weitere Sieger waren Steve Williams (USA) über 200 Meter in 20,3, Ian Pascoe (Großbritannien) über 400 Meter Hürden in 48,8 Sekunden und Irena Szewinska (Polen) über 400 Meter in 50,8.

Rennwoche in Baden-Baden:

Der Auftakt von Unfällen überschattet

N. BADEN-BADEN. — In Iffezheim drängt sich wieder die große Turf-Welt. Sechs Renntage lang bis zum nächsten Wochenende, wenn es um die 250 000 Mark des Großen Preises von Baden geht, steht das idyllische Renndorf im Mittelpunkt des deutschen GaloppSPORT-Interesses. Etwa 18 000 Zuschauer routierten am Sonntagmittag zwischen Sattelplatz, Toto-Schalter und den langgestreckten Tribünen, für Umrtrieb und Umsatz sorgend. Bei dem hochsommerlich schüligen Wetter hatten die wagenradgroßen Hüte der Damen nicht nur modische Funktionen.

Der Auftakt am vergangenen Freitag wurde allerdings von einigen Unfällen überschattet, als sich beim Hürdenrennen das Pferd Nagan in einem Massensturz das Genick brach und Andreas im dritten Rennen auf der Flachstrecke so unglücklich stürzte, daß das Pferd sofort getötet werden mußte. Am Vormittag hatte Kronenkränich schon beim Training den bekannten Jockey

Hajo Remmert abgeworfen, der nun statt zu reiten während der Iffezheimer Woche mit Wirbelverletzungen die Veranstaltung vom Krankenhaus aus verfolgen muß.

Beim ersten Höhepunkt der Woche, dem Fürstberg-Rennen, das mit dem Spren-Preis (die beide jeweils mit 60 000 Mark dotiert sind) als Generalprobe für den Großen Preis von Baden gewertet werden, gab es einen leichten Start- und Zielsieg des Favoriten Monzena vor Carvo und Gernegroß. In dem Rennen der besten Dreijährigen, die zur Zeit intakt sind, in dem nur der Derbysieger Königssee fehlte, spielte der ebenfalls hoch vorgewettete Kronenkränich keine Rolle. Monzena aus dem Gestüt Schlenderhan, von Fall geritten, hatte auf der 2200 Meter langen Distanz keine Mühe mit der Konkurrenz. Erst auf den letzten 300 Metern kam Carvo, der fünfte des Derbys, auf den zweiten Platz vor und hat damit seine gute Form der letzten Zeit bestätigt.

Schweigegeld an Rennstallbesitzer gezahlt

BADEN-BADEN (sid). Erst waren es nur zaghafte Gerüchte von vielen Seiten, jetzt bestätigte der Generalsekretär des Internationalen Clubs, Dr. Teuscher, der Club, Ausrichter der weit über Baden-Baden hinaus bekannten Pferderennen in Iffezheim, hat beim diesjährigen Frühjahrsmeeting im Mai dem Rennstallbesitzer Jürgen Haver ein Schweigegeld in ungeannter Höhe gezahlt, und diesen so zur Rücknahme eines Prozesses veranlaßt. Dr. Teuscher: „Wir haben eine Entschädigung ohne Rechtsanspruch bezahlt, um einen Skandal zu vermeiden.“

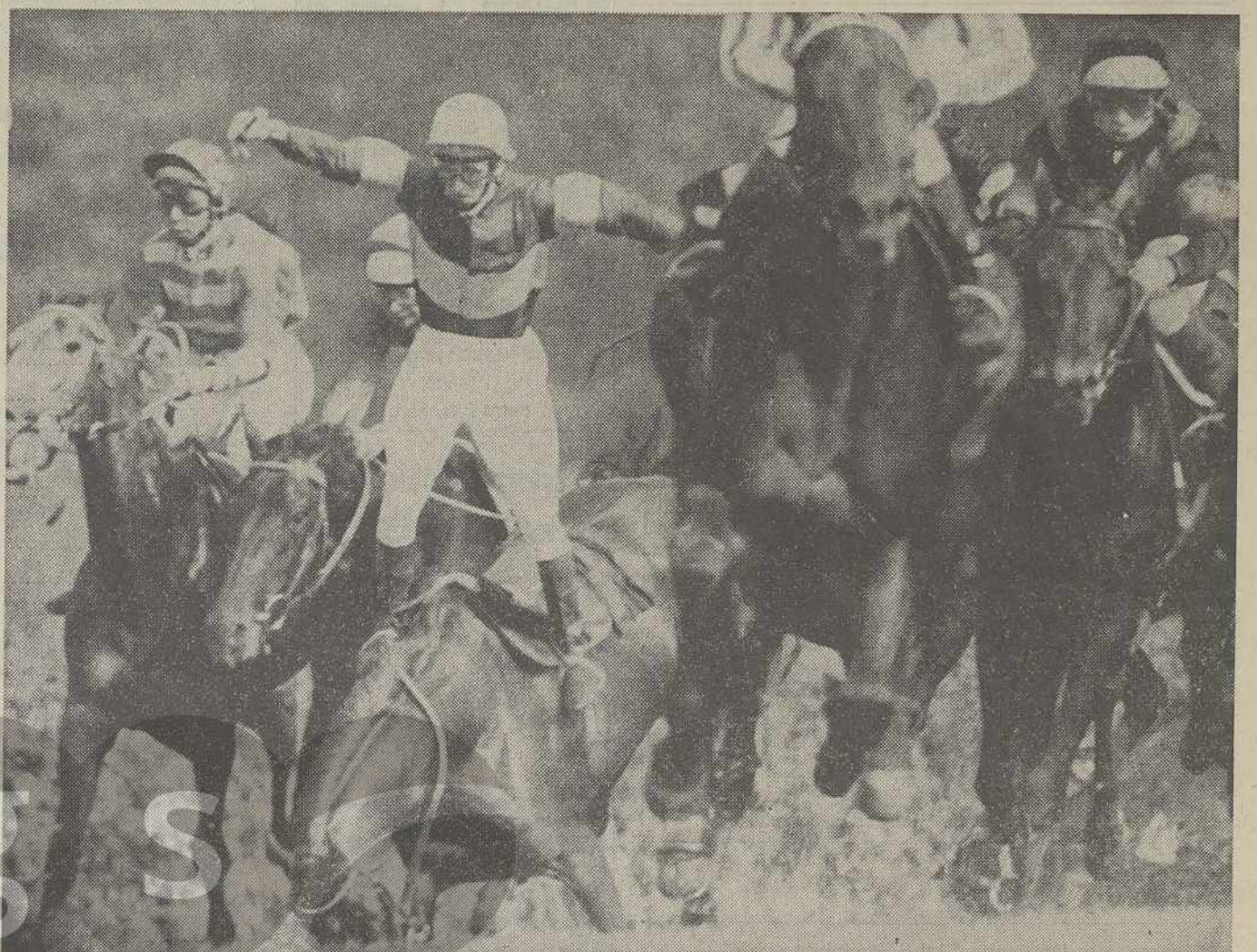
Was war geschehen? Am Eröffnungstage des Frühjahrsmeetings, am 22. Mai, wurde das achte Rennen des Tages, das Landgrafrennen, statt über die im Programm angegebene 1600-Meter-Distanz über eine 200 Meter längere Strecke entschieden. Das Hilfspersonal hatte die Startmaschine falsch installiert, der verantwortliche Starter Barthel sowie die Rennleitung hatten den Fehler jedoch ebenso wenig bemerkt wie die beteiligten Reiter. Für

Vollblutpferde ist aber die richtige Rennstanz oftmals für den Erfolg entscheidend.

Einer der ersten, die dieses Mißgeschick erkannten, war der Rennstallbesitzer Haver, dessen Pferde unter dem Decknamen Stall Bergisch Land laufen. Haver protestierte. Seine Stute Petite Princess hatte das Rennen als sechste beendet, der in München trainierte Hengst Murad gewann mit Kopfvorteil.

Die faireste Lösung wäre ohne Zweifel gewesen, das Rennen zu annullieren. Dazu konnte sich jedoch die Rennleitung nicht entscheiden.

Rennstallbesitzer Haver wiegelt heute ab: „Man hat nach dem Rennen an meine Fairneß appelliert. Der Fall wurde geregelt.“ Nahe Vertraute Havers behaupten, dieser habe mindestens den Siegpries des Rennens, also 7000 Mark, erhalten, Havers Trainer Norbert Sauer: „Haver hat nur den Siegpries bekommen. Wenn ich verhandelt hätte, hätte der Club auch 10 000 Mark gezahlt.“



Vielen schönen Bildern vom Galopprennsport stehen auch solche gegenüber: stürzende Pferde und fallende Reiter.

Dabei kommen dann die Reiter in der Regel glimpflicher davon. In diesem Rennen, das bereits am Freitag ge-läufen

wurde, brach sich Jockey Hennig das Bein, während das Pferd „Andreas“ Foto Simon

Götzendämmerung im Führerbunker

Hartmut Langes Hitler-Stück „Jenseits von Gut und Böse...“ in Hamburg uraufgeführt

Blas' dich nicht auf: sonst bringst dich zum Platzen schon ein kleiner Stich.

Friedrich Nietzsche

Hitler auf der Bühne, wie hätten Sie ihn denn gern? Eher wie Charlie Chaplin oder eher wie Alec Guinness? Chaplin und Brecht haben sich mit ihren Hitler-Bildern in Karikatur und Groteske gerettet. Diesen kunstvollen Ausweg verbietet sich Hartmut Lange in seinem Stück „Jenseits von Gut und Böse“ oder „Die letzten Stunden der Reichskanzlei“, das jetzt im Hamburger Thalia-Theater zum ersten Mal aufgeführt worden ist. Lange will nicht Parodie, nicht Distanz, kein Theater auf dem Theater; er gibt dem Zuschauer keine Chance, neben seiner Rolle zu stehen und die historische Figur als ein Demonstrationsobjekt vorzuführen. In Langes Dramaturgie der Imitation ist der Panoptikumseffekt unvermeidlich, gegen ihn kommt kein Schauspieler an, auch kein Alec Guinness.

So läßt Ulrich Matschoss die Stirnlocke und unterm Bärtchen die Mundwinkel hängen, mampft Streuselkuchen, sitzt mit verschränkten Armen düster brütend herum und stößt den Zeigefinger in der bekannten Spiralförmigkeit nach rechts und links: „Hitler, als habe ihn Boy Gobert als Gast verpflichtet. Wenn er redet, ist dies Kunststück freilich zu Ende: das klingt, als sei er mit einer falschen Stimme synchronisiert.“

Gerhard Friedrich versucht gar nicht erst, sich als Goebbels zu verstellen. Dies macht seine Figur zwar ein wenig menschlicher, doch bleibt es befremdlich, weshalb ausgerechnet dieser zufällige Herr der Joseph Goebbels sein soll. Populäre Personen der jüngsten Zeitgeschichte sind auf der Bühne durch Langes Porträtverlangen nicht herstellbar.

Bei den historischen Randfiguren, die keine festgeprägten Vorstellungen hinterlassen haben, tritt dies Problem nicht auf. So darf sich Eva-Maria Bauer mit peinlichem Plappermäulchen und huldvoll strahlender Borniertheit getrost als Magda Goebbels ausgeben. So ist Martin Bormann hinlänglich skizziert, wenn Günther Flesch Brutalität poliert. So genügt es für Stumpfegger, daß Hans Christian Rudolph die Knochen zackig zusammenreißt, und wenn Anne Stegmann scheu und schüchtern ist, so mag sie als Eva Braun passieren.

Roman Weyl hat mit Betonwänden und Breker-Büste einen Bunker der Reichskanzlei auf die Bühne gebaut. Es ist der 30. April 1945, Magda Goebbels ermordet ihre Kinder; Hitler heiratet Eva Braun und diktiert Bormann sein Testament; Arzt Dr. Stumpfegger hält das Benzin bereit, um die Leichen zu verbrennen. Der achtunddreißigjährige „Führer“, ein Schüler des in Ost-Berlin lebenden Dramatikers Peter Hacks, beschäftigt sich gern mit den Großen dieser Erde: er läßt sie sich selbst und Hartmut Lange zitieren. 1965 ist er von einer Reise nach Jugoslawien nicht in die DDR zurückgekehrt; er lebt in West-Berlin, und dort, in der Schaubühne am Halleschen Ufer,

hat er 1968 Stalin in der Gestalt des Herakles vorgeführt. Seitdem wimmelt es bei ihm von historischen Personen. Mit Ausnahme seines besten und erfolgreichsten Stücks „Die Gräfin von Rathenow“ ist er allerdings thematisch von der DDR nicht losgekommen und beim Publikum in der Bundesrepublik nicht angekommen. Nun also hat er die letzten Stunden der letzten gesamtdeutschen Herren auf die Bühne gebracht.

Mit einer historischen Rekonstruktion begnügt sich Lange nicht. Wie schon sein Haupttitel „Jenseits von Gut und Böse“ andeutet, greift sein Ehrgeiz höher: er läßt zur Hochzeit Hitlers in den Führerbunker zwei historische Gestalten ein, die beide von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgebaut worden sind, den Komponisten und Klaviervirtuosen Franz Liszt und den Philosophen Friedrich Nietzsche. Emblematisch wie Scheitel und Schnurrbart Hitlers sind das schulterlange Haar Franz Liszts, das von Manfred Steffen mit betonter Würde getragen wird, und der Schnauzbart Friedrich Nietzsches. Aus dem Philosophen macht Ralf Schermuly einen melancholischen Schöngest mit dem Mut zur Unhöflichkeit.

Den „Führer“ Liszts wurde während des Krieges das triumphierende Blech für die Sondernormen entnommen, und so hält sich Hartmut Langes Liszt die Ohren zu, wenn er diesen Siegesheuler hören muß. Überhaupt mag er seine Musik nicht, er zieht Beethoven vor und spielt immer wieder im Stück während der Pausen aus der somit bedauernd gewordenen Waldsteinsonate. Mit läppischen Bemerkungen wie „Als Künstler trinke ich Saft, aber als Christ bin ich natürlich eingemeißelt erschüttert“, behauptet sich Hartmut Lange über Liszt, der in seinem Stück keine Funktion hat, es sei denn als Pianist der letzten Stunde.

Seinen Nietzsche nimmt Lange ernster. Er läßt ihn seine Grundideen in Schlagworten referieren: „Gott ist tot. Und die Welt hat keinen Sinn. Und Moral ist Ansichtssache. Und der Verstand ist ein Lügner. Wahr ist einzig der Wille zum Leben. Also lüge nicht, höflichkeit deinen Willen, und halte dich jenseits von Gut und Böse!“ — es sind die Gedanken, die Nietzsche durch ein Rufen eines Präfaschisten eingetragen haben.

Lange läßt ihn dankenswerterweise darauf nicht sitzen. Sein Nietzsche, immerhin, verweigert Hitler jeglichen Beifall. Es läßt keinen Zweifel, daß der „höhere Mensch“, den er gepredigt hat, nicht Hitler ist, sondern er, Nietzsche, selber. Und nicht lange danach verfällt er in seinen Wahn und ruft nur noch nach „Ariadne“, nach Liszts Tochter Cosima Wagner.

Für den gelehrten Marxisten Hartmut Lange mag es eine sensationelle Entdeckung gewesen sein, daß Nietzsche — entgegen den Ansichten des marxistischen Theoretikers Georg Lukács — für Hitler nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Leser Nietzsches sind durch diese Einsicht kaum schockiert. Wenn Lange schon als Retter vom Rufmord auftritt, warum dann so zaghaft? In Nietzsches „Jenseits von Gut und Böse“ finden sich mehr und kräftigere Worte, als sie

Lange zitieren läßt: gegen die „Deutschümerei“, den „Nationalitätswahnsinn“ der Völker Europas, die „antisemitischen Schreihälse“, die Nietzsche vorschlug, „des Landes zu verweisen“. Langes Nietzsche sagt nur „Förster“, den Namen seines Schwagers, wenn er sich von Antisemitismus distanzieren will — hier wie an anderen Stellen setzt Lange wie ein bürgerlicher Bildungsdrummer beim Publikum allerlei Kenntnisse voraus. Nietzsche war intelligenter, moralischer und mutiger als die Slogans, die ihn Lange zitieren läßt.

Ahnungsvoll sagt Langes Nietzsche: „Ich hoffe nicht, daß Ihr Krieg eine Wagner-Oper war und Sie die Akteure und das brennende Europa die Kulissen für den armen schmachenden Parsifal.“ Mehr als von Nietzsche hat Hitler von Wagner gelernt: von diesem Gemisch aus Antisemitismus, literarischem Schwulst, effektvoller Theatralik, genialer Musik und trivialer Schicksalsmystik. Auf Richard Wagner wird in Langes Stück vergebens gewartet. „Ich kenne meinen Schwiegersohn“, bemerkt Liszt dazu, „er ist klug genug, er wird sich nicht in Gefahr begeben.“ Der Wagner, der am Ende kommt, ist Gauamtsleiter Walter Wagner, nicht Richard, der Komponist, und aus dieser Verwechslung macht Lange einen Witz von steinerweicher Albernheit.

Vor seiner Trauung wird Hitler offiziell nach seinen Erbkrankheiten und seiner arischen Abstammung befragt, und Eva erhält nach der Trauung Hitlers „Mein Kampf“ als Geschenk. Wenn Magda Goebbels erzählt, wie sie ihre Kinder ermordet hat, und dabei eine Zigarette raucht, sagt Hitler: „Wie ungesund und solch eine Zigarette ist.“ Ungeduldig mahnt der Arzt: „Mein Führer, ich will nicht drängeln, aber wenn Sie rechtzeitig verbrannt werden wollen, müssen Sie sich beeilen.“ Im Textbuch fordert Lange zwar „Die Vorgänge sind ernst, ja, von makabrer Trauer“, auf der Bühne jedoch läßt er, von Regisseur Eberhard Titzelitz allzu treulich unterstützt, keinen billigen Witz aus. Makaber ist da allenfalls der Doppelsinn der „Bombenstimmung“ im Parkett. Am Ende gab's viel Beifall für die Schauspieler, fast zehn Vorhänge, und einen Büh-Chor für Hartmut Lange.

In seinen besten Partien ist Langes Stück ein dialogisierter Essay: „Er dachte Gespräche“, wie sie vor einem halben Jahrhundert Paul Ernst für den Leser, nicht für die Bühne zusammengebastelt hat. Der Ertrag ist gering. Schreier als Nietzsche von Hitler distanziert sich schließlich Langes Hitler von Nietzsche: „Was ging mich der Krieg an, was der Jude, was gingen mich die überspannten Forderungen eines Friedrich Nietzsche an?“

Langes Hitler besteht in seinen letzten Sätzen darauf, ein Künstler zu sein, ein Maler, der gern ein Eigenheim in Linz besessen und das Fräulein Eva Braun frühzeitig geheiratet hätte — Hitler als gescheiterter Künstler und Kleinbürger, wer müßte dies erst von Lange erfahren? Und was soll es auf der Bühne, da sein theatralisches Grundproblem nicht gelöst ist: im Lächerlichen den Schrecken zu zeigen.

GEORG HENSEL



Hitler (Ulrich Matschoss) und Nietzsche (Ralf Schermuly) in Hartmut Langes Stück „Jenseits von Gut und Böse“ oder

„Die letzten Stunden der Reichskanzlei“, das im Hamburger Thalia-Theater uraufgeführt wurde. Foto: Elisabeth Henrichs

Gewaltlose Macht

„Neue Sammlung“ — Porträt einer pädagogischen Zeitschrift

Fünf Monate nach dem Ende des Krieges, vor dreißig Jahren, durfte die erste deutsche Zeitschrift im westlichen Besatzungsgebiet erscheinen: die „Sammlung“, herausgegeben durch die Pädagogik-Professoren Otto Friedrich Bollnow, Wilhelm Flinzer, Hermann Nohl und Erich Weniger. Sie wurde verlegt bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen. Bald folgten weitere kulturelle Zeitschriften; viele von ihnen sind heute nur noch Erinnerung. Nur sehr wenige der in der ersten Nachkriegszeit erschienenen vergleichbaren Zeitschriften haben durchgehalten; eine nur — „Die Sammlung“ — erscheint noch bei demselben Verleger.

Initiator und zugleich derjenige der Herausgeber, der die Redaktion der Zeitschrift übernahm, war Nohl, den die Nationalsozialisten aus seinem Lehramt entfernt und zum Sortieren von Schrauben in eine Fabrik gezwungen hatten und der nun mit der Wiedereröffnung der Göttinger Universität auf seinen Lehrstuhl und in die Leitung des Pädagogischen Seminars zurückkehren konnte. Mit der „Sammlung“ gedachte Nohl die Aufgaben der Zeitschrift „Erziehung“ wieder aufzunehmen, deren Herausgeber er von 1926 bis 1937 gewesen war. Er wollte durch sie ein Begonnenes weiterführen und auch die pädagogische Bewegung der zwanziger Jahre, die er entscheidend mitgetragen hatte, wiederbeleben. Der Name der neuen Zeitschrift hatte für ihn eine doppelte Bedeutung: Sammlung der durch die vergangenen Ereignisse zerstreuten Freunde und Schüler, Sammlung aber auch durch nach innen gewandtes Denken; denn so hieß es in Nohls einführenden Sätzen im ersten Heft, „... wurden Phantasie und Gedanken unseres Volkes so lange ungenutzt nach außen gewiesen, so wollen wir sie wieder nach innen lenken und zur Sammlung führen, aus der allein neue Kräfte kommen können“, und weiter: man wende sich vor allem an die Lehrer, wolle darüber hinaus aber alle Menschen sammeln, „die guten Willens sind und der gewaltlosen Macht des Geistes vertrauen“.

Die Beiträge der ersten Jahre bekräftigten diese Ziele. Viele der auf vorerst noch kriegsgesättigtem schlechtem Papier gedruckten Beiträge trugen — neben denen der Herausgeber — weitere glanzvolle Namen: Ernst Beutler, Friedrich Gogarten, Adolf Grimme, Hermann Heimpel, Siegfried A. Kaehler, Heinrich Landahl, Friedrich Meier, Hans Heinrich Schaefer, Eduard Spranger, Gerd Tellenbach, Eduard Weisbach und andere. Die erste Jahrgang beginnt mit der Würdigung eines durch die Nationalsozialisten noch wenige Monate vor dem Ende des Krieges hingerichteten Pädagogen, der den Lebenden beim Neubeginn 1945 fehlte: Adolf Reichwein. Das Wiederempfinden der wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit spiegelt sich auf den Seiten der Zeitschrift: das Wieder-aufblühen der pädagogischen und bildungspolitischen Diskussion zeigt sich in Themen, die zum Teil heute ausgetragen, zum Teil noch immer aktuell sind: Bekenntnisschule, akademische Lehrerbildung, Sexta-Aufnahmeprüfung, Rechtschreibreform, Schulreife, Dauer der Grundschule ... Die Sozialpädagogik, seit je ein Schwerpunkt in Nohls Lehr- und Forschungstätigkeit, und die Erwachsenenbildung werden einbezogen. Doch ist die „Sammlung“ keine pädagogische „Fachzeitschrift“. Bei der geistigen Weite der Herausgeber konnte es nicht anders sein, als daß die Breite des ge-

stigen Lebens, Philosophie, Wissenschaft, Literatur, Kunst und Politisches einbezogen wurden.

Als Nohl im Jahre 1960 starb, standen die Herausgeber vor der Einsicht, daß es ein Irrtum gewesen war, man müsse nur alte Werte wieder aufnehmen, die durch den Nationalsozialismus zerrissenen Fäden wieder knüpfen, um auf sicherem Boden aufbauen zu können. Man wußte jetzt, daß die alten Formen zerbrochen, neue noch nicht gefunden waren. Um so mehr freilich galt Nohls der Zeitschrift gegebener Auftrag weiter: dem Wiederaufbau, der Kultur und der neuen Erziehung mit „entschlossen nach vorwärts gerichtetem Willen“ zu dienen. Dennoch mußte man sich neu orientieren, die Voraussetzungen waren andere geworden. Ein neu gebildetes Herausbergremium — Hellmut Becker, Elisabeth Blochmann, Elisabeth Heimpel (die Redaktion übernahm), Martin Wagensein, Erich Weniger — begann mit geändertem Titel: „Neue Sammlung“, mit dem Untertitel „Göttinger Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft“. Die Breite über das rein Pädagogische hinaus blieb erhalten. Die Sprache wurde nüchterner. Jüngere Mitarbeiter wuchsen nach und halfen die Zeitschrift prägen. Die Berichte aus der Schulpraxis nahmen zu, die Sozialpädagogik, vor allem die praktische Sozialarbeit mit neuen Versuchen, tritt noch mehr als bisher in den Vordergrund. Auch Zeichen werden gesetzt: so hat durch Elisabeth Heimpel die „Neue Sammlung“ den durch die Nationalsozialisten umgekommenen polnischen Arzt und Pädagogen Janusz Korczak, der vor drei Jahren posthum den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt, in der Bundesrepublik erst bekannt gemacht.

Nachdem Elisabeth Heimpel sich ein knappes Jahr vor ihrem Tode von Herausbergerschaft und Redaktion zurückgezogen hatte, gab es neue Veränderungen. Die Redaktion übernahm Heidi Gideon; von den heutigen Herausbergern — Hellmut Becker, Wolfgang Edelstein, Jürgen Gideon, Hermann Giesecke, Hartmut von Hentig — gehört nun keiner mehr zu denen der ersten Stunde.

Nach wie vor ist die Zeitschrift aus dem pädagogischen und bildungspolitischen Gespräch nicht wegzudenken. Blättert man die Jahrgänge durch von Oktober 1945 bis heute, dann kann man die Entwicklung jener drei Jahrzehnte einfangen.

In allen diesen Jahren haben „Sammlung“ und „Neue Sammlung“ das Geschehen aufmerksam und kritisch beobachtet, ohne sich vom oberflächlichen Zeitgeist einfangen zu lassen. Es gibt kein wichtiges Thema auf pädagogischem und bildungspolitischem Gebiet, das sie im Laufe der Jahre nicht frühzeitig aufgegriffen und mit Sachverstand behandelt hätten. Sie war und ist, wie Nohl es sich gewünscht hat, der Zukunft zugewandt, wenn es auch denen anders erscheinen mag, die alles an einem Tag erreichen und umstürzen, nicht reformieren wollen. Sie mag andererseits häufig Argernis erregt haben, weil sie radikal sein kann im besten Sinne, indem sie bei strittigen und heiklen Fragen bis an die Wurzeln vorzudringen sucht. Sie ist genau das, was wir auf diesem Gebiet brauchen: eine Zeitschrift, die auf solider wissenschaftlicher Grundlage steht, doch nicht in der Theorie steckenbleibt, die Praxis breit einbezieht, den Dingen auf den Grund geht, keiner Ideologie verhaftet ist und eine Sprache spricht, die jeder verstehen kann. BRIGITTE BEER

Wir Mitarbeiter

Unsere Bank schickt uns bei Gelegenheit eines Tagesauszugs ein Zettelchen mit einem Ruf zur Ordnung mit. Wir werden gebeten, auf Überweisungsaufträgen nicht nur (wie wir das immer brav tun) mit der Bank des Zahlungsempfängers auch dessen Kontonummer anzugeben, sondern ebenfalls auf dem dafür bestimmten Feld die Bankleitzahl („BLZ des Kreditinstituts“) einzusetzen. (Sie finden die Bankleitzahl auf Rechnungen, Briefbögen und sonstigen Geschäftspapieren des Begünstigten). Und da unsere Bank schon bei erzieherischen Bemühungen ist, werden wir auch gleich daran erinnert und ermahnt, daß die „Codierzone am unteren Rand des Vorderdrucks von jeder Beschriftung oder Bestempelung freigehalten“ werden muß. „Auch geknickte, gefaltete, perforierte oder gelochte Belege können nicht mehr automatisch verarbeitet werden.“ Vorschriften also für Wohlverhalten in der Computer-Welt. Nein, wir wundern uns nicht über diesen Appell zur Mitarbeit und wollen auch nicht über ihn klagen — nur ins Bewußtsein rufen, wie weit es schon gekommen ist, wie sehr der, der Dienstleistungen in Anspruch nimmt und bezahlt, vorweg mit anpacken muß, damit alles richtig hinkommt und nach zeitraubenden, umständlichen Anbahnungen der Computer sein blitzschnelles Werk verrichten kann. Der große Durchbruch für die Mitarbeit des Publikums kam, als die Postleitzahlen erfunden wurden. Wir fanden uns großartig damit ab, daß, wollten wir einen Brief schreiben, wir ein Büchlein zum Nachschlagen zur Hand haben mußten. Wir leisteten so unsere Mithilfe bei der Reduzierung alter Ortsbezeichnungen (die wir ja weiterhin, zur doppelten Sicherheit, benutzen dürfen) auf Ziffern, um der guten Sache willen, nämlich um den Postlauf möglichst zu beschleunigen und der Post ein bißchen wenigstens aus ihren großen Defiziten zu helfen; in beiderlei Hinsicht hat es allerdings nicht viel geholfen. Jetzt soll dem Computer irgendwo an der Zentralstelle einer Bank geholfen werden, natürlich auch zu unserem Wohle; wir sind ihm ja auch schon nähergekommen, indem wir, ganz autodidaktisch, uns mit seiner seltsamen Schreibweise von Zahlen (manchmal mit einem gemütlichen kleinen Stuhl am Schluß) vertraut gemacht haben. Dennoch bleibt ein Mißtrauen, ob bei der Verarbeitung unserer Ziarnbeit auch alles richtig verlaufen wird. Tauchen da doch in der Halbjahres-Abschlußrechnung zwei Soliposten auf mit zwölf Prozent Solizinsen (beim Satz von elf Prozent) und fünf Pfennig Überziehungsprovision (4,5 Prozent), obwohl den Tagesauszügen zufolge der Habensaldo auf dem Konto zu keinem Zeitpunkt unter einer vierstelligen Zahl lag. Das ist wohl eine kleine Nekkerie, mit der der Computer seine Mitarbeiter bedenkt. Es wird ja nicht gleich so kommen wie in Italien, wo — wie dieser Tage in den Nachrichten zu lesen war — der für mehrere Millionen Mark installierte Computer der Finanzverwaltung abgeschaltet werden muß, weil er zu viele Fehlberechnungen ausgespuckt hat. N.B.

Krejca geht nach Düsseldorf

Günther Beelitz, der vom Herbst 1976 an als Nachfolger von Ulrich Brecht die Generalintendanz des Düsseldorfer Schauspielhauses übernimmt, hat mitgeteilt, er habe „nach Genehmigung der Kulturbehörde der CSSR Otomar Krejca mit Beginn seiner Intendanz als Schauspieldirektor an das Düsseldorfer Schauspielhaus engagiert“. Die Dramaturgie werde „auf kollegial gleichberechtigter Basis“ mit Dr. Michael Guthmann, Paris Kosmidis und Dr. Ingo Wazzerka besetzt. Damit wechsellieft die derzeitige Darmstädter Dramaturgie komplett nach Düsseldorf; Guthmann war erst kürzlich von Wuppertal nach Darmstadt gekommen. Persönlicher Referent des Generalintendanten wird der Falkenberg-Schüler Klaus von Diringhofen, der nach Engagements in Tübingen und Lübeck zehn Jahre in der freien Wirtschaft tätig gewesen ist.

Damit hat Beelitz, der seit Monaten von der Bühnengemeinschaft befördert wird, weil er eine relativ große Anzahl bestehender Engagements am Düsseldorfer Schauspielhaus nicht erneuert, die wichtigsten Personalentscheidungen getroffen. Am meisten überrascht die Wahl Krejcas; vor allem, daß es Beelitz gelungen ist, die Ausreiselerlaubnis für den ehemaligen Leiter und ersten Regisseur des Prager „Theaters vor dem Tor“ zu erlangen. Nach Pavel Kohout, dem es kürzlich erlaubt worden war, zur Aufführung seines Stückes „Roulette“ nach Luzern zu reisen, ist Krejca der zweite milieubewusste Prominente, dem eine solche und noch weit darüber hinausgehende Erlaubnis zuteil wird.

Krejca wird, nach früheren Gastinszenierungen in Wien, Salzburg, Köln und Düsseldorf, zum ersten Mal in einem Theater der Bundesrepublik tätig sein. Dem Prager „Theater am Tor“ stand er von 1956 bis 1971 vor. Dann wurde er abgesetzt; internationale Solidaritäts-Appele gingen ins Leere. Zahlreiche Auslandsangebote, darunter das, den „Faust“ während der Olympischen Spiele in München zu inszenieren, hatte Krejca ausschlagen müssen. Er lehnt ideologisches Theater ebenso ab wie „publizistisches“. Obwohl er nicht an die „Theaterkolosse“ glaubt, „nicht an Theaterfabriken mit Dutzenden Premieren pro Saison“, hat er sich überreden lassen, sich an eben ein solches Theater zu binden. Das macht neugierig. S.-F.

Die neuen Musen am Alten Bahnhof

Einweihung des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe mit Festakt und „Zauberflöte“

Mit einem Festakt und den Premieren von Mozarts „Zauberflöte“ und Schillers „Don Carlos“ ist am letzten Wochenende das neue Badische Staatstheater in Karlsruhe eingeweiht und in seinen künstlerischen Dienst gestellt worden. Zahlreiche städtische und staatliche Prominenten hatten sich dazu eingefunden, darunter fast die gesamte baden-württembergische Landesregierung. Tausend Besucher faßt das Große Haus (das für Oper und Schauspiel dient), dreihundertfünfzig bis sechshundert, je nach Verwendbarkeit auch als Studiobühne, das Kleine Haus, alles unter einem Riesendach nebst weiträumigen, vielfach verschalteten, sachgerecht praktischen „technischen“ Räumen wie Probebühne, Ballettsaal, Chorstudio, das wie ein Universitäts-Hörsaal wirkt; wie Schlosserei, Schneiderei und den sonstigen Bühnen-Internia. (Siehe dazu F.A.Z. vom 28. August.) Eine Riesenanlage, um die seit den ersten Planungen von 1958 gerungen wurde, die ursprünglich an ihrer originalen Stelle, dem Schloßplatz, wiedererstanden sollte. „Es stritten Recht und Musen um diesen Platz, und die Musen ließen sich schließlich am Alten Bahnhof nieder“, sagte der Oberbürgermeister Dullenkopf in seinen Begrüßungsworten. Was heißt, daß das Bundesverfassungsgericht in diesem Falle den Musen den Rang abgelaufen hat und inzwischen am Schloßplatz residiert.

Der Platz des Alten Bahnhofs am Ettlinger Tor, nun der neue Theaterplatz, sieht gewiß noch eher „bahnhofsähnlich“ nackt und zweckbezogen aus, aber er wird, nach den Plänen, wohl bald „ergütet“. Innen haben die Karlsruher mit viellem Treppauf, Treppab etliches zu entdecken. Die tausend Plätze des großen Innenraums bieten durch die zahlreichen Verschachtelungen der Sitzgruppen ein erstaunliches Maß an Intimität. Die Weite ist hier durch den Architekten Helmut Bätznar gewissermaßen gezähmt worden. Vor allem aber ist die Akustik ausgezeichnet. Das zeigte sich beim Festakt wie zumal bei der abendlichen „Zauberflöte“-Premiere. Es muß für die Sänger ein Vergnügen sein, hier zu singen, wo die delikateste Nuance sich dem Hörer mittelt. Und entsprechend rund und genau teilt sich der Klang der Instrumente mit, besonders der Bläser. Geradezu gefährlich genau könnte es sein. Aber das kann nur Anreiz zur Leistung bedeuten.

Ein Riesentheaterbau mit allen technischen Schikanen ist also hier entstanden, für eine Minderheit die kulturell interessiert ist und ins Theater geht. Wird er den Karlsruhern

nicht den Atem nehmen und sie überfordern? Die Frage liegt nahe, denn Karlsruhe ist keine sehr große Stadt, aber sie ist seit jeher höchst theaterfreudig gewesen. „260 Jahre alt ist Karlsruhe, 256 ist sein Theater“, so begann der Oberbürgermeister seine Rede. Da war zunächst das Theater im markgräflichen Schloß selbst, dann der Weinbrenner-Bau am Schloßplatz, der schon Bürgern zugänglich war und Mitte des 19. Jahrhunderts abbrannte. Dann das hübsche Hoftheater von Heinrich Hübsch, das dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer fiel. Schließlich das dreißigjährige mühsame Interregnum im alten Konzerthaus und in der Stadthalle bis heute, wo die Karlsruher ihrem Theater die Treue hielten.

Nun also das neue Staatstheater, das im Bau zu zwei Dritteln vom Staat, zu einem Drittel von der Stadt finanziert, anteilig zur Hälfte von beiden unterhalten wird und das als Institution wahrlich keinen Fremdkörper in dieser Stadt darstellt. Dies ist eines der heute bei uns vielerorts „verlängerten“ Provinztheater, um die die ganze übrige Welt uns beneidet, weil sie einen unersetzlichen kulturellen Nährboden darstellen, dazu ein unersetzliches Übungsfeld für junge künstlerische Talente in Oper und Schauspiel, geradezu magnetische Anziehungspunkte auch für Talente aus dem Ausland, weil sie daheim nichts Ähnliches aufzuweisen haben. Eine Herausforderung also dazu für die eigenen künstlerischen Kräfte.

Es war sehr eindrucksvoll, mit welcher Entschiedenheit bei dem Karlsruher Festakt jetzt das „Theater der Minderheit“ von fast allen Rednern, zumal dem prominentesten, dem Ministerpräsidenten Filbinger, bejaht wurde. Ein solches Theater trägt wesentlich zur Urbanität einer Stadt bei, enthalte bedeutsame zusammenhaltende Kräfte. „Nur totalitäre Staaten stoßen sich an Minderheiten.“ Dieser unser Staat aber sei ein liberaler und pluralistischer Staat. Andererseits wandte sich Filbinger auch deutlich gegen alle Versuche zur Politisierung der Kunst. Landespräsident Wurz betonte die große Theatertradition Süddeutschlands und forderte zum Wettstreit mit Stuttgart auf; Kultusminister Hahn unterstrich, daß Baden-Württemberg in seiner Kulturförderung an der Spitze der Bundesrepublik stehe; der Architekt übergab statt des üblichen Schlüssels ein Modell des neuen Hauses, und der Generalintendant stattete bereit seinen Dank nach vielen Seiten ab.

Dieser Dank hatte sich vom Publikum schon geäußert, als zu Beginn der

Feier der Vorhang sich öffnete und das ganze Ensemble Kopf an Kopf in jeder Branche bis zum Bühnenarbeiter auf dem Podium sich präsentierte. An die fünfhundert Menschen.

Am Abend dann die „Zauberflöte“ unter Arthur Gruber, dem musikalischen Leiter der Karlsruher Oper, und hier hat die intensive, gepflegte, gediegene Qualität der musikalischen Darbietung die szenische deutlich übertroffen. Das musikalische Ohr genoß noch mehr als beim Festakt die gute Akustik und Grubers diskrete, wenn auch in den Tempi oft sehr zurückhaltende Interpretation, der eine Spur mehr Temperament nicht geschadet hätte. Bei den Sängerinnen fielen, wie schon oft in Karlsruhe, frische, junge, verheißungsvolle und in diesem Falle Verheißung bereits erfüllende Talente auf, wie der schon weithin bekannte Tenor Horst Laubenthal als Tamino, dem eine stimmlich leicht beschwingte Pamina von Norma Sharp gegenüberstand. Sarastro (Nikolaus Hillebrand) hatte seinerseits jugendliche Überzeugungskraft in seiner sonst oft eher langweilig statuarischen Rolle (wenn auch die berüchtigte schwarze Fülle der Tiefe bei ihm noch nicht schwarz genug wirkte). Eine brillante Königin der Nacht war sein Gegenpol: Dzdzisława Donat, klar und leicht beweglich, blitzsaubere Koloraturen. Jörn W. Wilsing als Papageno war noch eher ein Schauspieler als ein (sich schonender) Sängerkollege, Doris Lorenz seine reizende alt-junge Papagena. Von den übrigen intensiv beteiligten singenden Darstellern hob sich im wörtlichen Sinne, drei niedliche originale Töler Sängerinnen, im Korbe hoch- und niederfahrend, heraus.

Weniger glücklich schienen manche Einfälle des Regisseurs Helmut Masek, der den Chor der Priester als budhistische Mönche auftreten ließ und im ganzen zahme Pop-Elemente einbrachte, die sich offensichtlich auch in den modisch-nostalgischen, zum Teil sehr unklaren Kostümen (Pamina) von Axel Manthey äußerten. Andererseits gab es bei Manthey's Bühnenbildern gelegentlich sehr dekorative Wirkungen, mit dem heute vielfach üblichen gerafften Tuchbahnen und delikaten Beleuchtungseffekten. Diese ganze komplizierte Beleuchtungsapparatur und elektronische Technik vollends zu beherrschen, wird es vermutlich noch eine Weile dauern. Aber originelle Phantasie wird sich hier glänzend beweisen können. Sicher war die „Zauberflöte“ in diesem Sinne noch ein Beginn, aber er mach' Lust auf die Fortsetzung. HILDEGARD WEBER

Literatur

Zäher Liebeswille

Roman um die Romane
mit einer Blinden

Nein, langweilig ist der Roman nicht. Man möchte schon wissen, wie die Geschichte weitergeht, die der alternde Pariser Studienrat in den Sommerferien erlebt. Ein bißchen verschnitzelt, mit einem Schuß Selbstironie erzählt er von seiner Liebe zu Laura, die er an der Côte d'Azur im Kino kennengelernt hat. Auch Laura ist mit siebenunddreißig Jahren nicht mehr die Allerjüngste. Vor allem aber: sie ist blind, seit vier Jahren blind — und doch voll unbändiger Lebenslust. Das Thema wäre traurig und tränentreibend, wenn Patrick Cauvin nicht auch witzig wäre — und sei's auf Deibelkommas.

Die beiden genießen ihr Feringlück in immer neuen Variationen, teils auf Reisen, teils in Paris, teils in Brügge und an der Nordseeküste. Auch eine Blinde kann auf einem leeren, von den Wellen glattgespülten Strand unbehindert rennen, auch eine Blinde kann das Schwimmen im Meer genießen. Einen Monat lang sind die beiden fröhlich und ausgelassen, beschwingt, mehrfach beschwipst, übermütig und zärtlich.

Stauen über die vielfachen Fähigkeiten der intelligenten, hübschen, blinden Frau, über ihren zähen Lebens- und Liebeswillen ist geboten. Staunen auch über den Verkehr der Blinden untereinander in einem Blindenklub in Paris. Am meisten zu bestaunen sind allerdings die Unbefangenheit und das Geschick, mit dem der Autor seinen Cocktail gemixt und dabei auch an bi-

terem Wermut nicht gespart hat. Vier Wochen dauert die *Love-Story*, dann muß Laura, die eine erfolgreiche Betriebspsychologin ist, nach Amerika, um dort einen neuen Job auszuprobieren. Mit Jacques, dem durch sein Glück verjüngten Schulmeister, können wir hoffen, daß die Liebesgeschichte noch nicht zu Ende ist, als Laura in Paris das Flugzeug besteigt, daß seine blinde Liebe zurückkommen wird, auch wenn es dann ernst für beide werden sollte.

Nein, langweilig ist der Roman nicht. Abzurufen ist allerdings von einer zweiten Lektüre. Dann könnte es sein, daß selbst dem gutwilligen Leser die forcierte Heiterkeit, der schmissige Witz und manche fatalen Vergleiche auf die Nerven gehen, auch wenn Hermann Stiehl alles bravurös übersetzt hat. Man betrachtet zum Abschluß am besten nur noch einmal den Schutzzumschlag, der ein junges Paar zeigt, das Hand in Hand beschwingt auf einem Strand am Meer entlangläuft. Nur darf man sich in dem Augenblick nicht daran erinnern, daß Laura einmal gesagt hat: „Wir sind auch nicht mehr ganz in dem Alter, um auf dem Um-schlag eines Liebesromans zu erscheinen.“ Wie wahr! HELMUT SCHEFFEL

Patrick Cauvin: „Blinde Liebe“. Roman. Aus dem Französischen von Hermann Stiehl. Rowohlt Verlag, Reinbek 1975, 226 S., Ln., 25,— DM.

TIBOR DERY, der ungarische Romanist, hat eine Satire des Lebens des internationalen „Jet-Set“ geschrieben. Besprechungen. Budapest-Zeitungen zufolge erzählt in dem Buch mit dem Titel „Der mit einem Ohr“ der vor zwei Jahren von italienischen Banditen entführte gleichnamige Enkelsohn des Ombildars Paul Getty seine Lebensgeschichte und gibt auch eine Darstellung seiner Entführung. F.A.Z.

Tagebuch

Hypnose-Show im Fernsehen

Ein Spiel mit Grenzen

Es muß einmal eine Zeit gegeben haben, in der die Fronten beim Fernsehen noch klar waren: vor den Kameras standen die Menschen, die etwas zu sagen oder zu singen hatten, und vor den Bildschirmen saßen die anderen, die zusehen und schweigen konnten. Für diese Vermutung spricht heute nur noch die rituelle Anrede „Verehrte Zuschauer“, das Programm selbst wurde im Laufe der Zeit so gründlich verändert, daß man die ursprüngliche Arbeitsteilung nicht mehr erkennen kann.

Alle diejenigen, die wirklich etwas zu sagen hätten, scheinen jetzt vor dem Bildschirm zu sitzen, und wenn es die Fernsehkanäle dennoch gelingt, sie vor eine Kamera zu stellen, sprechen sie nur, um laut zu schweigen. „Wir führten ein konstruktives bilaterales Gespräch“, sagen sie, oder sie stehen in Helsinki vor einem Sitzungssaal und erklären, daß hier bald eine Konferenz beginnt. Andererseits wechseln immer mehr Zuschauer in das andere Lager und erzählen im Studio von dem schwierigen Leben vor dem Bildschirm. Besondere Sendungen werden schon seit Jahren von Menschen bestritten, die nichts zu sagen haben, aber alles über die Hethiter wissen.

Nur im künstlerischen Bereich fand dieser Trend bisher seine Grenze in den verbliebenen Hemmungen der Zuschauer. Sie sind schon bereit, beim „Spiel ohne Grenzen“ mit Frauenat-trappen zu tanzen oder auf einem

Fließband Briefe zu stempeln, aber sie geben der Schadenfreude noch nicht ihr Unterbewußtsein preis. Erst am Samstagabend wurde auch diese letzte Bastion genommen. Das Deutsche Fernsehen übertrug aus Stuttgart eine Show, in der gewöhnliche Zeitgenossen unter Hypnose auftraten und dabei willenslos jeden Berufsflunkern an sinnlosen Handlungen überboten.

Etwa zwanzig Männer und Frauen hatten sich von dem australischen Hypnotiseur Martin St. James freiwillig vor einem Studiopublikum in Trance versetzen lassen und reagierten anderhalb Stunden lang auf seine Befehle. Sie stellten sich vor, ein Baum zu sein, und hoben ängstlich den Fuß, als sich ihnen ein vermeintlicher Hund näherte. Sie sollten verrückte Erfinder abgeben und bauten auf Befragen eine „Lamettabügelmaschine“ oder die „Maschine, die mir meinen Mann ersetzt“. Sie kehrten noch nach der Hypnose auf ein Musiksignal zur Bühne zurück und präsentierten Bauchtänze oder drüllten eine Kompanie. Und sie waren sogar in der Lage, sich offenen Auges mit einem Mondmenschen zu unterhalten und dessen Erklärung „Frukurutu wuluu umfa rugutu“ zu übersetzen: „Er möchte der CDU einen Kanzlerkandidaten bringen.“

Bei diesen erstaunlichen Antworten konnte man daran zweifeln, ob hier die innersten Wünsche Stuttgarter Bürger zur Sprache kamen, aber im Prinzip waren alle gezeigten Verhaltensweisen

unter hypnotischem Einfluß möglich. Eine Kritik, die nach eventuellen Schummelstellen suchen würde, ginge auch an der entscheidenden Problematik der Sendung vorbei.

Es gilt nach diesem Abend festzuhalten, daß eine öffentlich-rechtliche Anstalt Menschen zur Schau gestellt hat, die wie Schlafwandler oder Volltrunkene nicht mehr Herr ihrer selbst waren, sondern die Unterhaltungsabsichten eines Hypnotiseurs ausführten. Um die Phantasiearmut des professionellen Programms zu kaschieren, wurden Laien vorübergehend so weit um ihr Bewußtsein gebracht, daß sie als lächerliche Marionetten der Regie funktionierten. Ist dies der Preis, den die Fernsehzuschauer künftig für ihre Zerstreuung an die Medienbürokratie zahlen müssen? Ist dies die Konsequenz des Spiels ohne Grenzen, auf das sich das Publikum einließ, weil ein Monopolbetrieb majestätisch erstarbt?

Zweifellos nicht. Die Show „Hypnoland“ war ein bisher einmaliger Mißbrauch des Mediums Fernsehen, aber sie wird keine neue Unterhaltungsgattung begründen. Denn es gibt seit George Orwell eine Vision, die auch diesem Spiel eine Grenze setzt. (Vom ersten Programm.) HANS GEORG PUTTNIEN

Film im Fernsehen

Menschen unterwegs

Auf das wirkungsvoll inszenierte Spektakel hat sich der Hollywood-Routinier Robert Wise immer schon verstanden. In nahezu allen Filmgattungen hat er sich, nicht selten mit ein Oscar gekröntem Erfolg, versucht: in der klassischen Komödie, dem verfilmten Musical „West Side Story“ (1962), dem unerbittlichen Gerichtsplädoyer gegen die Todesstrafe („Laßt mich leben“,

1959), dem Western, dem Science-fiction-Film...

Seinen 1972 gedrehten Film „Zwei Menschen unterwegs“, den jetzt das erste Programm des Fernsehens vorstellte, ist ein Reflex auf die gewandelte soziale und politische Situation im Amerika der frühen siebziger Jahre: Im Mittelpunkt steht ein junger Vietnam-Deserteur, der sich freiwillig einem Kriegsgesicht stellen will.

Doch bei diesem kritischen Ansatz läßt Wise es dann bewenden. Daß er mit dem jungen Mann Mitleid empfindet, wird zwar noch deutlich. Er führt ihn, gewissermaßen in letzter Minute, eine elegante Frau zu, ein Star-Mann-quin, das sich in ihn verliebt. Die folgenden Dialogpartien des Paares während einer langen Reise von Marra-kesch nach New York hätte man sich gern geschenkt. Denn diese Liebesgeschichte läuft ziemlich fade und oberflächlich ab. Die beiden Menschen, die sich, ein jeder auf seine Art, emotional stark verunglückt haben und nun wieder zu sich selbst kommen möchten, bleiben schamhaft.

Wenn man dennoch der Versuchung widersteht, dieser banalen Geschichte durch einen Druck auf den Knopf des Fernsehapparats ein Ende zu bereiten, so deswegen, weil Robert Wise eben doch bemerkenswerte handwerkliche Qualitäten hat: die Originalschauplätze seines Films — etwa ein orientalisches Bazar, die geheimnisvollen Straßenschluchten und Hinterhöfe von Marrakech, die nächtlichen Seine-Quais und Boulevards von Paris — hat er mit einer beinahe dokumentarisch registrierten Kamera so verführerisch fotografiert, daß im Alltag ein Stück Poesie durchscheint.

Das sind gewiß optisch reizvolle Akzente, für einen Film allerdings, der sich mit dem Thema „Vietnam-Desertion“ auseinandersetzen will, reichen sie nicht aus. (Vom ersten Programm.) DORIS BLUM

Manfred Bieler

Der Mädchenkrieg

Roman

© Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975

47

Christine spürte, wie die Blicke der Herren und die Gläser der Damen ganz ungeniert gegen ihre Loge gerichtet waren, und ärgerte sich, daß Amery seinen Sessel an sie heranrückte. Im Mittelpunkt so hemmungslosen Interesses war sie lieber allein.

„Fängt es immer so spät an?“ fragte sie.

„Nein“, sagte Amery, „nur heute.“

Sie wollte, daß seine nächste Antwort nur eine Schmeichelei war. Deshalb fragte sie:

„Warum?“

„Deinetwegen“, sagte er prompt. „Damit dich alle anschauen können.“

Sie nahm den Programmzettel vors Gesicht und flüsterte:

„Ich will aber, daß nur du mich ansiehst.“

Dann ließ uns gehen“, sagte Amery und machte Miene aufzustehen. Christine lächelte und drückte seinen Arm an die Lehne. Die Lichter erloschen.

„Jetzt hast du mich doch“, sagte sie und hielt ihm das Gesicht hin. Er streichelte ihren Mund mit der Zunge, schmeckte den cremigen Lippenstift und griff nach ihren Knien. Erst der Beifall für den Dirigenten zwang ihn zurück. Er fühlte ein Zittern in den Schultern und schlug, um sich nicht loszulassen, die Beine übereinander.

Der Vorhang legte eine Mansarde in Paris frei. Der Geruch von Tischler-

leim und Farbe flog heran. Rodolfo trug eine braune Cordjacke und eine schwarze Samtschleife, Marzello ein Rembrandt-Baret und einen Malerkitel. Sie klagten über die Kälte. Rodolfo verbrannte Manuskripte in einem riesigen Kanonofen, Christine sah „La Bohème“ das erste Mal und gab sich Mühe, die Gestalten mit den feisten Hintern und den käsigten Händen für brotlose Künstler zu nehmen. Der Hinzutritt zweier Freunde und des Hauswirts machte den Ablauf undurchschaubar, und staunend hörte sie Gelächter aus dem Parkett.

Von den ersten Takten an tauchte aber immer wieder ein Thema aus dem Fluß gesungener Fragen und Antworten herauf, das sich rasch ausbreitete, mit der nächsten Phrase verflatterte oder in Fetzen zum Orchester zurückflog, bis es unterm Abzug der Freunde zu einem Versprechen wurde: „Io resto“, sang Rodolfo und, allein geblieben, klopfte das Verheißende schon an die Tür. Mimi betrat die Mansarde in schwarzer Mantille, hustend, um Licht für eine verloschene Kerze bittend und aus der Brust des dicken Mannes erhob sich plötzlich ein Atem, an dessen weitestwärtigen Bögen, wie Sterne an gedachten Umlaufbahnen, strahlende Töne hingen, sich im Zeitmaß himmlischer Bewegung über Rampe und Parkett hinwegdrehten und ihre Wir-

kung durch Wiederholung verdoppelten. Die unbekannte Dame hielt sich noch zurück, doch Rodolfos Stimme bezwang nicht nur den eigenen Bauch, den kurzen Hals, die wulstigen Lippen, sie überwand auch die unsichtbaren Hindernisse, bis kein Versteck mehr gedacht werden konnte und nur eine Rettung blieb — sich auszuliefern und hinzugeben.

Christine erschrak vor dem Applaus. Über den Rand ihres Programmzettels sah sie die Sänger aus dem Vorhang treten und sich verneigen. Mimi sank in die Knie, Rodolfo stemmte das Gesicht an die Samtportiere. Das schien nicht frei von Blasphemie, doch war, was so geschmäht wurde, ganz und gar nicht zu fassen. Amery machte eine Bemerkung über das Bühnenbild, der Christine nichts entgegenzuwenden hatte. Sie verstummten, als mußten sie das Publikum für sich reden lassen. Als ihr Schweigen unerträglich wurde, begann der zweite Akt.

Zur Pause erhob sich Christine von ihrem Sessel, knickte aber im gleichen Augenblick zusammen und streckte die rechte Hand aus, als ob sie etwas vom Boden heben wollte. Amery bückte sich, um ihr zuzukommen.

„Es ist gleich vorbei“, stöhnte sie.

„Ist dir schlecht? Soll ich einen Arzt holen?“ fragte er und griff nach ihren Schultern.

„Nein.“

Während aus dem Parkett und von den Rängen das Türschlagen, Schurren und Husten zu hören war, mit dem die Besucher ins Poyer drängten, hockten sie beide einander gegenüber, und Amery erinnerte sich eines Gefühls, das er seit seiner Schulzeit nahezu vergessen hatte. Es mußte Mitleid sein. Er merkte, wie sich die Falten seiner

Lackschuhe in die Füße drückten, änderte die Stellung aber nicht, so als könnte er durch ein kleines Unbehagen an ihrem Schmerz teilhaben. Nach Minuten richtete sie sich auf und setzte sich an seinem Arm in den Sessel. „Entschuldige“, sagte sie. Er wollte etwas fragen, doch war sie schneller und beichtete ihre Anfälle. „Vielleicht ist es ein Kind“, sagte er und sah ihr in die Augen. Sie zuckte die Schultern, mehr aus Müdigkeit, als um ihm recht zu geben. Er küßte ihr lange die Hände.

„Wir fahren nach Hause“, entschied er. „Mit dem Nachtzug.“

„Ich möchte mir aber die Vorstellung bis zum Schluß ansehen.“

„Das ist jetzt nicht das Richtige für dich“, widersprach er, doch sie blieben bis zum Ende, und während die stehende Mimi den Anfang der Arie Rodolfos aus dem Akt wiederholte, tupfte sich Christine den Schweiß von der Stirn. Am nächsten Tag fuhren sie mit Zwischenstation in Wien nach Prag zurück.

Pseudologia phantastica

Während Christines Abwesenheit wurde es warm in der Stadt, und an verschleierte Tagen nahm man schon den Sommer vorweg. Sophie tat es, als sie mit Viktor, Heinrich und Jarmila auf der Lustigen Terrasse über den blühenden Akazien des Baumgartens saß. Sie hatte darauf bestanden, daß ihre Freundin sie begleitete, und Jarmilas Erfolg im Umgang mit dem Kranken gab ihr recht. Nach dem Tee spielten sie „Schwarzer Peter“ und empfanden sich erst, als es dunkelte. Unter den Augen des Kammerdieners Hörchen begleitete Viktor die jungen Damen bis zur Treppe und rief ihnen

nach, wie sehr, ach, wie sehr es ihn gefreut hatte.

Wenn Sophie allein war, setzte sie sich an den Flügel, trat das Fortepedal, tippte ein paar Tasten an und hörte den Schwingungen hinterher. Danach stand sie auf, befühlte die Vorhänge und betastete die Kissen, als liebe sie die verschwundene Melodie in den Falten vorm Fenster oder im Bezug der Sofarolle wiederfinden. Manchmal zog sie die Schuhe aus und strich mit bloßen Füßen über den Teppichflor, bis sie wie eine Schlafwandlerin in ihr Zimmer zurückging.

Seit Christines Hochzeit hatte sie nicht mehr gesungen. Sie versuchte es auch nicht, als Pavel Sixta sie darum bat. Er hatte etwas Neues für sie geschrieben, ein elfstrophiges Lied, dessen Titel sie aber noch am gleichen Tag vergaß. Sixta trug es ihr nicht nach, sondern begleitete sie sogar zu Professor Ruschka, der außer einer harmlosen Schwellung der Mandeln keine krankhaften Veränderungen feststellte. Sophie bekam von ihm eine Bleichschachtel mit gelben Lutschnbonbons geschenkt, und er erklärte ihr ziemlich barsch, daß jede weitere Konsultation pure Geldverschwendung wäre. Sixta hob die Schultern, als sie ihm im Korridor die Klinik entgegenkam. Sophie schüttelte den Kopf und blieb stumm. Bevor sie auf die Straße traten, sagte sie durch die Zähne: „Laryngospasmus, wahrscheinlich.“

„Was ist das?“, fragte Sixta, doch sie gab ihm keine Antwort. Am Abend sah er in einem Fremdwörterbuch nach: Stimmritzenkrampf. Anderntags, im Clementinum, bat er sich ein medizinisches Lexikon aus und fand unter „Laryngospasmus“ die Angaben: pfeifende Atmung, Angst, Zyanose. Zyanose bedeutete: „bläuliche Färbung der Lippen und Fingernägel infolge mangelnder O₂-Sättigung des Blutes“. Als er nach

Hause ging, hätte er gern geweint, statt dessen fiel ihm ein Largo-Thema ein, das er auf den Rand einer Zigarettenschachtel notierte. Schon in der Straße des 28. Oktober schämte er sich dafür, daß ihm Sophies Krankheit nur Anlaß für ein Kunststück gewesen war. Er schüttelte die Zigarettens in die Jackentasche und warf die Schachtel weg. Am Nachmittag komponierte er das Thema als Trauermarsch und instrumentierte ihn für Bläserorchester. Er nahm sich vor, die Blätter zu zerreißen, aber Fräulein Kalman, die er gegen Abend besuchte, widersprach ihm so energisch, daß er sich damit begnügte, die Noten einzurollen und in seinem Bücherregal zu verstecken.

Den Eltern erzählte Sophie nichts von „Laryngospasmus“. Mit der Zeit, sagte sie bei Tisch, würden die Beschwerden nachlassen, auf das Singen sollte sie allerdings in den nächsten Wochen verzichten. Sie zeigte die gelben Bonbons, und Sellmanns waren froh, die Angewohnheit so glimpflich abblenden zu sehen. Jarmila dagegen, die auf das Mangelnde Gut geistert war, wurde mit einem Brief voll düsterer Andeutungen geschreckt, und bei ihrer Lehrerin sprach Sophie nur im Flüsterston. Sie war jetzt oft in der Stadt, strich um das Café „Slavia“ oder auf der Kampa-Insel herum, und mitunter blieb sie auch einen Nachmittag lang an der Tramhaltestelle neben der Logenbrücke stehen, von wo sie dann zum Graben ging, um mit ihrem Vater von der Bank aus nach Bubenstet zu fahren. Kehnte sie allein und im Dunkeln zurück, zündete sie sich in der Owenetzerstraße zwei Zigarettens an und hielt sie weit auseinander, um die Entgegenkommenden glauben zu machen, sie sei in Begleitung.

Fortsetzung folgt

Am 28. August 1975 verstarb

Herr Gerhard Schröter

Er war viele Jahre in leitenden Positionen erfolgreich für uns tätig und stand auch nach seiner Pensionierung mit seinen reichen Erfahrungen jederzeit zur Verfügung.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

SCHENKER & CO. GMBH

Frankfurt am Main

Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft

Wir sehen jetzt durch einen Spiegel in einem dunklen Wort; dann aber von Angesicht zu Angesicht. Jetzt erkenne ich es stückweise, dann aber werde ich es erkennen, gleichwie ich erkannt bin. Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen. 1. Kor. 13, Vers 12/13

Nach einem glücklichen und harmonischen Leben, voller Arbeit und Pflichten, Verständnis und unendlicher Liebe für die Seinen starb heute ganz plötzlich während eines Urlaubs auf der Insel Langeoog

Franz-Ferdinand Wiese

Dipl.-Ing.

* 2. 10. 1901 † 28. 8. 1975

In tiefer Trauer:
Doris Wiese, geb. Donner
Dr. Brigitte Lühl-Wiese
Hendrik Lühl
mit Antje und Susanne
Dr.-Ing. Irene Gerberding-Wiese
Dipl.-Ing. Horst Gerberding
mit Matthias und Christine
seiner Geschwister, Schwägerinnen,
Nichten und Neffen

43 Essen-Heisingen, Am Hagenbusch 19

Das Seelenamt wird gehalten am Dienstag, dem 2. September 1975, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Georg zu Essen-Heisingen. Die Beisetzung ist anschließend auf dem neuen Friedhof, Wechselburg.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hauptagentur

Augsburg

Ludwig Ettenreich

89 Augsburg

Stettenstraße 10

Telefon: 08 21 / 3 08 12

Eigene Botenzustellung in:

Augsburg-Stadt mit Stadtteilen

Firnhaberau

Gögglingen

Hammerschmiede

Kriegshaber

Lechhausen

Oberhausen

Pfersee

Stadbergen

Annahmestelle für

Abonnements und Anzeigen

Büroräume

In verkehrsg. Stadtlage Darmstadt, 1050 qm à DM 6,30, auch in versch. Einheiten teilbar, zu vermieten. Klaus Thamm, Tel. 0 61 51 / 7 00 66.

KORSIKA

Baugelände am Golf von St. Florent, direkt am Meer, FF. 15,— bis 50,— pro qm. — Herr H. Jullie, 20216 St. Florent, Frankreich, Tel.: 95-37 00 35.

SPANIEN — Von Privat zu VERKAUFEN

typisches spanisches Herrschaftshaus in CALPE/Costa Blanca. 5 Schlafzimmer, 5 Badezimmer, 2 Ankleideräume, Salon, Esszimmer, kleiner Salon, große modern eingerichtete Küche, Wein- und Garraum, separate Personalwohnung, großer Patio. Das ganze Haus im Stil luxuriös eingerichtet. 4 Kamine, elektr. Heizung, Alarmanlage, Telefon und Haustechnik. Wohnfläche ca. 500 qm, 6000 qm Umschwenk mit Mauer umgeben, 5 Min. vom Meer, unverbaute Aussicht auf das Meer. Baujahr 1970. Großzügig gebaut. DM 400 000,—, über den Preis kann man handeln. Chiffre 24-E 900707 Publicitas, 6901 Lugano.

Anlageobjekt!

2 Sofortreinigungen in führenden Supermärkten im Raume Norddeutschland zu verkaufen. Umsatz p. a. 400 000,— ausbaufähig. Evtl. auch einzeln. Eingetrachtet 1974. Moderne Böwe-Maschinen. Zuschriften unter MK 22327 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 2901.

Top-Lage Frankfurt

(Borsigallee, zwischen Metro und Hessen-Center) baureifes Gewerbegrundstück, ca. 2750 qm, mit Gleisanschluss, zu verkaufen. Angebote an Möbel-Union, Sekretariat, Frau Gottwick, 46 Dortmund 1, Wittekindstraße 105.

Immobilien-Anzeigen.

Investierer!

In Lanzarote (Kanarische Inseln) bis 3 500 000 qm Landgrund zur Hälfte des Normalpreises zu verkaufen.

Sonne — Meer — Ruhe!

Konsultieren Sie uns, bevor Sie kaufen!

Information: Jorge Rovira Saval, Paseo de Chil, 1015-1º, Tel. 27 22 62 — 27 22 66

Las Palmas de Gran Canaria

Raum Frankfurt — Darmstadt — Aschaffenburg

Verkaufs- bzw. Lagerhallen

(ca. 1200 qm)

mit Büroräumen u. Wohnhaus

einzelnen oder gesamt zu verkaufen oder zu verpachten. Verkehrsgünstig gelegen an Bundesstraße. Anfragen unter T G 223613 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 2901.

USCHI GLAS
sucht an erstklassiger Lage im Zentrum der Städte
Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Mannheim
GESCHÄFTSRÄUME

Nach dem erfolgreichen Start in München sollen weitere Niederlassungen mit den Damen- und Herrenlinien des Couturiers Guy Laroche in Deutschland eröffnet werden. In Frage kommen nur erstklassige

Objekte mit einer Verkaufsfläche von ca. 100-150 m² sowie entsprechenden Büro- und Lagermöglichkeiten. Wir bitten um Zustellung der vollständigen Offertunterlagen an nachfolgende Adresse:



GUY LAROCHE
PARIS

Guy Laroche z. Hd. von Frau U. Glas
Maximilianstrasse 20, 8 München 22

Guy Laroche (Deutschland) — ein Unternehmen der Baltex-Holding, Basel.

Feuilleton

Briefe an die Herausgeber

Premieren im September

2. Stuttgart, Staatstheater: Botho Strauß „Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle“. Regie: Niels-Peter Rudolph (U).
3. Frankfurt/M., Schauspiel: Heiner Müller nach Gladkows „Zement“. Regie: Peter Palitzsch (Erste Aufführung in der Bundesrepublik).
5. Darmstadt, Staatstheater: Franz Xaver Kroetz „Lieber Fritz“. Regie: Franz Xaver Kroetz (U).
6. Nürnberg, Volkstheater: Zaul Pörtner „Halt dich da raus!“ Regie: Paul Pörtner (U).
6. Wien, Volkstheater: Pavel Kohout „Roulette“. Regie: Fritz Zecha. (Österreichische Erstaufführung).
9. Darmstadt, Staatstheater: Peter Cornelius „Der Barbier von Bagdad“. Musikalische Leitung: Mathias Husmann. Regie: Walter Pohl. Bühne: Jan Schlubach. Kostüme: Inge Koch.
13. Garmisch-Partenkirchen: Waldeemar „Die drei Liebhaber“. Regie: Fritz Rohrbach (U).
13. Wuppertal: Hector Quintero „Der magere Preis“. Regie: Karl Paryla (Erste Aufführung in der Bundesrepublik).
19. Landshut, Südbayerisches Staatstheater: Axel Plogstedt „Die

Nibelungen“. Regie: Klaus Schlette (U).

20. München, Kammerspiele: Italo Svevo „Ein Mann wird jünger“. Regie: Hans-Joachim Heyse (Deutsche Erstaufführung).
25. Nienburg/Weser: Manfred Hausmann „Die Nienburger Revolution“. Regie: Wolf Rahtjen und Dieter Jorschick (U).
26. Wien, Volkstheater: Borislaw Mihailovic „Der Kommandant“. Regie: Erich Margo (Deutsche Erstaufführung).
26. Baden-Baden: Goethe „Faust“ (II mit Szenen aus I). Regie: Günther Penzoldt.
27. Hamburg, Thalia-Theater: W. S. Vogler „Die Gruschel von Mayntz“. Regie: Peter Striebeck (U).
28. Bochum: „Der unerwartete Traum“ nach August Strindberg, Bearbeitung: Augusto Fernandes. Regie: Augusto Fernandes (U).
28. Mainz: W. S. Vogler „Die Gruschel von Mayntz“. Regie: Rudolf Krieg.
28. Hamburg: Giuseppe Verdi „Othello“. Musikalische Leitung: James Levine. Regie: August Everding. Ausstattung: Pierluigi Samaritani.
29. Wien, Theater der Jugend: Baum „Der Zauberer von Oost“. Regie: Klaus Rott (Österreichische Erstaufführung).

29. Festspiele

Die erste Woche von Edinburgh

Die 29. Edinburgher Festspiele haben vor einer Woche mit einem „Schock“ begonnen, als zum Eröffnungskonzert der Pianist Claudio Arrau im letzten Moment wegen einer Verletzung absagen mußte und Daniel Barenboim, der die „Figaro“-Premiere für den nächsten Abend als Dirigent vorbereitete, sich ebenfalls (an Finger) verletzt, trotzdem aber Beethovens Es-Dur-Klavierkonzert unter Alexander Gibsons Leitung erfolgreich bewältigte. Am Abend darauf bot Barenboim mit der Edinburgh Festival Opera „Figaros Hochzeit“, deren Regie Sir Geraint Evans, der Darsteller des Figaro, innehatte. Seine singenden Kollegen trugen bekannte Namen: Dietrich Fischer-Dieskau als Graf („ein narzisstischer Lady-Killer von Almaviva“, wie die „Times“ ihn nennt), Heather Harper als Gräfin, Heana Cotrubas als Susanna, Teresa Berganza als Cherubino. Zwei Tage später folgte die Uraufführung der Oper „Hermiston“ nach einer unvollendeten Novelle von Robert Louis Stevenson von dem schottischen Komponisten und Musikwissenschaftler

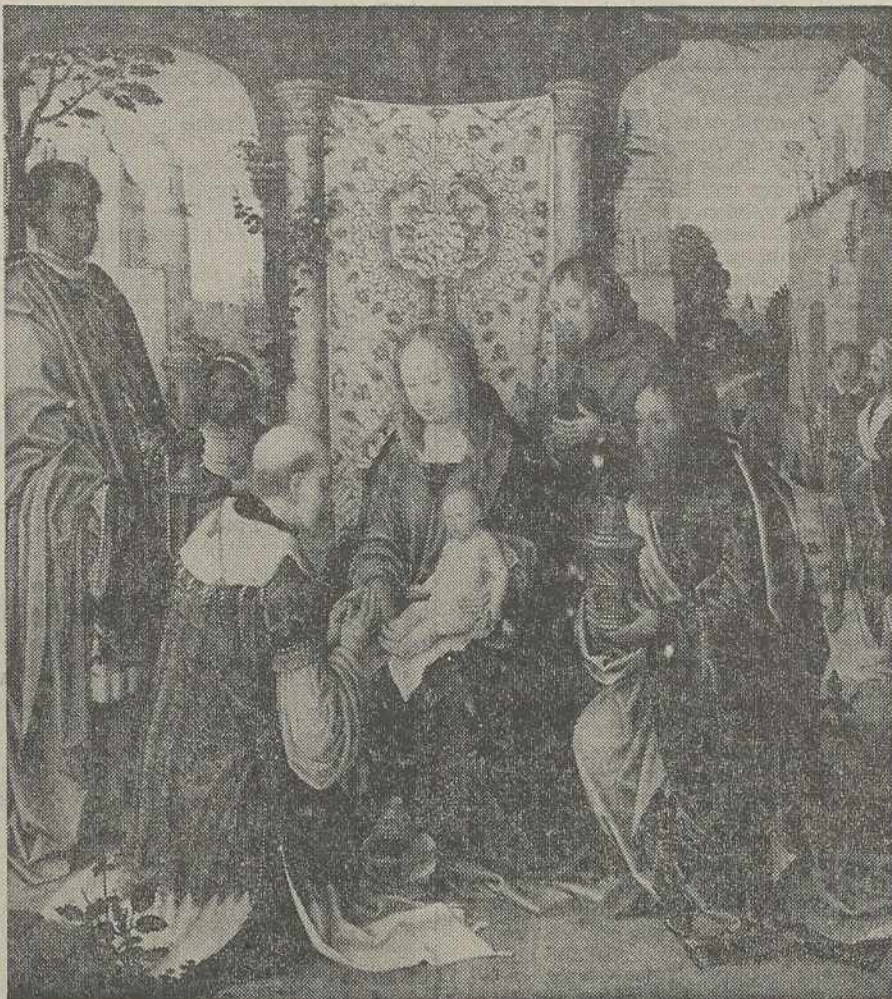
Robin Orr, die die Scottish Opera einstudiert hatte. Wir werden über die Festspiele berichten. F.A.Z.

Rezitationsabend

Richard Burton in Jerusalem

Richard Burton rezitierte am Samstagabend im vollbesetzten Jerusalemer Theater in Gälisch, seiner Muttersprache, Hebräisch und Englisch einen Psalm, dann, nur in Englisch, das Kapitel aus dem zweiten Buch Samuel über Absaloms Tod, Monologe aus Shakespeare-Dramen, Gedichte von Dylan Thomas und anderen. Burton stellte danach dem Publikum Elizabeth Taylor als eine zum Judentum konvertierte große Schauspielerin vor. Beide wurden vom Auditorium, das für die Wohltätigkeitsveranstaltung hohe Eintrittspreise bezahlt hatte, stürmisch gefeiert.

Burton wird, wie berichtet, in Israel Mitte Oktober mit den Dreharbeiten eines Filmes beginnen, dessen Handlung auf dem Roman „Die Peitsche des Zorns“ von Marek Hlasko beruht. Als Regisseur ist Wolf Vollmar vorgesehen. Ob auch Liz Taylor in dem Film mitspielen wird, ist noch ungeklärt. m. t.



Meister von St. Severin, „Die Anbetung der Hl. Drei Könige“, Eichenholz, 75 cm hoch. — Das Bild des spätgotischen Meisters ist jetzt vom Kölner Wallraf-Richartz-Museum angekauft worden, wo es die reichhaltige Abteilung altköltnischer Malerei sinnvoll ergänzt. In der Ausstellung „Herbst des Mittelalters“ ist das Gemälde schon 1970 im selben Museum ausgestellt gewesen — damals noch als Leihgabe aus Privatbesitz. Foto Museum

Kleine Meldungen

Das Metropolitan Museum of Art und das sowjetische Kulturministerium unterzeichneten in Moskau ein Fünfjahresabkommen über einen Austausch. Wie Metropolitan-Direktor Thomas P. Hoving dazu erklärte, ist das Abkommen ein direktes Ergebnis der Diskussionen der europäischen Sicherheitskonferenz über einen verstärkten Kulturaustausch. dpa/UPI

Der Ost-Berliner Goethe-Preis ist dem Chefdirigenten des Ost-Berliner Sinfonie-Orchesters, Professor Kurt Sanderling, verliehen worden. dpa

Daniel Barenboim, der am 1. September für drei Jahre die Leitung des „Orchestre de Paris“ übernimmt, will in der kommenden Saison neun der insgesamt 23 Programme am Dirigentenpult bestreiten. 14 andere bedeutende Dirigenten wurden eingeladen, darunter Karl Böhm, Sir Georg Solti, Pierre Boulez und Colin Davis. AFP

Gene Kelly, der amerikanische Tänzer und Filmschauspieler („Ein Amerikaner in Paris“), wird an der Pariser Oper ein Werk Gershwins choreographieren. Die Premiere ist am 3. Oktober. AFP

Künstler helfen

Es wird die Leser Ihrer Glosse „Notgeld“ (22. Juli), in der von der Künstlerhilfe für den Hamburger und den Kölnischen Kunstverein die Rede war, interessieren, wie die niedersächsischen Künstler dem Kunstverein Hannover geholfen haben. Während der Ausstellung „Graphik aus Niedersachsen“, die Arbeiten von dreißig in Niedersachsen und in Bremen lebender Künstler zeigt und zugleich auf vielfältige Weise einen Einblick in den Entstehungsprozess von Graphik gibt, fanden ein Künstlertreffen und ein Fest statt, auch mit der Absicht, die Kasse des Kunstvereins ein wenig aufzufüllen. Und das ging so: Am Morgen des 23. Juni trafen sich in den Räumen des Kunstvereins Hannover fast alle an der Ausstellung beteiligten Künstler und blieben dort einen ganzen Tag zusammen. Sie aßen, tranken, unterhielten sich, schauten sich noch einmal die Ausstellung an und machten alle — das war der Zweck des Treffens — auf Offset-Folie eine Graphik. Der Tag schloß mit einem großen allgemeinen Fest, von dem, trotz drückender Hitze, viele Menschen mit heiteren Mienen schieden, Künstler wie Kunstfreunde. Der Kunstverein machte aus den graphischen Arbeiten, die die Künstler ihm geschenkt hatten, eine Mappe, die nun 27 signierte und nummerierte Offsets enthält. Sie werden für 200 Mark verkauft, das macht pro Blatt kaum mehr als 7 Mark aus. Der Kunstverein Hannover ist sehr froh über die Hilfe der Künstler, über das gute Ergebnis und über die Möglichkeit, seinen Mitgliedern und Freunden ein so reizvolles Ergebnis gemeinsamen Tuns sehr verschiedenartiger Künstler anbieten zu können.

Dr. Helmut R. Leppien, Direktor, Hannover

Vorläufer des Taschenbuchs

Die von Heinrich Götzger, Lindau, in seinem Leserbrief genannten Ergänzungen zu dem Beitrag über die Vorgeschichte des billigen Taschenbuchs (F.A.Z. vom 30. Juli) sollten durch einige Hinweise erweitert werden. Ich verweise dabei vor allem auf die schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnene „Philipp Reclam's Universal-Bibliothek“, die pro broschiertes Bändchen nur 20 Pfennig kostete, und von der bis zum April 1894 schon 3200 erschienen waren. Der Druck erfolgte natürlich in einer sehr kleinen Schrift, doch man erhielt mit sachkundiger Einleitung Werke nahezu der gesamten Weltliteratur in vollständiger Fassung. Themenreihen über die verschiedensten Wissensgebiete ergänzten die Literaturausgaben. Als weitere höchst bemerkenswerte Sachbücherreihen zu erstaunlich mäßigen Preisen,

verfaßt von namhaften Wissenschaftlern in allgemeinverständlicher Form, sind weiter in diesem Zusammenhang die „Sammlung Götschen“ (je Band 80 Pfennig) und die „Sammlung Natur- und Geisteswelt“ (Verlag B. G. Teubner, Leipzig/Berlin, pro Band broschiert eine Mark, in Leinen 1,20 Mark) zu nennen.

Franz F. Schwarzenstein, Salzburg-Aigen

In Bremen

Zur akademischen Laufbahn: „Selbstverwalter“ (F.A.Z. vom 22. Juli): Der Artikel bringt Zahlenbeispiele für die Beanspruchung von Universitätsangehörigen in den Selbstverwaltungsgremien der großen Universität Göttingen. Bei der, um vieles kleineren „Reform“-Universität Bremen sieht es folgendermaßen aus. Die Universität umfaßt 3300 Studenten, 280 Hochschullehrer und 800 Dienstleister. Ohne die Anhängungskommissionen für die Einstellung aller Dienstleister, studentischer und wissenschaftlicher Mitarbeiter und ohne Ad-hoc-Ausschüsse für spezielle Probleme bestehen 115 ständige Gremien an der Universität Bremen mit 365 von Hochschullehrern, 365 von Studenten und 289 von Dienstleistern zu besetzenden Stellen — also entfallen 1019 Gremien-sitze auf 4380 Universitätsangehörige.

Die Verteidiger des Bremer Modells bemerken stets, die Durchführung der „wahren“ Demokratie sei nun eben teuer. Jedoch: In Bremen sind 30 Prozent der Hochschullehrer KPD- und KBW-nahe, weitere 17 Prozent DKP- und Stamkopf/Volkfront-nahe. Ohne die an die Bremer Universität versetzten und nicht berufenen zirka 70 Angehörigen der früheren Pädagogischen Hochschule gehörten also über 50 Prozent der Hochschullehrer dem totalitären Lager an, abzulesen an den Gremienwahlen vom Mai 1975. Bei den gleichen Wahlen entfielen 85,8 Prozent der studentischen Stimmen auf KSV, KSB und Spartakus/SHB.

Die Gremieninflation an der Bremer Universität kommt folglich nicht der Demokratie zugute, sondern eher ihrer Beseitigung — auch wenn das nicht die ursprüngliche Absicht aller Beteiligten, wie zum Beispiel von der Vring, gewesen sein mag. Zahlen aber tut der Steuerzahler — es fällt schwer, ihn nicht mit dem Beiwort „schlafend“ zu belegen.

Hermann Segnitz, Bund Freiheit der Wissenschaft, Sektion Bremen

Aus der Fülle der Leserbrief, die uns erreichen und die alle sorgfältig gelesen und beachtet werden, können wir nur wenige, und diese oft nur auszugsweise, veröffentlichen. Wir drucken Leserbriefe ohne Rücksicht darauf ab, ob sie sich mit der Meinung der Redaktion decken.

Weyersberg
INTERNATIONAL
bekannt für
feinste Brillanten und Edelsteine
eigene Ateliers
Düsseldorf Königsallee 50
Ruf 10488

Mit CONCENTRA den Börsenwind nutzen!

CONCENTRA-Anleger profitieren vom Börsenaufschwung in Deutschland. Jetzt ist der Augenblick günstig, das Depot aufzustocken.

CONCENTRA, der Fonds für erstklassige deutsche Spitzenwerte. Anteile bei jeder Bank oder Sparkasse.

DIT DEUTSCHER INVESTMENT-TRUST
6 Frankfurt a. M. 1, Biebergasse 6-10

... mit uns eine Chance mehr!



Gewürztraminer - Riesling

Zwei ausgesuchte 73er-Kabinettweine — für Sie

zum günstigen Probierpreis! Zugreifen, auch wenn Sie schon einen Lieblingswein haben.

73er Dürkheimer Gewürztraminer, Rheinpfalz — Mittelhardtlage. Ein voller, wuchtiger Wein mit einem reitintönen Gewürztraminer-Geschmack. Selten werden Sie einen solchen aromatischen, würzigen Tropfen getrunken haben! Schon gar nicht zu diesem günstigen Preis: DM 5,- pro Fl.

73er Bernkastel-Cueser Kardinal-Riesling, Mittelmosel. Die vielen 73er-Sonnenstunden bescherten diesem berühmten Tropfen ein variantenreiches Geschmacksspiel und ein selten ausgewogenes Säureverhältnis. Heiter, fröhlich, elegant — ein Mosel, der Kenner erfreut und mühelos neue Freunde gewinnt. 0,7 l Fl. DM 4,50

Probierpaket mit je 10 Fl. dieser Kabinettweine zum Sonderpreis von DM 95,- frachttüftel Ihrer Bahnstation!

Der Vorzugs-Coupon zu Ihren neuen Lieblingsweinen!



Senden Sie mir Ihr Probierpaket mit 20 Fl. Kabinettweinen zum Sonderpreis von nur DM 95,-. Unbegrenztes Rückgaberecht bei Nichtgefallen. Kein Vertreterbesuch. Keine Verpackungskosten. Keine Nachnahme. Rechnung mit 2% Skonto.

Name _____
Beruf _____
Wohnort/Plz. _____
Straße _____ Telefon _____
Bahnstation _____

GRÄFIN VON KÖNIGSMARCK
Weinbau - Weinkellerei
5400 Koblenz/Rhein-Mosel
Fischelstr. 36 Tel. 0261/12149

VELTINS
Ein Kennzeichen für gute Gaststätten!
KENNER BEVORZUGEN
VELTINS PILSENER

Nigeria
Habe Möglichkeit, Ihre Naira-Beträge nach Deutschland zu transferieren. Vertrauliche Zuschr. unter V B 33280 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Fl. 1, Postfach 2901.

Faltkalender für '76
m. Adr. Reg. nur - 98+Aufdruck JUPITER, 62 Wiesb., Birnbaum 40

Suche Mercedes
280 S — 350 SL.
Tel. 00 11 / 5 50 59 / 45 44 03.

DAMEN • HERREN • MODEN
• Berühmte Luxusmarken
• Imponierende Auswahl
• Einmalig im Südwesten



Markisen
für Balkon und Terrasse



Fabrikpreise!
Kostenlose Beratung
Anruf genügt!

Telefon
(068 35) 21 55 — 57

Starina-Markisen
GMBH
6639 REHLINGEN
Industriestraße

Wissenschaftliche Arbeiten schreibt und druckt
Composet-Schreibsatz
Ihr Kasseler Fachschreibbüro
Postfach 103 57
Tel. 05 61 / 7 13 66 u. 1 33 23

Raubfliegen
Angefliegen, Bartfliegen, Tse-tsefliegen, Smokingsfliegen, Stubenfliegen...
Fliege ist ebensowenig gleich Fliege wie Werbeagentur gleich Werbeagentur. Wir sind z. B. weniger administrativ als kreativ. Möchten Sie uns kennenlernen?

concecond
Gesellschaft mit bH für Marceding
4352 Herten, Postf. 1220
Tel. 0 23 65 / 3 85 05

Firmenschilder Fahrzeugbeschriftungen
auf Selbstklebefolie, Holz, Metall oder Kunststoff. — Frei Haus. Serigrafie-Druck, 7853 Steinen

HOTEL KINDLI
Zürich
Schweiz
Deluxe-Garni Hotel
im Zentrum der Stadt
Ruhige Lage
Tel. 01/27 59 17
Telex 54426

congress

Lesen Sie heute:
Baut menschenwürdige Mauern statt der sterilen Paläste
Das dämlichste bei Tagungen sind „Damen-Programme“
Ersthafter Aufruf an Enkel: „Tragt Opas Kongreß zu Grabe!“
Schweizer Tagungsstätten
Abonnieren Sie Congress noch heute
DM 14,- p a
Congress Verlag
Ewald Kock
89 Hagen, Diesterwegstr.
Nr. 74, Tel. 023 31 / 3 14 85
+ 3 10 57

Achtung

Wichtiger Anzeigenschlußtermin für das neue F.A.Z.-Buch

15. September

Wenn Sie sich noch beteiligen wollen mit einer Anzeige innerhalb der

Firmenporträts*

benötigen wir bis
15. September
Ihre Disposition

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

6 Frankfurt 1 • Postfach 2901 • Telefon 0611/7591237



* Das F.A.Z.-Buch wird mit einer Startauflage von 15.000 Exemplaren am 15. Oktober erscheinen. 1/1 Seite kostet 1.200,- DM Doppelseite 2.200,- DM

Wir interessieren uns für eine Insertion und bitten um

☐ Unterlagen ☐ Besuch

Das Wetter

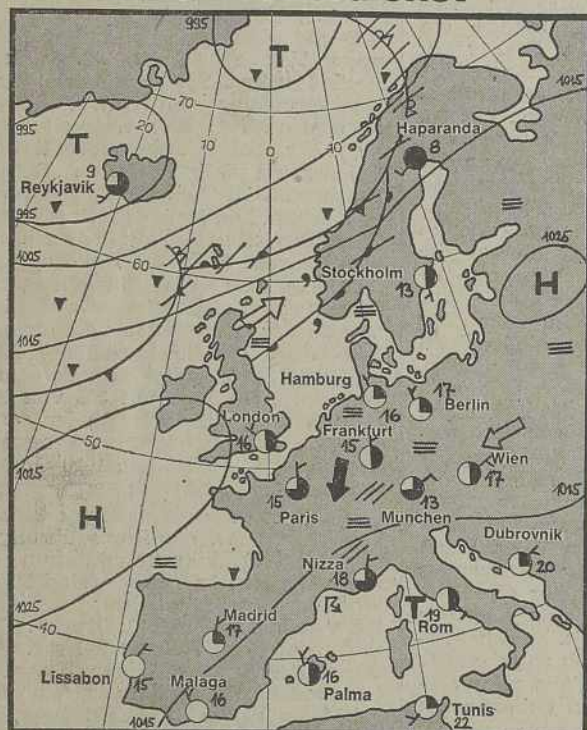
Lage: Die in den Westen Deutschlands eingedrungene Störung schwächt sich ab. Dabei erwärmt sich die eingeflossene kühle Meeresluft allmählich. Weiter im Osten beeinflusst die schwül-warme Luft weiterhin die Witterung.

Vorhersage: Teils heiter, teils — vor allem im Westen und Süden — wolkg. Besonders in der zweiten Tageshälfte örtliche Schauer oder

Gewitter. Höchsttemperaturen je nach Bewölkungsverhältnissen 22 bis 28 Grad. Am Dienstag früh stellenweise wieder neblig. Tiefsttemperaturen 12 bis 18 Grad. Schwacher, tagsüber auffrischender und in Gewittern böiger Wind aus östlichen, im Westen vorübergehend aus westlichen Richtungen.

Aussichten: Örtlich Gewitter. Warm.

Deutscher Wetterdienst



Vorhersagekarte für den 1. Sept. 1975, 7 Uhr.



Wetter und Temperaturen in Grad Celsius vom Sonntag, 10 Uhr

Deutschland			Stuttgart	wolkg	18	Locarno	wolkg	18
Sylt	heiter	21	Nürnberg	bedeckt	18	Paris	heiter	18
Schleswig	wolkenl.	23	Freiburg	wolkg	18	Nizza	bedeckt	22
Norderney	wolkg	22	Freudenst.	bedeckt	16	Barcelona	Schauer	20
Heide	heiter	22	München	heiter	18	Madrid	bedeckt	27
Lübeck	heiter	22	Passau	wolkg	17	Malaga	heiter	23
Greifswald	wolkenl.	22	Feldb./Schw.	wolkg	11	Wien	heiter	23
Osnabrück	bedeckt	20	Konstanz	wolkg	18	Innsbruck	heiter	18
Hannover	wolkg	23	Oberstdorf	heiter	17	Bozen	wolkg	19
Berlin	bedeckt	20	Zugsitze	heiter	2	Venedig	heiter	21
Düsseldorf	bedeckt	18	Garmisch	heiter	17	Rom	wolkenl.	25
Leipzig	wolkg	20	Ausland			Athen	wolkg	32
Köln-Bonn	bedeckt	17	Istanbul	wolkg	25	Moskau	wolkg	17
Kiel	bedeckt	17	Stockholm	Schauer	17	Las Palmas	heiter	22
Bad Hersf.	Schauer	17	London	wolkg	17	Tokio*	wolkenl.	31
Trier	bedeckt	17	Kopenhagen	heiter	21	Kairo*	heiter	25
Feldberg/Ts.	wolkg	18	Amsterdam	heiter	20	New York*	bedeckt	16
Frankfurt	bedeckt	18	Ostende	wolkg	19			
Neust./Wstr.	bedeckt	21	Zürich	heiter	17			

Heute: Sonnenaufgang 5.33 Uhr, Sonnenuntergang 19.10 Uhr, Mondaufgang 0.04 Uhr, Monduntergang 16.13 Uhr

Fernsehen am Montag Aktualisiertes Programm

Montag, 1. September

Erstes Programm (ARD)

- 16.15 Tagesschau
16.20 Plumpquatsch
17.10 Von der Internationalen Funkausstellung 1975 Berlin
Fragen und Hits
Wir spielen, Sie fragen, Prominente antworten
17.40 Funkausstellung aktuell
Berichte und Reportagen
17.55 Tagesschau
18.00 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau mit Wetterkarte
Daten — Bilder — Hintergründe
20.15 Report
Themen:
1. Dänemark — Revolution gegen den Sozialstaat
2. Interview mit Franz-Josef Strauß
3. Der Freikauf politischer DDR-Häftlinge: neue Tatsachen
21.00 Cornelia Froboess
Ohne Humor kann man nicht leben
Porträt von Günter Andreas Pape
In einem Fernsehporträt versucht Günter Andreas Pape die Laufbahn von Cornelia Froboess und ihre Persönlichkeit sichtbar zu machen. Der Film ist im privaten Bereich der Schauspielerin angesiedelt. Cornelia Froboess wohnt mit ihrem Mann, dem Regisseur Helmut Matiassek, und ihren beiden Kindern in einem Bauernhaus in Oberbayern. Durch Einblendungen von Szenen aus Filmen, Fernsehspielen und Shows wird die berufliche Entwicklung von Cornelia Froboess dargestellt. Sie reagiert auf Reizworte wie „Kinder“, „Familie“ und „Erziehung“, „Proben“, „Premiere“ und „Publikum“, „Kochen“, „Lachen“ und „Wein“.
21.45 Auf der Suche nach der heilen Welt
Bürgerinitiativen
Filmbericht von Dieter Menninger und Gottfried Gülicher
In der Reihe „Auf der Suche nach der heilen Welt“ fragen die Autoren: Warum engagieren sich die Bürger? Warum opfern sie ihre Freizeit für andere? Wie wirkt sich die Mitarbeit in Bürgerinitiativen auf die engagierten Bürger selbst aus? Wie reagieren Parteien und Behörden auf mündige Bürger, die den Mund aufmachen?
22.30 Tagesschau mit Kommentar und Wetterkarte

Zweites Programm (ZDF)

- 16.30 Im Hobbykeller (Wh.)
Viele Arten von Drachen

- 17.00 heute
17.10 Der weiße Stein
Was für ein Zirkus!
17.40 Internationale Funkausstellung 1975 Berlin
Die Drehscheibe
18.20 Diana
Die 30-Cent-Party
18.55 Mainzelmännchen: Gewußt wie heute
19.30 Internationale Funkausstellung 1975 Berlin
Wie würden Sie entscheiden? Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Die entehrte Braut
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Mit einer Dokumentation über Brustkrebs von Marlene Linke: Therese Merck, Maria Wöhrmann und Karin Weller aus Deutschland sind die Hauptpersonen in dem ZDF-Film über Brustkrebs „Die Jagd nach dem Anfang“.

- 21.00 heute
21.15 Menschen im Alter
Trautes Heim...
Belgisch-französischer Spielfilm aus dem Jahre 1973
Die Insassen eines Altersheims proben den Aufstand! Sie protestieren dabei nicht gegen Quälereien oder gar vorsätzlichen Betrug; ihr Protest richtet sich letzten Endes gegen eine starre, lieb- und gedankenlose Ordnung, die

keine Rücksicht auf die Individualität der Heimmenschen nimmt. So verbarrikadieren sie sich, nachdem Bitten und Beschwerden nichts genützt haben, auf dem Dach des Altersheims, entfalten Transparente und appellieren an die Öffentlichkeit. Und endlich hört diese Öffentlichkeit sie; endlich können sie hoffen, daß ihr Heim künftig nicht nur korrekt, sondern auch menschlich geleitet wird. Der junge belgische Regisseur Benoit Lamy hat diese Geschichte inszeniert.
22.45 Brustkrebs: Sie fragen, Experten antworten
Diskussionsleitung: Hans Mohl
23.30 heute

Dritte Programme

Sommerpause

Hörfunk (in Auswahl)

19.30 Krimis — kritisch gesichtet von Paul Kruntorval (Frankfurt II). — 19.45 Zubin Mehta dirigiert das Berliner Philharmonische Orchester. Solist: Derzso Ranki, Klavier. Arnold Schönberg: Kammermusik für 15 Soloinstrumente, op. 9. Wolfgang Amadeus Mozart: Konzert für Klavier und Orchester Nr. 24 c-Moll, KV 491. Robert Schumann: Sinfonie Nr. 1 B-Dur, op. 38, „Frühlingsinfonie“ (SFB I). — 20.00 Mehr und mehr und noch mehr Simcecks. Hörspiel von Don Haworth. Anst. „Das Hörspiel in England“. Ein Gespräch (München II). — 20.00 „De Hochtied in de Pickballe“. Niederdeutsche Komödie (NDR II). — 20.05 Schwetzingen Festspiele 1975: Der gestiefelte Kater oder „Wie man das Spiel spielt“ — komische Oper von Günter Bialas (München II). — 20.15 Sinfoniekonzert: Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Moscheles, Spohr, Elgar (NDR/WDR I). — 20.20 Das Kind im Patienten. Über Sandor Ferenczi und die Zukunft der Psychoanalyse (SWF II). — 20.30 „Der Mörder“. Science-fiction-Hörspiel nach Ray Bradbury (RIAS I). — 20.30 Rückfällig. Die Geschichte einer Berliner Familie — Nach Aussagen der Betroffenen zu einem dokumentarischen Hörstück zusammengestellt von Doris und Hans Häusser und Christian Gebert (Frankfurt I). — 20.35 Schallplatten-Auslese. Besonderheiten aus Sinfonik — Oper — Kammermusik (Frankfurt II). — 21.00 Top Secret. Eine Kriminalkomödie von Fred Kassak (Stuttgart I). 21.07 Flittern erlaubt. Ein Computerhappening nebst einem Phone-in zum Mitspielen (WDR II). — 21.10 Autoren — Musik. Das Verhältnis von Sprache und Musik in Luigi Nono's „Contrapunto alle mende“, erläutert von Alfred Andersch (SWF II).



Szene aus dem belgisch-französischen Spielfilm „Trautes Heim“, der sich kri-

tisch mit dem Leben alter Menschen auseinandersetzt. (ZDF, 21.15 Uhr.) Foto ZDF

Der kluge Mann baut vor:
Lesen Sie schon jetzt in Capital, wie Sie
auch im nächsten Jahr mit Ihren Finanzen
über die Runden kommen.

Capital

Nr. 9 C 2052 EX

Das deutsche Wirtschaftsmagazin

Ihr persönliches Budget 1976
**Sichern Sie
Ihren
Lebensstandard**

Capital-Beratung:
So drücken Sie die
Baukosten

Capital-Vergleich:
Die besten Hypotheken

Vorsicht vor faulen
Zinsversprechen

FDP-Strategie Genscher

Wie die FDP Bonn
regiert

Jetzt überall für 3,50 Mark

31.5. 1978

Verbitterung in Siebenbürgen

In der F.A.Z. ist zum zweitenmal eine Zusage aus Rumänien erschienen (F.A.Z. vom 18. Mai) als Antwort auf einen Leserbrief aus Siebenbürgen. Beide Zuschriften waren mit deutschen Namen versehen. Man muß sich fragen, wie kann sich ein „Günther Schuller“ über kritische Bemerkungen „empören“, die die Verhältnisse der Deutschen und Ungarn in Siebenbürgen betreffen, da die F.A.Z. dort gar nicht frei erhältlich ist? Die westliche Presse ist ausschließlich einer kleinen Gruppe der Partei-Oligarchie zugänglich. Die Oligarchie kann zwar ausgesuchten Personen bestimmte „Aufgaben“ erteilen und Standpunkte konform dem Regime zuschneiden, doch überwiegend erledigt der Parteiapparat solche Aufgaben selbst.

Die Verbitterung der Deutschen und Ungarn in Siebenbürgen ist brisant, denn sie leben in einem Gebiet, das Rumänien nach den Weltkriegen zugefallen ist. Ihr Dasein ist ohne rumänisches Zutun zustande gekommen. Trotz ihres Elends in Rumänien ist ihre Verbitterung nicht wirtschaftlicher Natur. Jedes Kind erfährt am eigenen Leibe, daß die Rumänisierungspolitik an ihrer nationalen Existenz nagt. Die Eliminations- und Selektionstaktik ist natürlich ein-

schleichend angelegt, so kann die Oligarchie des Parteiapparats noch immer auf deutsche und ungarische Einrichtungen, die von früher stammen, als Alibi hinweisen. Aber selbst diese Einrichtungen haben keinen autonomen Charakter mehr, denn weder die Deutschen noch Ungarn können, sagen wir, eine eigene deutsche oder ungarische Sportsmannschaft aufstellen, was in Deutschland jede Gastarbeitergruppe tun darf. Sie müssen sich im Gegenteil integrieren in die immer neu ankommenden Siedler aus der Walachei. Nicht nur, daß ihre Dörfer und Städte alle umbenannt wurden, die Menschen müssen selbst auf ihre Vornamen verzichten, in vielen Fällen auf ihre Familiennamen. Als Beispiel sei hier die Olympiasiegerin von Montreal im Turnen, Nadia Comaneci, genannt, die in Wirklichkeit Anna Kemenes heißt. Ein ehemaliges Mitglied des rumänischen Zentralkomitees (Király) hat in einem selbstzensurierten Brief an die Parteispitze auf diese brisanten Zustände hingewiesen. Man muß sich doch fragen, warum hat G.S. darauf geschwiegen, wenn ihm die F.A.Z. in Rumänien frei zugänglich ist? Die F.A.Z. hat auch darüber berichtet.

Dr. Sándor Gulyás, Mainz



FAZ, 21. 6. 78

Die Rumänien-Deutschen heimenufen?

Von Johann Georg Reißmüller

Von allen osteuropäischen Staaten hat nach dem Zweiten Weltkrieg nur Rumänien eine deutsche Volksgruppe behalten, die genügend groß, kompakt und mit gesetzlichen Garantien versehen ist, um als ethnisch-sprachliche Gemeinschaft bestehen zu können. Doch wenn es so weitergeht mit der Abwanderung von Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben aus ihrer Heimat vor allem in die Bundesrepublik, dann ist der Tag abzusehen, da die deutsche Minderheit in Rumänien zu einem Rest geschrumpft sein und ihre Lebensfähigkeit als ethnische Gruppe verloren haben wird. Manchem bei uns kommt es so vor, als sei dieser Gang der Dinge für alle Beteiligten am besten: Die Rumänien-Deutschen kommen in das Land, das für sie das einzige Deutschland ist; die Bundesrepublik hat etwas für Deutsche außerhalb ihrer Grenzen zu tun vermocht: Rumänien schließlich hat dem Menschenrecht der Freizügigkeit Reverenz erwiesen.

Das aber ist nur ein Teil der Wirklichkeit. Mit der Auflösung der deutschen Minderheit in Rumänien ginge vieles unwiederbringlich verloren: eine Bevölkerung, deren einer Teil, die Siebenbürger Sachsen, seit 800 Jahren, und deren anderer Teil, die Banater Schwaben, seit 250 Jahren das mitgeprägt haben, was heute Rumänien ist. Sodann die letzte Möglichkeit eines Erweises dafür, daß deutsche und andere Völker durchaus in einem Staat zusammenleben können. Schließlich eine Brücke von Deutschland nach Osteuropa und besonders natürlich nach Rumänien. Doch der Dauerstrom der deutschsprachigen Auswanderer aus Rumänien zerrt am deutsch-rumänischen Verhältnis, das sich ansonsten seit der Mitte der sechziger Jahre erfreulich entwickelt hat (als erster Ostblockstaat nahm Rumänien 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf, gegen den Willen der Sowjetunion).

Bringt die Auswanderung wenigstens den Auswanderern selber das Glück, die Erfüllung? Manchen vielleicht. Aber andere Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben sind hier unglücklich. Sie verwinden den Verlust der Heimat nicht, der sie viel existentieller verbunden sind als überlicherweise Binnendeutsche. Doch freilich, sie wollten nach Deutschland, und dieser Wille verdient unseren Respekt. Niemand bei uns hat eine Legitimation, Rumänien-Deutschen die von ihnen gewünschte Umsiedlung zu erschweren, nur weil sich der Wunsch hinterher als Irrtum erweisen könnte.

Aber es hat auch niemand in der Bundesrepublik ein Recht, die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben zur Massenemigration zu animieren, mit der Behauptung, sie hätten als Volksgruppe keine Zukunft, kaum noch eine Gegenwart; nun also gelte es, ihre Rückkehr in die Urheimat ins Werk zu setzen. Solche Parolen, die hier ausgegeben werden und nach Rumänien hineinwirken, werden gestützt von der

trostlosen Lage der Deutschen im übrigen Osteuropa. Die deutsche Minderheit in Polen, ihrer Sprache von Amts wegen beraubt, hat keine andere Wahl, als zu emigrieren. Es war darum nicht nur richtig, sondern geboten, daß Bonn in Verhandlungen mit Warschau so viele Deutsche wie nur möglich freizukaufen suchte. Mit den in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen steht es nicht viel anders. Die in der Sowjetunion durch Deportation verstreuten Deutschen verdienen beim Streben nach Auswanderung unsere Unterstützung.

Aber die Lage der Rumänien-Deutschen ist anders. Rumänien hat als einziger osteuropäischer Staat seine Deutschen nach dem Krieg weder umgebracht noch ausgewiesen.

(Daß die Sachsen und die Schwaben für drei bis vier Jahre nach Rußland zur Zwangsarbeit mußten, steht auf einem anderen Blatt.) Die Deutschen in Rumänien haben deutsche Schulen (oder deutsche Abteilungen an rumänischen Schulen), deutsche Theater, eine eigene Literatur, eine ansehnliche Produktion von Büchern in Hochdeutsch und in ihren Dialekten. Sie haben deutsche Zeitungen und ein deutsches Fernsehprogramm. Deutsche sitzen an leitenden Stellen im Partei- und Staatsapparat, in Betrieben und Kultureinrichtungen.

Freilich, das alles hat ein kommunistisches Vorzeichen — das gleiche, hinter dem das Leben auch der rumänischen Bevölkerungsmehrheit und der an die zwei Millionen starken ungarischen Minderheit steht. Hält man sich an Worte, ist der rumänische Marxismus-Leninismus sogar besonders rigoros. Aber der Alltag sieht anders aus. Die Rumänen sind ein von Natur unideologisches Volk. Im Schutze eines Wustes von ideologischer Rhetorik hat sich da eine ganze Nation ins Privatleben zurückgezogen — die deutsche Volksgruppe mit. Der Staatsmarxismus toleriert wie die überaus populäre rumänisch-orthodoxe Kirche so auch die lutherische Kirche der Siebenbürger Sachsen.

Wie konnte unter solchen Umständen bei den Rumänien-Deutschen ein psychischer Auswanderungsdruck entstehen? Die Heimkehr-Parolen aus dem Westen hätten dazu nicht gereicht, nicht einmal die sich von ganz allein ausbreitenden Vorstellungen vom Wohlstand in Westdeutschland. Erst grobe Mißgriffe in der Bukarester Nationalitätenpolitik machten beides virulent. Daß sie in ihren Zeitungen die meisten heimatischen Ortsnamen nur noch rumänisch lesen konnten, daß sie in den Schulbüchern ihrer Kinder die Rolle der Deutschen in der Geschichte Rumäniens übergangen sahen, daß sie als Volksgruppe gegenüber dem Ausland versteckt, verschwiegen wurden — dies zum Beispiel hat in vielen deutschen Siebenbürgern und Banatern den Wunsch zum Weggehen die Oberhand gewinnen lassen. Jetzt scheint man in Bukarest den Fehler zu erkennen. Noch ist es nicht zu spät.

ikgs

Frankfurter Allgemeine

Zeitung Nr. 142

7. 7. 78

Bärendienst an den Rumänien-Deutschen

Es gehört ohne Zweifel Mut dazu, wenn der Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka hergeht (F.A.Z. vom 27. Juni) und unter Bezugnahme auf den Leitartikel von Johann Georg Reißmüller vom 21. Juni „Die Rumänien-Deutschen heimrufen?“ es wagt, den Vorwurf zurückzuweisen, daß „jemand in der Bundesrepublik Deutschland die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zur Massenemigration animiere“. Ist er es doch, auf den dieser Vorwurf belegbar zutrifft.

Die Lage der Deutschen in Rumänien hatte sich nach 1945 bis 1965/67 zusehends gebessert. Die Sachsen-Schwaben brachten es mit viel Geschick fertig, der Gefahr der Vertreibung zu entgehen. Die Schulen blieben intakt, bereits im Jahre 1954 begann die Rückgabe der Häuser und Gärten, die 1966 auf breiter Ebene erfolgte. Die Sachsen-Schwaben fanden in Partei und Regierung in wachsendem Maß viele Förderer (zum Beispiel Ministerpräsident Maurer), und es wurde ihnen weitere Besserung zugesagt.

Es ging alles gut, bis zuerst 1965, dann immer intensiver eine Einmischung von außen, aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgte. Wie kam es dazu? Die Führung der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland mit dem Bundessitz in München wandte sich im Jahre 1962 gegen den Willen eines beachtlichen Teiles ihrer Mitglieder und ohne Befragung heimatlicher Institutionen und gegen deren Willen mit einem Memorandum an die Regierung in Bonn, in welchem sie die Aussiedlung ihrer Landsleute aus Siebenbürgen verlangte. Herr Hupka warf sich alsbald zum Befürworter dieses Memorandums auf. Umsonst warnte der bundesdeutsche Historiker Otto Mittelstraß, ein guter Kenner der Geschichte der Siebenbürger Sachsen, die Landsmannschaftsführer: „Die

modernen Lokatoren der Sachsen sollten wissen, daß sie die Liquidatoren des sächsischen Volkes und seiner Geschichte sind. Sie sollten sich von dem Wahn befreien, als leisteten sie dem Sachsenvolk einen anderen Dienst als den des Totengräbers“ (Siebenbürgisch-sächsische Geschichte in ihrem 9. Jahrhundert, herausgegeben vom Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Deutschland, 8 München, Himmelfriedstraße 4, Seite 107). Mit Wissen von Herrn Hupka und des Bundes der Vertriebenen (BdV) nach Rumänien entsandt, um dort wegen der geplanten Aussiedlung die Fühler auszustrecken, wobei von deutscher Seite eine Geldablösung in Aussicht gestellt wurde.

Die Verhandlungen waren unter dem Beistand des BdV, wo Herr Hupka zu den Stellvertretern zählt, 1969 soweit gediehen, daß der rumänische Staatsführer hinter dem Rücken seines Ministerpräsidenten Maurer und dessen Freunden in den Handel einwilligte, brachte er ihn doch seinem geheimen Ziel, aus Rumänien einen Nationalstaat zu machen, durch Auswanderung der Sachsen ein gutes Stück näher. Er versprach eine gewisse kulturelle Freizügigkeit, die der BdV zur Beruhigung seines Gewissens im guten Glauben ausbedungen hatte. Dafür aber unterließ der rumänische Staatschef die Abmachungen in anderer Weise. Er führte im ganzen Land rigorose Sicherheits- und Enteignungsmaßnahmen ein, gegenüber allen Bevölkerungsgruppen, als er merkte, daß die Sachsen-Schwaben angesichts der größeren kulturellen Freiheit ihre Ausreisegesuche zurückzogen; er führte das Verbot des Gebrauchs der deutschen Ortsnamen ein.

Dr. Dr. Bruno W. Knopp,
Sprecher des Bundes der heimattrauen
Siebenbürger Sachsen
und Banater Schwaben, Dürnberg

ikgs

FAZ

15.7.78

Drang zur Heimkehr

Mit vielen deutschen Umsiedlern aus Rumänien habe auch ich mich als Leser der F.A.Z. darüber gefreut, daß eine Zeitung von diesem Rang immer wieder auch für unsere Probleme ihre Spalten öffnet. Diese Freude wandelt sich beim Lesen des Leitartikels „Die Rumänien-Deutschen heimrufen?“ von Johann Georg Reißmüller (21. Juni) in Bestürzung über die Tendenzen dieses so maßgeblich vertretenen Leitartikels.

Auch uns erfüllt, gleich dem Verfasser, tiefe Besorgnis, weil mit der Auflösung der deutschen Minderheit in Rumänien vieles unwiederbringlich verloren geht: eine alteingesessene deutsche Bevölkerung. Sodann nach Ansicht des Verfassers die letzte Möglichkeit, zu beweisen, daß deutsche und andere Völker durchaus in einem Staat zusammenleben können. Wir meinen, in Italien, der Schweiz, in Österreich und in Frankreich könnte dies ebenfalls demonstriert werden. Schließlich eine Brücke durch Deutsche von Deutschland nach Osteuropa. „Doch der Dauerstrom der deutschsprachigen Auswanderer aus Rumänien zerzt am deutsch-rumänischen Verhältnis, das sich ansonsten erfreulich entwickelt hat...“ Bei diesem Satz muß tiefe Besorgnis angemeldet werden. Es ergeht doch damit die Aufforderung, die Verteidigung der Menschenrechte als berechtigt dort in Frage zu stellen, wo die politischen Interessen des Tages es verlangen. Welcher Stellenwert wird da den Menschenrechten zugewiesen? Und es drängt sich die Frage auf: Cui bono?

Angeblich leiden die Deutschen in Rumänien unter groben Mißgriffen der Bukarester Nationalitätenpolitik. Die Geschichte lehrt uns, daß es sich um die kommunistisch-brutale, systematische Fortsetzung einer nun bald jahrhundertalten, schon von den Ungarn übernommenen Politik handelt. Jede Umkehr ist immer wieder nur zeitweilige Taktik gewesen, um das Ziel des Aufgehens der deutschen Minderheit im jeweiligen Mehrheitsvolke vorzubereiten. Angesichts der infolgedessen nunmehr eingetretenen Lage sehen die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen keine Möglichkeit weiter standzuhalten und drängen zur Heimkehr. Wenn die Meinung vertreten wird, diese Erkenntnis sei weitgehend durch Parolen, die von Deutschland nach Rumänien importiert werden, gefestigt worden, so ist das schlicht ein Irrtum. Mir ist keine Parole bekannt, die uns in Siebenbürgen erreicht hätte und dazu angetan gewesen wäre, den kleinen Teil derer, die die alte Heimat

nicht verlassen wollen, zur Umsiedlung zu bewegen. Wohl aber hat das Wissen um das Eintreten unserer umgesiedelten Landsleute für unser Recht, auch umzusiedeln, uns in der Überzeugung gestärkt, daß wir nicht vergessen sind und nicht schweigend unsere Hoffnung auf Freiheit aufgeben müssen.

Was den Wert der sogenannten gesetzlichen Garantien für das Bestehen einer deutschen Volksgruppe in Rumänien betrifft sowie auch die Möglichkeiten für ein eigenständiges kulturelles Leben, da kann ein Außenstehender von dem Schein geblendet werden; aber zu denken muß es doch jedem geben, wenn er sieht, wie gerade die Träger des Kulturlebens nur in der Umsiedlung die Rettung sehen und wie die Reihe derer nicht abreißt, die jahre- und jahrzehntelang an führender Stelle in Bukarest in dem den Deutschen zugebilligten Rahmen tätig waren, um zuletzt zu resignieren und auszuwandern.

Nein, die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben haben weder die Fähigkeit noch die Möglichkeit, sich wie die glücklichere rumänische Nation „ins Privatleben zurückzuziehen“. Für die Deutschen wäre das Vogel-Strauß-Politik mit ihrem ewig gleichen Endresultat!

Alfred Kasper, Traunreut

g s

FAZ. 28.11.79.

Mittwoch, 28. November 1979, Nr. 277 / Seite 11

Rumänien-Deutsche

In der F.A.Z. vom 14. November hat Johann Georg Reißmüller einen Aufsatz über die Problematik der Rumänien-Deutschen veröffentlicht, der als Beispiel tiefen Verständnisses der Zusammenhänge allgemeine Anerkennung und den Dank der Betroffenen verdient. Ungeteilte Zustimmung und Dankbarkeit gebührt seitens aller Rumänien-Deutschen — gleich, wo sie heute leben — vor allem auch Bundesaußenminister Genscher, der es bei seinem kürzlichen Besuch Bukarests gewagt hat, ein Tabu nicht mehr als solches zu respektieren, sondern ein Bonner Interesse am Fortbestand der „sprachlich-kulturellen Gruppe“ der Rumänien-Deutschen im Lande zu bekunden. Der Hinweis Reißmüllers auf die Tischrede des deutschen Außenministers, in der er die Hoffnung aussprach, „daß die beiden Gruppen deutschsprachiger Bürger Rumäniens, die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen, sich weiterentfalten, daß andererseits diejenigen von ihnen zu ihren Angehörigen ausreisen könnten, die das wünschten“, trifft genau das Kernproblem. Es trifft ebenso die Stellung der zuständigen Landsmannschaften dazu, die deren Spitzenvertreter dem Bundesaußenminister vor dessen Rumänienreise vorgetragen hatten: „Ausreise für die Rumänien-Deutschen, die ins westliche Deutschland wollen; gesicherte Volksgruppenexistenz für diejenigen, die in der Heimat bleiben möchten.“

So hat Reißmüller das zentrale Anliegen aller Rumänien-Deutschen präzisiert, so auch den Standpunkt der Landsmannschaften zum Ausdruck gebracht. Auch den tiefen Konflikt, der zwischen den beiden Forderungen besteht, sehen Reißmüller und die Landsmannschaften der Rumänien-Deutschen gleicherweise.

Allerdings geht Reißmüller von der Existenz einer „ethnischen Minderheit“ und „deutschen Volksgruppe in Rumänien“, der „letzten lebensfähigen deutschen Minderheit und Sprachinsel in Osteuropa, der letzten lebendigen Brücke zur osteuropäischen Welt“, aus, deren Niedergang „für alle Beteiligten ein Übel“ wäre. Daß die Gruppen der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben infolge Auswanderung „schrumpfen“ und daß schließlich nur noch ein „ethnisch-sprachlicher Überrest existieren ... aber als Nationalität

nicht mehr lebensfähig“ sein werde, das alles wäre unbestreitbar richtig, wenn „die deutsche Volksgruppe in Rumänien“ aufgrund ihrer heutigen Daseinsbedingungen „lebensfähig“ wäre. Solange es nach offiziellem Sprachgebrauch weder eine „deutsche ethnische Minderheit“, noch eine „deutsche Volksgruppe“ in Rumänien gibt (und bei Strafandrohung diese Bezeichnungen tabu sind), solange es keinerlei Organisationsformen mit freigewählten Vertretungsorganen dieser „mitwohnenden Nationalitäten“ gibt, so lange kann von einer „lebensfähigen deutschen Volksgruppe in Rumänien“ nicht ausgegangen werden. So lange bleibt es sich im Grunde auch gleich, ob 350 000 oder etwa nur ein Zehntel davon in Rumänien bleiben: sie alle werden „homogenisiert“ — sprich: assimiliert — in die „einheitliche sozialistische Nation“. Gerade auch das hat Reißmüller doch wohl vor Augen gehabt, als er dem „Abwanderungsdrang“ und den „Abwanderungsmotiven“ ... eine „staatliche Nationalitäten-Politik, die von guten Prinzipien ausgeht“, um „die Lage ihrer deutschen Minderheit spürbar zu verbessern“, als Alternative gegenüberstellte.

In der Tat kann man von einer tiefen Heimatverbundenheit der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben ausgehen, ja sie ist bereits sprichwörtlich geworden. Es kann demnach keine Rede davon sein, daß diese Menschen sich leichtfertig von ihrer Heimat trennen oder gar „abwerben“ lassen, wie in dumm-böswilliger Weise gelegentlich behauptet wurde. Auch, daß es sich wohl immer um ein „Bündel von Gründen“ handelt, die zur Aussiedlung führen, ist sicher richtig.

Eines aber sollte sich jeder, der sich mit der Problematik der Rumänien-Deutschen beschäftigt, vor Augen halten: Man kann diesen Menschen, die als ehemals Freie ihr heutiges Dasein für menschenunwürdig erachten, nicht zumuten, dort auszuharren, um als „letzte lebendige Brücke zur osteuropäischen Welt“ eine Mission zu erfüllen, die der rumänische Staat nicht will und sogar als in der Vergangenheit geleistet negiert. Missionsgedanken und -aufträge scheiden demnach aus.

Dr. Kurt Schebesch,
Stellvertretender Bundesvorsitzender
der Landsmannschaft der Siebenbürger
Sachsen, Düsseldorf

ikgs

Die Rumäniendeutschen wollen fort

In dem Leitartikel der F.A.Z. vom 14. November „Eine Chance für Rumänien“ hebt Johann Georg Reißmüller zunächst hervor, daß Bundesaußenminister Genscher bei einem Besuch in Bukarest, am 11. und 12. Oktober 1979, als erster Bonner Regierungspolitiker die in Rumänien ansässigen Deutschen als eine lebende sprachlich-kulturelle Gruppe in der Öffentlichkeit genannt und das Interesse Bonns an ihrem Fortbestand angedeutet habe. Auch sei die Möglichkeit der Ausreise für die dort lebenden Deutschen zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik von Genscher begrüßt worden. — So weit, so gut. Dann aber weist Reißmüller darauf hin, daß zwischen Ausreise und gesicherter Volksgruppenexistenz ein tiefer Konflikt bestehe. Denn die Abwanderung habe, so erfreulich diese Möglichkeit auch sei, die Kehrseite, daß dadurch die jetzige Zahl von 350 000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen auf einen ethnisch-sprachlichen Überrest zusammenschrumpfen werde. — Auch das trifft zu, obwohl beim jetzigen Tempo von jährlich rund 10 000 Auswanderern — wenn dies so weitergeht — es 25 bis 30 Jahre dauern dürfte, bis die ganze auswanderungswillige Mehrheit zum Zuge kommt.

Nun schlägt der Artikelschreiber dem rumänischen Staat vor, etwas zu unternehmen, damit der Abwanderungswunsch gar nicht erst überhandnimmt. Der Staat solle den Deutschen berufliche Aufstiegsmöglichkeiten gewähren und eine von guten Prinzipien ausgehende Nationalitätenpolitik betreiben. Das klingt ganz schön, und darin erblickt Reißmüller eine „gute Chance für Rumänien“, mit dem Abwanderungsproblem fertig zu werden. Und in Weiterführung dieser Gedanken ist im Artikel dann zu lesen, ein Niedergang der deutschen Volksgruppe wäre für Deutschland und für Rumänien von Übel. Wir verlieren die letzte lebensfähige deutsche Minderheit und Sprachinsel in Osteuropa und die letzte lebendige Brücke zur osteuropäischen Welt. Rumänien würde aber um eine wertvolle Minderheit ärmer.

Leider gehen diese Ratschläge und Feststellungen an der Wirklichkeit vorbei. Die Brückenstellung klingt schön, ist aber nur eine Illusion. Es fehlen die Voraussetzungen zur Selbstbehauptung: brauchbare deutsche Schulen und sonstige Einrichtungen zur Erhaltung des Volkstums. Die Nationalitätenpolitik Rumäniens ist auch in bezug auf die im Banat und in Siebenbürgen lebenden Deutschen auf Einschmelzung ins Rumänentum gerichtet. Sie sind ja nur 1,75 Prozent von der Gesamtbevölkerung Rumäniens. Die Einschmelzungstendenz beweist aber eindeutig die Erklärung des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu vom 11. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei im Herbst 1974: „Es wird in absehbarer Zeit in Zukunft in Rumänien keine Nationalitäten mehr geben, sondern nur noch eine sozialistische Nation.“ Und nach dieser Erklärung wird ganz konsequent gehandelt. So konse-

quent, daß viele Antragsteller für die Ausreise beruflich hart zurückgestuft oder sonst unter Druck gesetzt werden. Zu erwähnen sind auch die Grausamkeiten, die bei illegalen Grenzüberschreitungen geübt werden: Erschießungen und Folterungen der Überlebenden.

Reißmüller streift in einem kurzen Satz auch die Bitterkeit der Rumäniendeutschen über ihr hartes Schicksal nach dem Krieg. Dies waren die Verschleppungen in die Bergwerke Rußlands, in die Baragansteppe und zur Zwangsarbeit am Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals, die die dortigen Deutschen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erlitten und von ihnen Zehntausende von Opfern forderten. Diese schrecklichen Maßnahmen sind noch nicht vergessen, und ihre Wiederholung wird befürchtet, wenn es wieder politische Verwicklungen gibt.

Der Leitartikel der F.A.Z. vom 14. November läuft im wesentlichen auf die Befürwortung des Ausharrens der Deutschen in Rumänien hinaus. Eine gründliche Analyse des gesamten Problems kann diese These aber nicht befürworten. Die Rumäniendeutschen haben den Glauben an ihre Zukunft verloren. Deshalb will die überwiegende Mehrheit abwandern. Diese Bewegung wird von hier aus nicht angeheizt. Die Entscheidung hat jeder selbst und für sich zu fällen. Wir dürfen sie aber auch nicht mit Aushalteparolen hinhalten und den Einschmelzungstendenzen Rumäniens Vorschub leisten. Die Zukunft der in Rumänien lebenden Deutschen liegt hier in der Bundesrepublik. Das ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit der in Rumänien und hier in der Bundesrepublik lebenden Rumäniendeutschen. Dies weiß auch das offizielle Bonn und also auch der Bundesaußenminister Genscher. Natürlich begrüßen wir sein Eintreten für die deutsche Volksgruppe in Rumänien. Die Mehrheit erblickt darin aber nicht eine praktikable Lösung auf weite Sicht.

Peter Ludwig,
Königsbrunn bei Augsburg

Die Selbständigen

Zu „Von Zeit zu Zeit — vor Wahlen“ (F.A.Z. vom 20. November): So kann man als langjähriger SPD-Selbständiger und deren ehemaliger Vorsitzender in Dortmund Ihren Artikel „Sozialdemokraten entdecken die Selbständigen“ kommentieren. Dennoch ist der Leitartikel trotz zahlreicher Allgemeinplätze zu begrüßen. Aber was soll man davon halten, wenn zwar gefordert wird, daß „die Steuerpolitik die besondere Lage der freien Berufe und der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen muß“, in der F.A.Z. vom gleichen Tag, eine Seite vorher, aber zu lesen ist, daß der SPD-Abgeordnete Huonker zur Erhöhung des Vorwegabzuges für Selbständige erklärt, daß „das Steuerentlastungsprogramm in erster Linie Arbeitnehmern zugute kommen müsse“.

Horst Springer, Dortmund

Stimmt nachdenklich

Als kreuzbraven Kirchensteuerzahler, automatischen als Beamter, stimmt mich der Kirchenaustritt von Heinrich Böll und seiner Frau nachdenklich (F.A.Z. vom 6. Dezember). Ein Gruppenbild von Heinrich Böll mit Kardinal wird es wohl nicht mehr geben. Die Auffassung, daß man dem Körper — das ist der Corpus Christi mysticum — angehören könne, ohne Kirchensteuer zu bezahlen, ist nicht die Ansicht eines Clowns, sondern ein wohl überlegter Schritt aus der Körperschaft, gleich Amtskirche, hinaus. Könnte man nicht die monatliche Summe der Kirchensteuer z.B. an amnesty international weiterleiten, gewiß doch im Sinne des Evangeliums, und damit weiterhin dem Corpus angehören? Wahrscheinlich doch. Anscheinend ist man unzufrieden mit der Verwaltung kirchlicher Einnahmen. Oder stört nur die Verbindung von Sakramentenvollzug und Geld? Man könnte auch sparen wollen, das wäre westlich gedacht. Ich stelle nun folgende Überlegung an: Ich möchte aus der Körperschaft Bundesrepublik Deutschland aussteigen und nur noch dem Körper Bundesrepublik angehören und dabei (frei nach dem altbekannten Text: Wir zahlen keine Miete mehr, wir sind im Freien zu Haus) keine Lohnsteuer, das Zehnfache, mehr zahlen, da ich manches gegen die Bundesrepublik vorzubringen habe. Fragen über Fragen. Ist das nicht eine fürsorgliche Belagerung des Autors?

Heinz Lepke, Studiendirektor a. D.,
Kirchzarten

Diskriminierungsverb

Der These von K. P. Krause, vorgebracht in der F.A.Z. vom 6. November, daß zwischen Geschäftspartnern zu differenzieren erlaubt sein muß, um den Wettbewerb zu erhalten, ist im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung voll zuzustimmen. Von sog. Diskriminierungsverboten, um unterschiedliche Nebenleistungen zu verhindern, ist abzuraten; denn die Praxis erwies sich hier in der Vergangenheit als sehr flexibel, bei Verboten neue Varianten ihrer Umgebung zu finden. Im Grunde würde, wie so oft bei wirtschaftlichen Sachverhalten, an Symptomen kuriert, während der Kern des Problems einfach übersehen wird.

Viele Einzelhandelsunternehmen erhöhen im Wettbewerb ständig ihre Betriebsgröße beziehungsweise Kapazität, um u. a. immer einkaufsmächtiger zu werden. Dies geschieht mitunter in einer Weise, daß das haftende Eigenkapital im Verhältnis zu den Fremdmitteln, insbesondere Bankverbindlichkeiten, derart gering wird, daß die Gläubiger die eigentlichen „Eigentümer“ werden. Wird das Unternehmen dann marktfähig und steht zusätzlich der Verlust von ins Gewicht fallenden Arbeitsplätzen ins Haus, so besteht die Gefahr, daß nach Lösungen unter Einschluß des Kartellamtes (siehe Neckermann) ge-

Dem Bundesvorstand

zur Information

Umbesetzungen in Rumäniens Parteiführung

„Im Prinzip gibt es genügend Produkte“

V.M. WIEN, 10. Oktober. Vor dem Hintergrund der schwierigen Versorgungslage und der nach wie vor ungelösten Umschuldungsfrage versammelte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rumäniens und beschloß die Einberufung einer nationalen Parteikonferenz für den 16. Dezember. Die Parteikonferenz, die eine Art kleiner Parteitag darstellt, soll sich „mit dem gegenwärtigen Stand des Aufbaus des Sozialismus“ in Rumänien befassen sowie mit der Erfüllung des Jahresplanes und mit den besonderen Programmen für die Produktion von Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Staats- und Parteichef Ceausescu setzte dabei auf der Sitzung des Zentralkomitees die personellen Umbesetzungen fort, die schon im Mai auf Regierungsebene stattgefunden hatten. Cornel Burtica, ein jahrelanger enger Mitarbeiter Ceausescus und zuletzt bis zum Frühling Minister für Außenhandel und internationale Wirtschaftszusammenarbeit, verlor nun auch noch alle seine Parteiämter. Die Maßnahme wird ausdrücklich mit den „ernsten Abweichungen“ im Außenhandel begründet. Auch andere Funktionäre mußten offensichtlich als „Sündenböcke“ herhalten und verloren ihre Parteiämter. Am letzten Sonntag hatte Ceausescu nach einem Besuch in den Markthallen von Bukarest an Ort und Stelle

den stellvertretenden Landwirtschaftsminister und zwei hohe Funktionäre der Bukarester Stadtverwaltung abgesetzt. „Im Prinzip“, so lautete das offizielle Kommuniqué, gebe es genügend Produkte, aber es fehle bei der Verteilung. Anstelle der entlassenen Funktionäre brachte Ceausescu zum Teil alte Vertraute wieder in hohe Parteiämter. So wurde der frühere Ministerpräsident Verdet, der mit Ceausescu verwandt sein soll, zu einem der Sekretäre des kommunistischen Zentralkomitees befördert, anstelle von Cazacu, dem „andere Aufgaben“ zugewiesen werden.

In seiner Rede vor dem Zentralkomitee feierte Ceausescu, wie dies nun schon in beinahe jeder seiner Reden der Fall ist, den sozialistischen Aufbau während der letzten zehn oder zwanzig Jahre als große nationale Errungenschaft; die Schwierigkeiten, so sagte der oberste Führer, kämen von der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Es gebe im Ausland Leute, die Rumänien empfohlen hätten, mehr Augenmerk auf die Landwirtschaft statt auf die Industrie zu richten. Diese Leute hätten die Fähigkeiten der rumänischen Arbeiterklasse unterschätzt. Ohne Arbeit könne der Sozialismus nicht gebaut werden. Die Investitionen freilich würden 1983 nicht höher sein als in diesem Jahr. Der Export müsse dringend gesteigert werden.

Frankfurter Allgemeine

ikg 10. 1982

FAZ, 20.9.1983

Der Kirche Siebenbürgens droht Auszehrung durch Auswanderung

Vor der Synode in Potsdam berichtet Bischof Klein und fragt nach dem richtigen Weg

K.A.O. POTSDAM, 19. September. Der Siebenbürger Bischof Klein hat am Montag in Potsdam-Hermannswerder der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in Deutschland den Dank für die „Hilfe, Anteilnahme und brüderliche Gemeinschaft“ über Jahrzehnte hin ausgesprochen. Die Synode geht an diesem Dienstag zu Ende. Bischof Kleins Grußwort war das bewegendste Ereignis. Es war der Bericht, wie die vor wenigen Jahren noch lebensfähige geistliche und bürgerliche Gemeinschaft der evangelischen Deutschen in Siebenbürgen durch die Industrialisierung und die Auswanderungsbewegung zerfällt, zugleich auch, wie in der Auflösung neuer Zusammenhalt der Menschen durch Erneuerung der Kirche entsteht.

Die Siebenbürger, deren Vorfahren, linksrheinische Franken, im 12. Jahrhundert auf den Balkan gerufen worden waren, hatten sich ihren genossenschaftlichen und nachbarschaftlichen Zusammenhalt und die Verbindung von weltliche und kirchliche Leben bis in die Gegenwart bewahrt. „Lebendiges, vielfältiges, farbiges christliches Brauchtum kann aber etwas vortäuschen, war gar nicht mehr vorhanden ist“, sagte der Bischof. Das habe es immer wieder gegeben: „Jetzt steht die Lebensordnung der Siebenbürger in Frage, durch die Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden in die Städte, durch die Mechanisierung der Landwirtschaft und einen schnellen Aufbau einer riesigen Industrie.“ Die Abwanderung aus den Heimatgemeinden bedeute, daß die Kirchenzugehörigkeit dort zurückgelassen wird. „In dieser Krise trifft uns die Auswanderungsbewegung.“ Die Kirche könne nicht Parolen ausgeben: „Alle bleiben hier“ oder: „Alle wandern aus“. Die Kirche könne nur die Christen bitten, ihre Entscheidung, ob sie bleiben oder ziehen sollen, „gewissenhaft, verantwortlich zu fällen“. Es zeige sich, wie wenig Fähigkeit zu solchen verantwortlichen geistlichen Entscheidungen es gebe: „wenn sich Menschen mitnehmen lassen, die nachher heimwehkrank Brief auf Brief nach Hause schreiben und versuchen zurückzukommen, wenn Pfarrer auswandern, die doch wissen, was die Ordination, die Einsetzung ins Amt, für Verpflichtungen auferlegt, die sie freiwillig angenommen haben“. Die siebenbürgische

Kirche habe heute 149 Pfarrer. Sie habe 116 Pfarrer durch Auswanderung verloren. Vor fünfzehn Jahren, nach Krieg und Kriegsfolgen, zählte diese Kirche 187 000 Seelen, jetzt 142 000. Ein Viertel der Mitglieder sei also ausgewandert. „Bei den Pfarrern ist leider der Prozentsatz viel höher, weil im allgemeinen die Intellektuellen vorangehen“, sagte der Bischof. Das habe aber auch Gründe in der Struktur des Lebens in Rumänien. „Wir sehen einer Schrumpfung entgegen, die vorläufig nicht aufzuhalten ist, denn der Auswanderungsstrom ist jetzt sozusagen geregelt durch ein politisches, finanzpolitisches Geschäft.“ Manche in der Kirche Siebenbürgen sagten, wenn 4500 bis 4800 Seelen jährlich verloren würden, könne man sich ausrechnen, wann der Nullpunkt erreicht ist: „Das sind 28 bis 30 Jahre“, sagte der Bischof. „Aber wer will wagen zu sagen, daß die politischen Verhältnisse in diesem Raum die nächsten 28 Jahre unverändert bleiben, daß das labile Gleichgewicht, zusammengesetzt aus lauter variablen Größen, unverändert bleibt? Es kann ganz anders kommen, und deswegen ist die Verantwortung der Kirche und der Gemeinden unausweichlich.“

Die Kirche bemüht sich, „die seelsorgerliche Verkündigung in unseren Städten“ zu verstärken und die kirchlichen Dienste durch Heranziehung von Kirchenhelfern zu dezentralisieren. So gebe es in Hermannstadt 230 freiwillige Helfer und Helferinnen, die schon im Vorfeld der eigentlichen Seelsorge helfen, die Zuwanderer vom Land in den Stadtgemeinden heimisch zu machen. „Und was ist zu tun in den schrumpfenden Gemeinden angesichts der Angst, der allgemeinen Verunsicherung, der Hoffnungslosigkeit?“ fragte der Bischof. Eine leichte Antwort wisse er nicht. „Ich weiß nur das eine: Gott hat uns nicht weggerufen. Wir haben kein Signal von Gott auszuwandern. Wir haben das Gefühl, daß der Weg hinaus durch mancherlei sündhafte Praktiken, um nicht zu sagen korrupte Praktiken, zu einem Weg der Sünde gestempelt wird. Wenn man das sieht, bleibt nichts anderes übrig, als Hoffnung zu wagen. Für mich hat das einfach die Gestalt, daß ich mich an das Wort halte: Ich will dir den Weg weisen, den du gehen sollst, ich will dich jetzt mit meinen Augen leiten.“

Bischof Klein berichtete aber auch über „Ansätze für eine Neugestaltung unseres kirchlichen Lebens“. Sie bedeute zunächst Abschied an das alte volkskirchliche Denken. „Wenn wir umdenken lernen und in unserer Kirche neu von ihrem Auftrag her ihre Aufgabe anpacken, dann kann etwas anders werden, und das hat sich in den nordsiebenbürgischen Gemeinden erwiesen.“ Dieses Gebiet habe von 1940 bis 1944 zu Ungarn gehört. Als die Wehrmacht sich zurückzog, habe sie die Deutschen evakuiert. „Die Rote Armee hat diesen Treck überholt. Die wenigen Tüchtigen und Lebensfähigen sind zurückgetrieben worden, so daß in den Jahren 1947 und 1948 etwa 10 000 von 42 000 Evangelischen in den Gemeinden waren. Allerdings nicht in ihren eigenen Häusern und Höfen. Von ihnen waren vor 15 Jahren noch 8000 da und hatten sich konsolidiert, und dann kam die neue Auswanderungswelle.“ Heute seien in dieser Gegend noch knapp 1800 evangelische Deutsche. Sie würden von vier Pfarrern betreut. In keiner Gemeinde gebe es hundert, in vielen Gemeinden weniger als zwanzig, in einigen Gemeinden noch einen evangelischen Deutschen. Ein junger Pfarrer habe da und dort den kirchlichen Dienst auf personale Seelsorge umgestellt. „Der Erfolg war, was es bei uns nie gegeben hat, daß Menschen aus anderen Gemeinden nach Bistritz in den Gottesdienst kommen. Sie fahren bis zu 40 Kilometer, um am Sonntag in die große Kirche in Bistritz zu gehen. In der Woche besucht sie der Pfarrer. Er hält dort nicht Predigten und Andachten, er führt Gespräche. Er bringt ihnen, was er ihnen bieten kann, er feiert mit ihnen das Heilige Mahl. Etwas völlig Neues blüht da auf unter den ganz wenigen Menschen: brüderliche Gemeinschaft, ein ganz neuer Zusammenhalt.“ Das habe sicher einen Grund in der persönlichen Ausstrahlung dieses Pfarrers. „Aber es zeigt uns den Weg. Wir haben jetzt schon die Hälfte der Gemeinden unter 500 Seelen und bald unter 300 Seelen. Wir werden dem in die Augen sehen, daß Gott uns Wege weist, diese Gemeinden, so gut es möglich ist, zu betreuen und alles zu tun, damit in ihnen christliches Gemeinschaftsleben, christliche Nächstenliebe und christlicher Umgang mit Gotteswort wachsen.“

Die Rumänien-Deutschen: Ein „Abgang mit Würde“?

Siebenbürger Sachsen ziehen Bilanz / Von Viktor Meier

FAZ 18.2.1984

WIEN, im Februar

Noch rund 300 000 Personen stark ist die Minderheit der Deutschen in Rumänien; etwas mehr als die Hälfte entfällt auf die Banater Schwaben, die rund um Temesvar siedeln, während die andere, knappere Hälfte von den Siebenbürger Sachsen, etwa im Dreieck Hermannstadt (Sibiu) — Kronstadt (Brasov) — Schäßburg (Sighisoara), bestritten wird. Die Siebenbürger Sachsen, die sich trutzig um ihre evangelisch-lutherische Kirche und ihre Kirchenburgen scharen, sind bereits seit über 800 Jahren im Land; ihre Sprache ist im wesentlichen seit der Zuwanderung stehen geblieben. Die Banater Schwaben wanderten vor knapp 300 Jahren, unter Maria Theresia, zu; sie sollten das unter der Türkenherrschaft entvölkerte Land wieder besiedeln. Sie sind katholisch; da ihre Kirche ungarisch geprägt wurde, gibt sie ihnen nicht jenen Rückhalt wie diejenige der Siebenbürger.

Die Entwicklung in Rumänien seit dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere die ständige politische und wirtschaftliche Verschlechterung der Verhältnisse unter der Herrschaft Ceausescus, haben die Überzeugung heranwachsen lassen, daß es für sie in Rumänien keine Zukunft mehr gebe. Sie wollen in die Bundesrepublik auswandern und sich dort, wie sie sagen, unter den anderen Deutschen als Gemeinschaft „auflösen“. Sie sprechen von einem „Abgang mit Würde“. Es geht ihnen nicht darum, Privilegien aus der Geschichte wieder zurückzubekommen; daß die Vergangenheit zu Ende ist, haben sie längst begriffen. Sie sehen ganz einfach keinen Sinn mehr für ihre Existenz als Bevölkerungsgruppe; sie sehen ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage durch den Sozialismus zerstört und ihre national-kulturelle Existenz bedroht. Dazu ist die bittere Not der jetzigen Ära Ceausescu gekommen.

Führende Vertreter der in der Bundesrepublik lebenden Siebenbürger Sachsen haben sich zusammengefunden, um der Öffentlichkeit ein umfassendes Bild der Entwicklung ihrer Volksgruppe im 20. Jahrhundert zu vermitteln und jenen „Abgang mit Würde“ aus der Geschichte, der ihnen vorschwebt, sozusagen zu begründen. Ein Sammelband, der Form nach herausgegeben als Festschrift zum 85. Geburtstag des Siebenbürger Dichters und Schriftstellers Heinrich Zillich, sucht nochmals die Volksgruppe vorzustellen und verständlich zu machen, daß ihre Existenzgrundlage seit 1944 nach und nach verlorengegangen ist („Epoche der Entscheidungen — Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert“, Böhlau Verlag, Köln). Der Band ist kein Klagegedicht, denn die Siebenbürger Sachsen sind harte Leute; höchstens Wehmut über

das Verlorene klingt ab und zu durch. Von den Beiträgen sticht derjenige von Hans Hartl, heute politischer Sprecher der Landsmannschaft, mit seiner präzisen Aufstellung der gegen die Minderheit von Kriegsende bis heute getroffenen rechtlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen hervor, während Professor Hermann Gross vor allem die Bedeutung und die Folgen der wirtschaftlichen Deklassierung der Gemeinschaft beschreibt. Vor dem Kriege waren die Siebenbürger Sachsen zu 70 Prozent freie Bauern, heute sind sie zu über 65 Prozent Arbeiter und Hilfsarbeiter mit deutlichen Erscheinungen der Entwertung. Hans Bergel, der Redakteur der Zeitung der Landsmannschaft in

meisten Deutschen aus Nordsiebenbürgen, das durch den Wiener Schiedsspruch 1940 an Ungarn abgetreten worden war, mit den deutschen und ungarischen Truppen zurück. Aus dem rumänisch gebliebenen Südsiebenbürgen flüchteten nach dem Umsturz vom August 1944 nur wenige Deutsche, da angesehene Vertreter der Minderheit, mit Hans Otto Roth an der Spitze, zum Vertrauen in das neue Rumänien aufriefen. Roth starb 1953 in einem kommunistischen Konzentrationslager.

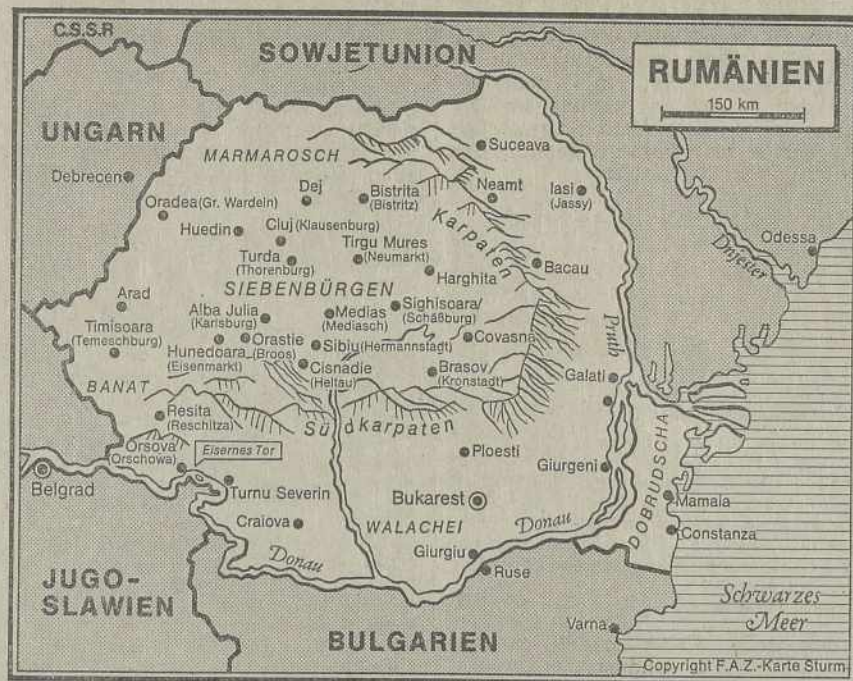
Im Januar 1945 zog die damalige rumänische Regierung, der die Sowjets die Entsendung von Zwangsarbeitern zur Pflicht gemacht hatten, alle arbeitsfähigen Deutschen, die Männer zwi-

sich auf ihren eigenen Höfen unter prekären Verhältnissen als Untermieter einmisten. 1948 wurden alle Geschäfte und alle Mehrfamilienhäuser in den Städten enteignet; alles deutsche Geschäftseigentum wurde entschädigungslos in rumänisches Staatseigentum überführt.

1949 kam auf dem Lande die Kollektivierung. Da die Deutschen nun keinen eigenen Boden mehr besaßen, den sie hätten einbringen können, wurden sie zum Teil in die Kollektivwirtschaften überhaupt nicht oder nur unter besonders nachteiligen Bedingungen, als gewöhnliche Arbeitskräfte, aufgenommen. 1956 bekamen sie auf dem Lande ihre Höfe zurück, aber nicht mehr den Boden. Seit 1960 setzte langsam so etwas wie eine Familienzusammenführung ein, aber die Auswanderungspässe wurden erst später in größerer Zahl erteilt. Im Januar 1978 einigten sich Ceausescu und Bundeskanzler Schmidt darauf, für die nächsten fünf Jahre die Auswanderung im „bisherigen Rahmen“ weiterlaufen zu lassen; pro Jahr waren das rund 11 000 Fälle.

Rumänien hat diese Abmachung eingehalten und manchmal sogar großzügig ausgelegt, aber nach Ablauf der fünf Jahre, im Herbst 1982, kam jenes berühmte Auswanderungsdekret, das die Rückerstattung der sogenannten Ausbildungskosten in Devisen vorsah. Dieses Dekret wird, weniger auf Grund der deutschen Interventionen als vielmehr der amerikanischen, nicht angewandt, aber man weiß, daß nach wie vor auf lokaler Ebene, mit oder ohne Wissen der oberen Instanzen, „inoffizielle“ Zahlungen für die Ausreise geleistet werden müssen.

Der allgemeine Wille zur Ausreise unter den Rumäniendeutschen entstand etwa 1975/76, als klar wurde, daß die nationale und wirtschaftliche Politik Ceausescus eine normale Existenz für die deutsche Minderheit nicht mehr zulassen würde. Das Problem bei der gegenwärtigen Regelung besteht indessen darin, daß jede Ausreise die Lage für die Zurückgebliebenen noch schwerer macht, weil die Gemeinden verdünnt und geschwächt werden. Deutscher Schulunterricht ist in den meisten Orten schon zu einer Fiktion geworden, weil die Lehrer, die sich um die Ausreise bewerben, sofort aus dem Staatsdienst entlassen werden. Die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen scheint zu dem Ergebnis gekommen zu sein, daß heute eine Gesamtlösung, das heißt die Auswanderung aller in einem Zuge, weitaus vorzuziehen wäre. Möglicherweise hat Bonn den Zeitpunkt dafür verpaßt, denn heute würde Bukarest einen deutschen Vorstoß in diesem Sinn wahrscheinlich mit unannehmbaren Erpressungsmanövern beantworten.



München und Schriftsteller, nimmt sich vor allem der emotionalen Aspekte dieses Wandels an.

Der Unglücksweg der Rumäniendeutschen begann schon während des Zweiten Weltkrieges. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Rumänien und dem Deutschen Reich wurde die Minderheit praktisch, und zwar nur teilweise ihrem Willen gemäß, aus dem rumänischen Staatsverband ausgeklammert; ihre männlichen Angehörigen hatten künftig bei der deutschen Waffen-SS zu dienen. Die meisten dieser Leute blieben nach Kriegsende in Deutschland, womit das Problem getrennter Familien begann. 1944 zogen sich die

schen 17 und 45 Jahren und die Frauen zwischen 18 und 35 Jahren, ein und schickte sie, zwischen 70 000 und 80 000 an der Zahl, zur zwangsweisen Arbeit in die Sowjetunion. Rund ein Fünftel dieser Leute starb dort, der Rest wurde nach 1949 meist in einen der beiden Teile Deutschlands entlassen, was wiederum das Problem der Familientrennung verschärfte. Im Frühjahr 1945 wurde durch die Agrarreform aller deutsche landwirtschaftliche Grundbesitz bis auf wenige Ausnahmen beschlagnahmt und an private rumänische Besitzer verteilt; auch die Häuser auf dem Lande wurden den Deutschen weggenommen; sie mußten

FAZ, 31.2.1981

~~FAZ, 31.2.21~~

Die Ungarn nennen das „Istanbulisierung“

Auf die Zuschrift von Christian Zinsser (FAZ vom 21. Juli) über die ethnischen Verhältnisse der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und Banat möchte ich mit dem Standpunkt des Wirtes, der Ungarn, antworten.

Zinssers Ausführungen sind im wesentlichen richtig. Die Einschränkungen fangen dort an, wo Zinsser sich der geographisch-politischen Terminologie der einstigen österreichischen Kamarilla, wohlbermerkt auf dem Hoheitsgebiet der tausendjährigen ungarischen staatlichen Integrität, bedient. Die Österreicher haben mit dem Prinzen Eugen an der Spitze Ungarn von den Türken befreit. Die Ungarn hatten nur das Pech, daß sie fortan über 200 Jahre den Befreier nicht mehr los wurden. Die mit politischen Motiven herangebrachten Siedler sprachen zum größten Teil deutsch, slawisch und rumänisch, sie konnten kaum die ungarischen Namen der Orte und Landschaften aussprechen. So wurde damals die Unsitte eingeführt, ungarische Städte, Dörfer, Flüsse umzubenennen. Später wirkte diese Unsitte wie ein Bumerang auch gegen Deutschland und Österreich. Königsberg, das jetzige Kaliningrad, ist nur ein Beispiel. Die Ungarn nennen so eine politische Unsitte „Istanbulisierung“. Nur einige Städte wurden ohne politisch-nationale Motivationen in überlieferter Weise wiedergegeben, wie dies der Fall der Stadt Wien zeigt. Fast alle Völker Osteuropas nennen Wien „Bécs“ (Bétsch), was aus dem Awarischen kommt und soviel wie Fünfeck bedeutet. In Südungarn gibt es die

Stadt Pécs, die dann Fünfkirchen genannt wurde. Doch als unsittlich empfanden es die einheimischen Ungarn, als die Siedler gerade diese Gebiete um Pécs die „schwäbische Türkei“ oder im Westen das Fertő „Neusiedlersee“ nannten.

Ähnlich steht es mit Siebenbürgen und dem Banat. Historisch existiert nur im deutschen Volksmund und in der Trivialgeschichte für Transsilvanien-Erdély „Siebenbürgen“. Auch „Banat“ hat keine historische Grundlage, sondern das Gebiet setzt sich aus den Kantonen (Komitate) Temes / Torontál / Krassó-Szörény / Arad zusammen. Der Name leitet sich von Temesi-Bánság ab. Zu erwähnen wäre noch das Partium (Teile Ostungarns, die nicht von den Türken besetzt waren), das seit der Annexion allgemein als zu Siebenbürgen gehörig betrachtet wird.

Der Ausdruck „Madjarisierung“ ist vollkommen fehl am Platze, denn dieser stammt aus der Propagandaküche der einstigen Habsburger Tyrannen aus einer Zeit, als sie dabei waren, den Freiheitskampf der Ungarn 1848/49 mit allen Mitteln niederzuwalzen. War es nicht der deutsche Schriftsteller Johann Gottfried Herder, der warnend den Untergang der ungarischen Sprache und des ungarischen Volkes prophezeite nach den verheerenden Verlusten der Ungarn gegen die Türken und Österreicher und der anschließenden Kolonisation Ungarns mit Fremden?

György Söti, Geschäftsführer der Nurmistica Hungarica, Frankfurt

4.

1. Oh, nein, die Leute des Römisch-deutschen Kaisers!

2. Es war ihr Glück, denn ohne den Schutz des kaiserlichen Vaters sie sofort wieder den Türken anheimgefallen und ethnisch verblödet

3. Gebildete Menschen verwenden in jeder Sprache deren Diktamen - wer die eigenen eingibt (ungarisch ist Tyrannismus 1898) ist ein Tyrann

— 2

4. Siebenbürgen ohne historische Grundlage? Es war stets als Wojwodschaf autonom seit 1544 Fürstentum, später kaiserliches Großfürstentum! Banat, seit 1716-1740, kaiserliche Provinz und die Siebenbürgen x

Ungarn war 1918 unfähig, den Abfall seiner Randgebiete zu verhindern. 1919 befreite Rumänien vom kommunistischen Regime. Seit 1945 ist es Moskaus Vasallensaat und russisch besetzt. Da wäre Deuts Einfluss doch besser!

Madjarisierung = Völkermord an der Bevölkerungsmehrheit Ungarns (seit etwa 1835), zugleich Aufzwingung fremden Völkertums, Beseitigung von allen deutschen Schäten der Donanschwaben, floß die Siebenbürgen Sachsen konnten sich dagegen wehren. 1918: die Banater Schwaben erhalten ihre xx deutsches Schicksal. 1848/49: „Freiheitskampf“ der Madjaren ist verbunden mit zerschlagen fremden, Verbrennung der Stadt Sächsischen Regens, Inhaftierung an St. L. Roth, zahlreiche Hinrichtungen.

Sachsen
die Siebenbürgen 224 Goldenen
Freibrief. Grundlage ihrer Autonomie
x auch Titel der Kaiserin
Maria Theresia genannt
Es selber war dazu unfähig

1583 Eigenlandrecht der
Siebenbürgen Sachsen

xx deutsches Schicksal
und Rumänien zurück